

17. Jahrgang

1/90

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Studienheft 1

Dietmar Reinborn
Dietrich Kautt

Schorndorf

Erkundung und
Gestaltung in der Altstadt



Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrtd,
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor em. Dr. Otto Borst, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel. (0711) 282683 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27C, 8000 München 60.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 124,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 97,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 32,50 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

17. Jahrgang

Die alte Stadt

Heft 1/1990

INHALT

STUDIENHEFT 1:

DIETMAR REINBORN / DIETRICH KAUTT:

Schorndorf

Erkundung und Gestaltung in der Altstadt

0. Editorial	1
1. Einleitung – Aus der Geschichte lernen, zeitgemäß planen	3
2. Sehen lernen – Erkundung und Wahrnehmung von Gegebenheiten und Situationen	7
3. Stadtgrundriß im Wandel. Die lebendige alte Stadt	15
4. Beispiel: Stadtkirche und Umgebung	22
5. Beispiel: Bebauung um den Bahnhof	38
6. Beispiel: Hetzelgassen-Gebiet. Exotik des Bestandes	45
7. Wandlungen – Wieviel »Zeitgeist« verträgt die alte Stadt?	55
8. Anpassung der Bausubstanz an veränderte Bedingungen	65
9. Gestalten und Verändern – Entwerfen lernen und lehren	87
10. Beispiel: Gebiet »An der Mauer«	90
11. Entwurfstraining »An der Mauer« – Alternativen und Varianten	100
12. Konzepte »An der Mauer« – Neue Ideen für die alte Stadt	114
13. Bedingungen des Entwurfsprozesses in einer alten Stadt	123

DIE AUTOREN	125
-----------------------	-----

KLEINE BEITRÄGE

STEFAN FISCH, Von der Stadt- zur Raumplanung (Tagungsbericht)	126
FRIEDRICH MIELKE, Scalalogie	130
NOTIZEN	135
MITGLIEDSSTÄDTE DER AG DIE ALTE STADT	135

BESPRECHUNGEN

Stadtgeschichte

- KATHARINA SIEH-BURENS, Oligarchie, Konfession und Politik im 16. Jahrhundert.
Zur sozialen Verflechtung der Augsbürger Bürgermeister und Stadtpfleger 1518–1618
(*Rainer Jooß*) 140

- WOLFGANG KLÖTZER, »Wahrlich eine schöne und lebendige Stadt«. Kleine Schriften zur
Frankfurter Kulturgeschichte (*Rainer Jooß*) 140

Stadtplanung und Stadtentwicklung

- T. H. ELKINS / B. HOFMEISTER, Berlin. The spatial Structure of a Divided City (*Paul Nolte*) . . 141

- CHRISTOPH BRAUMANN, Stadtplanung in Österreich 1918–1945 unter besonderer
Berücksichtigung der Stadt Augsburg (*Hans Schmalscheidt*) 141

- BUNDESMINISTER FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU, Städtebaulicher Bericht.
Neubausiedlungen der 60er und 70er Jahre (*Ronald Kunze*) 145

Gartenkunst

- GÜNTER MADER / LAILA NEUBERT-MADER, Italienische Gärten (*Dorothee Nebring*) 143

Ökologie

- BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ, Umwelt-Bilanz. Die ökologische Lage der
Bundesrepublik (*Daniela Parenzan*) 146

0. Editorial

Mit dieser Ausgabe der Vierteljahresschrift »Die alte Stadt« wird erstmals eine Sonderausgabe als »Studienheft« vorgelegt. Damit wird einer Anregung der Herausgeber- und Redaktionskonferenz 1987 in Ladenburg entsprochen, studentische Fallstudien über eine alte Stadt zusammenfassend darzustellen, um die Zeitschrift für Studierende der Fachrichtung Architektur und Städtebau noch attraktiver zu gestalten.

Als erster konzeptioneller Ansatz wurde damals die Intention so umschrieben: »So unverzichtbar bislang »Die alte Stadt« gerade auch in ihrer Rubrik »Altstadtsanierung: zum Beispiel ...« historische und soziologische Dimensionen vorab einholt, so sehr fehlt ihr hier noch die Verbindung bzw. Umsetzung zur gestalterischen Lehre. In Erwägung gezogen werden separate »Studienhefte«, die exemplarisch jeweils einer Stadt gelten könnten. Diesen Studienheften solle ein dreifacher Anspruch zugrunde liegen: auf die jeweilige Altstadtsanierung bezogen, bieten sie historisch parallel laufende Informationen, geben Aufschluß über soziologische Erschließungsmaßnahmen und dienen didaktisch aufbereitet als praktisches Informations- sowie als exemplarisches Lehr- und Arbeitsmaterial«.

In dem nun vorliegenden ersten Heft sind Ergebnisse von Studienarbeiten der Fachrichtung Architektur und Städtebau an der Universität Stuttgart über die Altstadt von Schorndorf zusammenfassend aufbereitet und erläutert. Sie entstammen Lehrveranstaltungen unter der Leitung von Dr. Dietmar Reinborn, Städtebauliches Institut, und Dipl.-Ing. Michael Koch, Institut für Landschaftsplanung der Universität Stuttgart aus dem Jahre 1988. Die Gliederung der Seminar- und Entwurfsarbeiten erfolgte dabei in zwei Hauptbereiche: Einmal die analytische Beschäftigung mit dem Vorhandenen unter Berücksichtigung des historischen Entwicklungsprozesses, umschrieben als Erkundung und Wahrnehmung. Zum anderen die darauf aufbauende Entwurfsarbeit als Prozeß des Gestaltens und Veränderns.

Eingebettet sind diese beiden Hauptbereiche in Ausführungen aus der Sicht des bei der Stadt Schorndorf zuständigen Bürgermeisters Dr. Dietrich Kautt. So werden der notwendige Realitätsbezug hergestellt und ergänzende Informationen vermittelt. Studentische und professionelle Beschäftigung mit einer alten Stadt werden in ihren Parallelen, aber auch in ihrer Verschiedenheit verdeutlicht.

Die Federführung, Materialauswahl und textliche Überarbeitung für die Kapitel 2, 4, 5, 6, 9, 10, 11 und 12 besorgte Dietmar Reinborn; die Federführung für die Kapitel

1, 3, 7 und 8 sowie die Kommentierung aus der Sicht der Stadt Schorndorf übernahm Dietrich Kautt.

Obwohl dieser erste Versuch eines »Studienheftes« experimentellen Werkstatt-Charakter haben mußte, ist die Darstellung der Themenbereiche recht umfassend und beispielhaft. Trotzdem bleiben noch andere Schwerpunkte, die es in einer anderen alten Stadt und mit anderen Studienarbeiten aufzuarbeiten gilt. Insofern ist dieses Heft der Beginn einer Diskussion über eine neue Facette der Zeitschrift, die durch weitere Studienhefte fortgeführt und vertieft werden soll.

Wir hoffen, mit dieser Ausgabe der »alten Stadt« anregendes und interessantes Material für diese Diskussion zu geben.

Esslingen, Februar 1990

d. R.

1. Einleitung – Aus der Geschichte lernen, zeitgemäß planen

Die alten Formen erfreuen sich spätestens seit dem europäischen Denkmalschutzjahr allgemein großer Wertschätzung. Der Rückzug auf Hergebrachtes, das in vielen Fällen geradezu krampfhaftes Festhalten an überkommenen Bildern, d. h. einzelnen Fassaden, Baudetails oder dem Aussehen ganzer Gassen in sog. städtebaulichen Ensembles genauso wie das Nachbauen der äußeren Erscheinungsformen früherer Epochen (Abb. 1.1), dominiert derzeit die oft heftig geführte öffentliche Diskussion, um das »neue Bauen nach alten Maßstäben« (Abb. 1.2). Die dabei offen vorgetragenen Argumente erwecken den Eindruck, als ginge es dabei fast nur um die möglichst unangetastete Erhaltung der überkommenen Substanz, gehe es fast nur um Denkmalpflege, fast nur um Konservierung musealer Objekte.

Umnutzungsprozeß durch »höherwertige« Nutzungen

Doch weder die nostalgische Flucht zurück in die »gute alte Zeit«, noch die Unsicherheit im Umgang mit neuen Formen, Konstruktionen und Materialien könnten für sich allein genommen diesen überwiegend rückwärtsgerichteten Gestaltungstrend erklären. Was dem Publikum daran gefällt und worüber es sich

auf jeder Urlaubsreise neu vergewissert ist dies: Die Schönheit der alten Formen beruht vor allem darauf, daß die vielfältigen Mühen, die fehlgeschlagenen Experimente und die harten Kämpfe, die jede bauliche Realisierung immer ausgelöst hat, vorüber sind, keine Gefahr mehr besteht, daß Träume jäh abreißen könnten. Die kommerziell orientierten Bauinteressenten nutzen diese – vermeintliche – Sicherheit, welche die alten Formen vortäuschen, um weitgehend unbehelligt die Ausnutzungsziffern nach oben zu treiben und die bisherigen Nutzungen durch höherwertigere zu verdrängen. Auch in Schorndorf werden die alten baulichen Strukturen im wörtlichen Sinne ausgehöhlt und in einem nach außen meist nur als »Verschönerung« sichtbar werden den Umnutzungsprozeß für höherwertige Nutzungen hergerichtet. Die seit der Jahrhundertwende einsetzende Verdrängung zulasten der dort früher behausten bäuerlichen und handwerklichen Betriebsbetriebe durch Einzelhandel und Dienstleistungsbetriebe hat sich in der Nutzung der Erdgeschosse fast vollständig durchgesetzt und führte in den letzten Jahren auch zur kommerziellen Umnutzung von Unter- und Obergeschossen sowie zur durchgängigen Zusammenfassung der Nutzflächen mehrerer Häuser (Abb. 1.3 u. 1.4).



Abb. 1.1 Nachbau alter Baudetails? Bauten »auf der Stadtmauer«, Rückfront Oberer Marktplatz
Foto York Kautt

Wohnen und Kleinteiligkeit muß erhalten bleiben

Die Stadt Schorndorf versucht bei der Aufstellung von Bebauungsplänen in der Altstadt wenigstens die Nutzflächen oberhalb des 1. Obergeschosses dem Wohnen vorzubehalten, was sich jedoch im Einzelfall leider nicht immer durchsetzen läßt. Noch weniger läßt sich das Zusammenwachsen einzelner Häuser durch einheitlich werdende Eigentumsverhältnisse verhindern, ja es muß durch die Stadt sogar in gewissem Umfang gefördert werden, weil anders die für moderne Geschäftsausübung benötigten zusammenhängenden Nutzflächen innerhalb der Altstadt nicht bereitgestellt werden könnten (Abb. 1.4).

Damit verändert sich die hergebrachte kleinteilige Parzellenstruktur der Grundstücke. Langfristig werden dadurch die stärksten Veränderungen der Stadt ausgelöst, auch wenn derzeit durch eine eher anpasslerische Architektur die Kleinteilbarkeit in einzelne Häuser simuliert wird. Zumindest wenn es zu einheitlich strukturierten Grundrißanordnungen in den Untergeschossen durch gemeinsame Parkierung oder Erschließung (Basement) kommt, wird der historisch vorgegebene Ort weggeräumt: Mit Verschwinden der archäologischen Bestände und der historischen Flurstücksgrenzen entsteht eine neue Art Bausubstanz, die anders altern wird und später mit der noch schnell durchgeführten Dokumentation der Funde und Vermessungsunterlagen



Abb. 1.2 Neues Bauen nach alten Maßstäben? Neubau 1965: Das Bretterfachwerk ist eine Art Rekonstruktion



Abb. 1.3 Zusammenfassung mehrerer Häuser in der Daimlerstraße
Fotos York Kautt

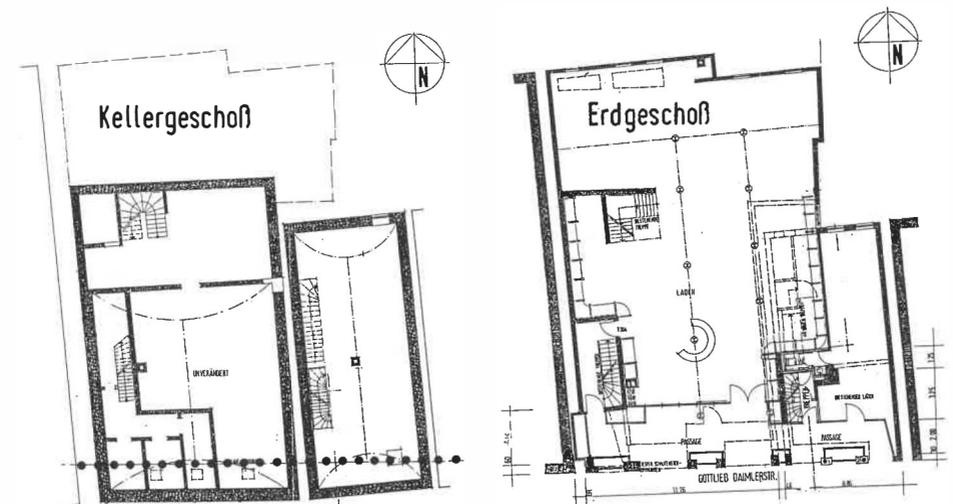


Abb. 1.4 Zusammenfassung benachbarter Häuser aus Abb. 1.3 im Erdgeschoß. Die Bauflicht (Punktlinie) wurde nach dem Stadtbrand von 1743 zurückgesetzt, die Kellergewölbe verblieben unter der Straße

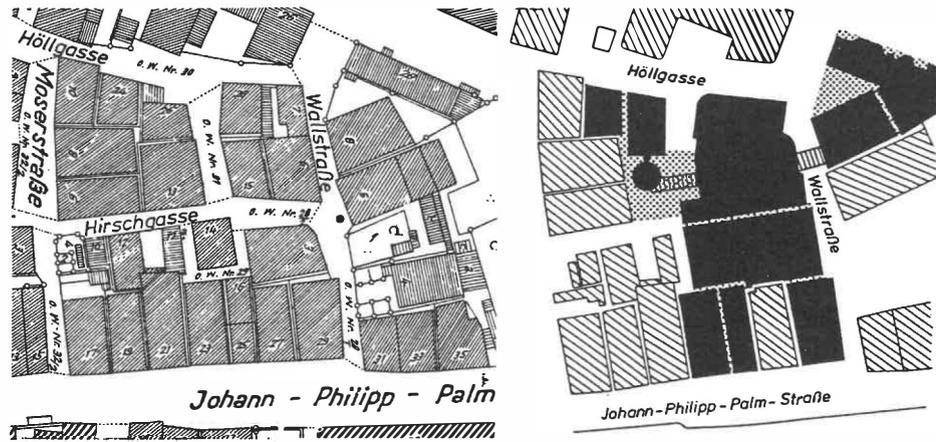


Abb. 1.5 Durch Umwandlung der Eigentumsverhältnisse entsteht eine neue Stadtstruktur: links: Gewachsene Struktur um 1950 (Parzellen und Bebauung nahezu identisch) rechts: Gassenüberbauung mit neuer Eigentums- und Baustruktur (gerasterte Fläche: gemeinsames Eigentum; schwarz: Kaufhaus Bantel)

nichts mehr zu tun haben wird (Abb. 1.5).

Altstadt zwischen Investoren und Denkmalpflege

Die Auswirkungen derartiger Strukturveränderungen lassen sich Investoren und Kommunalpolitikern nur schwer vermitteln. Die amtliche Denkmalpflege beharrt – mit Recht – auf Erhalt des überkommenen Bestandes. Dazwischen ist eine »ehrliche« neue Lösung kaum durchsetzbar. Es bedürfte der Beauftragung von künstlerisch hochbegabten Architekten, um durch visionäre bauliche Umsetzung neuartige Anforderungen zur Anschauung zu bringen, aber es überwiegt der anpäpplerische Kleinmut, welcher seine Ausnutzungswünsche hinter »altstadtgerechten« Fassaden ver-

steckt, um rasch Konsens und Baugenehmigung zu erhalten: »Kostümierung in geliehenen Identitäten« (J. Habermas, Die neue Unübersichtlichkeit).

Während der Durchschnittsbetrachter die neu hergerichteten Fassaden mehr oder weniger als Wiederherstellung einer »mittelalterlichen« Fachwerk-Stadt erlebt, vermag der erfahrene Städtebauer die dargestellten Veränderungsprozesse auch am geschönten Detail noch abzulesen. Ziel einer Lehrveranstaltung muß daher sein, den künftigen Städtebauern den Blick zu schärfen, welche akuten Interessen auf den Gestaltungsprozeß in einer historischen Altstadt einwirken, wobei der Stadtkern heute nicht mehr der Fülle städtischen Lebens dient, sondern überwiegend nur noch die Kernfunktionen eines Mittelzentrums unterzubringen und darzustellen hat.

2. Sehen lernen – Erkundung und Wahrnehmung von Gegebenheiten und Situationen

Entwerfen im städtebaulichen Zusammenhang setzt Kenntnisse des Raumes und der ihn bildenden Elemente voraus. Der Charakter eines Ortes wird von vielfältigen Faktoren geprägt: historischen, soziokulturellen, ästhetischen, technischen, funktionalen und – natürlich – auch freiraum- und landschaftsökologischen. Als Grundlage für Analysen muß zunächst die Wahrnehmungsfähigkeit von Gegebenheiten und Situationen verbessert werden, denn die Beschäftigung mit einer alten Stadt verlangt ein Sehen und damit auch Erkennen, das über eine »touristische Betrachtungsweise« weit

hinausgeht. Diese »Binsenweisheit« bereitet in der Lehre dann am Anfang nicht unerhebliche Schwierigkeiten, wenn die Erkundung von Stadtgebieten über »klassische« Bestandsaufnahmen hinausgehen soll.

Der Zusammenhang zwischen Bebauung, Nutzung, Verkehr und Freiflächen usw. muß in ihren gestalterischen und funktionalen Aspekten »erlebt« werden. Erst dadurch ergeben sich Ansatzpunkte für die Auseinandersetzung mit den Wechselwirkungen von groß-klein, weit-eng, öffentlich-privat usw. Das Sehen wird zum Erkennen und Wahrnehmen

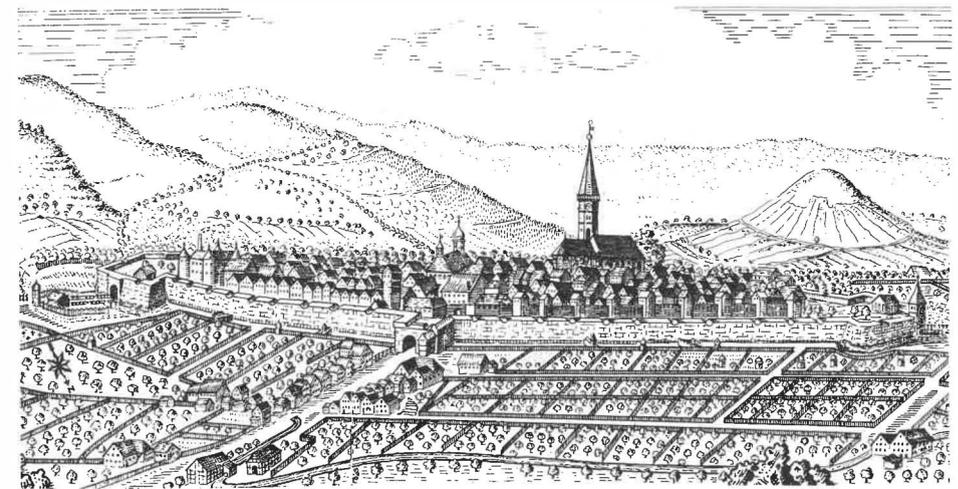


Abb. 2.1 Stadtsilhouette mit Stadtkirche – Ausschnitt aus einer Zeichnung von Eugen Haenssler, 1952, nach einem Stich von 1772

gerade auch der Gegebenheiten, die nicht auf den »ersten Blick« zu beobachten sind.

Bei der Bearbeitung steht deshalb die Vororterkundung im Vordergrund, verbunden mit der grafisch/zeichnerischen Erfassung räumlicher Situationen. Analysen sollen das Wesentliche und Wichtige eines Ortes zum Ausdruck bringen. Daher ist eine vollständige Bestandsaufnahme weniger gefragt als die Herausarbeitung von – auch subjektiv empfundenen – Gegebenheiten und Besonderheiten, die dann gemeinsam diskutiert werden. Die anfängliche Frage »Was sollen wir eigentlich machen?« weicht schnell einer »Neugierde« nach zusätzlichen Informationen über historische Zusammenhänge und Abläufe von Veränderungsprozessen.

Erkennen von Strukturen und Stadträumen

Die unbeeinflusste und zunächst »ungezielte« Beschäftigung mit einem Stadtgebiet vermittelt Erkenntnisse über unterschiedliche »Erlebnisbereiche« in der Stadt. Straßen, Gassen, Plätze und Winkel bieten verschiedene Möglichkeiten für städtisches Leben. Die einzelnen Stadträume sind ganz unterschiedlich »öffentlich«. Der Stadtraum bekommt seine Prägung durch die angrenzenden Nutzungen, aber auch die Raumfolgen und Raumproportionen begünstigen oder verhindern ihrerseits bestimmte städtische Funktionen. Es gibt so zum Beispiel lebendige und ruhige Plätze, unabhängig von der Größe und der Raumproportion.

Straßen können einen wegweisenden Eindruck (Orientierung) vermitteln, oder sie lassen erkennen, daß sie in von der Öffentlichkeit ausgrenzte Bereiche führen.

Diese an sich »simple« Tatsache führt sehr bald zu der Erkenntnis, daß auch ein zentraler Bereich, wie es meistens die Altstadt ist, von einem Wechselverhältnis von öffentlich und privat bestimmt ist. Es gibt Stadtbereiche, die so im Bewußtsein der Stadtbesucher »weiße Flecken« darstellen, aber dadurch für die Bewohner eine größere Bedeutung erlangen. Die Struktur von freien und bebauten Flächen spiegelt deshalb nicht unbedingt die Struktur der Erlebbarkeit einer Stadt wieder. Dieses zu erfassen erfordert eine Vorort-Erkundung.

Erkundung von Freiflächen und Stadtvegetation

Enge und Weite in einer Stadt, besonders in einer Altstadt, sind wichtige Elemente einer »Erlebnis-Dramaturgie«. Die Abfolgen von Straßen- und Platzräumen sind wesentliche Kennzeichen des Stadtcharakters. Darüber hinaus sind die Stadträume in ihrer unterschiedlichen Form zu erkennen und zu dokumentieren. Straßen können einerseits schmaler oder breiter sein, was Auswirkungen auf die Benutzbarkeit und die Differenzierung in unterschiedliche Nutzungszonen hat.

So vermittelt ein Straßenraum mit Vorgärten oder Vorbereichen vor den Häusern sofort einen eher vorstädtischen Charakter, besonders dann, wenn er

auch noch von einer offenen Bebauung gebildet wird. Dies wird noch von unterschiedlichen Vegetationsanteilen in verschiedener Weise beeinflusst. Eine »grüne Straße« wird eher als »Wohnstraße« empfunden als eine »steinerne Straße«, die in erster Linie als »Einkaufsstraße« empfunden wird. Diese Orientierungsmerkmale werden dann sehr deutlich, wenn man sich in einer fremden Stadt befindet. Sehr schnell kann man dann feststellen, wann man sich zum Beispiel vom Zentrum entfernt.

Andererseits können Straßenräume durch ihre Form, gradlinig oder geschwungen, den Charakter eines Stadtgebiets mitbestimmen. Eine gerade Straße hat dabei eine stark orientierende Wirkung, sie führt zu etwas hin. Das wiederum ist mit einer Erwartungshaltung, dann auch etwas Besonderes vorzufinden, verknüpft. Die höchsten »Ansprüche« hat in dieser Hinsicht die »Achse«, derzeit besonders bei städtebaulichen Wettbewerben sehr beliebt, wenn auch selten gekonnt eingesetzt und gestaltet, denn es mangelt an Gebäuden und Nutzungen, die diese Ansprüche einlösen könnten. Geschwungene oder gekrümmte Straßenräume laden dagegen eher zum Verweilen ein, da sich der Betrachter immer in einem »geschlossenen« Raum befindet. Das kann aber auch die Neugierde anregen, wie es denn wohl weitergeht. Besonders bei der Altstadt ist dies ein wichtiger Punkt zur Erklärung unserer Wertschätzung für diesen Teil einer Stadt.

Ähnliche Zusammenhänge bestehen bei Platzräumen. Von der einfachen ver-

kehrlichen Verknüpfungsfunktion kleinerer Plätze bis hin zu der monumentalen Geste großer Plätze gibt es eine Fülle von Variationen. Auch dabei ist der Vegetationsanteil und die Zuordnung der einzelnen »grünen« Elemente von charakterbildender Bedeutung. Plätze können bestimmte Nutzungen begünstigen oder sie behindern. Es gibt Plätze, die in unterschiedliche Zonen, von geschäftig bis ruhig, eingeteilt sind. Andere wiederum haben einen ganz einheitlichen Charakter. Insofern kann es keine Grundregeln für schöne oder weniger schöne Plätze geben. Oft geben vermeintlich »unpassende« Gebäude oder Nutzungen einem Platz ein unverwechselbares Gepräge und begünstigen einen hohen Grad an Öffentlichkeit. Der unscheinbare und in seinen Elementen ausgewogene Platz dagegen kann wegen seiner Abgeschlossenheit für Bewohner der Nachbarschaft seine große Bedeutung haben.

Die jeweiligen Unterschiede von Straßen- und Platzräumen lassen sich auf dem Plan nur erahnen, aber erst durch die Vorort-Erkundung erschließt sich die wirkliche Bedeutung für die Stadtstruktur.

Erkundung von Sub-Strukturen und Einzelelementen

Während Gebäudestellungen und -formen den grundsätzlichen Charakter der städtischen Räume bestimmen, wird der besondere Raumeindruck, die städtebauliche Identität, von einer Vielzahl von Einzelelementen gebildet. Wie die Dekorationen und Möbel in einer Wohnung

erzeugen Sub-Strukturen das »Image« städtischer Räume und Raumfolgen.

Die Gebäude mit ihrem »Beiwerk«, Fassadengestaltung, Erker, Vor- und Rücksprünge, Dachformen und -aufbauten, sind wesentliche, raumbestimmende Teile einer städtebaulichen Situation. Weiter prägen Vegetationselemente, Bäume, Pflanzflächen und -behälter, Fassadenbegrünung und Blumendekorationen an den Gebäuden, in starkem Maße den Raumeindruck von Straßen und Plätzen in der Stadt.

Der »Stadtboden« ist ein weiteres wesentliches Element von städtischen Räumen. Unterschiedliche Oberflächen wie Pflaster, Asphalt oder offene Erde mit Vegetation vermitteln stark unterschiedliche Eindrücke. Daneben, aber von großer Bedeutung, sind topografische Unterschiede. Höhenvorsprünge und vermittelnde Treppen oder Rampen differenzieren städtische Räume und erzeugen verschiedene Blickpunkte und -richtungen.

Schließlich spielen »Stadtmöbel« eine nicht unbedeutende Rolle. Sie können wie in einer Wohnung den Raum »vollstellen«, oder ihn durch sparsam eingesetzte Mittel akzentuieren. Pflanzkübel sind nicht an sich schlecht, sondern nur, wenn sie unbedacht und zu zahlreich eingesetzt werden. Daneben gibt es auch notwendige Einzelemente, die die Gemüter von Architekten und Bürgern immer wieder auf das heftigste bewegen: zum Beispiel Straßenlaternen. Nicht nur hierbei gilt die Grundregel, daß der sparsame und wenig Aufmerksamkeit erheischende Einsatz wohl der erfolgversprechendste Weg ist. Gerade bei den Details,

die sich nicht aufdrängen, bedarf es eingehender Erkundung, um ihren Beitrag zur Prägung eines städtischen Raumes wahrzunehmen. Die Struktur schafft Ordnung, aber erst die angemessene Sub-Struktur erzeugt städtisches Leben.

*Exkurs: Kurze städtebauliche Altstadtgeschichte
(nach einer Ausarbeitung von Ute Dehring und Sigrid Ebers)*

Dieser Überblick über die bauliche Geschichte der Altstadt von Schorndorf soll Grundlage für die anschließenden Erkundungen sein, so daß wiederkehrende historische Ereignisse nicht mehrmals erwähnt werden müssen. Außerdem sind die geschichtlichen Zusammenhänge auch von grundsätzlichem Interesse für das Verständnis der nachfolgenden Ausarbeitungen.

Die Frühzeit – Was war vor der »Stadt« Schorndorf?

In der frühen Alemannenzeit, 3.–5. Jahrhundert, hatten sich in der Gegend des heutigen Schorndorf verschiedene Gruppen unterschiedlicher germanischer Herkunft zusammengeschlossen. In Gehöftgruppen wohnte jeweils eine Sippe zusammen. Die Gebäude waren aus Holz gebaut und hatten ein mit Stroh oder Schilf gedecktes Dach. Das Wohnhaus, meist ein Firstsäulenhaus mit offenem Dachstuhl, maß in der Länge 12–15 und in der Breite 5–6 Meter. Daneben gab es Grubenhäuser als Vorratskeller oder als beheizbare Arbeitsräume. Diese waren

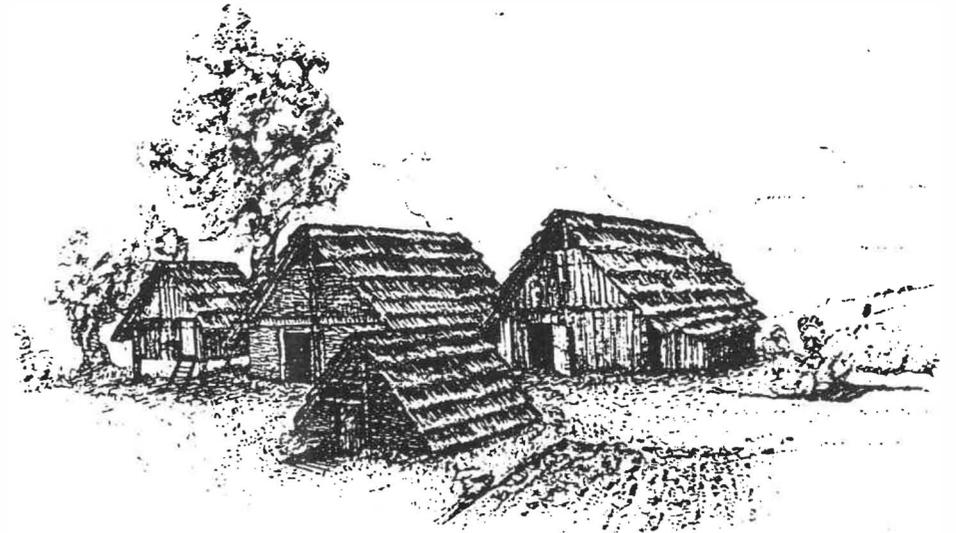


Abb. 2.2 Illustration einer Gebäudegruppe der alemannischen Siedlung

aber auch manchmal Wohnraum für unfreie Hilfsarbeiter, Mägde oder Knechte. Das Dach zog sich bis auf den Boden und lag dort auf Pfosten auf. Speicherhäuser waren auf Stelzen gestellt und hatten

etwa einen Meter über der Erde einen Holzrost als Boden (Abb. 2.2).

Die ursprüngliche Dorfanlage (Abb. 2.3) war eine alemannische Siedlung mit großem landwirtschaftlichem Hinterland. Der beginnende Weinanbau im Remstal führte zu einem regen Weinhandel. Hier befand sich außerdem ein wichtiger Knotenpunkt vieler alter, schon von den Römern benutzter Straßen durch das Remstal.

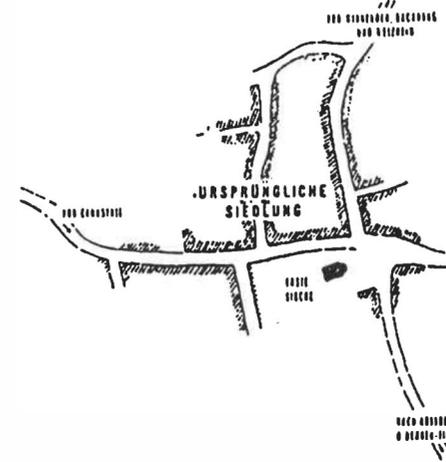


Abb. 2.3 Zeichnerische Rekonstruktion der ursprünglichen Dorfanlage

Stadtgründung nach staufischem Vorbild

Unter Graf Ulrich I. erfolgte um 1250 ein Stadtneubau nach staufischem Vorbild neben der bestehenden Dorfanlage. Eine Ummauerung des alten Dorfes entsprach nicht seiner Vorstellung von einer Stadt. Schorndorf wurde zur Stadt erhoben und bekam das Marktrecht verliehen.

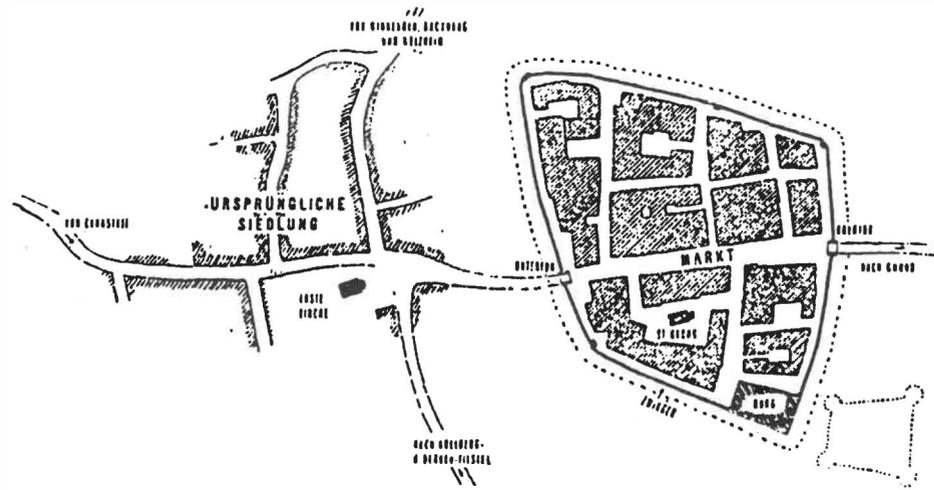


Abb. 2.4 Stadtneugründung nach staufischem Vorbild mit Zuordnung zur alten Dorfanlage

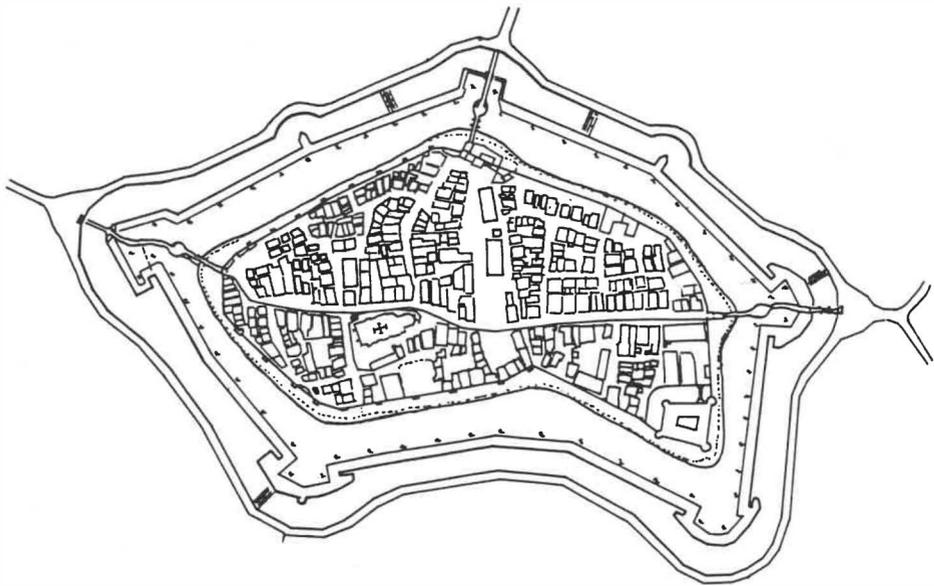


Abb. 2.5 Zusammengefaßte Siedlungsteile mit Festungsanlage um 1540

Die Stadtneugründung (Abb. 2.4) war eine Zweitanlage mit einer breiten Hauptstraße von Tor zu Tor, die auch als Markt diente. Schmale Seitengassen, an denen Landwirte und Weinbauern wohnten, mündeten rippenartig in die Hauptstraße ein. Die Straßeneinmündungen waren gegeneinander versetzt. Die giebelständigen Gebäude hatten nur eine Hauptbelichtungsseite. Die Stadtanlage hatte eine Ummauerung mit Mauertürmen, die nach innen ausgeführt waren.

Die »Stadtlinie« – Zusammenlegung der Siedlungsteile

Noch vor 1360 erfolgte eine Ummauerung, die auch das alte Dorf in das Stadtgefüge einbezog. Unter Herzog Ulrich (1535–1544) wurde später eine aufwendige Festungsanlage mit Wällen, Gräben, Bastionen und Redouten gebaut, die Schutz vor den das Remstal entlangziehenden Feinden bieten sollte (Abb. 2.5). Durch das Hinzufügen eines nördlichen Tores entstand eine Drei-Tor-Anlage mit nach außen liegenden Mauertürmen, die der neuen Verteidigungstechnik entsprach.

Der ehemals vorhandene, verteidigungstechnisch bedingte Abstand zwischen der Stadtneugründung und dem alten Dorf bot eine ideale Freifläche für einen Markt und den Bau von öffentlichen Einrichtungen. So wurde auf dem Marktplatz das bisher fehlende Rathaus und eine Kelter (nach 1450) gebaut. Im Be-

reich des früheren Dorfes wurden den neuen Bedürfnissen entsprechend eine spätgotische Hallenkirche nach dem Vorbild der Stuttgarter Stiftskirche von Aberlin Jörg und Jakob von Urach erbaut, die heutige Stadtkirche (Beginn zwischen 1470 und 1477). Bis zum Bau der Lateinschule (1569) befand sich daneben der Friedhof.

Vor dem mittleren Tor entwickelte sich eine ausgedehnte Vorstadt, die fast bis zur Rems reichte. Aus strategischen Gründen wurde sie aber nach der Schlacht bei Nördlingen (1634) vom schwedischen Oberst Taupadel eingeschert.

Innere Entwicklung – Zerstörung und Wiederaufbau

Beim Stadtbrand von 1634, während des Dreißigjährigen Krieges, blieben nur das Burgschloß und der spätgotische Chor der Stadtkirche erhalten. Der Wiederaufbau der Häuser erfolgte in einfacher Fachwerkbauweise. 1725 wurde das Rathaus neu erbaut und nach dem Stadtbrand von 1743 entstand in der Weststadt die schnurgerade »Neue Straße« (Abb. 2.6 u. 2.7). Die Festung verlor ihre Bedeutung und die Anlagen verfielen, so daß 1825 die Gräben aufgefüllt wurden. 1861 wurde der Bahnhof der Remsalbahn an der Stelle des Festungswerkes erbaut. Seit Ende des 19. Jahrhunderts erweiterte sich die Stadt über die Grenzen der Altstadt hinaus.



Abb. 2.6 Stadtgrundriß von 1743 nach dem Stadtbrand von 1634

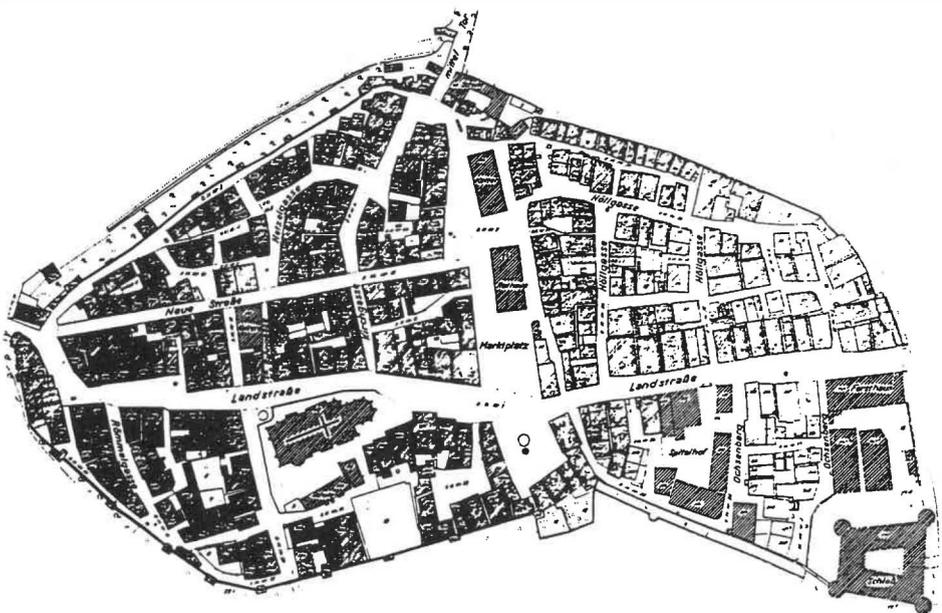


Abb. 2.7 Stadtgrundriß von 1832 nach dem Stadtbrand von 1743

Die alte Stadt 1/90

3. Stadtgrundriß im Wandel – Die lebendige alte Stadt

Das einzig Beständige der Stadtgeschichte ist der Wandel. Seit ihren Anfängen ist auch die Stadt Schorndorf fortlaufend den sich verändernden Bedingungen städtischer Lebensformen angepaßt worden: Tief eingegraben die mehrfach aufeinanderfolgenden Befestigungsanlagen, welche noch heute im Stadtgrundriß ablesbar sind und als denkmalgeschützte Zeugen unterirdisch noch Rücksicht verlangen.

Vom mittelalterlichen Schorndorf zum bürgerlichen Selbstbewußtsein

Das mittelalterliche Schorndorf, an der weitgehend hochwasserfreien Remstalstraße gelegen, entstand durch das Zusammenfügen zweier zuvor getrennter Ansiedlungen, der älteren Unterstadt im Westen und der neueren oberen Stadt. Der heutige Marktplatz – ursprünglich Müllkippe und Niemandsland zwischen den Siedlungskernen – entstand erst nach der gemeinsamen Ummauerung in der Mitte des 14. Jahrhunderts. Diese Ausdehnung blieb auch erhalten, als Schorndorf zur bedeutendsten Landesfestung des Herzogtums Württemberg, vorwiegend ab 1538 unter Herzog Ulrich ausgebaut worden ist. Bis auf eine kleine vorstädtische Bebauung nördlich des Mittleren Tores begrenzt die unter Festungs-

baumeister Niklas von Geldern entstandene Mauer- und Wallanlage mit ihren Eckbastionen über Jahrhunderte die Entwicklung der Stadt. Es bedarf der Erinnerung an die Willkür gewalttätiger Herrschaft, an das Scheitern des Bauernaufstandes »Armer Konrad« und der Enthauptung der Anführer in Schorndorf im Jahre 1514, um zu verstehen, daß die Abhängigkeit der Stadt-Bewohner von den Militärs der Garnison über Jahrhunderte nicht nur baulich den Horizont der Entwicklungsmöglichkeiten eingengt hat. Bürgerliches Selbstbewußtsein konnte sich nicht selbstverständlich entwickeln wie in den freien Reichsstädten, zeigte sich dafür zugespitzt im Aufstand der Schorndorfer Weiber, die anno 1688 den Rat der Stadt gezwungen haben, dem anrückenden Franzosentrupp unter General Mélac im Pfälzischen Erbfolgekrieg die Übergabe der Stadt zu verweigern: erfolgreich!

Erhalten gebliebene Zeugen einer wechselhaften Geschichte

Dreimal wurde die Stadt durch verheerende Brände weitgehend zerstört: 1634 sowie 1690 durch Beschießung belagernder Truppen und 1743 ohne Kriegseinwirkung. Nach dem letzten Brand wurden beim Wiederaufbau zugunsten brei-

Die alte Stadt 1/90

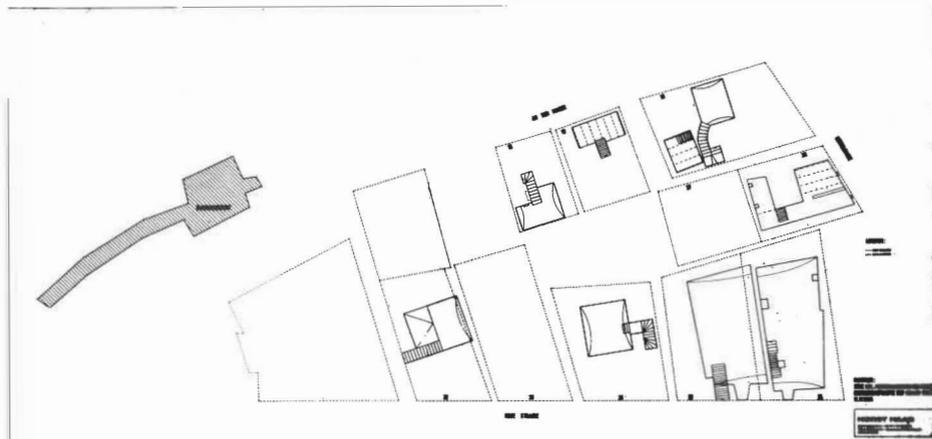


Abb. 3.1 Kellerkataster für das Quartier An der Mauer/Neue Straße. Architekt Horst Haag

terer Straßen die Gebäudefluchten zurückgenommen, während die gewölbten Keller bis heute (unter dem Pflaster) auf der alten Bauflucht verblieben, so vor allem in der Daimlerstraße. Auf gleiche Weise entstand auch die Helle Gasse

(heute fälschlich Höllgasse genannt) und die Neue Straße (Abb. 3.2). Diese wurde auf herzogliches Dekret hin geradlinig durch das abgebrannte Viertel hindurchtrassiert und auf die letzte Fensterachse des 1726–30 gebauten Rathauses ausgerichtet (Abb. 3.2). Aufschlußreich ist dabei die herzogliche Auffassung über den Wiederaufbau, weil damit eine scharfe Abgrenzung zwischen öffentlichem Interesse (Bauvorschrift) und privater Baufreiheit getroffen worden ist:

»Daß zugleich die neu erbauende Häuser höher nicht als zweistöckigt und so viel möglich von Stein gebaut, der Bürgerschaft aber dagegen, was sie vor Tächer darauf setzen sollen ... frey gestellt ... sei.«

Fachwerkvorstöße allerdings wurden damals verboten.

Wie sehr denkmalpflegerisch wichtige Einzelfälle den Spielraum heutiger Stadtentwicklung ebenso vorgeben wie private Investitionsabsichten lenken, zeigt eine 1899 von der höheren Denkmalschutz-



Abb. 3.2 Neue Straße: Achse auf das Rathausfenster
Foto York Kautt

behörde ergangene Entscheidung, die den Abbruch des Doppelhauses Neue Straße 24/26 untersagt (Abb. 3.3). Dort ist folgendes ausgeführt (Auszüge):

»Das ausgesprochen großvolumige Giebelhaus ist das bedeutendste und stattlichste Gebäude in der nach dem Stadtbrand von 1743 angelegten Neuen Straße... Der mit flachem Segmentbogen gewölbte Keller ... stammt vom Vorgängerbau ... Das im Aufgehenden ... 1745 erstellte Gebäude liegt in der sogenannten Unterstadt, einem Stadtteil, auf dessen Gelände sich ein bereits vor der Stadtgründung bestehendes Dorf befand und das im 14. Jahrhundert als Stadterweiterung in die Befestigung einbezogen wurde ... Die nach dem Stadtbrand mit geradlinigem Verlauf vom Marktplatz zum westlichen (mittelalterlichen) Stadttor angelegte Straße wurde durch das zuvor dicht bebaute Quartier so geführt, daß dieser Keller stehen bleiben konnte. Der Keller hat damit für sich gesehen großen städtebau-geschichtlichen Quellenwert ... Die Überbauung des Kellers erfolgte dabei in Form eines Doppelhauses, d. h. es teilten sich vermutlich zwei Bauherren die Kosten ... Zusammen mit den ... Überlegungen zu den möglichen Nutzungen des Wohnraums versprechen diese Fakten, daß eine Untersuchung der Geschichte gerade dieses Gebäudes wichtige Erkenntnisse zur Sozialgeschichte der Stadt Schorndorf und zum Leben und Arbeiten von Schorndorfer Ackerbürgern aus der Mitte des 18. Jahrhunderts erbringen wird, wobei obendrein



Abb. 3.3 Haus Neue Straße 24/26

Foto York Kautt

die Situation am Gebäude selbst anschaulich erfahren werden kann... Seine Erhaltung liegt insbesondere wegen seines exemplarischen Wertes und Originalitätswertes im öffentlichen Interesse.«

Zuschüsse des Landesdenkmalamtes sollen den Erhalt des Gebäudes dem Eigentümer finanziell zumutbar machen. Läßt sich dies erreichen, wird die Sanierung des ganzen Blocks auch beim Abbruch und Wiederaufbau aller benachbarten Gebäude wesentlich anders verlaufen müssen, als die ursprünglich beabsichtigte Flächensanierung über einer gemeinsamen, durchgehenden Tiefgarage.

An der Bahnlinie sind noch immer Wunden im Stadtgrundriß erkennbar

Spätere Änderungen im Stadtgrundriß gehen auf die Schleifung der Festungsanlagen nach 1810ff. zurück, was zunächst zu weiteren Öffnungen der Altstadt (Durchbruch Archivstraße 1883 und Schlichtener Straße) geführt hat, sowie zu einer Villen-Bebauung im ehemaligen Festungs-Glaciis durch die Familien, welche im 19. Jahrhundert die Industrialisierung Schorndorfs eingeleitet haben (Abb. 3.4). Später kamen wichtige Gemeinbedarfseinrichtungen hinzu (Bahnhof 1861; Künkelschule 1873/74; Schloßwellschule 1891; Künkelschule 1900).

Ausgelöst durch den Bau der Remstalbahn in den Jahren 1858–1861 war die Erschließung der ehemaligen Wallanlagen beidseits des Bahnhofs trotz des schlechten Baugrundes wirtschaftlich: Die Baublöcke beidseits der Karlstraße und der Künkelschule sind damals entstanden, während die Rosenstraße bis in jüngste Zeit keine grundlegende Umgestaltung erfahren hat, sondern nur einzelne Neubauten an die ehemals zur Mauer gewandte Stadt-Rückseite ange-

fügt wurden. Im Jahre 1982 wurde ein Teil dieser Häuser abgerissen und dort zur »verkehrsgerechten« Einmündung der Daimlerstraße in die Rosenstraße ein Einmündungstrichter mit Verkehrsinsel gebaut. Auf den restlichen Abrißflächen wurde eine Grünfläche angelegt, auf welcher ein Stück Stadtmauer rekonstruiert worden ist.

An der Rosenstraße besteht Handlungsbedarf. Es gilt, eine neue Stadtkante gegenüber den Bahnanlagen zu definieren, wobei mit der geplanten Flächensanierung im Dreieck Neue Straße – An der Mauer – Hetzelgasse auch das Bedürfnis der Stadt nach zusammenhängenden Einzelhandels- und Dienstleistungsflächen befriedigt, gleichzeitig aber auch Rücksicht auf die Spuren der Stadtgeschichte genommen werden soll. Wichtiges Kriterium dabei ist der ehemalige Verlauf der mittelalterlichen Stadtmauer: Oberirdisch soll diese Linie nicht überschritten werden, unterirdisch begrenzt diese Linie vermutete Reste abgegangener Bauten aus dem Mittelalter.

Baulicher Entwicklungsdruck und Autoverkehr

Da der bauliche Entwicklungsdruck die Altstadt Schorndorf im wesentlichen erst spät, nämlich vorwiegend nach Inbetriebnahme der S-Bahn nach Stuttgart im Jahre 1981 erreicht hat, sind kaum Einbrüche in das überkommene bauliche Gefüge zu verzeichnen. Die Verlegung der alten Remstalstraße in mehreren Etappen in den Norden der Stadt (1788 Grabenstraße; 1937ff. Umgehungsstraße

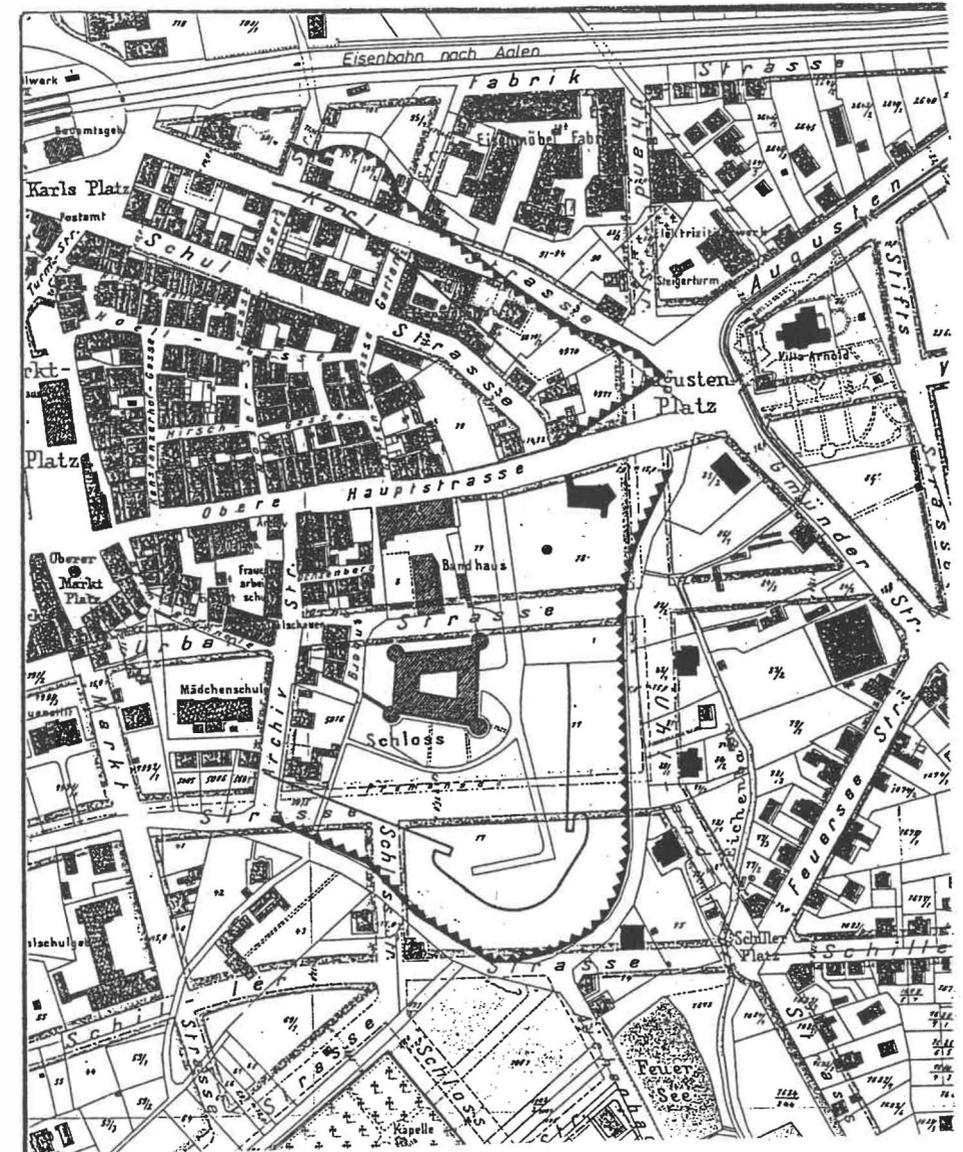


Abb. 3.4 Planung 1907 zur Stadterweiterung im Glaciis. Die Zackenlinie bezeichnet die äußere Wallmauer der Festung. Die Villen entstanden auf großen Grundstücken östlich davon

im Zuge der jetzigen B 29; 1988 Planfeststellung der äußeren Umgehungsstraße »Hangtrasse B 29 – neu«) und der Aus-

bau des inneren Verkehrsringes ab 1981 hat den Durchgangsverkehr rechtzeitig aus der Altstadt herausgenommen (Abb.

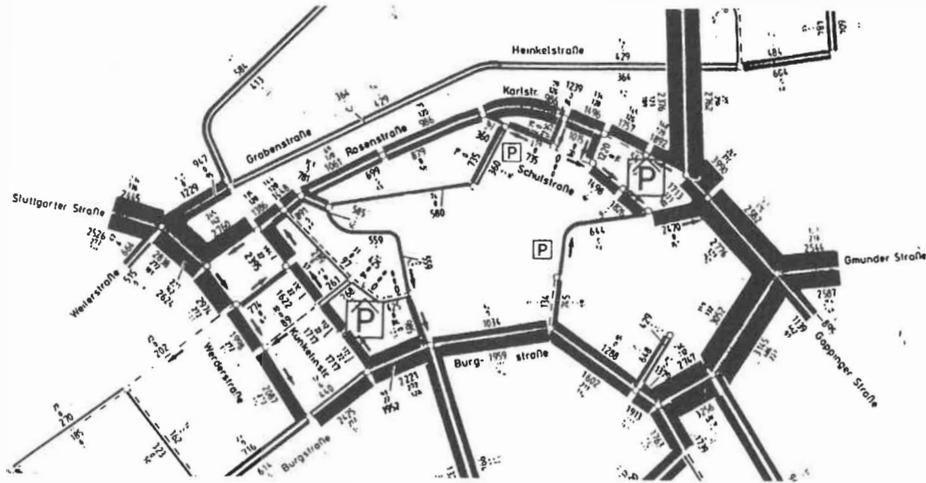


Abb. 3.5 Generalverkehrsplan Innenstadt. Prognose Streckenbelastungen 1995 Netzfall 6. Büro Brenner u. Münnich

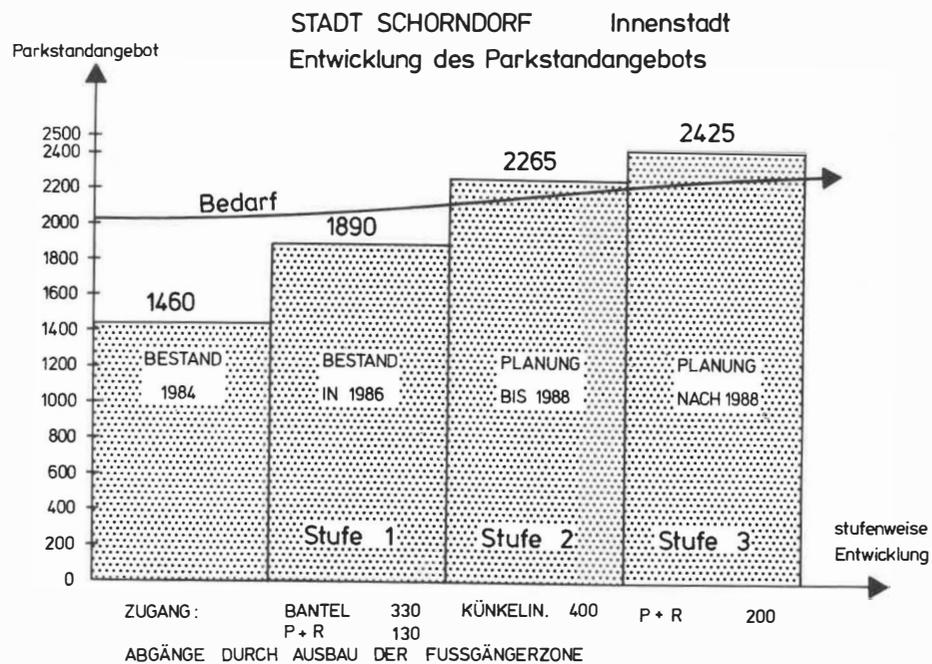


Abb. 3.6 Entwicklung der Stellplätze in der Altstadt

3.5). Wo dennoch Straßenverbreiterungen vorgenommen worden waren, wurden und werden diese schon wieder zurückgebaut, wie z. B. die Einmündung der Daimlerstraße in die Rosenstraße.

Durch den Bau der Parkhäuser »Bantel« und »Künkelin« im Osten und Westen der Altstadt, konnte der Stellplatzbedarf für die Altstadt weitestgehend abgedeckt werden, was Voraussetzung für den Erhalt der kleinstrukturierten Bebauung auf meist fast vollständig überbauten Grundstücken ist. Auch war es nur so möglich, Zug um Zug große Teile der

Altstadt als Fußgängerzone umbauen und ausweisen zu können (Abb. 3.6).

Die für 1990/92 vorgesehene Umgestaltung des zentralen Omnibusbahnhofes am Karlsplatz soll nicht nur funktionelle Verbesserungen zur Abwicklung des öffentlichen Nahverkehrs, sondern auch verbesserte Führungen des Individualverkehrs ermöglichen und gleichzeitig eine städtebauliche Aufwertung an der Nahtstelle zwischen Unterem Marktplatz und Bahnhofsbereich bewirken (Abb. 3.7).

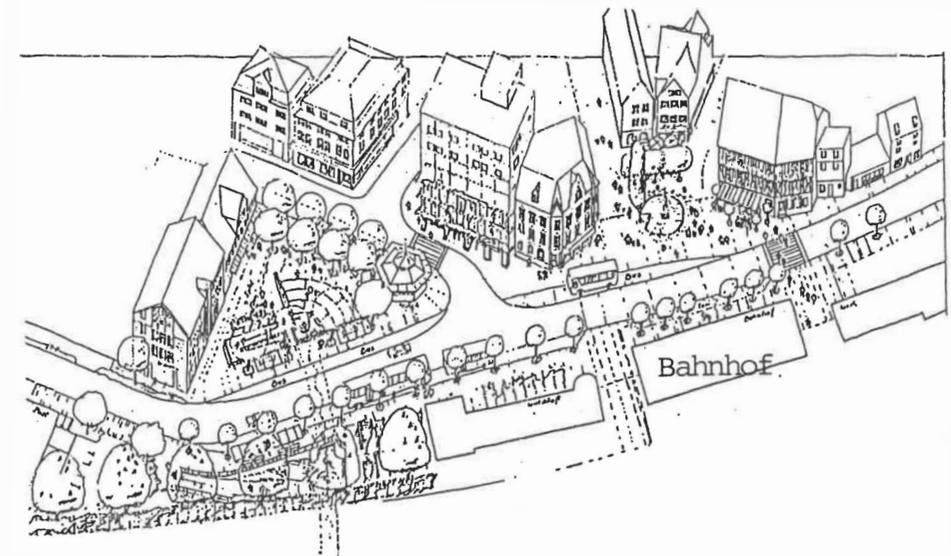


Abb. 3.7 Isometrie Busbahnhof von Norden. Planung Büro asplan 1989

4. Beispiel – Stadtkirche und Umgebung

(nach einer Erkundung von Ute Dehring und Diana Patzak)

Die Stadtkirche liegt im westlichen Teil der Altstadt von Schorndorf (siehe Übersichtsplan Abb. 4.1) und ist in einen von Gebäuden gebildeten Platzraum frei hineingestellt, ohne daß dadurch ein von der Größe her dominierender Platz gebildet wird. Selbst der Kirchplatz auf der Südseite ist eher eine Aufweitung einer Gasse. Auch eine direkte Zuordnung zum langgestreckten Marktplatzbereich ist nicht vorhanden.

Aufgabenstellung für die Erkundung

Nach einem Überblick über die geschichtliche Entwicklung soll eine Analyse der Nutzungen und Raumproportionen erfolgen. Dabei sind folgende Ge-

sichtspunkte zu berücksichtigen: Einfügung eines wesentlich größeren Baukörpers in den Stadtgrundriß und das Zusammenwirken mit der angrenzenden Randbebauung, Nutzungswandel und Einwirkungen auf die Gebäude. »Sein und Scheinen« – alte Gebäude mit neuem Innenleben sollen ein weiteres Thema sein, ebenso die Gestaltung der Straßen- und Freiräume im Wandel der Zeiten sowie deren Nutzung, deren »Aneignung« durch die Bürger ...

Geschichtliche Entwicklung des Gebiets um die Stadtkirche

Vor dem Stadtbrand 1743 ist die Kirche und der Kirchplatz fast ganz von einer

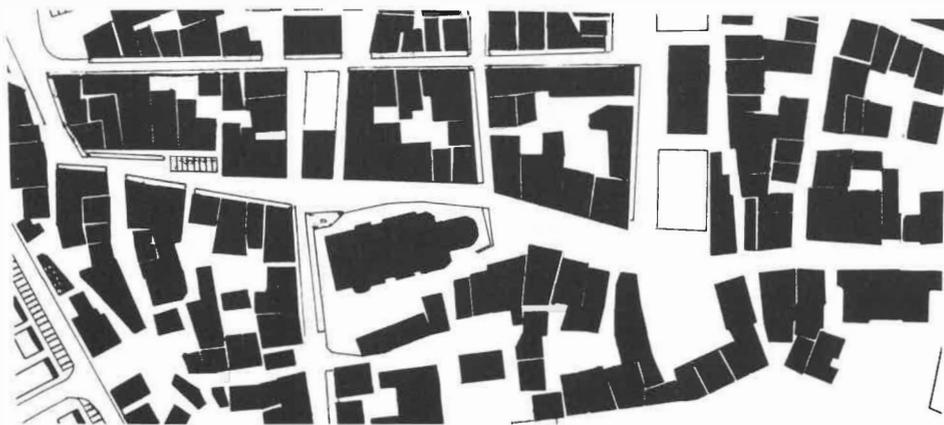


Abb. 4.1 Übersichtsplan Stadtkirche und Umgebung

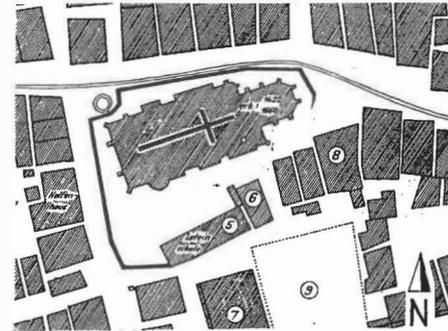


Abb. 4.2 Bauliche Situation um die Stadtkirche 1743

Mauer umgeben (Abb. 4.2). Es gibt nur zwei Zugänge, am Chor, etwas von der damaligen Landstraße und heutigen Gottlieb-Daimler-Straße abgewandt, und zwischen den Gebäuden am Kirchplatz (heute Nummer 5 und 7). Das mag damit zusammenhängen, daß der Kirchplatz bis 1525 Kirchhof und danach Vorplatz für eine Lateinschule (Nr. 5) sowie für die

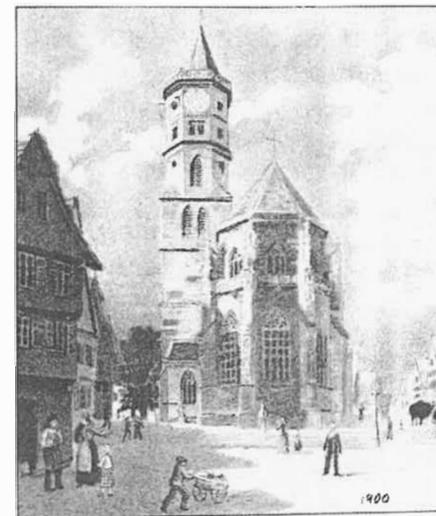


Abb. 4.4 Die Stadtkirche von Osten um 1900

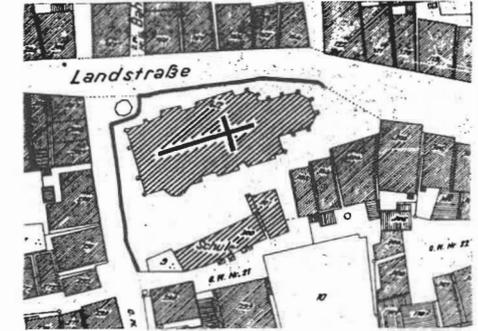


Abb. 4.3 Bauliche Situation um die Stadtkirche 1832

Deutsche Schule (Nr. 7) war. Die eingeschränkte Zugänglichkeit entsprach dem eher halböffentlichen Charakter in der damaligen Zeit.

Der Plan von 1832 zeigt einen zur Landstraße hin freigelegten Chorbereich (Abb. 4.3 u. 4.4). Nach 1866 wurde die Mauer an der Schlichtener Straße bis zum Westportal der Stadtkirche durch eine Treppenanlage ersetzt, der Kirchplatz wurde öffentlich. Ein Foto von 1908 (Abb. 4.5) zeigt diese Situation und verdeutlicht die Nutzung als öffentlicher Platz. Nach 1908 wird die Treppenanlage wieder verkürzt und die Mauer teilweise wieder hergestellt. 1937 wird der Treppenaufgang um die südliche Ecke herum erweitert.

Auf dem Plan von 1985 ist neben einer abermals reduzierten Mauer an der Schlichtener Straße ein neuer Treppenaufgang an der Gottlieb-Daimler-Straße zu erkennen (Abb. 4.6–4.9). 1986 wurde im Bereich um die Kirche eine »fußgängerfreundliche« Neugestaltung vorgenommen (Planung: Asplan, Stuttgart).

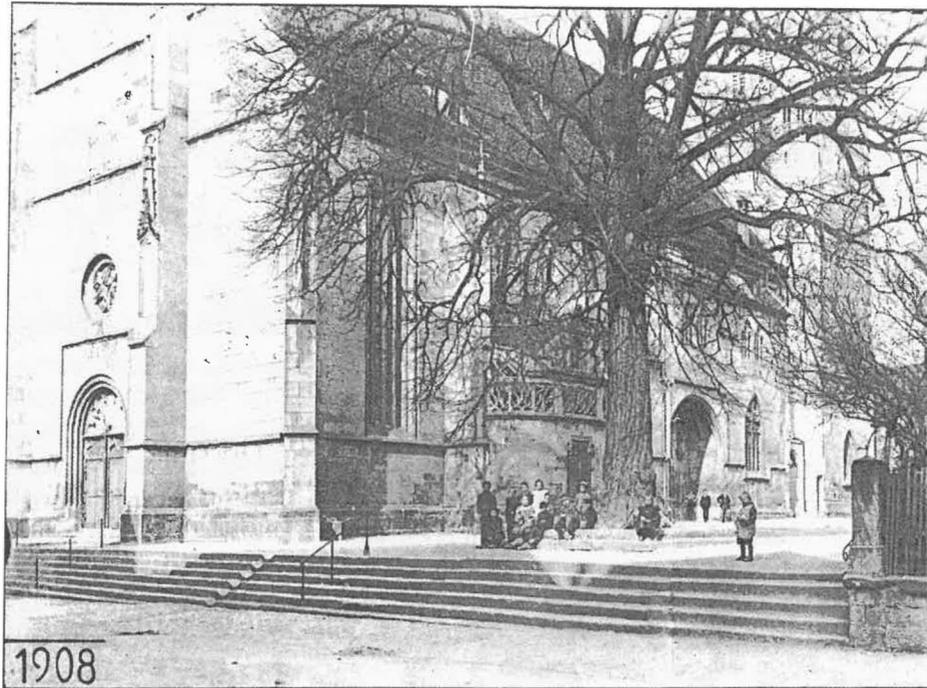


Abb. 4.5 Treppenanlage an der Westseite der Stadtkirche 1908

Die heutige Situation zeigt im Norden an der Gottlieb-Daimler-Straße, die zur Fußgängerzone geworden ist, zusätzliche Treppen zur besseren Anbindung und eine »mittlere Ebene«, um einen besseren

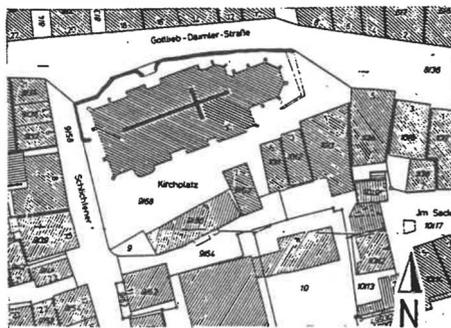


Abb. 4.6 Bauliche Situation um die Stadtkirche 1985 vor der Umgestaltung

Die alte Stadt 1/90

Übergang vom Straßen- zum Kirchenniveau zu erreichen (Abb. 4.10–4.12, Perspektive: Asplan, Stuttgart). Im Westen wurde die Mauer wiederhergestellt, allerdings mit zwei Treppen, die eine bessere Zugänglichkeit gewährleisten. Pflasterungen und »Möblierungen« sollen die Bereiche um die Stadtkirche in ihrem Aufenthaltscharakter verbessern. Im Ganzen ist aber festzustellen, daß die Neugestaltung wesentlich kleinteiliger und differenzierter ist als es die historischen Vorbilder erkennen lassen.

Bebauungs- und Raumcharakter

Die Raumkanten der Randbebauung (Abb. 4.13), die den Kirchenbau umge-



Abb. 4.7 Nördliche Kirchenumführung an der Gottlieb-Daimler-Straße 1985

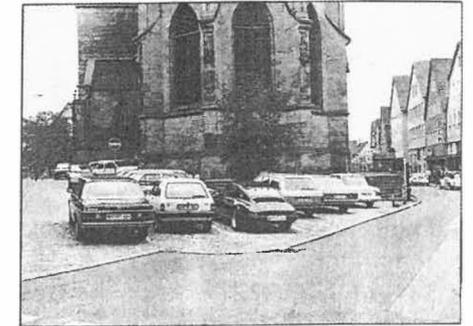


Abb. 4.9 Östlicher Vorbereich mit Parkplatznutzung vor der Umgestaltung 1985

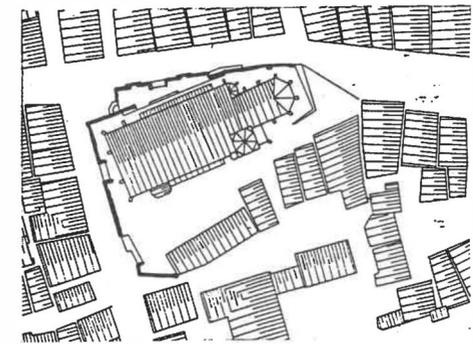


Abb. 4.10 Heutige Freiflächensituation um die Stadtkirche



Abb. 4.8 Stadtkirche von Osten um 1900

ben, sind einerseits geschlossen, zeigen aber andererseits eine klare Verknüpfung zweier Straßenverbindungen. Die Gottlieb-Daimler- und die Schlichtener Straße treffen im Nordwesten der Stadtkirche aufeinander. Durch diese Wegbeziehungen und durch eine unterschiedliche Höhenlage, unterstrichen durch Mauern und Treppenanlagen, wird die Kirche und der Kirchplatz räumlich der südlichen Randbebauung zugeordnet. Der Kirchplatz wird zu einem ruhigen, in seiner Öffentlichkeit reduzierten Platzraum.

Die Dachaufsicht (Abb. 4.14) verdeut-

Die alte Stadt 1/90

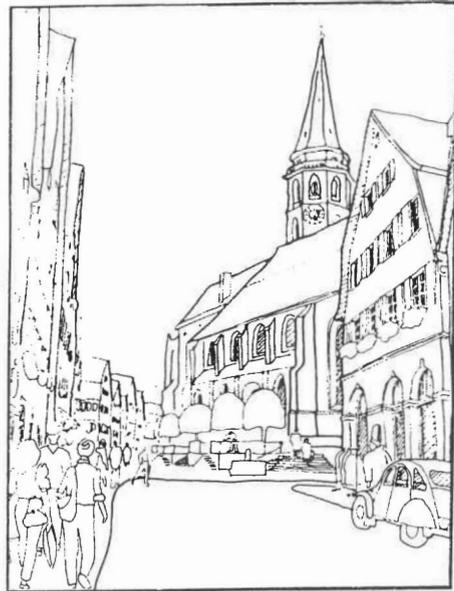


Abb. 4.11 Planung 1985 (oben) und heutiger Zustand an der Nordseite

licht die räumliche Dominanz der Gottlieb-Daimler-Straße durch die giebelständigen Häuser. Die Traufständigkeit der Gebäude in der Schlichtener Straße unterstreicht diesen Eindruck und macht diese Richtung zu einer untergeordneten Wegbeziehung.

Durch die nähere Betrachtung und durch die Analyse der Raumwirkungen wird der erste Eindruck des Lageplans, die Stadtkirche sei frei in einen »Dreiecksplatz« hineingestellt (Abb. 4.15), revidiert. Höhenunterschiede und Bebauungscharakter der angrenzenden Gebäude bewirken eine räumliche Einbindung der Kirche in die südliche Randbebauung. Dadurch wird der eigentliche Kirchplatz werktags zum ruhigen »Rück-



Abb. 4.12 Gottlieb-Daimler-Straße mit Stadtkirche heute

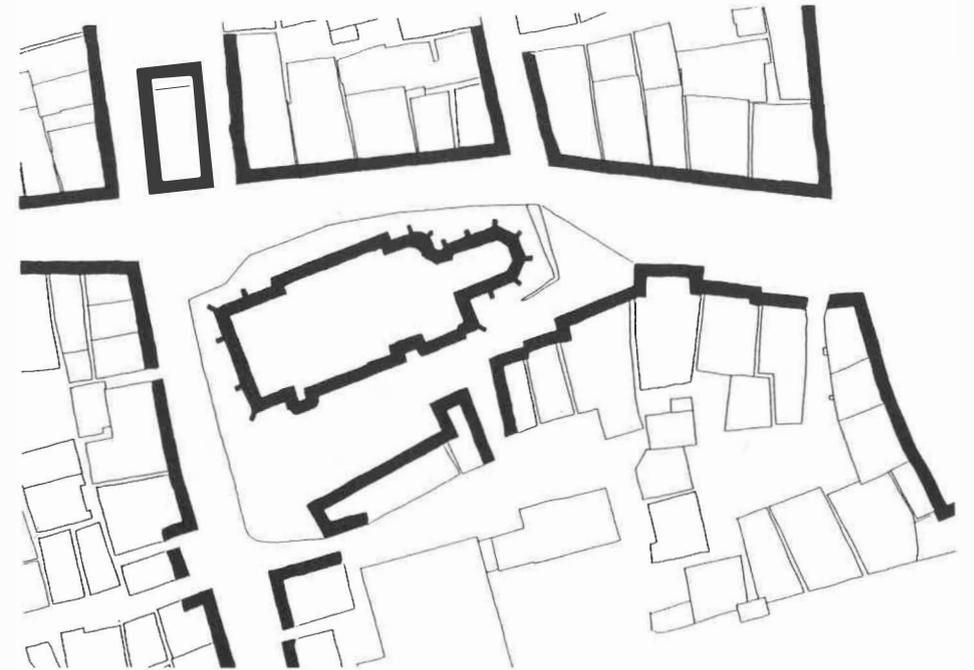


Abb. 4.13 Raumkanten im Gebiet um die Stadtkirche

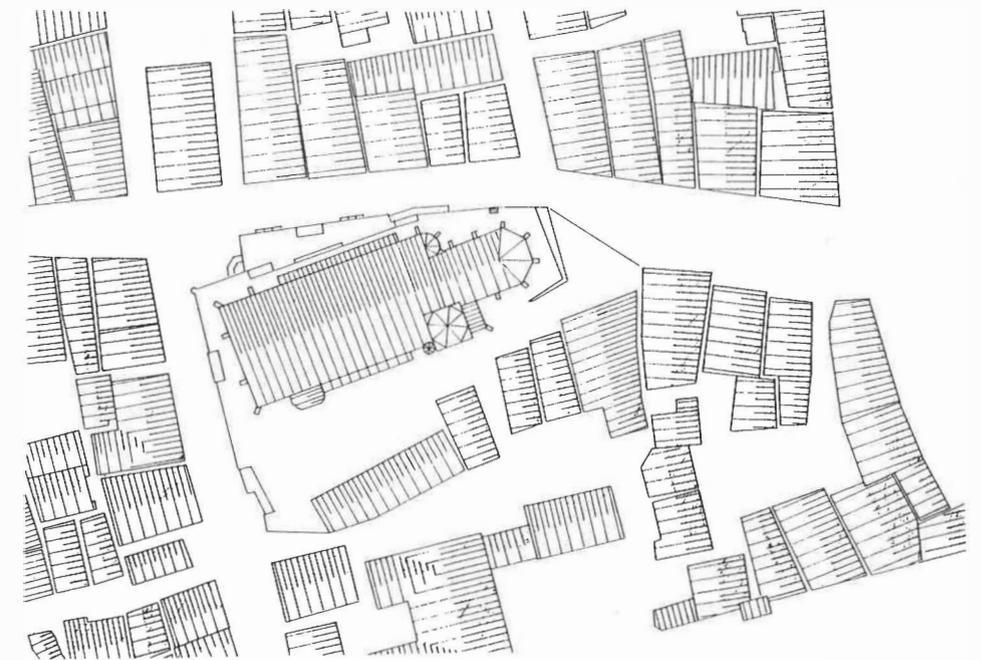


Abb. 4.14 Dachformen der Gebäude an der Stadtkirche

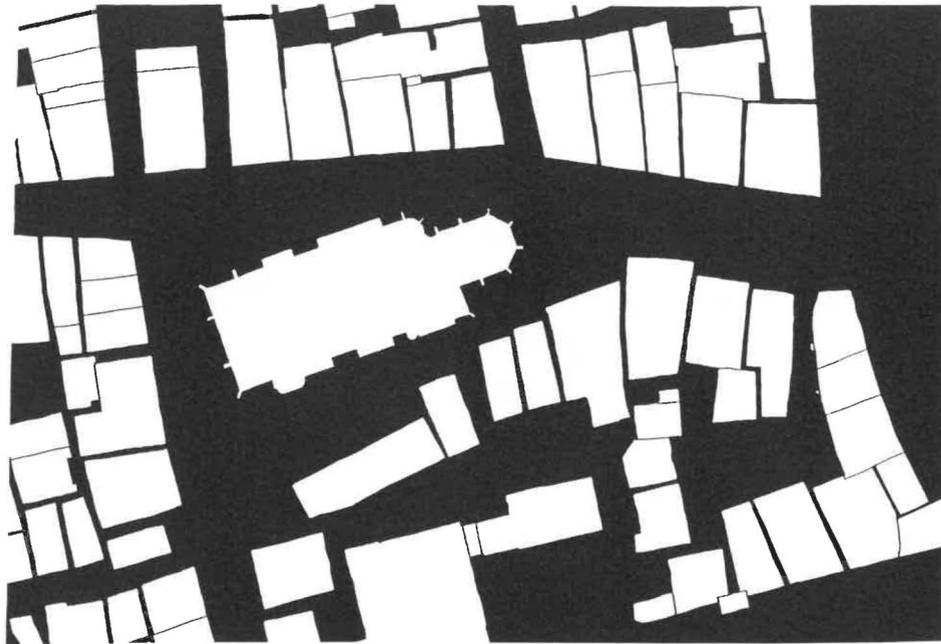


Abb. 4.15 Negativdarstellung der öffentlichen und privaten Freiräume

zugsort« und an den Wochenenden zum »offenen« Vorbereich für den Kirchenraum, genutzt von Hochzeitsgesellschaften und als Festplatz bei zahlreichen Anlässen (Abb. 4.16 u. 4.17).



Abb. 4.17 Kirchplatz als »Veranstaltungsort« vor der Kirche



Abb. 4.16 Kirchplatz an der Südseite als ruhiger »Rückzugsort«

Unterschiedliche Raumproportionen rund um die Stadtkirche

Durch verschiedene Raumprofile (Schnitte der Abb. 4.18) werden die Proportionen der unterschiedlichen Stadträume rund um die Stadtkirche verdeut-

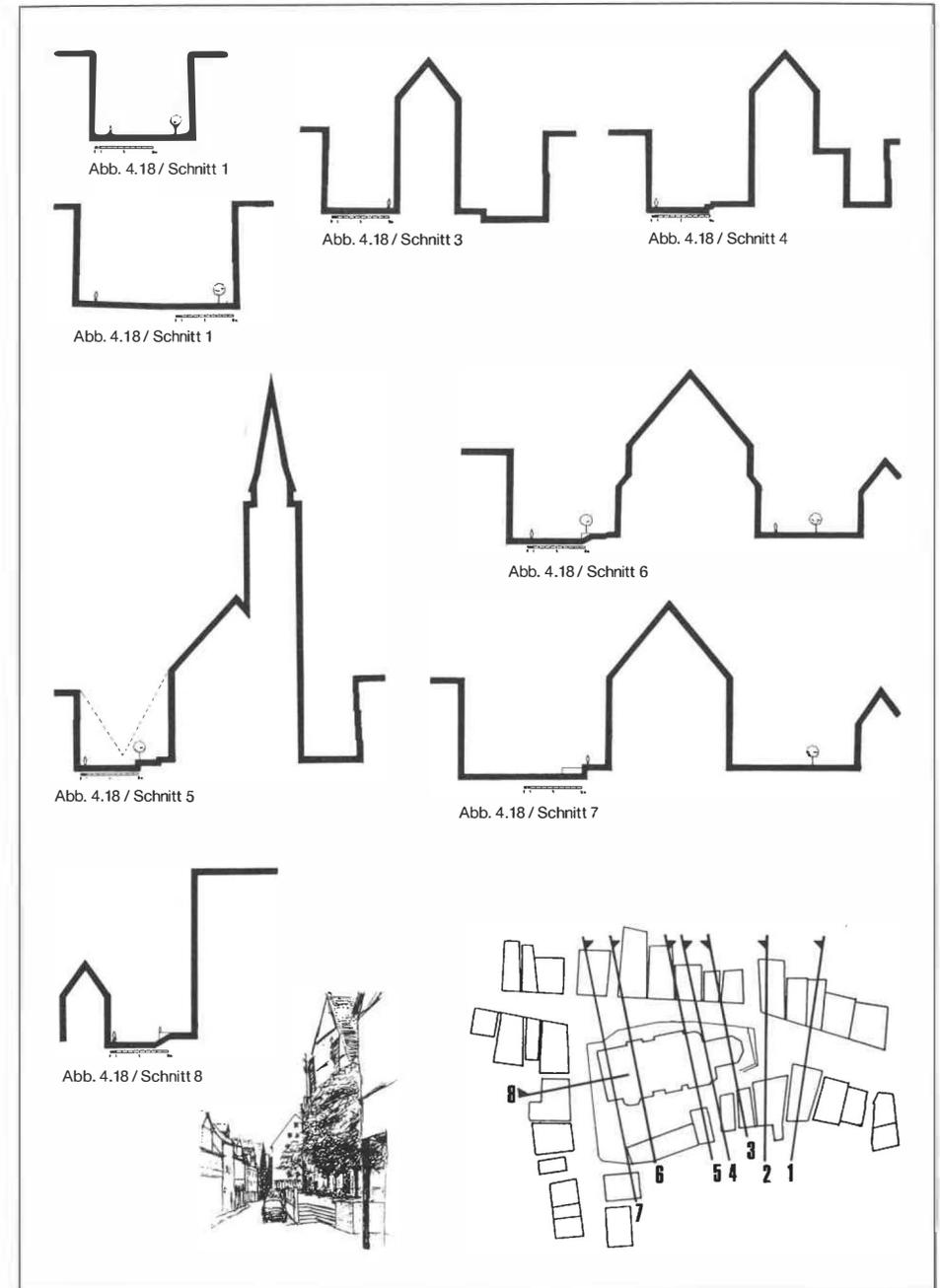


Abb. 4.18 Verschiedene Schnitte zur Darstellung der Raumproportionen

licht. Der große und hohe Baukörper der Stadtkirche fügt sich recht harmonisch in die umgebende Raumstruktur ein. Ein wesentlicher Grund dafür ist die starke Differenzierung der Baumasse, so daß jeweils in den Straßen- und Platzräumen angenehme Raumproportionen entstehen. Die giebelständigen Häuser im Ostteil der Gottlieb-Daimler-Straße bilden durch das Aufweiten des Straßenraumes eine künstliche, bühnenartige Perspektive, in deren Hintergrund sich der Chor der Kirche befindet (Schnitte 1 u. 2).

Die Schnitte 3 und 4 durch den Chorbereich zeigen zwei unterschiedlich breite Straßenprofile, wobei das schmalere auch noch angehoben ist. Dadurch ist eine eindeutige Wegführung Richtung Gottlieb-Daimler-Straße gegeben. Der

schmale Chor bestimmt zwar den aufgeweiteten Straßenraum, wirkt aber einerseits durch seine »Zierlichkeit« und andererseits durch sein schräges Dach, das die in Erscheinung tretende Bauhöhe reduziert, auch bezüglich der seitlichen Raumproportionen keineswegs erdrückend.

Der Turm der Stadtkirche befindet sich seitlich im Süden (Schnitt 5), so daß das Hauptschiff mit seinem geneigten Dach in der Gottlieb-Daimler-Straße einen Übergang bildet. Die Straßenprofile 6 und 7 verdeutlichen, daß die beiden Räume zwischen Kirche und gegenüberliegender Randbebauung ähnlich proportioniert sind. Die Baumasse der Kirche und die Höhe des Kirchturms wirken auf den Straßenraum ein, erdrücken ihn



Abb. 4.19 Nordseite der Stadtkirche mit Gottlieb-Daimler-Straße



Abb. 4.20 Blick von der östlichen Gottlieb-Daimler-Straße zur Stadtkirche

aber andererseits nicht. Die größere Gebäudetiefe der Kirche an der Westseite korrespondiert mit einer Aufweitung der Straßenräume beidseits der Kirche, so daß auch hier die Raumproportionen räumlich angemessen erscheinen.

In der Schlichtener Straße dagegen stehen sich ganz unterschiedlich hohe Raumkanten gegenüber (Schnitt 8 und Perspektive). Hier dominiert eindeutig die Baumasse der Stadtkirche, was noch durch eine Anhebung des westlichen Vorbereichs gegenüber der Straße unterstrichen wird. Dadurch entsteht eine räumliche Spannung, die diesem Straßenraum, trotz seiner im Stadtgrundriß geringeren Bedeutung, eine besondere Prägung gibt.

Die Perspektiven der Vorort-Erkundung vermitteln einen Eindruck von den unterschiedlichen Raumeindrücken an der Gottlieb-Daimler-Straße, von Westen

(Abb. 4.19) und von Osten (Abb. 4.20) aus gesehen.

Platzwände und Nutzung der Randgebäude

Die Platzwände um die Stadtkirche herum werden durch Gebäude mit unterschiedlichem Charakter gebildet. Die Nord- und die Südseite sollen beispielhaft erläutert werden.

An der Gottlieb-Daimler-Straße stehen Gebäude eines einheitlichen Typs, der in vielfältiger Weise variiert wird (Abb. 4.21). Die gerade Bauflucht und die Mansard-Dächer sind deutliche Hinweise auf die Entstehungszeit nach dem Brand von 1743 (siehe auch Kapitel 6). Alle Häuser sind giebelständig, wobei allerdings die steilen Dächer verschiedene Formen und Höhen aufweisen. Das resultiert auch aus der stark voneinander



Abb. 4.21 Fassadenabwicklung der nördlichen Gottlieb-Daimler-Straße

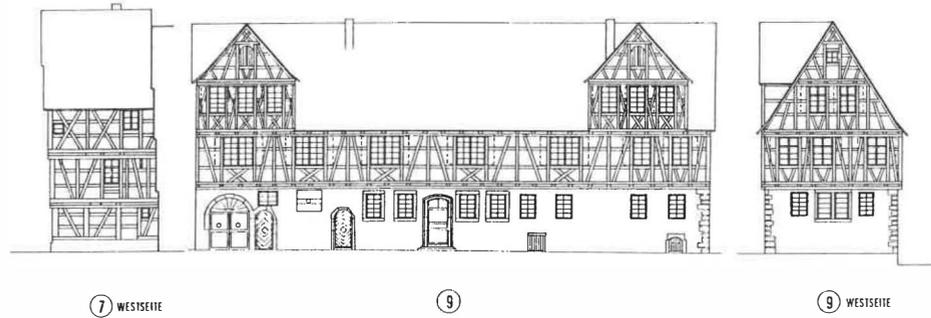


Abb. 4.22 Fassaden an der Südseite des Kirchplatzes

abweichenden Hausbreite. Einheitlichkeit und Differenziertheit stehen so in einem spannungsreichen Kontrast, der dem vorgelagerten Platzraum seinen eigenständigen Ausdruck verleiht.

Dem öffentlichen Charakter des Raumes entsprechend werden die Erdgeschosse auch gewerblich genutzt. Läden und andere gleichartige Nutzungen haben aber stark auf die Fassadengestaltung der Gebäude eingewirkt. Die ehemals auf die Gestaltung der gesamten Hausfassade abgestimmte Ausformung des Sockelgeschosses ist einer »Einheitsgestaltung« durch großflächige Schaufensterbänder bei fast allen Gebäuden gewichen. Der funktionale »Zeitgeist« der 60er und 70er Jahre hat hier seine wenig einfühlbare »Duftnote« hinterlassen. Gegenwärtig sind Bestrebungen zu beobachten, den früheren Zustand wieder herzustellen. Ein einheitliches Farbkonzept für die Fassadengestaltung hat sich in dieser Hinsicht bereits positiv ausgewirkt.

Ganz anders, aber dem Raumcharakter entsprechend, ist die südliche Begrenzung des Kirchplatzes durch die Gebäudegestaltung und -nutzung ausgebildet

(Abb. 4.22). Dem ruhigen Platzcharakter angemessen ist das langgestreckte, traufständige Gebäude der ehemaligen Lateinschule. Zwei Zwerchgiebel setzen lediglich kleine gestalterische Akzente, die auch das Sichtfachwerk über dem steinernen Sockelgeschoß in angemessener Weise betonen. Der Ruhe des Platzes und des Gebäudes entspricht die jetzige Nutzung des Gebäudes als Heimatmuseum, wodurch historische Anklänge an die ehemalige Zweckbestimmung ermöglicht werden.

Die gezeigten Beispiele zeigen eine schöne Entsprechung von Raumwirkung, wie weiter oben bereits beschrieben, Ausbildung der Platzwände und Gebäudenutzung.

Umnutzung, Umgestaltung und Rückbau

Das bis 1978 kirchlich genutzte Gebäude Kirchplatz 1 (Abb. 4.23 u. 4.24) mit einem steinernen Erdgeschoß und darüber befindlichem Fachwerkaufbau sollte nach einer Planung aus dem Jahre 1969 total verändert werden. Die radikale Neuplanung (Abb. 4.25 u. 4.26) sah eine



Abb. 4.23 Gebäude Kirchplatz 1, Fassade (Mitte) mit angrenzenden Gebäuden

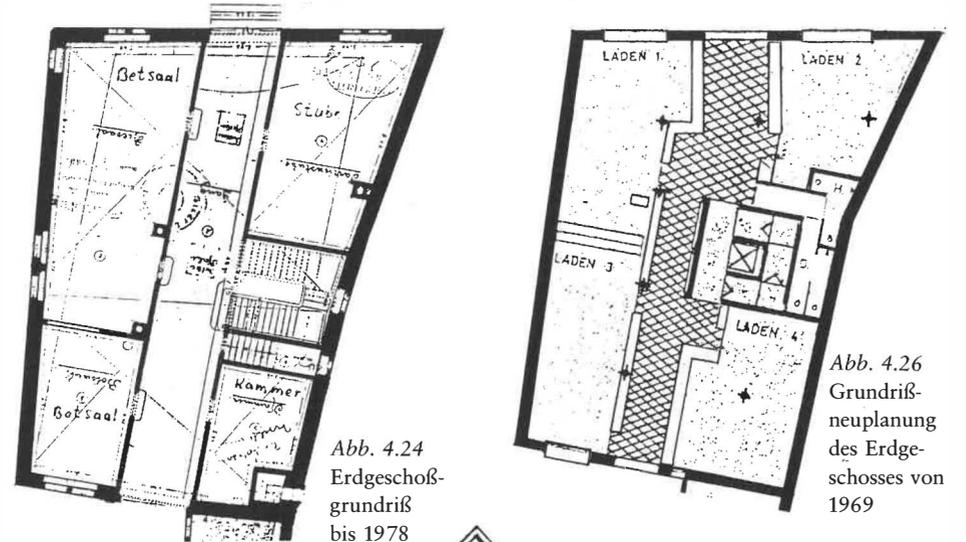


Abb. 4.24 Erdgeschoßgrundriß bis 1978

Abb. 4.26 Grundrißneuplanung des Erdgeschosses von 1969

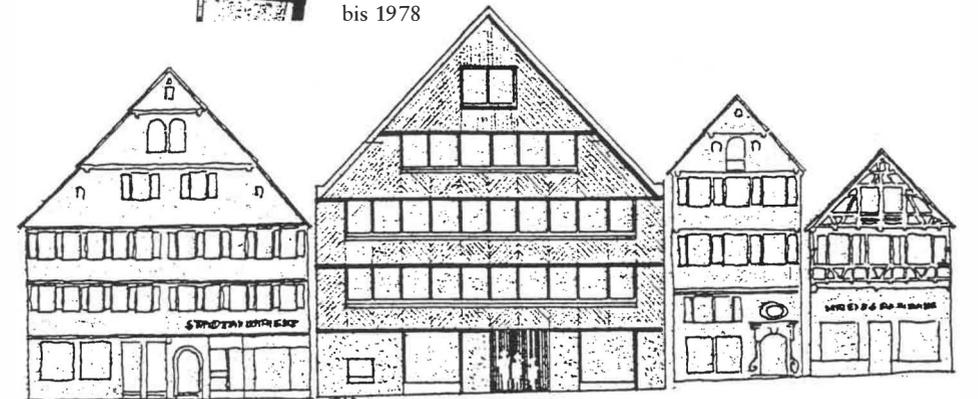


Abb. 4.25 Fassade der Neuplanung von 1969 für Kirchplatz 1

Fassadenverkleidung vor, die auf die vorhandene Struktur von Wand, Öffnung und Konstruktion nicht eingeht. Obwohl die innere Struktur, Mittelgang mit seitlich angeordneten Zimmern, die als Läden ausgewiesen waren, im wesentlichen beibehalten werden sollte, hätte sich der äußere Eindruck völlig verändert.

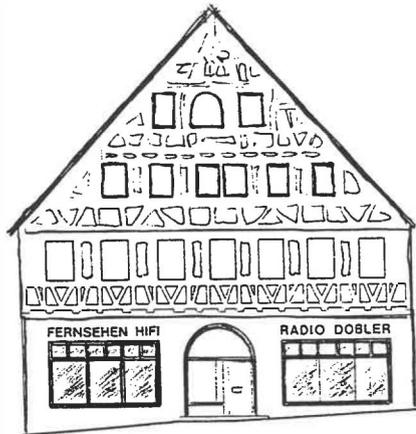


Abb. 4.28 Heutiger Zustand des Gebäudes Kirchplatz 1

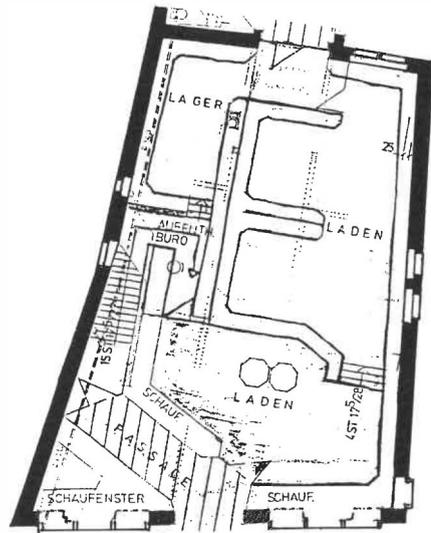


Abb. 4.27 Fassade und Grundriß des tatsächlich durchgeführten Umbaus

In einem langjährigen Kampf gelang es, den Belangen des Denkmalschutzes zum Durchbruch zu verhelfen. Die Fachwerkfassade bleibt erhalten und auch das Sockelgeschoß ist in seiner wesentlichen Struktur erkennbar (Abb. 4.27 u. 4.28). Obwohl das Prinzip der »Lochfassade« erkennbar bleibt, im Gegensatz zur früher beabsichtigten »Fensterbandfassade«, sind die doch erheblich vergrößerten Schaufenster ein Zugeständnis an wirtschaftlich für erforderlich gehaltene Veränderungen.

Auf der anderen Seite verändert die ausgeführte Planung das Innere des Hauses total. Nur durch eine wesentlich veränderte Statik und Konstruktion ist die beabsichtigte Zuordnung der Läden

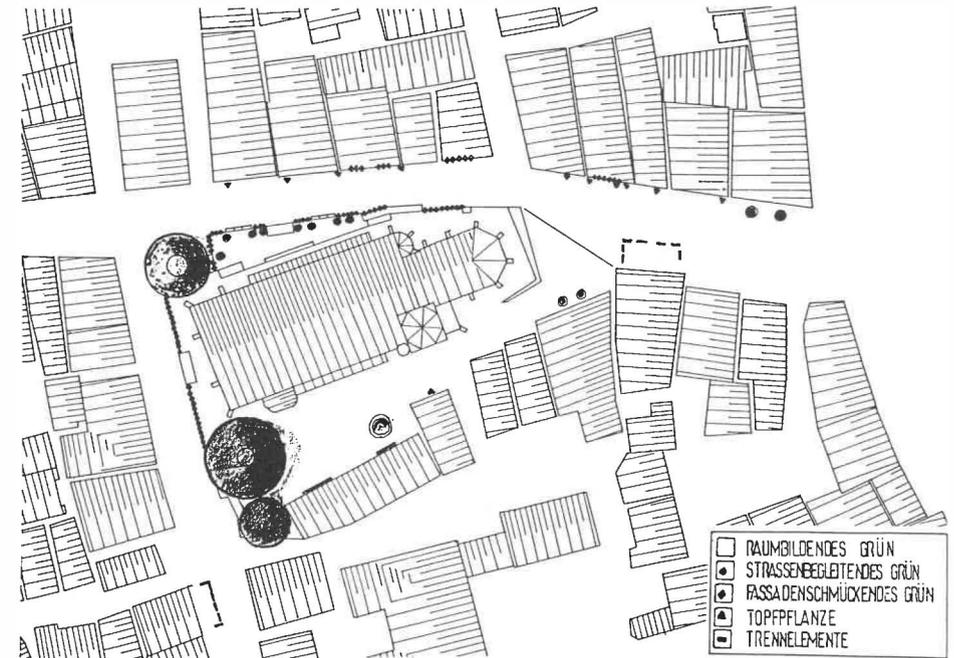


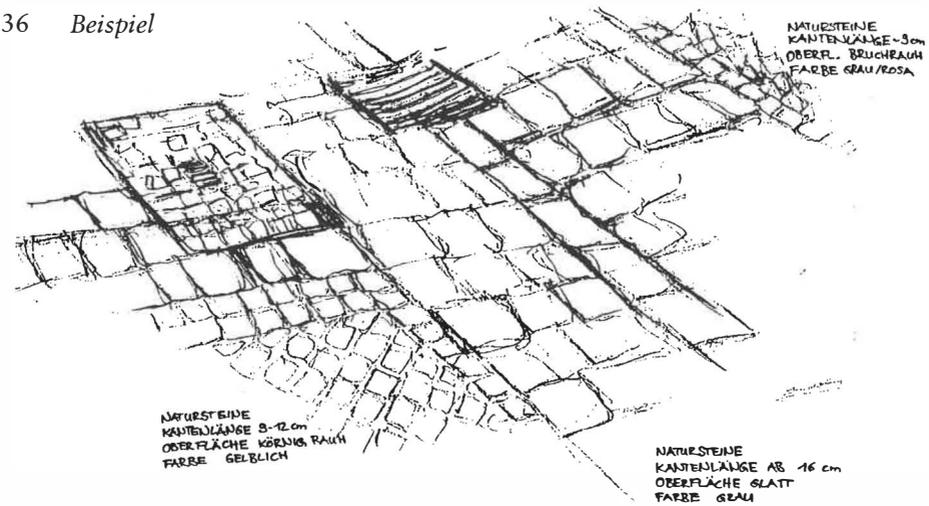
Abb. 4.29 Vegetationselemente im Bereich um die Stadtkirche

möglich geworden. Hierdurch entsteht eine Diskrepanz von äußerem und innerem Eindruck, die bei der Umplanung von 1969 gerade entgegengesetzt war. Stimmt damals das historische Innere nicht mehr mit dem zeitgeschmacklicherischem Äußeren überein, so ist heute das erhaltene äußere Bild nicht mehr mit dem neuen »Innenleben« in Einklang zu bringen.

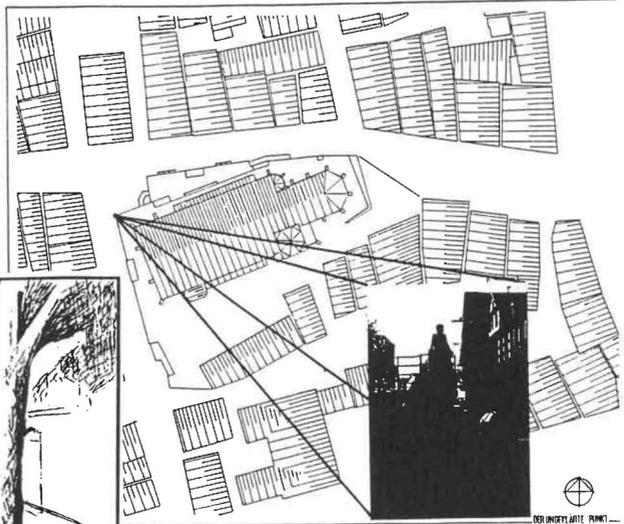
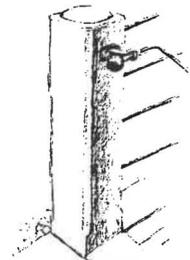
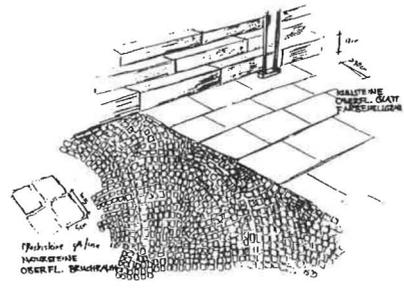
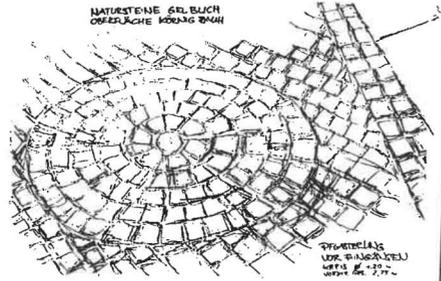
*Das unwesentlich Wesentliche –
Impressionen um Details*

Das Umsichschauen bei der Vorort-Erkundung vermittelt zusammen mit dem Studium von Materialien und Quellen ei-





VORZONE / RINNE



..... "Erkundung vor Ort: Überblick behalten !"

nen schärferen Blick für städtebauliche Struktur und Raumeindrücke. Gleichzeitig eröffnet es auch das Erkennen, das Entdecken von Einzelheiten, die für sich unwesentlich sind, aber in ihrem Zusammenwirken zu wesentlichen Elementen einer städtebaulichen Situation werden. So ist die Vegetation, in ihren unterschiedlichsten Formen, ein wichtiges

stadtbildprägendes Element (Abb. 4.29). Treppen, Sitzmöglichkeiten, Geländer, Bodenbeläge, Kandel und viele andere Details (siehe die nachfolgenden Skizzen) wollen entdeckt werden bei der ... »Erkundung vor Ort: Überblick behalten!« (Studentin im »Ausguck« bei der Stadtkirche vgl. Foto S. 35).

5. Beispiel – Bebauung um den Bahnhof
(nach einer Erkundung von Hermann Waibel)

Die Bahnlinie tangiert die historische Altstadt von Schorndorf im Norden (Abb. 5.1). Noch heute ist die ungeklärte städtebauliche Situation dort spürbar. Der Bahnhof mit seinem Vorplatz, der seinen Namen eigentlich nicht verdient, ist baulich nicht oder schlecht, je nach Sichtweise des Betrachters, an den Marktplatz und an die gesamte Altstadt angebunden. Da lag es nahe, einmal die historische Entwicklung um die Integration der Bahnlinie und des Bahnhofs in den vorhandenen Stadtgrundriß zu erkunden.

Aufgabenstellung für die Erkundung

Die Auswirkungen der Bahnlinie und die Anbindung des Bahnhofs an die Altstadt

soll untersucht werden, wobei die Zeit davor mit dem damaligen Zustand aufgezeigt werden soll. Planung und Privatinteressen, Projekte und Realisierung sind Stichworte, die Hintergründe des Veränderungsprozesses umreißen. Die Darstellung unterschiedlicher Architekturvorstellungen im Wandel der Zeit ist ein weiterer Punkt der Erkundung, die vielleicht erklären hilft, warum der Bahnhofsbereich noch immer ein städtebauliches und gestalterisches Problem ist ...

Stadtgrundriß und Bebauung vor der »Eisenbahnzeit«

Als Amtsstadt lag Schorndorf an wichtigen Handelsstraßen. Das 18. Jahrhun-

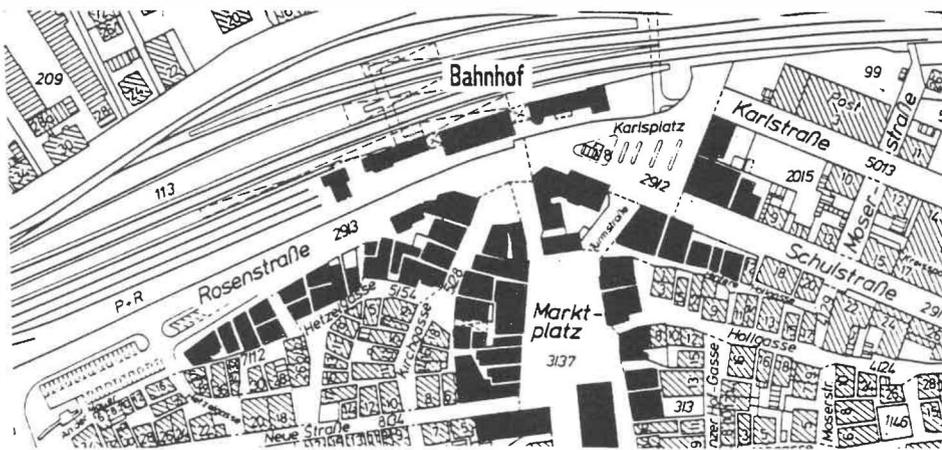


Abb. 5.1 Übersichtsplan der Bebauung um den Bahnhof

Plan der Stadt- und Landesfestung Schorndorf

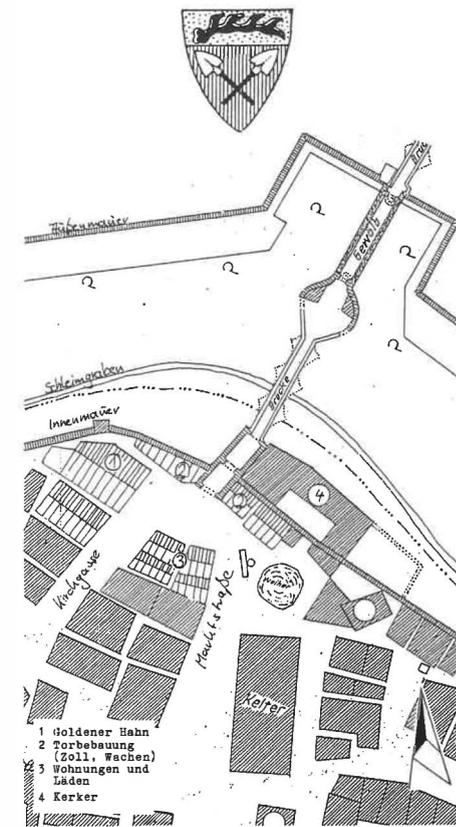


Abb. 5.2 Bauliche Situation im späteren Bahnhofsbereich 1732

dert mit seinen zahllosen Kriegen machte eine starke Befestigung der Stadt nach wie vor nötig. So mußten Reisende, um in die Stadt zu gelangen, durch vier Toranlagen, über zwei Brücken und durch zwei Gewölbe hindurch bis sie endlich im

Inneren der Stadt angekommen waren (siehe Abb. 5.2: Plan von 1732).

Durchschritt man das letzte Tor, so stand man auf einem kleinen Platz, an dem ein Gasthof mit Herberge und wahrscheinlich auch zwei Läden lagen. Nach dem »Mittleren Tor« erhielt dieser Weg seinen Namen Mittel-Tor-Straße. Von diesem kleinen Platz ging der Blick nach Westen in die Kirchgasse, an deren Ende über der Bebauung der Kirchturm der Stadtkirche zu sehen war. Nach wenigen Schritten in östlicher Richtung wurde man an einem kleinen Weiher entlang zur Kelter geführt, von wo man direkt zum Rathaus und zum Marktplatz kam.

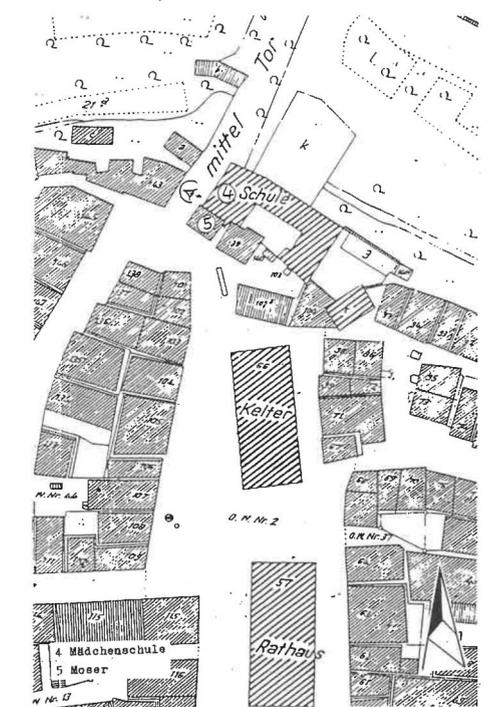


Abb. 5.3 Veränderungen im Gebiet bis 1843

Anfang des 19. Jahrhunderts hatte die Restaurationspolitik die innere Sicherheit stabilisiert, und so zeigte auch Schorndorf in diesen Jahren ein verändertes Bild (siehe Abb. 5.3: Plan von 1843). Die Torgewölbe waren zwischen 1810 und 1822 abgebaut worden. Seit 1825 wurde der Wall und die äußere Mauer abgetragen. Die Wassergräben sind trockengelegt worden, die Mauerbebauung an der westlichen Torseite wurde ausgebaut, und der Weiher ist zugunsten einer Bebauung verschwunden. Aus dem Kerker wurde eine Mädchenschule, und in das kleine Zollhäuschen zog der Kolonialwarenhändler Hermann Moser ein.

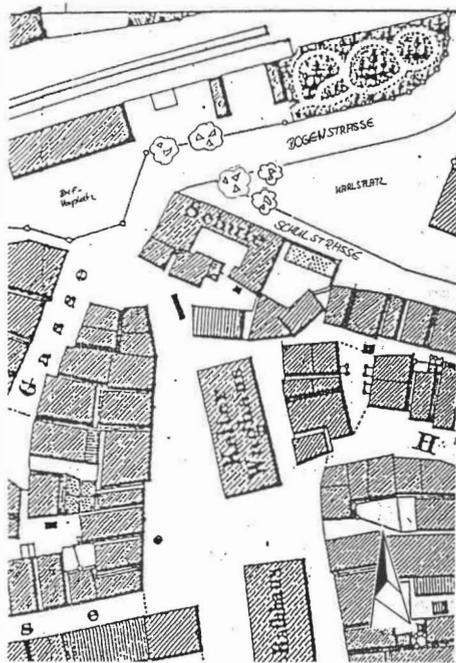


Abb. 5.4 Der neue Bahnhof mit vorgelagerter Bebauung 1866

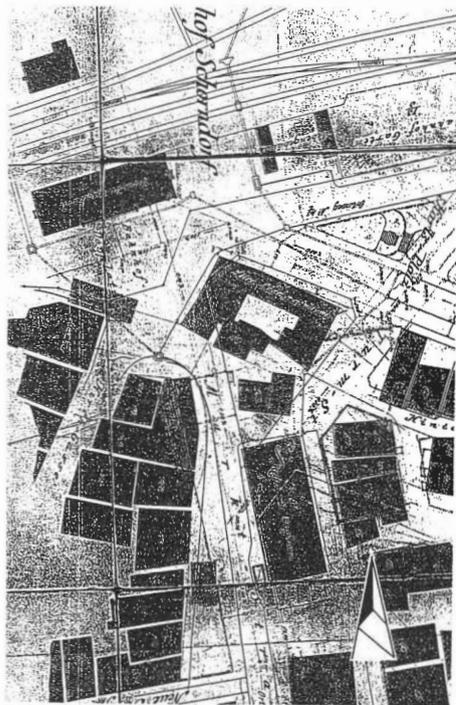


Abb. 5.5 Planung für den Bahnhofsvorbereich 1891

Die Eisenbahn kommt – Einpassung in den Stadtgrundriß

Die erste Bahnlinie wird 1835 von Nürnberg nach Fürth in Betrieb genommen. Knapp drei Jahrzehnte später ist auch Schorndorf an die Eisenbahn angeschlossen. 1861 wird auf dem Gelände der ehemaligen Wehranlagen auf Höhe des mittleren Tors der neue Bahnhof eingeweiht (siehe Abb. 5.4: Plan von 1866). Das große Verwaltungsgebäude schließt den neu entstandenen Platz, wo früher eine Mauerbebauung stand, nach Nordwesten ab. Im Osten werden zwei Nebengebäude und der Bahnhofspark angelegt.

In der Zone zwischen Park und vorhandener Bebauung entstehen die Bogen- und Schulstraße und dazwischen der Karlsplatz, der zum Bahnhof hin mit Kastanien abgeschlossen wird. Der alte Platz am mittleren Tor wird so zum Bahnhofsvorplatz, der durch die Ausrichtung des Bahnhofsgebäudes seine Orientierung zur Kelter und zum Marktplatz erhält. Die Wegführung ist allerdings nicht eindeutig, da auch weiterhin die Kirchgasse eine wichtige Verbindung darstellt.

Der Plan von 1891 (Abb. 5.5) zeigt das Bestreben, die städtebauliche Situation um die alte Mädchenschule neu zu ord-

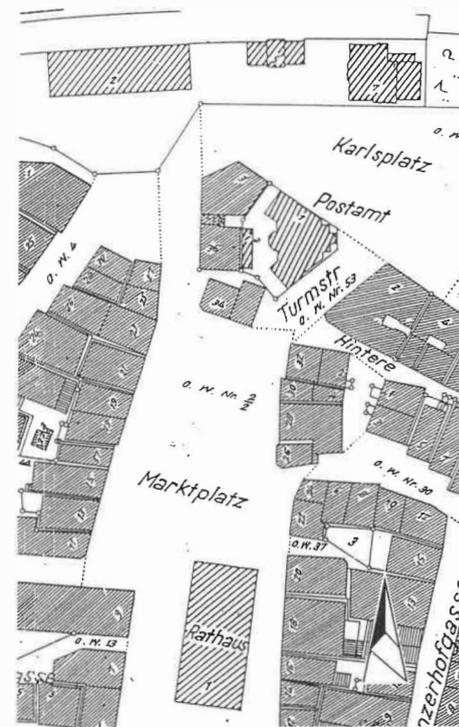


Abb. 5.6 Realisierte Teile der Planung bis 1910

nen. Neue Baulinien setzen sich freizügig über Bestehendes hinweg. Gleichzeitig sollen Kandeln und Dohlen für mehr Hygiene sorgen.

Auf dem Wege zur Gegenwart – Veränderungen im 20. Jahrhundert

Der Plan von 1891 ist bis 1910 (Abb. 5.6) aber nur teilweise umgesetzt: Der Bahnhof ist um Nebengebäude erweitert, an Stelle des alten Mädchenschulhauses sind die Gaststätte Moser mit Wohnhaus und ein neues Postgebäude entstanden. In Richtung Marktplatz ist durch den Abriß der alten Kelter eine direkte Sichtbeziehung zum Rathaus hergestellt. Als neue Wegbeziehung ist die Turmstraße neu entstanden (Abb. 5.7).

Der Wegfall des alten Moserschen Gebäudes hebt die Abgrenzung zwischen Bahnhofsvorplatz und altem Platz auf. Die neuen Gebäudefluchten erzeugen eine räumliche Trichterwirkung vom Bahnhof zum Marktplatz. Diese wird aber später wieder durch das Hinzufügen von neuen Gebäuden gerade an der Engstelle zum Marktplatz hin abgeschwächt. Die zunehmende Motorisierung läßt den Bahnhofsvorplatz, auf dem sich mittlerweile immerhin fünf Straßen und Gassen treffen, im Laufe der folgenden Jahrzehnte zum Verkehrsplatz werden.

Der dreieckige Baublock mit dem Postamt ist auch weiterhin Objekt von Veränderungsabsichten. So soll der »Gasthof zum goldenen Lamm« (Moser, Abb. 5.8) durch einen Neubau ersetzt werden (siehe Ansichten aus dem Baugesuch Moser, Abb. 5.9). 1929 wird zwischen dem



Abb. 5.7 Blick vom Karlsplatz in die Turmstraße mit Postgebäude (rechts)



Abb. 5.8 Der »Gasthof zum goldenen Lamm«



Abb. 5.9 Ansichten aus dem Baugesuch zum Umbau des Gasthofes

Postamt und dem Gasthaus Moser ein achtstöckiges Hochhaus für die Post angeschlossen (siehe Abb. 5.10 und 8.2). Dieser Baukörper wirkt auch heute noch störend in der Altstadtstruktur, obwohl meistens vermutet wird, daß er aus der

Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg stammt (vgl. auch Kap. 8, Zum Umbau des Postturms).

Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs werden Gebäude im Umkreis des Bahnhofs durch Bombenangriffe mehr oder weniger beschädigt (Abb. 5.11: Plan von 1950). So die Gebäude Rosenstraße 3/5, Marktplatz 25/27 und 34/36. Zahlreiche Baugesuche in den 60er und 70er Jahren, die typische Fassadengestaltungen dieser Zeit aufweisen, werden – zum Glück – nicht bewilligt (siehe z. B. den Entwurf für das Gebäude Marktplatz 25/27, Abb. 5.12). Auch eine Planung für den Bahnhofsvorbereich nach 1960, die eine autogerechte Umgestaltung vorsah, wurde nur teilweise verwirklicht (Abb. 5.13). Das Post-Hochhaus wurde etwas später

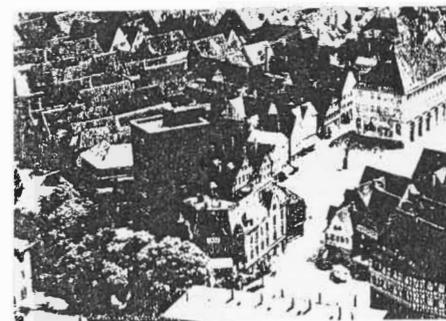


Abb. 5.10 Achtstöckiges Hochhaus für die Post (Bildmitte)

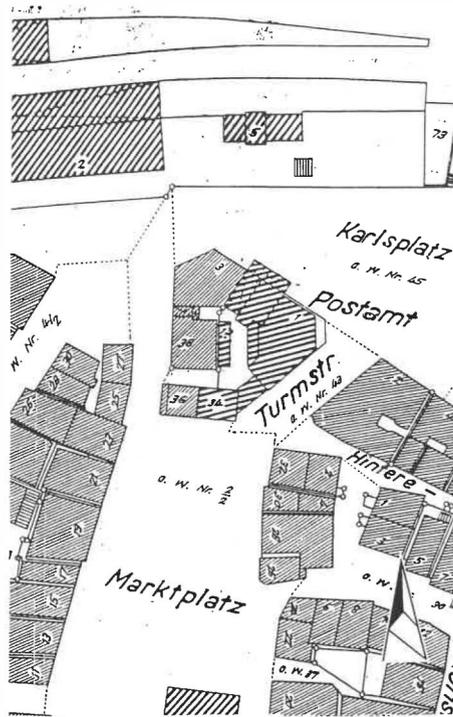


Abb. 5.11 Zustand im Bahnhofsvorbereich um 1950

auf sechs Stockwerke reduziert und in ein Fassaden-Gewand der 70er Jahre neu eingekleidet.

Unvollständig – Bahnhofsbereich ohne gestalterisches Gesamtkonzept

Die Bebauung um den Bahnhofsvorplatz, der auch heute noch den Namen »Platz«



Abb. 5.12 Entwurf für das Gebäude Marktplatz 25/27 aus den 60er Jahren

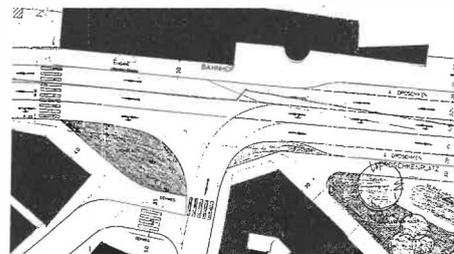


Abb. 5.13 Straßenplanung für den Bahnhofsvorbereich um 1960

eigentlich nicht verdient, ist noch immer sehr heterogen. Kleine und große Gebäude stehen konzeptlos nebeneinander. Baulücken und budenartige Behelfsbauten ergänzen das unbefriedigende Bild, das verdeutlicht, daß auch heute noch der Bahnhof nicht in der Struktur der Altstadt eingebunden ist.

6. Beispiel – Hetzelgassen-Gebiet, Exotik des Bestandes
(nach einer Erkundung von Sigrid Ebers und Volker Blank)

Die Hetzelgasse befindet sich in einem der ältesten Wohnbezirke der Schorndorfer Altstadt (Abb. 6.1). Wie hier erfolgte häufig die Benennung der Straßen und Gassen nach den dort ansässigen Familien. Beim Beispiel »Hetzelgasse« läßt sich der Familienname bis ins Hochmittelalter zurückverfolgen. »Die Gasse verläuft unregelmäßig, mit ausufernden Nebengassen und Platzräumen durch die nordwestliche Altstadt.« (Die Kunstdenkmäler in Baden-Württemberg, Deutscher Kunstverlag, München).

Bis auf wenige Ausnahmen ist das Straßenbild durch zwei- bis dreigeschossige giebelständige Häuser geprägt. Die Fachwerkfassaden sind weitgehend verputzt. Eine starke Veränderung erfuhr die Hetzelgasse beim Wiederaufbau nach dem Brand von 1743.

Aufgabenstellung für die Erkundung »Hetzelgasse«

Die kleinteilige Baustruktur soll im Veränderungsprozeß der Nutzungen und Architekturvorstellungen beobachtet und vor Ort »erlebt« werden. Dabei sollen Gebäudestellungen und Belichtungsverhältnisse (Giebel- und Traufständigkeit) im Grundriß sowie in Bild und Zeichnung dokumentiert werden. Beständigkeit und Veränderung sollen aufgezeigt werden. Ferner soll das »Beiwerk«, die Substruktur (Erker, Eingänge, Fenster, Vegetation ...) bildhaft erfaßt werden. Dadurch soll erkundet werden, wodurch Charakter und »Milieu« geschaffen wird. Das was früher ein Fall für Flächenanierung war, ist heute ein Beispiel für »Eigenentwicklung« mit behutsamer Erneuerung. Ferner soll der Nutzungswandel aufgezeigt werden. »Der Duft von Pizza und Gewürzen« löst die landwirtschaftlichen Gerüche ab.



Abb. 6.1 Übersichtsplan Hetzelgassen-Gebiet und Umgebung

Veränderungsprozesse – zwei Stadtgrundrisse 1743 und 1832

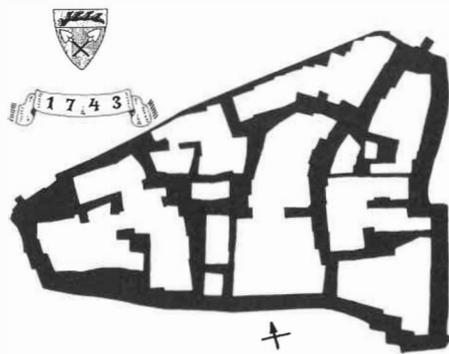


Abb. 6.2 Baublöcke um die Hetzelstraße 1743

Der Stadtgrundriß von 1743 (Abb. 6.2) zeigt eine dichte Bebauung in überwiegend langgestreckten Baublöcken mit vielen unregelmäßigen Gebäudevor- und -rücksprüngen. Die Gassen verlaufen von der Stadtmauer in Richtung Kirchplatz. An den Schnittpunkten der engen Gassen befinden sich kleine Platzräume als Auf-



Abb. 6.3 Wieder aufgebaute Baublöcke 1832 mit »Neue Straße«

weitungen, die wohl in erster Linie »verkehrstechnisch« zu begründen sind. Sie schaffen »Platz« für das Manövrieren von Pferdefuhrwerken. Darüber hinaus sind sie sicherlich auch Aufenthaltsflächen für vielfältige, kleine Aktivitäten.

Der Stadtgrundriß von 1832 (Abb. 6.3) ist stark geprägt von der schnurgerade von Osten nach Westen verlaufenden Neuen Straße als direkte Verbindung des »Unteren Tores« mit dem Rathaus. Der Anlaß für diese »einschneidende« Maßnahme war wohl hauptsächlich der Stadtbrand von 1743, der auch in diesem Stadtgebiet starke Verwüstungen bewirkt hatte. Durch diese Straßenschneise, Ausdruck des damaligen »Zeitgeistes«, die mitten durch die langgestreckten Baublöcke geschlagen wurde, wurden diese halbiert und es entstanden zwei neue »Lichtseiten«. Zur weiteren Verbesserung der Belichtungsverhältnisse wurden die geteilten und weitere Baublöcke »entkernt«. Es entstanden offenere, etwas mehr aufgelockerte Wohnverhältnisse.

Ferner wurden viele unregelmäßige Gebäudevorsprünge, wie sie im Plan von 1743 festzustellen sind, im Zuge des Wiederaufbaus begradigt. Diese Vorsprünge traten immer dann auf, wenn die Baulinie eine Krümmung aufwies. Man nimmt an, daß sie bautechnisch bedingt waren. Um bei den Gebäuden einen überwiegend rechtwinkligen Grundriß zu ermöglichen, wurden die Häuser vor oder zurück versetzt, so daß eine unregelmäßige Baulinie entstand. Das spielte offensichtlich beim Wiederaufbau keine wesentliche Rolle mehr.

Funktionswandel – von der Landwirtschaft zur Dienstleistung

Die Fotos aus der Zeit um die Jahrhundertwende (Abb. 6.4) zeigen deutlich die landwirtschaftliche Nutzung vieler Ge-

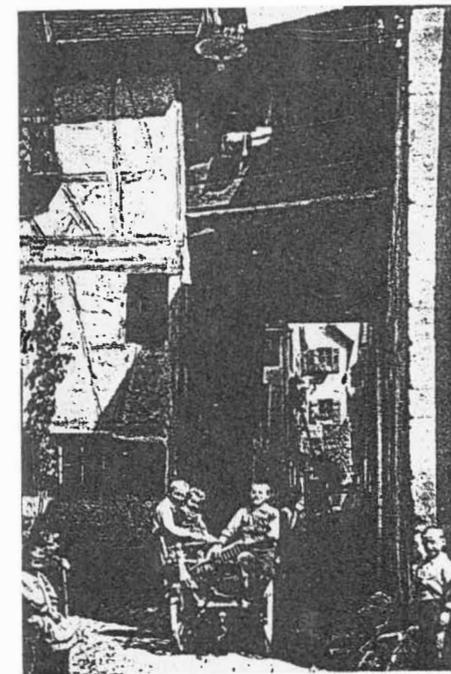


Abb. 6.4 Gebäude in der Hetzelstraße um 1900



Abb. 6.5 Heutige bauliche Situation in der Hetzelstraße

bäude und der Erdgeschoßzonen von Wohngebäuden. Es sind typische Bauernhäuser mit Scheunentor, Remisentor und Stalltür, die sich zum öffentlichen

Straßenraum öffnen lassen. Der Leiterwagen bestimmt, wie heute das Auto, als »Allzweckfahrzeug« das Straßenbild. Abb. 6.4 zeigt, wie zwei Gebäude durch eine untergeordnete Gasse hinweg miteinander verbunden sind. Dadurch ergibt sich außerdem eine regengeschützte Unterstellmöglichkeit für Wagen und anderes Gerät.

Die Fotos aus unserer Zeit (Abb. 6.5) verdeutlichen den Funktions- und Nutzungswandel. Die Erdgeschosse der erhalten gebliebenen Gebäude werden als Werkstätten oder Geschäfte genutzt. Auch die ehemals landwirtschaftlich genutzten Scheunen und Stallungen sind so umgebaut worden, daß sie als Läden, Cafés oder Gaststätten genutzt werden können. Bestehende Gebäude werden nach dem Motto »Function follows

form«, als Umkehrung des Glaubensbekenntnisses modernen Bauens, umgebaut und umgenutzt. Autos bestimmen den öffentlichen Raum und schaffen neue Probleme. Kleine Nebengassen erschließen Blockinnenbereiche.



Abb. 6.7 Mittags ist die Gasse lichtdurchflutet

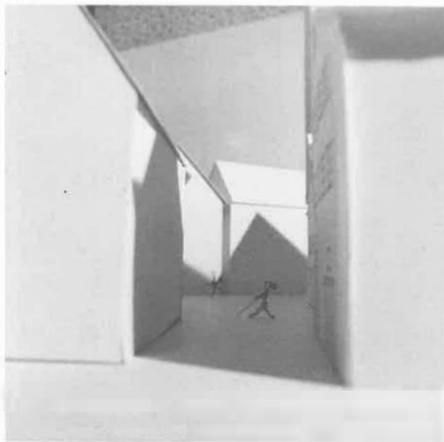
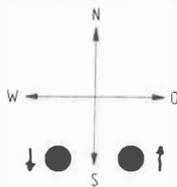
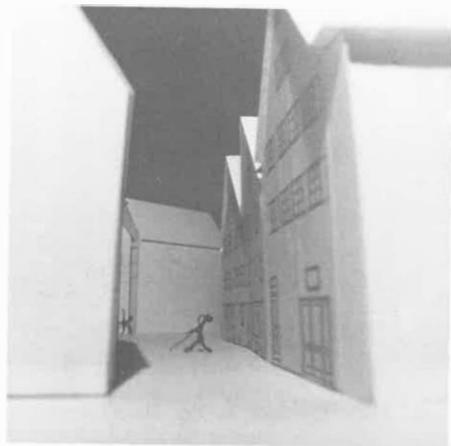
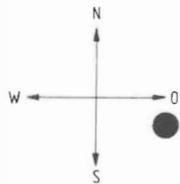


Abb. 6.6 Morgensonne, die Hetzelgasse ist völlig verschattet



Licht und Schatten – Belichtungsverhältnisse in der Hetzelgasse im Tagesverlauf

Die morgendliche totale Verschattung der Gasse (Abb. 6.6) weicht um die Mittagszeit einer zunehmenden »Lichtdurchflutung« (Abb. 6.7). Gegen Abend tritt wieder eine Verschattung ein, die aber lange Zeit nur die untere Zonen der östlichen Gassenrandbebauung umfaßt, da die Gebäude auf der Westseite traufständig sind und durch die Dachneigung eine bessere Belichtung der oberen Geschosse mit Wohnnutzung ermöglichen (Abb. 6.8).

Eine Simulation mit einer giebelständigen Gassenrandbebauung im Westen zeigt, daß dies aber nur zu einer geringfügigen zusätzlichen Verschattung führen

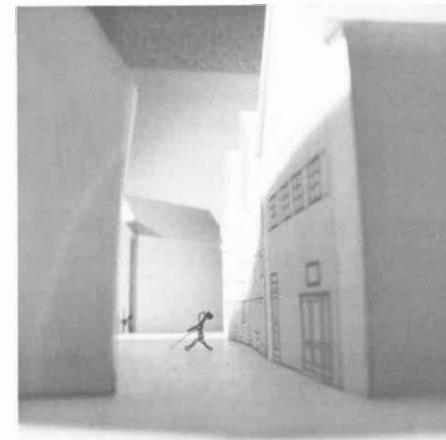


Abb. 6.8 Nachmittags sind die Giebelwände teilweise oder ganz verschattet

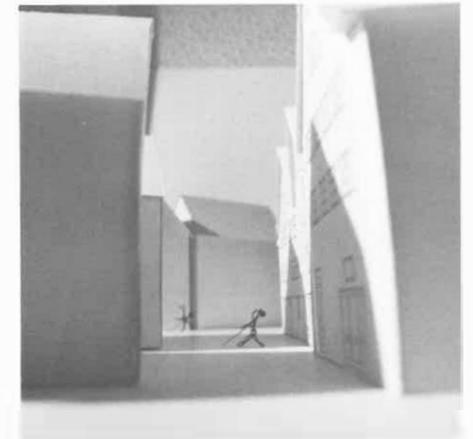
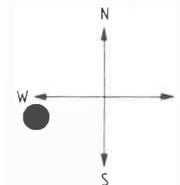


Abb. 6.9 Belichtungsverhältnisse bei westlicher Giebelständigkeit und vorhandenem Gebäudeabstand ($\frac{1}{2}$ Traufhöhe)

würde. Bei einer Verbreiterung des Fassadenabstandes von einer halben Traufhöhe ($\frac{1}{2} h$) auf zwei Drittel ($\frac{2}{3} h$) werden andererseits die Belichtungsverhältnisse nur unverhältnismäßig verbessert (Abb. 6.9–6.11).

Die damalige städtebauliche Bauweise gründete sich offensichtlich auf eine lange Tradition mit entsprechenden Er-

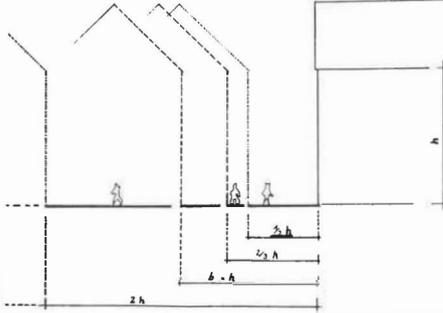
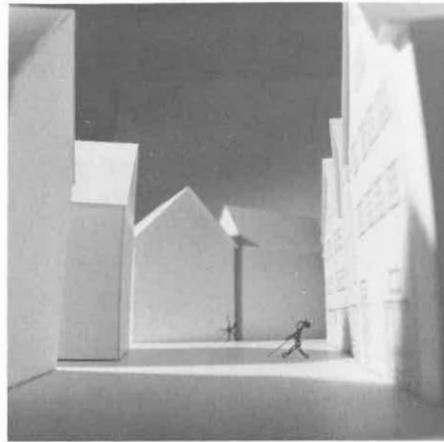
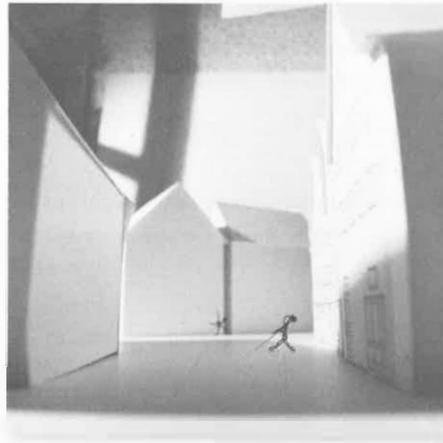
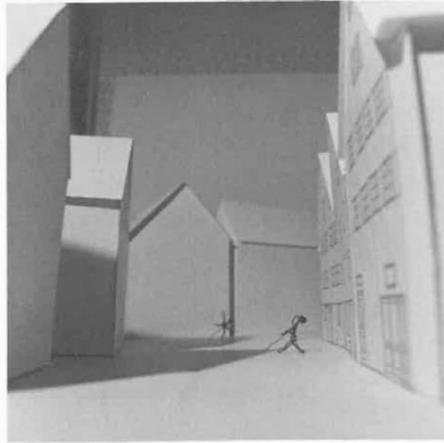


Abb. 6.11 Verschiedene Gebäudeabstände bei vorhandener Traufständigkeit

Abb. 6.10 Westliche Giebelständigkeit und Vergrößerung des Gebäudeabstands auf $\frac{2}{3}$ Traufhöhe

fahrungen auch in Hinblick auf eine günstige Belichtung der Gebäude als Optimierung von Flächenbeanspruchung und erzielbaren Wirkungen.

Raumwirkung – Auswirkungen von Giebel- und Traufständigkeit

Die unterschiedliche Raumwirkung von giebel- und traufständigen Gebäuden

(Abb. 6.12) wird durch den Blick in einen Teil der Hetzelgasse verdeutlicht. Die perspektivische Zeichnung (Abb. 6.13) zeigt zwei unterschiedliche Straßenwände. Zwischen der traufständigen Fassade zur Linken und der giebelständigen Fassade rechts entsteht für den Betrachter eine räumliche Spannung. Die traufständige Fassade begleitet und verstärkt die Dynamik der sich in die Tiefe erstreckenden Blickachse der Straße.

Die Giebelständigkeit auf der anderen Seite ist Merkmal einer zweiten Bewe-



Abb. 6.12 Dachformen im Hetzelgassen-Gebiet

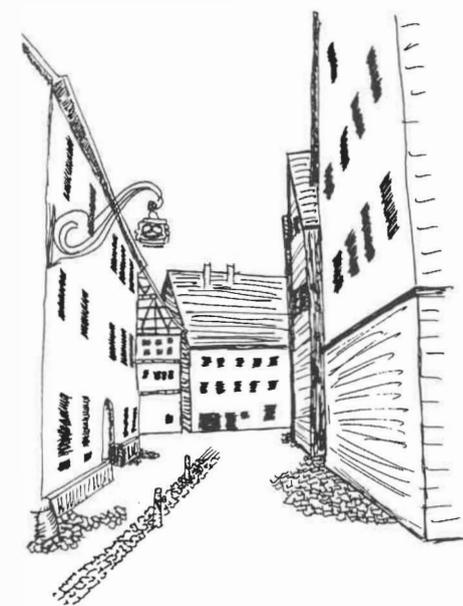


Abb. 6.13 Raumwirkung der Hetzelgasse



Abb. 6.14 Gliederungselemente des Straßenraums Hetzelgasse

gung im Raum, deren Richtung und Achse quer zu der Hauptachse der Straße verläuft und diese dadurch in Abschnitte gliedert. Die Schnittpunkte dieser »Querachsen« bilden ein imaginäres Raster, in dem Hausecken und »Möblierungen« Orte markieren, die der Orientierung dienen. Dies wird durch Gliederungsmaßnahmen, wie Material- oder Richtungswechsel im Bodenbelag unterstrichen.

Im zweiten Bild sind einzelne Gliederungselemente des Straßenraumes eingezeichnet (Abb. 6.14). Es zeigt, in welchem Maße Bäume und andere Vegetationselemente solche Orte und Räume bestimmen und kennzeichnen. Weitere Elemente, wie Poller, Bänke, Straßenbeleuchtung usw. bestimmen die Raumqualität ebenfalls und können der Diffe-

renzung von öffentlichen Bereichen und halböffentlichen, als Übergangsbereiche zu privaten Zonen, dienen.

Die zeichnerische »Simulation« (Abb. 6.15) zeigt eine Veränderung der Raumwirkung, wenn sich auf beiden Seiten der Gasse giebelständige Gebäude befinden. Die Dynamik der Tiefenwirkung wird durch die Querstellung der Gebäude abgeschwächt. Dadurch entsteht ein ruhiger, mehr statisch wirkender Raum, der nicht mehr eine Richtung betont, sondern zwei gleichwertige, sich kreuzende aufweist.

*Erkundung von Raumeindrücken
und Wirkungen von Einzelementen*

Querstehende Gebäudezeilen bilden den Abschluß von Straßenräumen, oder

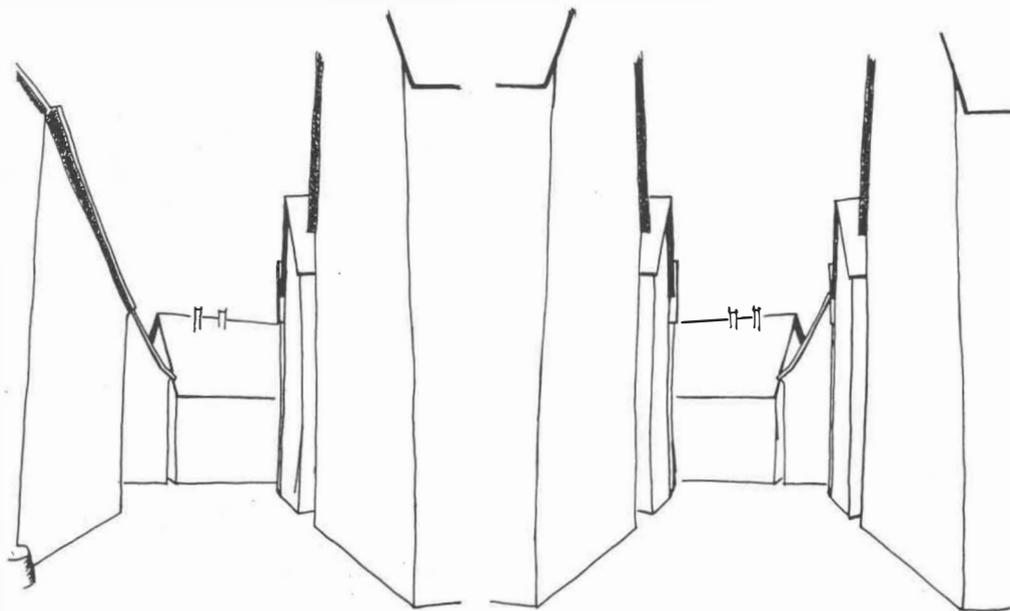
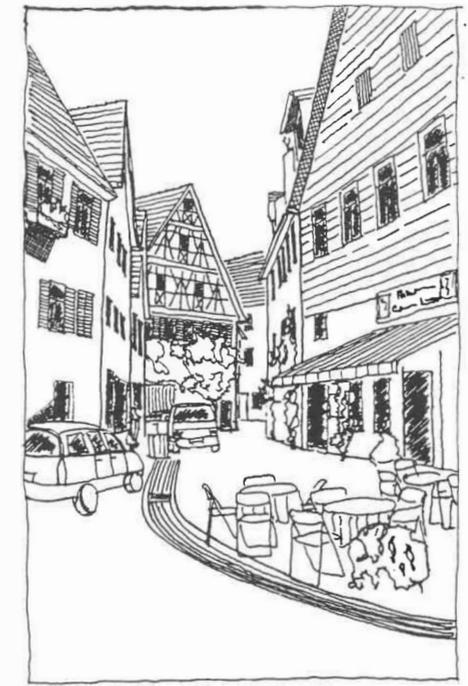


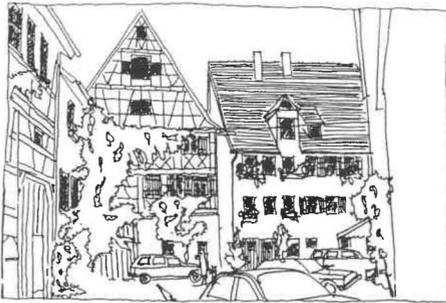
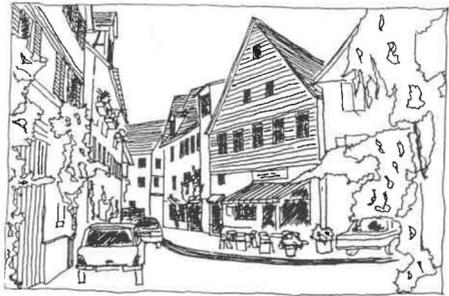
Abb. 6.15 Zeichnerische »Simulation« verschiedener Dachformen auf der Westseite

Gebäudevorsätze schaffen gestaffelte Raumfolgen. Gekrümmte Baulinien haben eine lenkende Funktion, die durch entsprechende Pflasterung noch betont werden kann. Als Straßenabschluß haben Gebäude eine besondere raumbildende Funktion. Sie wenden deshalb dort meistens dem Betrachter ihr »Gesicht«, den Giebel oder zumindest einen Zwerchgiebel (zwerch = quer), zu.

Einzelemente von Gebäuden, Erker, Gauben, Vor- und Rücksprünge usw.,

können die Raumwirkung unterstreichen, aber auch – wie die nachfolgenden Abbildungen zeigen – negative Wirkungen haben, wenn sie falsch eingesetzt werden. Daneben wird die Bedeutung von Vegetations-Elementen verdeutlicht, die immer nur eine ergänzende Funktion in einem durch Gebäude geprägten städtischen Raum haben sollten. Werden sie dominant, verfälschen oder zerstören sie die Raumwirkung.





7. Wandlungen – Wieviel »Zeitgeist« verträgt die alte Stadt?

Auch in der Architektur, insbesondere in der „Ausstattungs-Architektur“ des Einzelhandels und der Dienstleistungsbetriebe lösen die Moden einander ab. Davon besonders betroffen sind die Erdgeschosse und damit jene Zonen in den Straßen- und Platzräumen der Stadt, die am stärksten „ins Auge fallen“. Ginge es dabei nur um Veränderungen nichttragender Fassadenelemente nach den Wünschen des jeweiligen Zeitgeschmacks, könnte man beruhigt abwarten, bis die nächste Mode wieder beseitigt, was heute oft strittig im Urteil der Zeitgenossen bleibt. Es gehört sicher auch zur Qualität städtischer Lebensweise, daß immer wieder versucht wird, gestalterisch neue, u. a. extravagante Wege zu gehen.

Erst wenn sich die Veränderungen auch auf die tragenden Bauteile erstrecken (sollen), ist zu prüfen, ob dadurch nicht die Besonderheit des Orts, das Ensemble, die Identität der Stadt betroffen ist.

Umnutzung und Umbau

Umnutzungen, bei denen gleich gassenweise ehemals gemauerte Wirtschaftszonen der historischen Häuser, nämlich Stallungen, Werkstätten, Lagerräume, Wageneinfahrten usw. in stützenlose

Dienstleistungsflächen umgewandelt werden, zerstören die Erinnerung an den historischen Ort. Durchaus symbolträchtig für diesen Verlust machen dies die in den 60er und 70er Jahren erdgeschossig ausgebeinten, auf Abfangträger »unsichtbar« abgesetzten Gebäude offenkundig. Die damals gelegentlich eingebauten Krag-Vordächer über durchlaufenden Schaufensterfluchten markieren augenfällig den Verlust der wirtschaftlichen Einheit eines Familienbetrieb-Hauses in der Altstadt: Die Eigentümer-Familien wohnen längst in den Neubaugebieten.

Die Altstadt muß bewohnt bleiben

Weil die alte Stadt, einmal erst ohne Bewohner, ihren Reiz verlieren würde, den Geschäften die Laufkundschaft wegbliebe, die wegfallende Sozialkontrolle nur durch teuren Einsatz von Polizei, Wach- und Schließdiensten ersetzt werden könnte, wurde durch Beratung der Hauseigentümer, durch Vergabe von Sanierungsmitteln zur Modernisierung der Wohnungen und Ausbau der Dachgeschosse für Wohnzwecke erreicht, daß die Zahl der Altstadtbewohner sich bei rund 4750 stabilisiert hat. Diese von Stadtverwaltung und Gemeinderat gleichermaßen verfolgte Wohnungspolitik in



Abb. 7.1 Ablösung Obergeschosse durch Ladenausbau



Abb. 7.2 Lastabtrag bis zum Sockel sichtbar

Abb. 7.3 Beispiel altstadtgerechter Materialanwendung
Fotos York Kautt

der Altstadt wird notfalls über entsprechende Bestimmungen in Bebauungsplänen durchgesetzt.

Es erscheint daher sachgerecht und findet auch bei den Hauseigentümern zunehmend Akzeptanz, daß bei Umbauten heute darauf geachtet wird, daß die Altstadtgebäude auch äußerlich als Wirtschaftseinheit erscheinen und dies gestalterisch dadurch zum Ausdruck kommt, daß sich die Erdgeschosse nicht mehr vom übrigen Haus ablösen (Abb. 7.1). Am deutlichsten kann dies erreicht werden, indem der Lastabtrag über ausreichend breite Pfeiler und Mauerscheiben bis in die Sockelzone sichtbar bleibt (Abb. 7.2).

Stadtbilderhaltung auch ohne eine Gestaltungssatzung

Damit ist gleichzeitig eine wesentliche Forderung für die Gestaltung von Ersatzbauten benannt. Sichtbarer Lastabtrag sowie Beibehaltung der überkommenen Kubatur/Traufhöhe und klare Formen steiler (Sattel)-Dächer sowie die Beschränkung der Materialien auf Stein (i. d. Regel verputzt) und Holz reichen aus, um die Ensemble-Wirkung des historischen Ortes gemeinsamer Erinnerungen zu bewahren und fortzuentwickeln (Abb. 7.3). Gute Architekten werden keine Mühe haben, mit diesen wenigen Vorgaben alte Gebäude umzubauen oder neue Gebäude ohne anpäßlerische Putzigkeiten zu erstellen (Abb. 7.4). Schlechte Architekten im Verein mit uneinsichtigen Bauherren lassen sich durch weitergehende Vorschriften, insbeson-

dere durch sog. Gestaltungssatzungen mit zwangsläufig vorgegebenen Katalogen einzelner Bauelemente nicht dazu bringen, gestalterisch ansprechende und in Würde alternde Bauten aufzuführen. Es besteht weit eher die Gefahr, daß Elemente aus dem Satzungskatalog phantasielos und mit wenig Rücksicht auf Proportionsregeln einfach zusammengezeichnet und dann mit satzungsgemäßigem Rechtsanspruch gegen die Baurechtsbehörde durchgesetzt werden können. Es erscheint daher sachgerechter und hat sich in der bisherigen Schorndorfer Genehmigungspraxis bewährt, daß auf eine Gestaltungssatzung verzichtet wurde und Verunstaltungen durch Beratung und mit Hilfe der denkmalrechtlichen Gesamtanlagen-Schutz-Verordnung abgewehrt worden sind.

Auch historische Gründe sprechen gegen die Einführung einer Gestaltungssatzung in der Altstadt. Welche Epoche sollte man denn zur Richtschnur einer Gestaltungsfibel auswählen? Das Mittelalter ist nur noch in Kellern und in wenigen nicht abgebrannten Teilen einzelner Gebäude erhalten (Abb. 7.5), dessen vermeintliche Rekonstruktion in Fachwerk aus dem 17. Jahrhundert und danach prägt aber weite Teile der Altstadt. Die Barockzeit (Abb. 7.6) hat Straßen verbreitert und begradigt, die Häuser verputzt (auch viele, die heute wieder Fachwerk zeigen). Im 18. und 19. Jahrhundert kamen Mansarddächer und Putzmalungen auf (Abb. 7.7). Kaum ein altes Haus, das nicht Spuren aus mehreren Bauepochen aufweisen könnte. Eine Gestaltungssatzung könnte zur Spurensi-



Abb. 7.4 Am Unteren Marktplatz. Neue Putzigkeit 1989



Abb. 7.6 Gebäude aus der Barockzeit, Daimlerstraße



Abb. 7.5 Gebäude auf staufischer Stadtmauer mit mittelalterlichem Zuschnitt



Abb. 7.7 Fluchtlinie und Mansarddächer markieren den Städtebau des 18. Jahrhunderts
Fotos York Kautt



Abb. 7.8 Moderne Fenster haben trotz Sprossen völlig andere Proportionen Foto York Kautt

cherung rein gar nichts beitragen und wer neu bauen möchte, sollte sich konkret mit seiner Bauaufgabe am jeweiligen Standort auseinandersetzen, nicht mit „Versprossungsvorschriften“ (Abb. 7.8).

Erhaltung der Dachlandschaft und behutsame Begrünung

Da die Altstadt Schorndorfs von den umgebenden Höhen des Remstales aus auch von oben gut einsehbar ist, verdient eine Erhaltung der historischen Dachlandschaft besondere Aufmerksamkeit. Der zunehmende Ausbau der Dachgeschosse für Wohnzwecke verlangt zusätzliche Belichtungsmöglichkeiten. Die dafür notwendigen Dachaufbauten sind oft nur

schwierig unterzubringen, wenn auf gute Proportionen und auf die konstruktive Erhaltung der alten Dachstühle gleichzeitig Wert gelegt wird. Dach-Einschnitte werden in Schorndorf nur ausnahmsweise und nur, wenn diese nicht einsehbar sind, genehmigt. Um trotzdem balkonartige Besonnungsmöglichkeiten zu ermöglichen, behilft man sich mit unverglast bleibenden Dachgauben (Abb. 7.9).

Nicht zuletzt befindet sich die Begrünung in der Altstadt immer wieder im kommunalpolitischen Streit. Der heutzutage populistischen Meinung, Straßen und Plätze mit möglichst vielen Bäumen zu bepflanzen, begegnet die puristischdenkmalpflegerische Auffassung, ein »mittelalterliches« Stadtbild von Bäumen vollständig freihalten zu müssen (Abb. 7.10). Bei der konkreten Entscheidung stehen aber meist funktionelle Betrachtungsweisen im Vordergrund: Oft lassen Leitungsbündel im Untergrund Baumpflanzungen gar nicht zu; oft würden eingepflanzte Bäume wechselnde Nutzungen z. B. Märkte, Stadtfeste usw. nicht mehr im gewohnten Umfang zulassen (Abb. 7.11). Deswegen behilft man

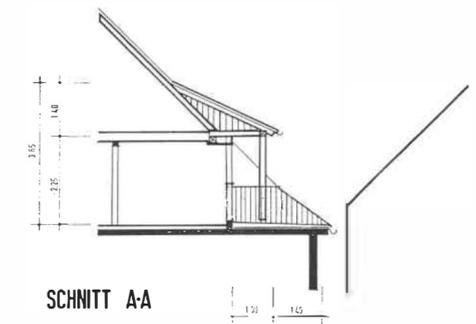


Abb. 7.9 Dachlauben-Balkon

Mehr Grün ins Pflaster, speziell: Baum vor Kirchenchor

Lebendigkeit inmitten toter Steine – oder provinziell?

Stadtoffizielle gegen den Baum / Unsere Leser sollen ihre Meinung sagen

(hpb). Stadtrat Friedrich Pflieger: „Wer ‚nie‘ und ‚moi‘ dazu sagt, vertritt eine mittelalterliche Meinung aus einer Zeit, als Bäume bewußt ausgemerzt wurden. Ich beantrage die Pflanzung eines Baums.“ Stadträtin Melanie Grawe: „Ich bin dagegen, an der Stelle ist ein Baum völlig falsch.“ Robert Schäfer: „Wir Daimlerstraßenanlieger haben eine kräftige Begrünung, in erster Linie einen Baum vor dem Kirchenchor, noch nicht aufgegeben.“ Baubürgermeister Dr. Kautt: „Man sollte nicht gerade diese schöne Architekturseite zustellen.“ Stadtrat Karl Otto Völker: „Mehr Grün, vor allem ein Baum vor dem Kirchenchor schaffen Atmosphäre und vermitteln ein Gefühl der Lebendigkeit inmitten toter Steine.“ Meinungen zum Thema Baum vor bzw. seitlich des Chors der Schorndorfer Stadtkirche – und allgemein zur Begrünung der Fußgängerzone Daimlerstraße. Wir bieten Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, hiermit eine Auswahl des offiziellen Pro und Kontra der letzten Tage zu diesem Thema an. Und wir bitten Sie, ähnlich dem Nachtwächterhäusle, um Meinungsäußerungen und gegebenenfalls um Vorschläge. Thema: Begrünung und Ausgestaltung der Fußgängerzone Daimlerstraße – vor allem: Soll, wie es Friedrich Pflieger fast schon mit seinem Herzblut fordert, an der Nord-Ost-Ecke des Kirchenchors ein Baum gepflanzt werden oder nicht. Schreiben Sie uns bitte unverzüglich Ihre Ansicht, oder rufen Sie uns an: 0 10 97. Mit der Veröffentlichung der Stellungnahmen wollen wir keinesfalls Druck auf Planer und sonst Verantwortliche ausüben. Wir meinen aber, es kann nicht schaden mitzuteilen, wie nicht in die offizielle Kommunalpolitik eingebundene Leute, die etwas von der Sache verstehen – und wie der Mann und die Frau auf der Straße zum Thema denken.

Nachdem sich Planer Klaus Neupert, das Stadtbauamt, der Sanierungsbeirat und die Mehrheit des Technischen Ausschusses bzw. des Gemeinderats bereits beim Oberen Marktplatz massiv gegen die Pflanzung von Bäumen (Bäumchen) ausgesprochen hatten (gegen das Votum des städtischen Grünplaners Jährling) wiederholt sich das jetzt für entscheidende Bereiche der Daimlerstraße. Zugesagt wurden Bäume lediglich an folgenden Standorten: Eine weitere Linde zusätzlich zu den zwei vorhandenen Linden auf dem Kirchplatz; sechs kleinere Bäumchen (Dr. Kautt nennt drei bis dreieinhalb Meter hohe Weißdornbäumchen und Schnurakazien) zusätzlich zur vorhandenen Scheinakazie auf der Nordseite der Kirchenmauer bzw. auf dem nördlichen Zwischenpodest zwischen nördlichem Kirchenumgang und Daimlerstraße; zwei Bäumchen südlich des Geschäftshauses Carl Max Meyer (Dannemann).

Planer: Keine Idylle aufbauen
Planer, Dr. Kautt und Sanierungsbeiräte sperren sich gegen noch mehr Grün. Sie lehnen nicht nur einen Baum beim Kirchenchor ab, sondern auch, im jetzigen Gehwegbereich, zwischen dem Gebäude Bäcker-Schuck und „Elefanten“, dort mit der Begründung, „der charakteristische Gebäudevorsprung des Elefanten“ müsse sichtbar bleiben“. Dr. Kautts und der Neinsager streng am historischen Stadtbild orientierte Argumentation: „Wir müssen mit dem Gewachsenen wuchern und nicht versuchen, eine Idylle aufzubauen, die vielleicht zu Welzheim paßt, nicht aber einem Mittelzentrum gemäß ist“. Mit dem Gewachsenen meint der Baubürgermeister nicht das Grün, das aus dem Boden wächst und lebt, sondern die vorhandene Architektur und das mittelalterliche Stadtbild.

„Kein zweiter Oberer Marktplatz“
Stadtrat Friedrich Pflieger „dachte, mich tritt ein Pferd“, als er vor einstimmigen Beschluß des Sanierungsbeirats vernahm, am Kirchenchor keinen Baum zu pflanzen. Pflieger will im konkreten Fall nicht „klein beigeben“ wie beim Oberen Marktplatz, wo er sich mit dem Hinweis hat „vertrösten lassen“, es handle sich nur um einen kleinen Teil der Pflasterung, man müsse das Gesamtbild – und die Wirkung der Fassadenbegrünung abwarten. Pflieger: „Fassadenbegrünung gibt's nicht, und ein Blick aufs

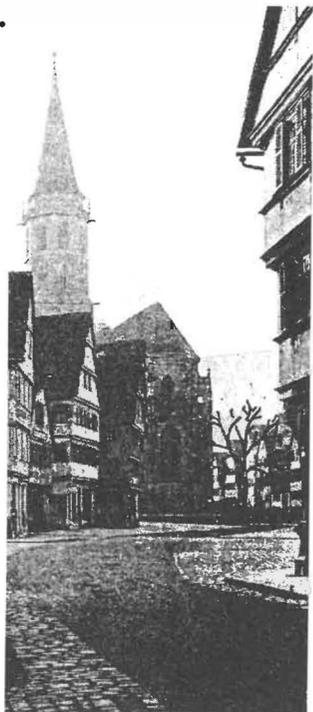
Gesamtpflasterwerk läßt mich Schlimmes befürchten, wenn nicht für mehr Grün gesorgt wird.“ Mit fremden Steinen, verlegt in fremdem Muster und

Würde ein Baum nordöstlich vom Kirchenchor als störend empfunden? Stadtrat Friedrich Pflieger sagt nein. Der in eine alte Aufnahme etwa aus der Zeit um 1900 hineingemalte Baum dokumentiert laut Pflieger die denkbaren Dimensionen und Wirkungen – links ein kahler Baum im Winter, rechts im Sommerkleid. Pflieger hat im Technischen Ausschuß einen Beschluß beantragt, beim Pflaster an dieser Stelle ein Platzloch im Durchmesser von drei bis vier Metern freizuhalten. Seien Leitungen im Weg, solle die Bauverwaltung einen anderen Standort beim Kirchenchor benennen.

fremdem Profil (Überwölbung) sei der Platz „buchstäblich verfremdet worden“. Bevor zum zweiten Mal „die gleiche, heimatlose Steinfläche im Zentrum der Stadt entsteht, versuche ich, alle Register zu ziehen, das zu verhindern“. Möglich sei's „nur durch eine kräftige Begrünung.“ Pflieger: „Ich muß nicht extra durch Deutschland reisen und die Städte abklappern und zählen, wieviele Kirchen mit schönen alten Bäumen verziert sind“.

Baum wäre Verzierung für Kirchenchor
Der FDP-Freie Wähler-Stadtrat verwarft sich gegen das Argument, ein Baum würde den Kirchenchor verdecken. „Der Chor würde in seiner Wirkung und Ausstrahlung viel malerischer, ein Baum dort wäre eine Verzierung“. Das Argument des Verdeckens kommt Pflieger so vor, „als wenn jemand keinen Blumenstrauß ins Zimmer stellt mit der Behauptung, er würde die schönen Möbel verstecken“.

Grawe: Es bedarf keines Baums...
„Bäume und Blumen bringen Gemütlichkeit und Idylle, dem Kirchenchor haftet davon aber rein gar nichts an“, so Melanie Grawe im Technischen Ausschuß. Die Meinung der SPD-Stadträtin: „Das ist nun mal keine grüne Idylle, sondern etwas Überirdisches, Mächtiges, Impomierendes, ein Stück Architektur, das die Innenstadt prägt. Es bedarf keines Baums, sondern lediglich unserer Augen, die wir ungehindert draufdenken sollten.“ Am mächtigen Bauwerk



lasse sich „nachvollziehen, was die Leute von einst in der engen Stadt als Lebenssinn empfunden haben“. Über Bäume an anderer Stelle lasse sie dagegen mit sich reden. OB Hankses Feststellung vor zwei Wochen im Technischen Ausschuß: Einer Baumpflanzung vor bzw. seitlich des Kirchenchors müßte das Landesdenkmalamt zustimmen.

Während Agi Schilling (CDU) davor warnt, erneut eine „große Steinwüste“ zu schaffen, um dann „Kübele aufzustellen, dann bin ich lieber gleich für Bäume“, bleibt Dr. Kautt („Obwohl ich anfangs auch mit einem Baum geliebäugelt habe“) dabei: Ein großer Baum passe nicht vors Kirchenschiff, und ein kleiner Baum würde dort angesichts des massigen Bauwerks untergehen. Der Baubürgermeister sieht sich in Übereinstimmung mit der Geschichte: Die einst vor der Stadtkirche stehenden Bürgerhäuser seien abgerissen worden, als mit dem Bau des Kirchenchors begonnen wurde. Grund: Der Chor sollte freigestellt werden. Was „für Welzheim ästhetisch nett“ sei, müsse nicht auch für Schorndorf das Richtige sein. Kautt: „Der Welzheimer, der nach Schorndorf kommt, erwartet hier eine städtische Atmosphäre.“ Wir sollten das Besondere Schorndorfs nicht im Provinziellen suchen.“

Mit „Geschichte“ Baum verhindern?
Karl Otto Völker hat eine andere Sicht der Dinge. Der SPD-Rat vermag nicht einzusehen, daß „mit der Geschichte immer dann argumentiert wird, wenn es darum geht, damit Bäume zu verhindern“. Als würde angesichts teils moderner Hausfronten, Schaufensterpassagen, Verkehrsschilder und für die Fußgängerzone Daimlerstraße vorgesehener Verkaufsfächen im Freien unter aufgereihten großen Sonnenschirmen ausgerechnet ein Baum verhindern, daß die Stadtgeschichte ablesbar bleibt...



Abb. 7.11 Marktplatz mit unterschiedlichen Nutzungen
Fotos Aschbacher, Unz (unten)

sich gelegentlich mit Kübel-Bäumen. Auch würden Bäume häufig architektonisch besonders reizvolle Gebäude verstellen, was mehrheitlich nicht gewünscht wird. Dennoch sind auch in der Altstadt an geeigneten Standorten Bäume gepflanzt worden. Auch zeigt sich der »grüne« Zeitgeist in der Pflanzung von blühenden Rankgewächsen an vielen Häusern, was übrigens von der Stadt mit einem Begrünungsprogramm finanziell gefördert wird (Abb. 7.12).

Die alte Stadt verträgt viel Zeitgeist

Die alte Stadt verträgt viel Zeitgeist, schon weil sie viel früheren Zeitgeist integriert hat. Auch gelegentlich Schlecht-Integrierbares gehört dazu, als Denkanstoß, mit dem Werk vieler Generationen verantwortungsvoll umzugehen. Was die alte Stadt nicht verträgt, sind überzogene Maßstäbe, Störungen des Gleichgewichts zwischen bebauter und unüberbauter Fläche. Schorndorf hat über viele Generationen den Bestand seiner Bauten in der Altstadt immer weiter verdichtet, die Privatgrundstücke immer vollständiger, immer höher überbaut. Gleichzeitig wurden die öffentlichen Frei- und Verkehrsflächen allmählich vergrößert, sei es nach Bränden, sei es durch Abbruch z. B. der Kelter anno 1899 am Unteren Marktplatz oder der Spitalscheuer im Jahre 1960.

Die alte Stadt ist nicht autogerecht

Die alte Stadt ist nicht autogerecht, sie kann auch nicht autogerecht gemacht

Abb. 7.10 Baum vor dem Chor der Stadtkirche? Fotomontage auf der historischen Ansicht von 1910
Schorndorfer Nachrichten vom 7. 10. 1986

72 000 Mark für Begrünungsmaßnahmen ausgegeben

Das Motto „Mehr Grün in die Stadt“ rasch umgesetzt

Die Stadt unterstützt Privatinitiativen heuer mit 25 000 Mark

(jap) – „Mehr Grün in die Stadt!“ ist eine vierfarbige Broschüre überschrieben, die vom Bürgermeisteramt im Frühjahr dieses Jahres herausgegeben wurde. Auf 16 Seiten werden schöne Begrünungsbeispiele in der Stadt gezeigt und den Haus- und Gartenbesitzern damit „der Mund wässrig gemacht“. Auf der Rückseite der Broschüre ist dargestellt, wie die Stadt Schorndorf private Begrünungsmaßnahmen fördert. Das Motto wurde von den Einwohnern rasch in die Tat umgesetzt. Es steht fest, daß heuer deutlich mehr Grün in die Stadt gekommen ist, als in den beiden Jahren zuvor. 72 000 Mark haben die Schorndorfer Haus- und Gartenbesitzer (einschließlich der Stadtteile) im Rahmen des Grünförderprogramms investiert. 25 000 Mark erhalten sie davon als unentgeltlichen Zuschuß aus der Stadtkasse.

In den beiden Jahren zuvor waren die Zahlen weit niedriger. Gerade 20 000 Mark wurden 1987 für Begrünungsmaßnahmen ausgegeben, nur noch 11 000 Mark waren es im letzten Jahr. Entsprechend hat sich auch die Anzahl der Förderanträge nach oben bewegt. Bernhard Jährling, beim Stadtplanungsamt zuständiger Sachbearbeiter, mußte vor zwei Jahren gerade 15 Zuschußanträge bearbeiten. Diese Zahl sank 1988 auf ganze neun Maßnahmen. Heuer schnellte die Anzahl deutlich nach oben: Insgesamt 39 Förderanträge sind bewilligt, 22 Maßnahmen davon bereits abgeschlossen. Oberbürgermeister Reinhard Hanke ist mit dem Ergebnis mehr als zufrieden: „Das investierte Geld ist bestens angelegt.“ Er bittet die Schorndorfer Bürgerinnen und Bürger, auch weiterhin regen Gebrauch von dem Förderprogramm der Stadt zu machen. Hanke: „Die Stadt finanziert das lauschige Plätzchen im Grünen gerne mit. Das Ergebnis wird mehr Lebens- und Umweltqualität für alle Bewohner und Besucher Schorndorfs sein.“

Nach den vom Gemeinderat im März 1987 beschlossenen Förderrichtlinien beträgt der städtische Zuschuß 50 Prozent der Kosten für die Begrünungsmaßnahmen, jedoch höchstens 1 000 Mark im Einzelfall. Der Technische Ausschuß hat sich vorbehalten, durchaus auch höhere Mittel bereitzustellen, sofern von besonderen Maßnahmen das Stadtbild oder das Stadtklima nachhaltig verbessert wird.

Vom Bürgermeisteramt werden gefördert:

- Die Beseitigung von versiegelten Flächen zugunsten einer Begrünung durch

Bäume, Sträucher, Blumenbeete und Grasflächen.

- Die Sanierung erhaltenswerter Bäume.
- Die Pflanzung von großkronigen Laubbäumen.
- Die Begrünung von Fassaden und Mauern mit Rankgewächsen.
- Dachbegrünung.

Voraussetzung für einen Zuschuß ist, daß der Antrag vor Beginn der Begrünungsmaßnahme gestellt wird. Diese muß im Einverständnis mit dem Stadtplanungsamt vorgenommen werden. Auch muß die Begrünung dann mindestens zehn Jahre lang unterhalten werden. Begrünungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Neubauvorhaben können nicht gefördert werden.

Das Bürgermeisteramt bietet im Vorfeld der Begrünungsmaßnahmen eine fachliche Beratung an: Bernhard Jährling, Stadtplanungsamt, Archivstraße 4, Telefon (0 71 81) 6 02-6 55. Auch die örtlichen Gartenarchitekten, Architekten und Gartenbaufirmen werden den Interessenten sicherlich mit fachmännischem Rat und Hilfe zur Seite stehen. Der Grün-Broschüre können praktische Ratschläge und eine Menge Gestaltungstips entnommen werden. Diese liegt kostenlos an den Info-Schaltern des Bürgermeistersamts und in den Verwaltungsstellen der Stadtteile aus.

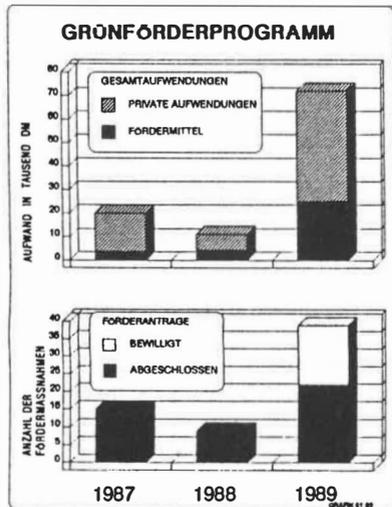


Abb. 7.12 Pressenotiz

Schorndorf aktuell vom 5. 10. 1989



Abb. 7.13 Der sogenannte ruhende Verkehr

Foto York Kautt

werden. Weder die Zu- und Abfahrten, noch das stundenweise Abstellen der Autos von Bewohnern, Besuchern, Kunden und Beschäftigten (Abb. 7.13) ließen sich innerhalb einer engen historischen Altstadt halbwegs zufriedenstellend abwick-

keln, würde man nicht einen Großteil der Fahrzeuge am Rande der Altstadt auffangen können. Der nach Bau der beiden Parkhäuser in Schorndorf geschaffene Gleichgewichtszustand (vgl. Abb. 3.6) zwischen baulicher Nutzung und Stell-

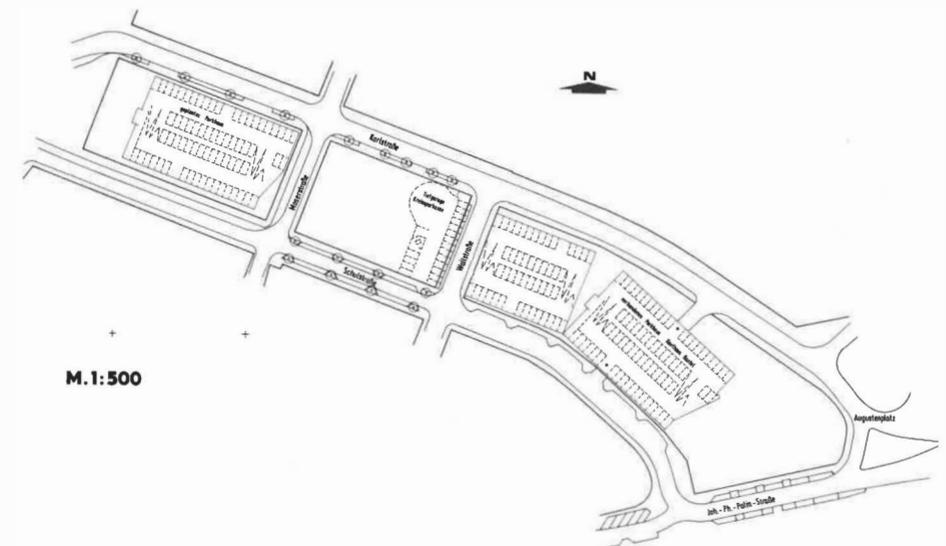


Abb. 7.14 Garagenbauten in der Schulstraße (von rechts nach links): Parkhaus Bantel 1986, Tiefgarage Fürstenbau geplant, Tiefgarage Kreissparkasse 1984, Tiefgarage Moserstraße geplant

platzbedarf zeigt, daß der verbleibende Restverkehr gerade noch von den engen Straßen und Gassen aufgenommen werden kann. Heute ist weitgehend ein Gleichgewichtszustand zwischen dicht bebauten Privatgrundstücken, öffentlichen Freiflächen und Stellplatzangebot erreicht. Wo unzutragliche Baudichten herrschen, hat die Sanierung entkernt, um wieder hygienische Zustände herzustellen. Nur wo besondere Umstände eine Neubebauung zusammenhängender Flächen am verkehrlich gut erschlossenen Altstadtrand ermöglichen, lassen sich weitere bauliche Verdichtungen und ein neues Freiraumkonzept in ein neues Gleichgewicht bringen. Voraussetzung dafür ist die Schaffung von Tiefgaragen auf dem Baugrundstück/Baublock (Abb. 7.14).

Neubauten zwischen Anbiederung und Eigenständigkeit

Und wie sollen die neu zu bebauenden Areale architektonisch gestaltet werden? Gute Lösungen sind dabei nur erreichbar, wenn von der Hauptnutzung und

deren Anforderungen ausgegangen wird, der bauliche Maßstab also von innen kommt, sich nach den internen Notwendigkeiten gliedert, statt sich außen vorgeblendeter Kulissen zu bedienen. Von außen sollte nur der Rahmen (Traufhöhe!) vorgegeben – und auch eingehalten – werden. Große Volumina sollten erkennbar bleiben; alte Kirchen und Markthalen ließen dies auch erkennen und fanden ihre Gliederung nicht in der Anbiederung an die kleineren Spitzgiebel-Häuserreihen ihrer Umgebung.

Leider läßt die Mehrzahl der eingehenden Baugesuche wenig Phantasie erkennen, interessante Lösungen aus den inneren Abhängigkeiten der Raumprogramme und der Baukonstruktion zu entwickeln. Noch ist bei vielen Architekten die Arbeitsweise weit verbreitet, mit aufgesetzten, vermeintlich altstadtgerechten Collagen Bekanntes anzubieten in der Hoffnung, damit den Zeitgeist der Kundschaft zu treffen, auch wenn von den Architekten gerne behauptet wird, die Baurechtsbehörde täte sich schwer mit unkonventionellen Entwürfen.

8. Anpassung der Bausubstanz an veränderte Bedingungen

Die Zahl der Einwohner in der Kernstadt Schorndorf war erst nach dem Krieg stark angewachsen, wie die Volkszählungsergebnisse ausweisen:

1979	8913 Einwohner
1950	13901 Einwohner
1961	26396 Einwohner
1970	21136 Einwohner

Dieses Wachstum ging fast ausschließlich außerhalb der ehemaligen Wallanlagen in neue Bauflächen. Da starker Veränderungsdruck auf das in der Altstadt angesiedelte Gewerbe erst Ende der 60er Jahre einsetzte, blieb die Bausubstanz in der Altstadt bis 1970 – von Umbauten der erdgeschossigen Läden abgesehen – weitgehend erhalten. Schon aus diesem Grund gab es so gut wie kein öffentliches Interesse der Bürger an besonderer Erhaltung der Altstadt, wozu auch, wenn sich ohnehin dort kaum etwas veränderte.

Daß ausgerechnet zwei Bauvorhaben staatlicher Bauherren den Einstieg in die örtlich geführte öffentliche Diskussion zur Stadterhaltung abgegeben haben oder doch hätten abgeben können, ist wohl Zufall, gleichzeitig aber auch typisch für Baugeschehen in der ehemaligen Landesfestung Schorndorf einerseits und andererseits für die in den 60er Jahren landesweit unsichere Diskussion denkmalpflegerischer Fragen in Baden-Württemberg.

Zwar hatte der schon 1912 unter König Wilhelm II. geschaffene Denkmalrat die Zeiten überdauert und inzwischen unter Vorsitz des Regierungspräsidenten in wichtigen Fällen beratend zur Seite gestanden, aber die denkmalpflegerischen Rechtsgrundlagen waren unzureichend. Ein 1962 dem Landtag zugeleiteter Gesetzentwurf blieb (der kirchlichen Baudenkmale wegen) immer wieder unentschieden. Das personell schlecht ausgestattete staatl. Amt für Denkmalpflege war in Schorndorf bis Ende der 60er Jahre vorwiegend ehrenamtlich vertreten, so daß eine ausreichende, fachgerechte Beratung und Mitwirkung fehlen mußte.

Eine Beteiligung des Gemeinderats durch die städtische Baurechtsbehörde ist bis Anfang der 70er Jahre in der Regel nicht erfolgt, oder – wie beim Umbau des Postturms bzw. dem Neubau des Finanzamtes – in ganz anderer Weise als dies heute selbstverständlich ist.

Zum Umbau des Postturmes

Als Vorhaben des Bundes wurde im Zustimmungsverfahren nach § 107 Landesbauordnung zunächst mangelnder Standesicherheit wegen im November 1966 der Abbruch von 2 Geschossen des ca. 1930 in Backstein aufgeführten Postdienstge-

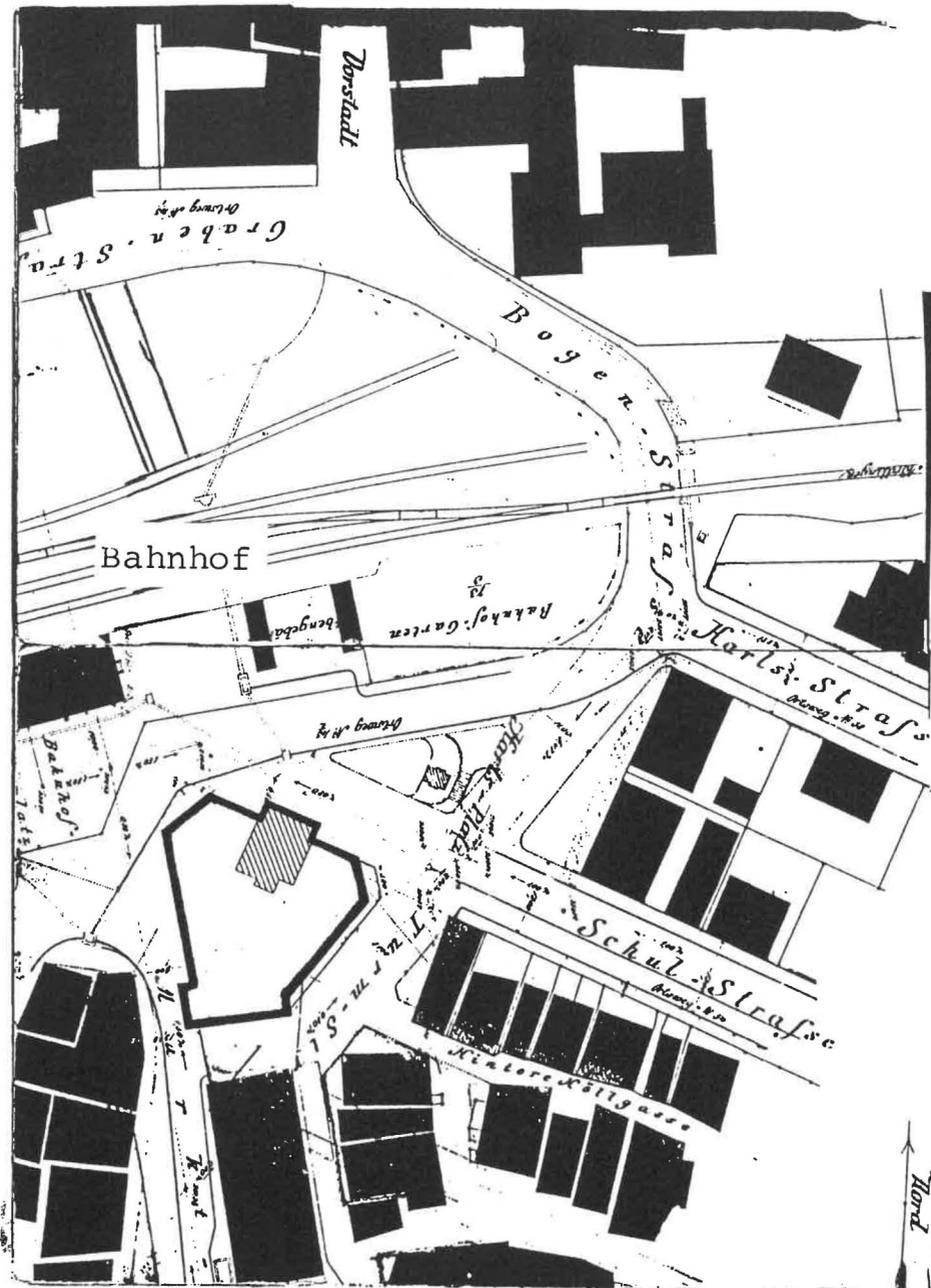


Abb. 8.1 Fluchtlinienplan von 1891 zur Neuordnung Unterer Marktplatz – Karlsplatz – Schulstraße. Nordöstlich der Turmstraße ist die Baublockkante der um 1900 entstandenen Neubauten eingetragen und der um 1910 erstellte Postturm (schraffierte Fläche)



Abb. 8.2 Postturm Schorndorf von Osten. Der Karlsplatz ist noch mit Kastanien bestanden. Luftbild-Nr. 18 260 Aufnahme-Datum: 7. 8. 1933 Strähle KG, 7060 Schorndorf



Abb. 8.3 Fernmeldegebäude nach dem Umbau Foto York Kautt

bäudes Karlsplatz 1, vom Regierungspräsidium genehmigt, welches im Mai 1968 einen weiteren Umbau zum Fernmeldegebäude und im Juli 1970 einen Anbau nach § 107 LBO genehmigt hat (Abb. 8.1; vgl. auch Kap. 5, Abb. 5.10 u. 8.2).

Der nach denkmalpflegerischen Kriterien als Baudenkmal des Funktionalismus einzustufenden Postturm (Abb. 8.2) verlor dabei im ersten Bauabschnitt seine nadelförmige Gestalt und seine Wirkung als städtebauliche Dominante an der Nahtstelle von mittelalterlichem Stadtkern und den beherrschenden Verkehrsplätzen (Karlsplatz, Bahnhofsvorplatz) nördlich davon. Im 2. Bauabschnitt kam ein weiterer Bruch zur Baugeschichte hinzu, indem die Backsteinfassade mit einer Haut von weitgehend fensterlosen Aluminiumtafeln überzogen wurde. Inwieweit die staatliche Denkmalpflege vom Regierungspräsidium beteiligt worden war, ist bei der Stadt nicht bekannt. Dagegen ist belegt, daß das Denkmalamt beim 3. Bauabschnitt, welcher einen weiteren Alu-inkrustierten Baukörper anfügte, zustimmend mitgewirkt hat. Diese Proportionsänderungen haben dann vollends zur Verunstaltung beigetragen (Abb. 8.3).

Obwohl von der ersten Genehmigung bis zum Baubeginn des letzten Bauabschnitts 4 Jahre ins Land gegangen waren und ein häßlicher Alu-Kubus schon über 2 Jahre am Karlsplatz stand, blieb dieser Bau zunächst ohne Bürgerprotest. Der Gemeinderat mußte aber, nachdem er bei den ersten beiden Bauabschnitten nicht beteiligt worden war, durch Änderung des Bebauungsplanes im Juni 1969 die

planungsrechtliche Grundlage für den 3. Bauabschnitt schaffen. In der Abwägung sind Bedenken des Landesdenkmalamtes durch eine andere Stellung der Baukörper an der Turmstraße, den Abschluß des Marktplatzes zu verbessern nicht berücksichtigt worden. Man beugte sich dem schon mit dem 2. Bauabschnitt von der Post geschaffenen Sachzwang.

Zeigt die bedauerliche Umgestaltung des Postturmes eine damals noch weit verbreitete Unsensibilität zur Erhaltung von Baudenkmalen, kann der Finanzamts-Neubau als Beispiel gelten für den Ende der 60er Jahre zunehmenden Bewußtseinswandel, der schließlich landesweit zum Erlaß des baden-württembergischen Denkmalschutzgesetzes vom 25. Mai 1971 (GBl. S. 209) geführt hat, welches seit 1. Januar 1972 (inzwischen in der geänderten Fassung vom 18. 7. 1983 (GBl. S. 378) angewendet wird.

Zum Neubau des Finanzamtes

Die herzogliche Festung Schorndorf bestand an ihrer Südostecke aus einem Burgschloß, stadtseits im Norden davon befand sich der Dienstsitz des Obervogts, das sog. Jagdschloß. Diesen Schlössern zugeordnet standen Bandhaus und Waschküche, allesamt eingetragene Baudenkmale (Abb. 8.4). Zum Zwecke des Erweiterungsbaus des im Jagdschloß Palmstraße 28 untergebrachten Finanzamtes sollten Bandhaus und Waschküche abgebrochen werden. Einer Löschung im Denkmalsbuch stimmte der Landesdenkmalrat am 25. Oktober 1968 unter der Bedingung zu, daß die Fläche nicht

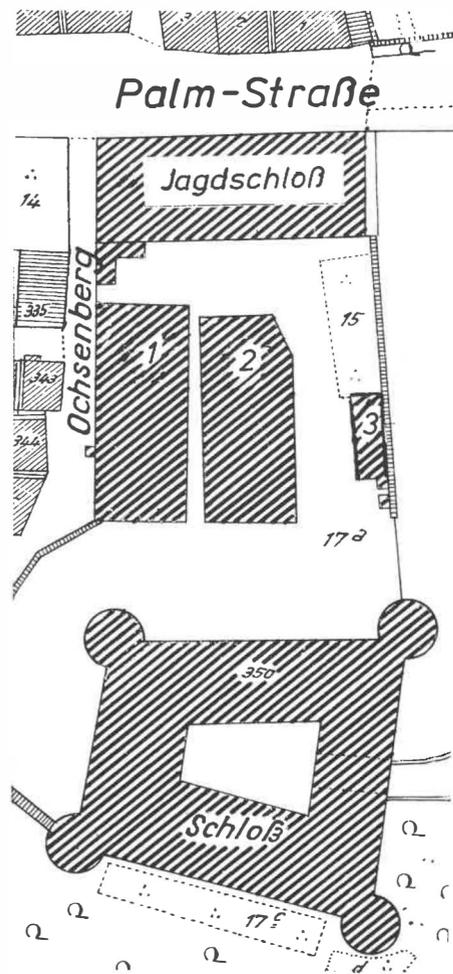


Abb. 8.4 Schloßanlage um 1900:
1 Kornhaus (um 1910 abgebrochen)
2 Bandhaus
3 Waschhaus

wieder bebaut werden dürfe, um auf die Nordseite des Burgschlusses freie Sicht zu haben. Die Stadt Schorndorf war zum Abbruchsantrag vom Februar 1969 nach § 107 LBO nur angehört worden und hatte – ohne die politischen Gremien zu beteiligen – zugestimmt. Bereits im März

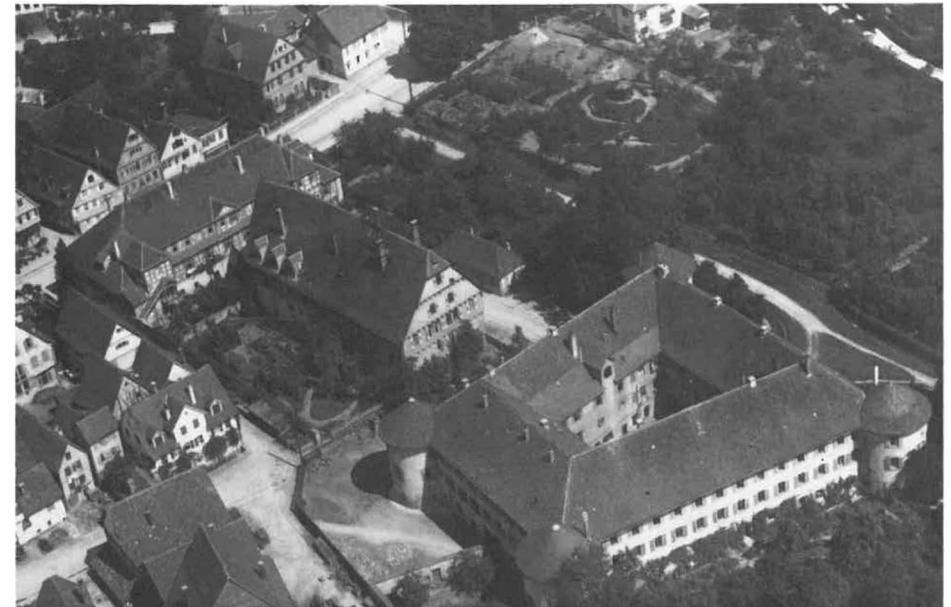


Abb. 8.5 Schloßanlage Schorndorf: sog. Jagdschloß (ehemalige Obervogtei), Bandhaus, Burgschloß Luftbild-Nr. 764, Aufnahme-Datum: 1922, Strähle KG, 7060 Schorndorf

1969 wurde vom Regierungspräsidium dem Abbruch von Band- und Waschhaus zugestimmt (Abb. 8.5).

Auch der Bauantrag zum Neubau vom 28. August 1970 wurde als Vorhaben des Landes gemäß § 107 LBO im Zustimmungsverfahren behandelt, bei welchem die Stadt Schorndorf lediglich angehört wurde. Der wesentliche Teil des Erweiterungsbaus sollte nach dem maßgebenden Bebauungsplan aus dem Jahre 1922 im Bauverbot errichtet werden. Die Zustimmung der Stadt Schorndorf erfolgte zunächst ohne Beteiligung der Gremien. Die nachträgliche Behandlung im Technischen Ausschuß am 24. 11. 1970 ergab das Einvernehmen der Gemeinde zu der erforderlichen Befreiung. Auch die Beteiligung des Staatlichen Amtes für Denkmalpflege ergab eine Zustimmung, es

gab lediglich einen Vorbehalt zur Mitwirkung bei der Farbgebung beim Neubau. Der Gemeinderat hatte parallel dazu eine Bebauungsplanänderung beschlossen.

Mittlerweile war dieser eigens für den Finanzamtsenerweiterungsbaus gemachte Bebauungsplan rechtskräftig geworden. Dabei hatte man sich über das Votum des Denkmalrates zur Freihaltung der Sichtflächen hinweggesetzt.

Da sich aber nunmehr in der Bevölkerung die Meinung ausbreitete, den freigebliebenen Platz zwischen dem Gebäude Palmstraße 28 und dem Schloß nicht wieder zu bebauen, faßte der Gemeinderat in öffentlicher Sitzung am 1. 2. 1973 den Beschluß, den erst rechtskräftig gewordenen Bebauungsplan wieder zu ändern, um den Finanzamtsneubau zu ver-

hindern. Mit dem neuen Bebauungsplan sollte die Baufläche aufgehoben und fortan eine Grünfläche festgesetzt werden. Das Regierungspräsidium wurde aufgefordert, seine erteilte Zustimmung zum Bauvorhaben zurückzunehmen.

Der Stadt wurde daraufhin von der Oberfinanzdirektion Stuttgart die für den Fall der Aufhebung der Baufläche überschlägige Bezifferung eines poten-

tiellen Planungsschadens in Höhe von 615 000,- DM bekanntgegeben. Der Finanzamtsneubau wurde in den Gremien fortan heiß diskutiert. Wie die Lokalpresse berichtet hat, gab diese Diskussion den Ausschlag dafür, über Konzeptionen zur Altstadtsanierung nachzudenken. Ein Altstadtraahmenplan wurde ebenso gefordert wie die Einrichtung eines Sanierungsbeirats (Abb. 8.6).

Gestern im Gemeinderat:

16 sagten „Ja“ zum Finanzamts-Neubau OB Bayler erwägt Bürgerbegehren

Beschluß vom 1. Februar 1973 nach langer Debatte aufgehoben / Landesvertreter kamen zu Wort

(who) Das neue Finanzamt soll nun doch zwischen Burgschloß und Torbau errichtet werden. Mit 16 zu elf Stimmen fällt der Gemeinderat nach mehrstündiger Debatte in seiner gestrigen öffentlichen Sitzung einen entsprechenden Beschluß, indem er das gegenteilige Votum vom 1. Februar dieses Jahres wieder aufhob. Vor der Entscheidung hatten Regierungsdirektor Lamparter von der Oberfinanzdirektion sowie Baudirektor Dr. Ossenberg und Oberbaurat Mauch vom Staatlichen Hochbauamt Esslingen darauf hingewiesen, daß das Land, wenn es bel der am 1. Februar beschlossenen Änderung des Bebauungsplans „Altstadt“ (Planbereich 01/10) bleibe, die Stadt wegen des Planungsschadens zur Kasse bitten würde. OB Bayler kündigte nach der Abstimmung („ich bedauere diesen Beschluß“) an, daß er sich „innerhalb der nächsten 24 Stunden“ überlegen wolle, ob er ein Bürgerbegehren betreiben werde mit dem Ziel, diesen Beschluß wieder zu revidieren.

Baudirektor Dr. Ossenberg, Leiter des Staatlichen Hochbauamts Esslingen, betonte, daß auch die Stadtverwaltung den Neubau eines Finanzamts anstelle des baufälligen Bandhauses früher für die beste Lösung gehalten habe. Durch ein Schreiben an Finanzminister Gleichauf habe das Bürgermeisteramt 1971 sogar auf einen baldigen Baubeginn gedrängt. Auf einen Einwand von OB Bayler, er habe sich schon immer und auch in jüngster Zeit in Gesprächen gegen den Finanzamts-Neubau zwischen Burgschloß und Torbau ausgesprochen, entgegnete Dr. Ossenberg unter Hinweis auf eine entsprechende Aktennotiz: „Ich möchte das kürzlich Gesprochene nicht zu Ihrer Desavouierung vorlesen.“

Der Hochbauamts-Chef wies im übrigen darauf hin, daß das Land die Baugenehmigung für das Gelände zwischen Burgschloß und Torbau 1970 durch den Verzicht auf eine Bebauung der Schloßwallgräben entlang der Burg- und Friedensstraße „erkauft“ habe. „Auf Heller und Pfennig“, so Dr. Ossenberg, könne das Staatliche Hochbauamt Honoraraufwendungen für Ingenieure und Architekten in Höhe von 274 810 Mark nachweisen, die als Planungsschaden gegenüber der Stadt geltend gemacht werden müßten, wenn der Gemeinderat bei seiner Entscheidung vom 1. Februar 1973 bliebe.

Abb. 8.6

Die alte Stadt 1/90

Regierungsdirektor Lamparter, Jurist bei der Oberfinanzdirektion Stuttgart, zog von den Ossenberg-Zahlen jene Positionen ab, „die wir in einem möglichen Prozeß für nicht durchsetzbar halten“, und kam dann immer noch auf 215 000 Mark. Wenn die Stadt nun, nachdem das Land sogar schon die Bauarbeiten ausgeschrieben habe, ihre Meinung ändere, könne sie „eigentlich nicht gut erwarten, daß das Land daraus überhaupt keine Konsequenzen zieht“.

Die Entscheidung des Landesdenkmalrats über den Abriß des baufälligen Bandhauses („es war nicht mehr zu halten, eine Renovation wäre mit einem unangemessenen Aufwand verbunden gewesen“), so Dr. Cichy vom Landesamt für Denkmalspflege, sei mit der Auflage verknüpft gewesen, den größten Teil des Geländes nicht mehr zu überbauen. Um den Bedürfnissen der OFD Rechnung zu tragen, habe man jedoch dem Finanzamts-Neubau entlang der alten Zehntscheuermauer zugestimmt. Stadtrat Schäfer konnte diese Entscheidung nicht verstehen: „Für ein Landesverwaltungszentrum ist dieses Gelände doch viel zu schade.“

Nachdem der Gemeinderat der Auffassung von Stadtrat Scheuing gefolgt war, daß man sich gestern bereits in der 2. Lesung dieses Themas befand, und damit ein

Schorndorfer Nachrichten vom 25. 5. 1973

Am Finanzamt-Neubau scheiden sich in der Schorndorfer SPD die Geister

Mitgliederversammlung fordert Entwicklungsprogramm und Rahmenplan zur Altstadtsanierung

(who). „Den Eiertanz mache ich nicht mit“, verabschiedete sich Stadtrat Karl Wahl am Dienstagabend aus der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Schorndorf, in der es um die Altstadtsanierung sowie um die Situation im Gemeinderat ging. Was Karl Wahl als „Eiertanz“ umschrieb, war das Hin und Her zum Finanzamts-Neubau, das schließlich in einem mit knapper Mehrheit angenommenen Antrag des Kreisvorsitzenden Rainer Brechtken mündete, der den Auftrag an die SPD-Stadträte enthält, in der heutigen Gemeinderatssitzung zum Finanzamts-Neubau noch nicht endgültig „Ja“ oder „Nein“ zu sagen, sondern gemeinsam mit dem Land nach einem Alternativ-Standort zu suchen und juristisch prüfen zu lassen, ob überhaupt und ggf. in welcher Höhe das Land gegenüber der Stadt Planungsschaden geltend machen kann, wenn das neue Finanzamt nicht zwischen Burgschloß und Torbau errichtet wird. Im Gegensatz zur Mitglieder Mehrheit sprachen sich die drei SPD-Fraktionsmitglieder Ursula Frank, Eugen

Scheuing („das ist kein politischer Stil, was da praktiziert werden soll; diesen Stil mache ich nicht mit“) und Karl Wahl („wir haben kein Geld zum Fenster rauszuwerfen“) für den Finanzamts-Neubau aus. Einig war man sich hingegen in der Feststellung, daß eine sinnvolle Sanierung der Schorndorfer Altstadt nur über einen Entwicklungsplan, einen nicht qualifizierten Bebauungsplan, eine modifizierte Veränderungssperre sowie einen Sanierungsbeirat führen kann. Mit großer Mehrheit unterstützten die Ortsvereinsmitglieder auch einen Antrag von Dr. Günther Zollmann, wonach sich die SPD-Rathausfraktion in der Etatdebatte für eine Anhebung der Gewerbesteuer von 320 auf 340 Prozentpunkte einsetzen soll, um den Investitionsspielraum der Stadt zu erweitern. Im Vergleich zu anderen Städten gleicher Größe und Struktur stehe Schorndorf in Baden-Württemberg bei den Steuerhebesätzen ohnehin im hinteren Feld.

In kurzen Referaten erläuterten Stadtrat Eugen Scheuing und Udo Kontz von der Arbeitsgruppe Altstadtsanierung Schorndorf ihre Standpunkte zum Thema Altstadtsanierung und Rahmenplan. Scheuing verwies dabei darauf, daß die SPD bereits 1970 die Forderung nach einem Rahmenplan erhoben habe. Es gehe darum, die Innenstadt nicht einseitig zu einem Büro- und Geschäftszentrum zu entwickeln. „Im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung unserer historischen Innenstadt brauchen wir eine vorausschauende Planung“, verlieh Stadtrat Scheuing seiner Forderung nach einem Rahmen- bzw. Entwicklungsplan („am Namen sollte man sich nicht aufhängen“) Nachdruck. Es gehe darum, die Altstadt nicht zu verplanen, sondern die Investitionen sinnvoll zu lenken.

„Flächensanierung ist gestorben“
„Mit dem vom Landtag verabschiedeten Denkmalschutzgesetz ist eine Flächensanierung für Schorndorf gestorben, jetzt kommt nur noch eine Objektsanierung in Frage“, schenkte Udo Kontz den Genossen keinen

Wein ein. Aus der Sicht der Arbeitsgruppe sei die Sanierung der Schorndorfer Innenstadt nach dem Bundesbaugesetz und nicht nach dem Städtebauförderungsgesetz vorzunehmen, weil letzteres mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbunden wäre.

Um eine sinnvolle Planung sicherzustellen, müsse die Stadt ein Entwicklungsprogramm ausarbeiten, einen Rahmen- bzw. Entwicklungsplan aufstellen, für den Planbereich 01 einen nicht qualifizierten Bebauungsplan sowie eine Veränderungssperre beschließen und einen Sanierungsbeirat berufen, der aus seiner Sicht die Entwicklungsziele festlegt und gewährleisten soll, daß Bürgerinteressen bei der Planung berücksichtigt werden. In einer Bauordnungssatzung sollten ferner alle erhaltenen Altstadteile zusammengefaßt werden.

„Innenstadt-Bebauung durch Maßnahmenpaket lenken“
Die SPD-Mitglieder waren sich mit Rainer Brechtken einig, daß dieses Maßnahmenpaket der Arbeitsgruppe nicht zersplittert werden dürfe, sondern als Ganzes rea-

lisiert werden müsse. Brechtken: „Es ist recht spät für Schorndorf, aber noch nicht zu spät. Es kommt jetzt entscheidend darauf an, unverzüglich die rechtlichen Voraussetzungen für eine Lenkung der Bebauung in der Innenstadt zu schaffen. Wenn wir noch ein weiteres Jahr warten, gibt es womöglich wieder Fälle wie in der Schulstraße oder in der Hirschgasse.“

Sanierungsbeirat soll öffentliches Interesse berücksichtigen

Einem entsprechenden Antrag zufolge, der von der Mitgliederversammlung einhellig befürwortet wurde, soll sich die SPD-Rathausfraktion im Gemeinderat dafür einsetzen, daß die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Altstadtsanierung ein Rahmen- bzw. Entwicklungsprogramm erstellt, auf dessen Basis dann Rahmenplan, nicht qualifizierter Bebauungsplan und modifizierte Veränderungssperre erarbeitet werden sollen. Ein Sanierungsbeirat soll darüber hinaus sicherstellen, daß bei der Planung nicht allein die Interessen der Grundstückseigentümer, sondern aller Bürger berücksichtigt werden. Walter Hilmer: „Es ist klar, daß es hier zu einer totalen gesellschaftspolitischen Konfrontation zwischen öffentlichem Interesse und Privateigentum kommt.“

Abb. 8.7

Schorndorfer Nachrichten vom 24. 5. 1973

In der entscheidenden Sitzung des Gemeinderats am 24. 5. 1973 wurde schließlich der Änderungsbebauungsplan aufgehoben, wonach sich der damalige Oberbürgermeister Bayler binnen 24 Stunden überlegen wollte, ob er nicht als

Bürger dieser Stadt ein Bürgerbegehren mit dem Ziel einer Freihaltung dieser Fläche in die Wege leite. Zum Zwecke der Durchsetzung des Bürgerbegehrens wurde von OB Bayler in der Sitzung am 26. 7. 1973 versucht, eine entsprechende

Die alte Stadt 1/90

Änderung der Hauptsatzung zu erreichen (Abb. 8.7). Er erlitt jedoch mit 19 zu 10 Stimmen eine Niederlage. Am 8. 8. 1973 war schließlich der Presse zu entnehmen, daß das Regierungspräsidium die Baufreigabe für den Finanzamtsneubau mit einer Bauzeit von ca. 2 Jahren erteilt habe (Abb. 8.8).

Die öffentliche Diskussion über Altstadterhaltung und Denkmalpflege erhielt einen nochmaligen Schub, als beim Aushub des Finanzamt-Neubaus ein angeblich vollständiges Mammut-Skelett aufgefunden wurde, eine Einschaltung der Archäologen aber erst verspätet erfolgte, so daß nur noch ein Mammut-Zahn geborgen werden konnte.

Waren der Umbau des Postturms und der Erweiterungsbau des Finanzamtes Pilotprojekte für Gemeinderat und Bürgerschaft der Stadt Schorndorf in der Annäherung, wie beim Bauen altstadtgerecht zu verfahren sei, so war nach Gültigkeit des neuen Denkmalschutzgesetzes 1971 (nach dem »Schwabenhaus« in Tübingen) der Umbau der Palm'schen Apotheke ein Präzedenzfall für ganz Baden-Württemberg, welcher letztendlich im Kabinett von der Landesregierung entschieden worden ist.

Zum Umbau der Palm'schen Apotheke

An dem für seine charakteristischen Fachwerkhäuser berühmten Schorndorfer Marktplatz ist das aus dem 16. Jahrhundert stammende, repräsentative Fachwerkhaus Marktplatz 2 am reichsten ausgestattet (Abb. 8.9). Mit der Giebel-

seite bildet es den Auftakt zu der ins östliche Remstal weiterführenden historischen Handelsstraße. Diese wurde nach Johann-Philipp-Palm benannt, der dem Schorndorfer Zweig der alten württembergischen Familie Palm entstammt, die seit 400 Jahren in diesem Gebäude wohnt. Johann Philipp wurde 1806 im Vorfeld der Befreiungskriege am 26. 8. 1806 von napoleonischen Truppen standrechtlich erschossen, weil er die Flugschrift »Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung« verteilt hatte. Sein Geburtshaus ist deshalb aus künstlerischen und wissenschaftlichen (was den Bau betrifft) und aus heimatgeschichtlichen Gründen ein hochrangiges, eingetragenes Baudenkmal, welches gleichzeitig eine wichtige ästhetische Funktion für die Schönheit des Schorndorfer Marktplatzes ausübt.

Das Gebäude wurde in den Jahren 1954/56 bei einem Umbau mit aufwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Standsicherheit saniert. Veranlaßt durch eine Änderung der Apothekenbetriebsordnung im Jahre 1970, die vorschreibt, daß alle Räume einer Apotheke ohne diese verlassen zu müssen, erreicht werden können, hat sich Apotheker Palm entschlossen, das Gebäude so umzubauen, daß es dieser Betriebsordnung gerecht wird.

Ende 1974 reichte Herr Palm das Baugesuch über den Umbau des Wohn- und Geschäftshauses Marktplatz 2 bei der Stadt Schorndorf ein. Dieses Baugesuch beinhaltete die vollständige Entfernung des gemauerten Erdgeschosses, also der Apotheke, unter Abspritzung der oberen



Abb. 8.8 Neubau Finanzamt vor dem Schloß
Foto York Kautt



Abb. 8.9 Palm'sche Apotheke nach Freilegung des Fachwerks um 1934

Stockwerke. Die Erdgeschoß-Außenwand sei in einem solch schlechten Zustand, daß diese durch eine neue ersetzt werden müsse. Die alten Fensterwände und Ornamente sollten auf Verlangen des Denkmalamtes wieder eingesetzt werden.

Ferner beinhaltete dieses Baugesuch die Umwandlung der Wohnungen im ersten und zweiten Obergeschoß in Arztpraxen. Dabei war lediglich an manchen Stellen die Verschiebung der Zwischenwände erforderlich. Die Decken im Bereich der Arztpraxen waren nicht zum Auswechseln vorgesehen.

Ferner war beantragt, den Treppenhausebereich in der Nordostecke völlig zu erneuern und zwar durch Einbau eines Aufzuges, um den herum die neue

Treppe geplant war. Im Bereich des Treppenhauses war auch vorgesehen, die östliche Außenwand bis zur Dachtraufe auszuwechseln, da diese durch frühere Umbauten schon viele Bauformen aufwies und durch neue Materialien standischer gemacht werden sollte.

Dieses Baugesuch wurde den verschiedenen Trägern öffentlicher Belange zugesandt, wobei von allen Behörden Zustimmungen eingingen. Auch das Landesdenkmalamt Baden-Württemberg hatte dem geplanten Umbau unter Erteilung einiger Auflagen zugestimmt.

Inzwischen hatte es sich auch eingebürgert, die städtischen Gremien über Umgestaltungsmaßnahmen beraten zu lassen. So hat sich zunächst die neugeschaffene Arbeitsgruppe »Innenstadtent-

wicklung« der Stadtverwaltung mehrfach mit der Bausache beschäftigt und ihr ebenfalls unter gewissen Auflagen zugestimmt.

Im Technischen Ausschuß des Gemeinderats wurden Stimmen laut, daß bei Auswechslung des Erdgeschosses das Gebäude möglicherweise völlig einstürzen würde, was es zu verhindern gelte. Nach längerer Diskussion wurde schließlich angeregt, das Bauvorhaben der Öffentlichkeit durch einen Zeitungsartikel in »Schorndorf aktuell« zu unterbreiten. Dies geschah, ohne daß seitens der Bevölkerung ein Echo zu vernehmen war. Schließlich wurde das Bauvorhaben noch ein zweites Mal im Technischen Ausschuß behandelt, wo dann nach ebenfalls längerer Debatte von dem städtebaulich relevanten Bauvorhaben Kenntnis genommen wurde.

Schließlich konnte am 1. 7. 1975 das Bauvorhaben über den Umbau mit Zustimmung des Denkmalamtes baurechtlich genehmigt werden.

Als sich zu Beginn des Teilabbruchs und der Sprießarbeiten im August 1975 erhebliche Standsicherheitsprobleme herausstellten, wurde auf Veranlassung der Statiker vom Architekten vorgetragen, daß über den bisherigen Baumumfang hinaus, das gesamte Dach abzunehmen sei, aber im alten Erscheinungsbild wieder aufgerichtet werden solle. Ein Nachtragsgesuch dazu vom September 1975 hatte zum Inhalt die völlige Auswechslung des Daches einschließlich des Kreuzgiebels auf der Westseite und die Aufführung einer neuen Gebäudetrennwand nach Norden.

In den folgenden Monaten wurde, nachdem die Baufreigabe erteilt war, noch nach dem ersten, genehmigten Baugesuch gebaut. Das Gebäude wurde oberhalb des Erdgeschosses abgesprießt und der nordöstliche Bereich des Treppenhauses wurde vom UG beginnend neu gebaut. Im Zuge dieser Bauarbeiten stellte sich heraus, daß die Außenwände der Palm'schen Apotheke nicht auf das Kellergebäude und somit auf die Fundamente kommen, sondern ringsum etwa einen Meter außerhalb des Gewölbes liegen. Die Gründung der Außenwände war nur etwa einen Meter tief und endete im aufgefüllten Bereich. Dieses Erdreich drückte nun seinerseits auf die Gewölbe-Außenwände, die – bisher – nicht nachgegeben hatten.

Ein Weiterbauen unter Einhaltung der denkmalpflegerischen Auflagen war nun mangels Standsicherheit nicht mehr möglich. Es kam zu einem regelrechten Gutachterkrieg, wobei der vom Denkmalamt zugezogene Statiker nicht mit Vorwürfen sparte, daß dieser statisch instabile Zustand schon längst vor Beginn der Bauarbeiten hätte gemerkt werden müssen. Untersuchungen der geforderten Art vor Baubeginn hätten aber zur Folge gehabt, daß der Betrieb der Palm'schen Apotheke wie auch der Wohnungen ganz empfindlich hätte gestört werden müssen, um die Untersuchungen durchzuführen. Bauherr wie Architekt wiesen daher die Vorwürfe von sich (Abb. 8.10).

Der inzwischen mit großem Presse-Echo öffentlich ausgetragene Streit kulminierte in dem Unverständnis der örtlichen Betroffenen – vom Bauherrn bis

Neubau oder Seelenrettung — das ist hier die Frage

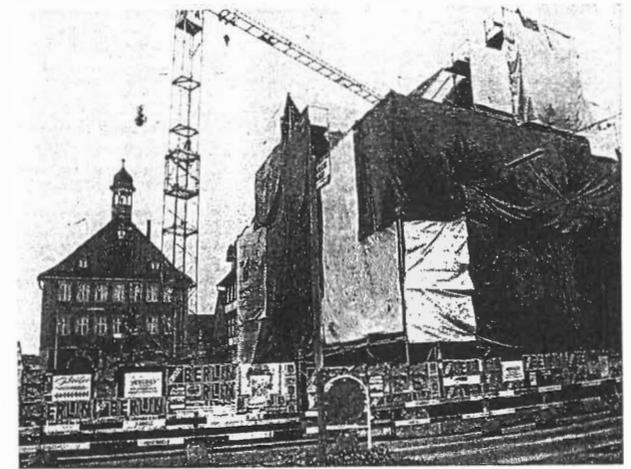
Streit ums Fachwerk der Palm'schen Apotheke

Auch nach dem Professoren-Gutachten sind Eigner und Denkmalamt uneins übers richtige Rezept für die Renovierung von Schorndorfs Paradebau

SCHORNDORF, Rems-Murr-Kreis. Mit guten Wünschen beider Seiten trat das Renommierstück in Alt-Schorndorfs „guter Stube“ im vergangenen Sommer zur Generalkur mit der Kelle an. Inzwischen hat ein Inzestuwalist um Neubau oder „Seelenrettung“ der 300jährigen Palm'schen Apotheke am Marktplatz der Dalmierstadt Eigner und Denkmalamt nachhaltig in den Clinch getrieben. Als der Umbau aufgrund „alter Sünden“ (Architekt) immer größere Dimensionen annahm, sah Bauherr Philipp Palm schließlich nur Abbruch und Wiederaufbau als Garantien für eine dauerhafte — und lukrative — Nutzung an. Während das Denkmalamt eine dabei geplante Wiederaufbringung der alten Fachwerkwände als „Tapeten-Aufklatsch“ ablehnt, deklariert der Architekt die weitergehenden Erhaltungspläne der Behörde schlicht als „technischen Pfusch“. Statt eines inzwischen erhofften „echten Kompromisses“ (Denkmalamt) durch einen Urteilspruch des Neresheim-Gutachters Professor Wenzel bringt der Hiekhack ein historische Fassaden den Zehlpian jetzt weiter aus der Fassung.

Der aus der Zeit vor 1665 stammende Fachwerkprachbau der Palm'schen Apotheke — Stammmotiv dalmierstädtischer Imagewerbung von der Ansichtskarte bis zum Kalenderblatt — fällt in diesem Jahr als Hauptkassise der traditionellen „Schorndorfer Woche“ mit Sicherheit aus. Weil es Dinge gibt, die sich nicht voraussehen lassen“ (Palm-Architekt Schäfer), wird der Bauzeit um das derzeit mit Plänen „verschleierte“ Paradedstück zum Kummer der dringenden Stadtverwaltung auch noch den Sommer stehen. Grund für die Verzögerung der bereits im Juli 1975 freigegebenen Renovierung: Weil bei früheren Umbauten offenbar gesündigt worden war, gerieten Bauherr, Architekt und Statiker „beim Reparieren versehentlich ins Ausmaß eines Neubaus“ (Fachwerk-erbe Palm). Da vor allem die Umfassungswände nicht wie geglaubt — auf sicheren Gewölbemauern, sondern schlicht in Schutt und Sand gegründet waren, reichte die Bauherrnschaft ein Ergänzungsgesuch für einen grundlegenden Neubau ein: Ohne Abbruch von Mauern und Gewölbe für eine Neufundamentierung sahen Philipp Palm und sein Architekt die vorläufige, auch finanziell attraktive Nutzung durch Arztpraxen in zwei Obergeschossen wegen eventueller schwerer Röntengeräte als unmöglich an.

Obwohl die Fachwerkfassaden in Grobelementen herausgeschnitten, katalogisiert, senkrecht (zur Erhaltung alter Verformungen) gelagert und später wieder auf den Neubau-Architekt Schäfer „Schönheitsvorher“ — aufgebracht werden sollten, versagte das Landesdenkmalamt strikt seinen Segen. Konservator Thomas Bodeker: „Uns geht es um die Seele Haus und nicht nur um die Fassade.“ Während die Mauerer nach dem genehmigten ersten Baugesuch im historischen „substanzarmen“ hinteren Gebäudeteil eine



„Eingehüllt in warme Tücher“ wartet Schorndorfs Palm'sche Apotheke, daß ihre Generalkur endlich beginnt. Foto: Rudel

zugesacht und Stahlbetontreppenhause hochzogen, sollte ein Gutachten des Karlsruher Professors Dr. Wenzel das endgültige Urteil fällen. Das jetzt vorliegende Erlebnis: Wie inzwischen auch das Denkmalamt, favorisiert der Bürger eine Kompromißlösung, die neben einer Wohnung ebenfalls Arztpraxen vorsieht. Wenn bei einer Unterteilung des Gebäudes in einen „denkmälwürdigen“ und einen Neubau teil der letztere die Räume mit den größeren Verkehrsflächen aufnehmen, könnten nach der Expertise die Fassadenwände und ein Teil des Gewölbes überleben. Für den Fall flexibler Nutzflächen wird ein Abbruch zwar als „unumgänglich“ doch zugleich auch als „denkmalpflegerisch fragwürdiges Unterfangen“ apostrophiert: „Eine im wesentlichen konstruktive Fachwerkfassade mit Balkenköpfen, Stielen und Auskrenzungen würde

Der von den Denkmalschützern erhoffte Kompromiß läßt freilich weiter auf sich warten. Mit dem Hinweis auf fehlende Außenmauergründung und DIN-Vorschriften zur Sicherheit — Architekt Schäfer: „Wenn wir so bauen, können wir ins Zuchthaus!“ — will die Bauherrnschaft jetzt offenbar den Teufel im Detail zu ihrem Bundesgenossen machen: Aufgrund eines präzisen Fragenkatalogs soll sich der Gutachter detailliert vor allem zur technischen Durchführbarkeit der Lösung vorlegen und diese — so die mutmaßliche Hoffnung — dabei am Ende möglichst selbst nicht praktikabel finden.

Abb. 8.10

Stuttgarter Zeitung vom 14. 2. 1976

zum Gemeinderat —, wieso das Denkmalamt denn partout auf Erhaltung der Original-Substanz bestehen wolle, wo doch die für Schorndorf so wichtige Erhaltung des Original-Bildes durch die Bereitschaft des Bauherrn zu einer originalgetreuen Rekonstruktion in Stahlbeton gegeben sei. Der Oberbürgermeister hielt dem Denkmalamt gar Rufmord vor.

Der Bau selbst war auf Veranlassung des Denkmalamtes am 5. 12. 1975 eingeleitet worden. Am 9. 3. 1976 gab die Sache Anlaß zu einer Podiumsdiskussion in Schorndorf.

Bei dem Versuch, eine Einigung zu erzielen, wurde schließlich auch ein Unterausschuß des Denkmalarats, der in Schorndorf tagte, mit dem Baufall befaßt, wobei der Regierungspräsident den Totalabbruch und Wiederaufbau unter Verwendung der alten Fachwerkteile für die einzig gangbare Lösung hielt (Abb. 8.11).

Das Bürgermeisteramt hat sich diese Auffassung trotz gegenteiliger Meinung des Denkmalamtes zu eigen gemacht und zur Vermeidung unzumutbarer Belastungen des Bauherrn den Bauantrag am

Denkmalrat: Denkmalschutz vor Nutzung

Tauziehen um das Fachwerk

Regierungspräsidium: Die Nutzung geht vor

Von unserem Redaktionsmitglied Dietmar Rothwange

SCHORN DORF — Das Tauziehen um die Palm'sche Apotheke in Schorndorf geht weiter: Der Denkmalrat des Landes hat sich gegen einen Abbruch ausgesprochen, das Regierungspräsidium ist dafür. Das letzte Wort wird aller Wahrscheinlichkeit nach das Kultusministerium als oberste Denkmalschutzbehörde in Baden-Württemberg haben.

Vor zwei Tagen diskutierten Mitglieder des Landesdenkmalrats auf Einladung von Regierungspräsident Roemer über das Schicksal der Palm'schen Apotheke in Schorndorf. Ergebnis der Debatte: Das 400 Jahre alte Fachwerkhaus müsse erhalten bleiben. Im Zweifelsfall habe die vom Hausbesitzer und Apotheker Philipp Palm angestrebte Nutzung mit zwei Arztpraxen zurückzustehen.

Auf dem Tisch des Regierungspräsidenten liegt aber nun eine Entscheidung des Regierungspräsidiums als mittlerer Denkmalschutzbehörde, aus der hervorgeht, im Fall der Palm'schen Apotheke habe die Nutzung Vorrang vor dem Denkmalschutz. Das Papier weist aus, daß Philipp Palm das alte Haus völlig abreißen darf. Die Fachwerkfassaden sollen seinem Wunsch gemäß gelagert und später vor den Betonneubau gehängt werden.

Allerdings dürfte diese Entscheidung des Regierungspräsidiums noch nicht die endgültige sein. Das Kultusministerium als oberste Denkmalschutzbehörde des Landes erwartet die Akten aus dem Regierungspräsidium, um zu prüfen, was mit der Palm'schen Apotheke geschehen soll.

Bekanntlich begann Philipp Palm im vergangenen Jahr mit dem Abbruch des Hauses. Dabei kam der Architekt zur Ansicht, die Mauern müßten aus Sicherheitsgründen abgerissen werden. Allerdings wollte er die Fachwerkbalken lagern und später der neuen Fassade vorhängen. Dagegen ist aber das Landesdenkmalamt, das die Fassade im ursprünglichen Zustand erhalten wissen will. In der Tat würde die Version von Philipp Palm auch zu einer gravierenden architektonischen Veränderung des Gebäudes führen.

Die seit Monaten stillgelegte Baustelle am Schorndorfer Marktplatz kostet den

Bauherrn rund 10 000 Mark im Monat. An Umbaukosten rechnet er mit zwei Millionen Mark. Des Streites um die Apotheke leid, hat Philipp Palm das Haus vor kurzem sowohl der Stadt als auch dem Land zum Kauf angeboten.

Präzedenzfall

Von Dietmar Rothwange

Die Entscheidung darüber, was mit der Palm'schen Apotheke in Schorndorf geschehen soll, wird zum Präzedenzfall für alle künftigen Auseinandersetzungen, in denen es darum geht, ob privater Nutz und Profit vor allgemein dienlichem Denkmalschutz den Vorrang haben. Daß Philipp Palm seine Apotheke umbauen muß, liegt am Gesetzgeber, der beim Betrieb der Apotheke bestimmte räumliche Gegebenheiten vorschreibt. Daß Philipp Palm aber, nicht zuletzt zu seinen Geschäftsgunsten, auch zwei Arztpraxen in dem 400 Jahre alten Haus einrichten lassen will, hat den Umbau erst problematisch gemacht. Denn für die schweren medizinischen Geräte reicht die Tragkraft nicht aus.

Noch problematischer erscheint aber die Rolle des Landesdenkmalamts speziell in Schorndorf. Es hat völlig recht, wenn es die Ansicht verbreitet, der historische Schorndorfer Marktplatz, einer der schönsten welt und breit, verliere endgültig sein Gesicht, wenn die Vorstellungen von Philipp Palm realisiert werden. Was dann zum Vorschein käme, wäre trotz erhaltenem Fachwerk eine sterile Lösung. Das Landesdenkmalamt hat aber in Schorndorf selbst der Glaubwürdigkeit beraubt, als vor einiger Zeit den Neubau des Finanzamts im Innenhof des alten Schlosses zuließ und damit dazu beitrug, daß die Atmosphäre dort zerstört wurde. Deshalb tun sich die Denkmalschützer so schwer, sich im Fall der Palm'schen Apotheke durchzusetzen.

21. 7. 1976 genehmigt. Das Denkmalamt ließ öffentlich verlauten, die Baugenehmigung sei widerrechtlich erteilt worden und legte Widerspruch ein, worüber das Regierungspräsidium zu entscheiden hatte. Solange sei die Stadt angewiesen, keine Baufreigabe zu erteilen.

Der Bauherr hat im August 1976 sein Haus der Stadt zum Kauf angeboten; der Gemeinderat hat den Erwerb abgelehnt. Ein Jahr nach Stilllegung der Bauarbeiten wird die Baustelle geräumt. Die Stuttgarter Zeitung vom 1. 10. 1976 hält den Fall nun reif fürs Kabinett.

Landtagsabgeordnete und der Schorndorfer Heimatverein drängten den Kultusminister Hahn zu einer raschen Entscheidung, die dieser auf Vorschlag des Regierungspräsidiums am 20. 10. 1976 getroffen hat: zugunsten des Bauherrn!

Die Palm'sche Apotheke durfte abgebrochen und von Grund auf neu gebaut werden, versehen allerdings mit einer Reihe baudenkmalpflegerischer Auflagen, die Wiederverwendung alter Bauteile betreffend, die sicherstellen sollten, daß das *Bild* des Originalhauses weitestgehend wiederhergestellt werden sollte.

Diese Entscheidung führte zu einem SPD-Antrag im Landtag, die Landesregierung möge die Entscheidung des Kultusministeriums überprüfen und solange den Vollzug aussetzen. Die Antragsteller befürchteten eine »Signalwirkung pro Hausbesitzer contra Denkmalschutz im Lande«. Doch: »Es bleibt bei der »Tapeeten-Lösung«, wie die Schorndorfer Nachrichten am 3. Dez. 1976 über die Entscheidung der Landesregierung für den Abbruch getitelt haben. Das Landes-

denkmalamt hätte dagegen die Angelegenheit lieber in einem Rechtsstreit geklärt gehabt.

Anfang Mai 1977 wurde mit den Abbrucharbeiten begonnen. Vom Bauherrn gewünschte Planänderungen im Innern erforderten einen neuen Bauantrag und führten zum öffentlichen Ärger wegen Unterbrechung der Bauarbeiten. Auch kam es zu Auseinandersetzungen über die Farbgebung des vorzuhängenden alten Fachwerks. Denkmalamt und Regierungspräsidium reklamierten die Wiederherstellung der vom Restaurator gefundenen grauen Farbe, während die Stadt eine »Angelegenheit von erheblicher Bedeutung« darin sah, die vor Baubeginn bestehende Fassung in braun wiedererstehen zu sehen. Die denkmalpflegerische Rechtslage mußte im Ergebnis zu der Grau-Fassung führen.

Im Juli 1978 stand endlich der Rohbau, am 13. 9. 1979 erfolgte die Einweihung der Palm'schen Apotheke mit viel Prominenz unter großer Anteilnahme der Bürger. Die Kosten seien »weit, weit entfernt von jeder kaufmännischen Kalkulation« sagte die Bauherrschaft. Auf »Palmen als Zeichen des Friedens« wies der evang. Dekan in seiner Festansprache hin. In dem Neubau erkannte die Lokalpresse ein »unverwechselbares Stück Schorndorf«.

Es liegt am Denkmalbegriff, daß um alte Bauten oft heftig gerungen wird, während Zeugen jüngster Baukultur erst warten müssen, bis sie in die (denkmalverdächtigen) Jahre kommen. Bei den 1987 in Schorndorf vom Landesdenkmalamt erfaßten sog. einfachen Bau-

Abb. 8.11

Schorndorfer Nachrichten vom 10. 9. 1976

denkmalen nach § 2 DSchG (Denkmalliste) ist im Rahmen des Anhörungsverfahrens versucht worden, auch Beispiele der jüngeren Baugeschichte mitaufzunehmen. Den Verlust eines möglicherweise »künftigen« Baudenkmales zeigt die Erweiterung der Kreissparkasse.

Zum Um- und Erweiterungsbau der Kreissparkasse in der Schulstraße

Ein erster Neubau der Kreissparkasse war 1957 auf dem Grundstück Schulstraße 17 zwischen vorhandenen Bauten in geschlossener Bauflucht entstanden. Die Schulstraße liegt vor der mittelalterlichen Altstadt und ist nach Entstehen der Remstal-Eisenbahn nach den städtebaulichen Grundsätzen des ausgehenden 19. Jahrhunderts in Blockbauweise zweibis dreigeschossig bebaut worden.

Der erste Kreissparkassen-Neubau präsentierte sich ganz im Stil seiner Zeit als Stahlbeton-Skelettbau mit vorwiegend vertikal betonter Fassadengliederung, insbesondere durch die hervortretenden Skelett-Stützen (Abb. 8.12).

Der 1982 beantragte und genehmigte Erweiterungsbau auf den östlich bis zur Wallstraße und nördlich bis zur Karlstraße ausgreifenden Nachbargrundstücken schloß einen völligen Umbau der 1957 erstellten Hauptzweigstelle mit ein. Nur so schien eine optimale Integration aller funktionellen Anforderungen an ein modernes Bankgebäude machbar.

Für dieses Gebiet war kein Bebauungsplan vorhanden. Das Vorhaben war deshalb nach § 34 BauGB zu beurteilen. Es wurde jedoch parallel ein Bebauungsplan

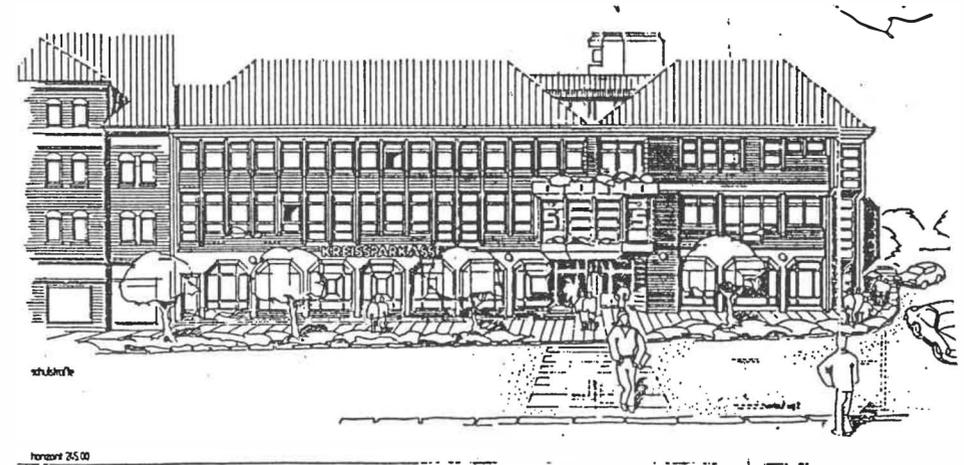


Abb. 8.12 Kreissparkasse Neubau 1957. Ansicht Schulstraße

aufgestellt. Im Baugenehmigungsverfahren wurde die Untere Denkmalschutzbehörde beim Landratsamt Rems-Murr-Kreis gehört, welche zugestimmt hat, ohne auch nur einen Hinweis zu geben, daß es sich bei dem zu integrierenden Bau der schon bestehenden Hauptzweigstelle um einen typischen Vertreter der Skelettbauweise handle, die – zumindest in Schorndorf – ein seltenes Exemplar der Bauweise der 50er Jahre darstellt.

Auch die Stadtverwaltung sah keinen Anlaß, auf den bauhistorischen Verlust hinzuweisen, als das Bauvorhaben entsprechend der inzwischen eingeführten Übung als »städtebaulich relevantes Bauvorhaben« dem Technischen Ausschuß in öffentlicher Sitzung zur Kenntnis gebracht wurde.

Die Umgestaltung der alten Fassade ist so umfassend und architektonisch über-



Umgestaltung Altbau

Neubau

Abb. 8.13 Erweiterung der Kreissparkasse; Planung 1982 von Architekt Stammeler. Ansicht Schulstraße



Abb. 8.14 Neubau Kreissparkasse

zeugend gelungen, daß der Neubau nicht mehr erkennen läßt, daß ein Teil eine gute Baugeneration älter ist (Abb. 8.13). Insgesamt ist die so entstandene Kreissparkasse ein hervorragendes Beispiel, wie sich neue – betriebliche und städtebauliche – Forderungen umsetzen lassen. Die Anpassungsfähigkeit des Stahlbetonskelettbau war dabei überraschend; dessen Umgestaltung wäre in wenigen Jahren oder vielleicht heute schon nicht mehr möglich, wenn erst seine Denkmaleigenschaft formell festgestellt worden wäre (Abb. 8.14).

Mit der zweigeschossigen Tiefgarage, die mit dem Neubau der Kreissparkasse einherging, wurde erstmals die archäologische Denkmalpflege herausgefordert. Es war bekannt, daß im nordöstlichen Bereich der Baustelle die ehemalige Wallmauer (Escarpe) verlief. Die Baugenehmigung enthielt daher einen Hinweis auf § 20 DSchG zur Melde- und Bergungspflicht von Bodendenkmalen. Als beim Bauaushub tatsächlich Teile der Wallmauer freigelegt worden sind, wurden diese vom Denkmalamt dokumentiert und mit dessen Hilfe ausgebaut. Die so gewonnenen, behauenen Natursteine wurden dann auf Kosten der Bauherrin zur Erweiterung der schon zuvor ausgegraben und rekonstruierten südöstlichen Eckbastion der ehemaligen Landesfestung Schorndorf verwendet und zeigen dort in den Schloßwallgütern anschaulich den Stand der damaligen Fortifikationsbaukunst.

Beim Bau der ca. 50 m weiter südlich zwischen Karl- und Schulstraße in 1986 erstellten Hochgarage »Bantel« konnte

eine Zerstörung der darunterliegenden Reste der Wallanlagen dadurch vermieden werden, daß die Ebene des untersten Fußbodens oberhalb der Mauerreste angeordnet und auf diese selbst mit Kiespreßpfählen gegründet wurde.

Der Konflikt zwischen archäologischer Denkmalpflege, heimatgeschichtlichem Forscherinteresse und städtebaulicher Notwendigkeit (für eine Tiefgarage im Westen der Altstadt) trat aber beim folgenden Garagenprojekt in aller Schärfe zu Tage.

Zur Tiefgarage Künkelin

Auf dem Areal nördlich der Künkelinstraße zwischen Künkelinstraße, Ulrichstraße und Urbanstraße waren bereits zwei verschiedene Bauentwürfe für ein Parkierungsbauwerk baurechtlich genehmigt worden, ohne daß sie zur Ausführung gekommen sind. Erst der dritte Entwurf einer Parkierungsanlage in Form einer Tiefgarage mit Parkdeck verbunden mit einem Verwaltungsgebäude wurde realisiert. Für diesen dritten Entwurf wurde eigens ein neuer Bebauungsplan aufgestellt. Das am 19. 3. 1987 eingereichte Baugesuch mußte in kürzester Frist genehmigt werden, damit die Finanzierung der Stellplätze aus Sanierungsmitteln des sog. Schnellläuferprogramms nicht gefährdet wurde (Abb. 8.15).

Belange der Bau- und Kunstdenkmalpflege waren nicht berührt, aber eine längs, parallel zur Künkelinstraße durch das gesamte Baugrundstück verlaufende Wallmauer und der Beginn der daran in der SO-Ecke anschließenden sog. Unge-

heuer-Bastion waren Kulturdenkmale. Der Verlauf der Wallmauer war ungefähr aus der Vermessung des Jahres 1832

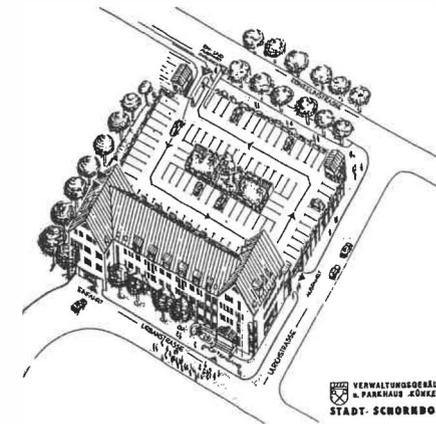


Abb. 8.15 Isometrie des Künkelinprojekts 1988. Planung: Architekten Bunz und Richter

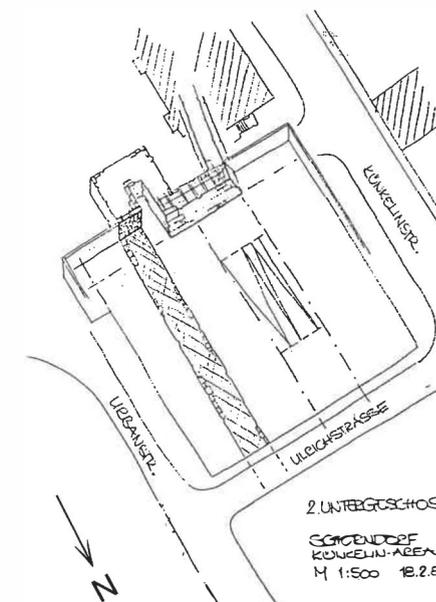


Abb. 8.16 Die Skizze zeigt den Verlauf von Wallmauer und Ende der Ungeheuer-Bastion, wie sie in der Baugrube freigelegt worden sind

bekannt. Die Lage der Bastion mit Kanonierhof etc. konnte aus vermessungstechnischen Unterlagen und Kavalierverspektiven aus dem Hauptstaatsarchiv nur ungenau erschlossen werden. Über den Zustand der bei der Schleifung eingeebneten und verfüllten Festungsanlagen war nichts bekannt (Abb. 8.16).

Das Landesdenkmalamt zeigt sich aufgeschlossen, den Abbruch der Wallmauer nach entsprechender Dokumentation und photogrammetrischer Vermessung zum Abbruch freizugeben, wollte dagegen die Bastion voll in situ erhalten, also nötigenfalls innerhalb der Tiefgarage selbst bei entsprechendem Wegfall von Stellplätzen (Abb. 8.17). Bei einer gemeinsamen Besprechung am 26. 3. 1987 mit Denkmalamt und dessen ehrenamtlichem, örtlichen Beauftragten, dem Bauträger und der Stadt konnte über das Vorgehen insoweit Übereinstimmung erzielt werden, daß die Baugenehmigung bereits am 3. 4. 1987 mit folgenden denkmalrechtlichen Auflagen erteilt werden konnte:

- Die Wallmauer kann bis auf die Unterkante des Bauwerkes – soweit es konstruktiv notwendig ist – abgebrochen werden.
- Die Bastion mit den betroffenen Teilen des Kanonierhofes kann bis zur Höhe der Deckenunterkante des 2. Untergeschosses – soweit dies konstruktiv notwendig ist – abgebrochen werden.
- Die Bastion mit den betroffenen Teilen des Kanonierhofes muß im 2. Untergeschoß erhalten werden und sichtbar bleiben.
- Der Kanonierhof kann zu wissen-

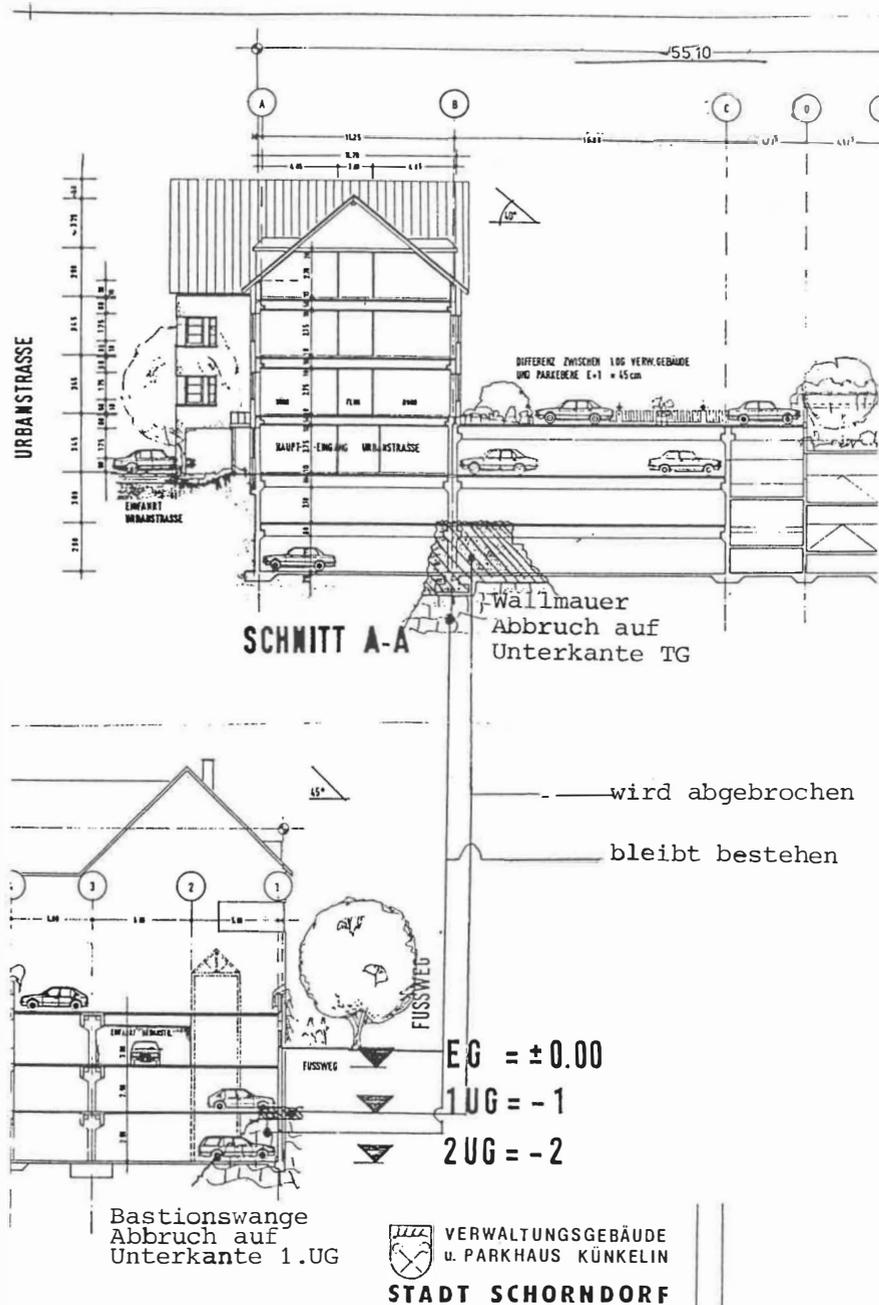


Abb. 8.17 Lage von Wall und Bastion im geplanten Bauwerk. Planung: Architekten Bunz und Richter



Abb. 8.18 Reste der Wallmauer der Festung Schorndorf. Baugrube Künkelineareal 1987

- schaftlichen Zwecken ganz freigelegt werden. Über die Zugänglichkeit wird Einvernehmen hergestellt, wenn die Bauarbeiten den entsprechenden Stand erreicht haben.
- Die Festungsanlagen müssen vor der Beseitigung vollständig freigelegt und wissenschaftlich dokumentiert werden. Nach dem gegenwärtigen Stand soll zuerst der östliche Teil (ehemals Wall) der Baugrube ausgehoben und durch das Landesdenkmalamt dokumentiert werden. Danach soll der westliche Teil (ehemaliger Graben) ausgehoben und die Mauer sowie die Bastion und der Kanonierhof dokumentiert werden.
 - Die photogrammetrische Aufnahme und die Dokumentation werden vom Landesdenkmalamt durchgeführt, das auch die Kosten dafür trägt. Die Vermessung ist Sache der Stadt Schorndorf. Für die photogrammetrische Aufnahme müssen die freigelegten Mauerteile mit einem Dampfstrahler gereinigt werden. Die Kosten hierfür trägt die Stadt.
 - Das Aushubmaterial für die Fundamentgräben sollte gesondert zwischenlagert werden, damit es auf heimatsgeschichtliche wertvolle Gegenstände untersucht werden kann, die sich auf dem Grund des Festungsgrabens befinden können.
 - Der Verlauf der Festungsmauer soll auf der Fahrbahn und den Wänden des 2. Untergeschosses der Tiefgarage sichtbar gemacht werden.

Am 13. 7. 1987 erfolgte der erste Spatenstich (für den Baugrubenverbau). Während der nachfolgenden Aushubarbeiten, bei denen nach und nach die Bastion und die – in ihrem unteren Teil noch vollständig vorhandene – Wallmauer freigelegt wurde (Abb. 8.18), zeichnete sich der Konflikt zwischen heimatgeschichtlichem Forscherinteresse (sprich Freilegung möglichst großer Teile der Bastion und deren Sichtbarmachung) und amtli-

cher Auffassung der Denkmalpflege ab, die möglichst wenig freigelegt und die Zeugnisse der Vergangenheit möglichst ungestört im Boden lassen wollte. Streitpunkt war, wie mit den Resten der Bastion zu verfahren sei.

Als sich die oberhalb der Gründungssohle der Tiefgarage befindlichen Teile der Bastion weder als in sich standfest noch als anschaulich für die Mauertechnik erwiesen, weil die gesamten behau-

Stellungnahme des Heimatvereins zur „Bastion“ auf Künkelinsareal

Dr. Hübner hat „starke Bedenken“, ob Abbruchverfügung rechtens ist

Schreiben an Regierungspräsident Dr. Manfred Bulling soll Klarheit bringen

In einer ersten Stellungnahme zum Ergebnis des Behördengesprächs vom Montag, das auf eine Genehmigung zum Abbruch der umkämpften „Ungeheuer“-Bastion auf dem Künkelinsareal hinausläuft (SN vom 23.9.1987), gibt der Vorsitzende des Schorndorfer Heimatvereins, Dr. Götz Hübner, seinen starken Bedenken in die Rechtmäßigkeit der erteilten Abbruchgenehmigung Ausdruck. Diese Bedenken beziehen sich vorerst auf das Zustandekommen dieser Abbruchgenehmigung, die nach Dr. Hübners Feststellung möglicherweise folgende Mängel aufweist, die es noch vor einem etwaigen Abbruch selbst zu klären gilt:

1. Hat eine sachliche Prüfung der von der Treuhandgesellschaft bzw. der von ihr beauftragten Baufirma ins Feld geführten Sachzwänge und deren baurechtliche Bewertung durch die Baurechtsabteilung des Regierungspräsidiums noch vor Eintritt in das Behördengespräch vom Montag überhaupt stattgefunden? (Wann wurden die städtischen Unterlagen dort übergeben und wem lagen sie dort vor?)

2. Hat neben bzw. vor der Zumutbarkeitsabwägung (Mehrkosten für die Stadt durch Erfüllung der getroffenen Auflagen des Denkmalschutzes) auch eine Abwägung des Vorteils stattgefunden, in welchen sich die Stadt als künftige Nutzerin der im Bau befindlichen Tiefgarage bei Streichung der Freihalteverpflichtung durch Zugewinn von „ca. 7 Stellplätzen“ bringen würde?

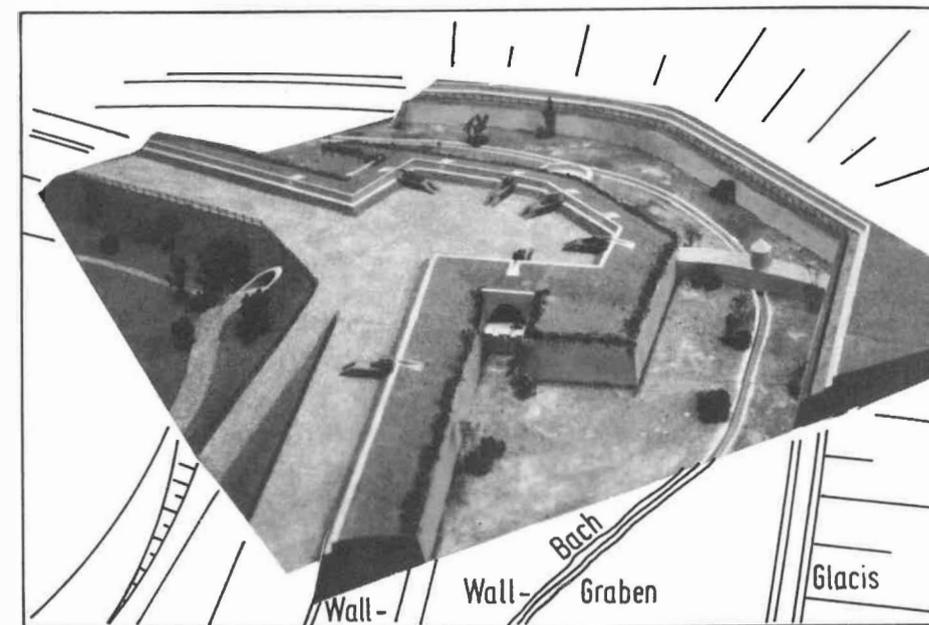
3. Ist nach 1. und 2. sichergestellt, daß eine Befangenheit der Stadt (Verwaltung und Gemeinderat) als untere Denkmal-

schutzbehörde infolge materiellen Interesses an einer Aufhebung der getroffenen Denkmalschutzvereinbarung (Grundlage der erteilten Baugenehmigung) ausgeschlossen werden kann?

Mit der Darlegung dieser vorläufigen Bedenken (Fragen) zum Verfahren will der Heimatvereinsvorsitzende zugleich einer Klärung in der Sache Vorschub leisten, die ihm durch Nichtannahme eines diesbezüglichen Einspruchs (Bestreitung des Einspruchsrechts) durch die Stadt und das Regierungspräsidium blockiert erscheint, und auf die schwierige Situation des örtlichen Denkmalschutzes in anstehenden Denkmalschutzverfahren hinweisen, sofern hier nicht rechtzeitig Abhilfe geschaffen wird. Ein diesbezügliches Schreiben ging am Dienstag noch an Regierungspräsident Dr. Manfred Bulling. Die Mitglieder des Heimatvereins wurden zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am Montag, 5. Oktober, einberufen.

Abb. 8.19

Schorndorfer Nachrichten vom 24. 9. 1987



Stadtseite Schützen- mauer (8.20) 40m breit
auftritte 7m hoch
Bach
Wall- Graben
Glacis

Abb. 8.20 Ungeheuer-Bastion, Rekonstruktion 1988. Der Schützenauftritt war über einen gedeckten Weg zugänglich, von dem aus auch der Kanonierhof angefahren wurde. Der Wallgraben war in Abständen mit Schleusenmauern zum Einstauen versehen

nen Außenschalen der Mauern schon früher abgebrochen worden waren, stimmte das Denkmalamt dem Abbruch der Bastions-Reste zu, ohne eine weitere Ergrabung der Bastion in die Tiefe zuzulassen. Bei der schon erreichten Aushubtiefe war jedoch eine erste Schicht der Vermauerung der Bastion aus behauenen Steinen erkennbar. Auch sprach sich das Denkmalamt gegen weitere Freilegungen des Kanonierhofs oder evtl. dahinterliegenden Gewölbe außerhalb der Baugrube aus.

Der Heimatverein Schorndorf e.V., seit jeher an Erhaltung und Dokumenta-

tion der Stadtgeschichte gerade auch im archäologischen Bereich engagiert, erhob im September 1987 beim Regierungspräsidium Einspruch gegen die Abtragung der Reste der Ungeheuer-Bastion. Erst nach mehreren Einigungsversuchen gelang es, nachdem das Denkmalamt bei seiner Zustimmung blieb und somit Einvernehmen mit der Unteren Denkmalschutzbehörde bei der Stadt gegeben war, in einem Behördentermin Klarheit über eine Änderung der denkmalpflegerischen Auflagen zu erzielen. Am 23. 9. 1987 wurde der Bauherrschaft der Abbruch der Bastionsreste bis auf Unter-

kante der Tiefgarage gestattet, mit der Auflage, den Verlauf von Festungsmauer und Bastion im Bauwerk selbst (Fahrbahn bzw. Wände im 2. UG) zu dokumentieren (Abb. 8.19). Aus dem erwirtschaftbaren Erlös für die nunmehr vollständig herstellbaren Stellplätze wurde überdies ein Anschauungsmodell über das ursprüngliche Aussehen von Wallanlage und Bastion erstellt, das nach seiner Ausstellung im fertiggestellten Gebäude später an das Heimatmuseum übergeben werden soll (Abb. 8.20).

Es bleibt noch nachzutragen, daß das gesamte Bauwerk nach dem Baubeschluß des Gemeinderats nicht wie sonst üblich im Sanierungsbeirat und Technischen Ausschuß vorberaten worden ist, sondern der kommunalpolitischen Bedeutung wegen (reine Baukosten für die Tiefgarage mit 402 Plätzen 4,8 Mio. DM, für das Verwaltungsgebäude 6,520 Mio. DM) von einem eigens dafür geschaffenen, beschließenden Ausschuß des Gemeinderats verantwortet wurde.

9. Gestalten und Verändern – Entwerfen lernen und lehren

Entwerfen ist der »Kampf mit dem leeren Blatt Papier«. Die Umsetzung von erlernten Kenntnissen, denkbaren Möglichkeiten und vorhandenen Gegebenheiten zu Entwurfsideen muß immer wieder erfahren und geübt werden. Alternative »Entwürfe« müssen bewertet und unter ihnen eine Auswahl getroffen werden. Die Ergebnisse dieses Prozesses sind dann so darzustellen, daß sie anderen (Entscheidungsträgern, Betroffenen usw.) vermittelt werden können. Deshalb: Entwerfen lernt man nur durch Entwerfen!

Dieser Prozeß zwischen Intuition (emotionale Phase) und Reflexion (rationale Phase) der skizzierten konzeptionellen Vorstellungen zu einem gestalterischen und/oder funktionalen Problem läßt sich auch als »Entwurfsspirale« umschreiben. Alternativen, Varianten, Details, Abstraktionen usw. sind Stationen auf dieser kreativen Spirale, bis schließlich eine Konzeption »das Rennen macht« und das – zumeist vorläufige – Ende eines Entwurfsprozesses markiert.

Wenn man nun davon ausgeht, die Fähigkeit zum Entwerfen könne man nicht nur ererben, sondern auch erwerben, dann wird das Lernbare auch zum Lehrbaren. Das ist die Grundlage für die Konzeption der Entwurfslehre, die den vorgestellten Studienarbeiten zugrundeliegt. Der Erfolg ist aber keineswegs nur an

den Ergebnissen, sondern immer auch an den individuellen Fortschritten beim Lernprozeß zu ermessen. Diese entziehen sich einer Dokumentation, sollten aber immer bei der Beurteilung von Ergebnissen berücksichtigt werden. Hierin ist ein wesentlicher Unterschied von Studium und Praxis zu sehen.

Diese Entwurfslehre umfaßt drei Bereiche: Die städtebauliche Umweltekundung (Erkennen und Wahrnehmen) und das städtebauliche Entwurfstraining (Gestalten und Verändern) als Seminare sowie konkrete Planungsaufgaben als Entwurfs- und Projektarbeiten (teilweise als Stegreifentwerfen).

Umweltekundung – Erkennen und Wahrnehmen

Eine wesentliche Voraussetzung für das städtebauliche Entwerfen ist das Erkennen und Wahrnehmen von stadtstrukturellen und stadträumlichen Situationen. Darauf wurde bereits im Kapitel 2 näher eingegangen und in den Kapiteln 4 bis 6 wurden dazu Beispiele mit unterschiedlichen Schwerpunkten erläutert. Sie zeigten Möglichkeiten zur Steigerung der Wahrnehmungsfähigkeit, um das Wesentliche und Wichtige eines Ortes, einer räumlichen Situation zu erfassen und in geeigneter Darstellung zu dokumentie-

ren. Dadurch können bedeutsame Voraussetzungen für mögliche Entwurfskonzepte erarbeitet und nutzbar gemacht werden. Für das Studium sind diese Übungen, auch ohne direkten Bezug zu einer Planungsaufgabe, geeignet, »Sehen zu lernen«.

Entwurfstraining – Gestalten und Verändern

In diesen Seminaren konzentriert sich die entwerferische Beschäftigung mit kleineren Planungs- und Gestaltungsaufgaben nicht in erster Linie auf das Erzeugen von fertigen Konzepten, von »Ergebnissen«. Im Vordergrund steht der Entwurfsprozeß als intuitiver Vorgang, der rational begreifbar gemacht und in seinen Einzelschritten, vorwärts und rückwärts, aufgearbeitet werden soll. Dabei sind zwei Punkte von besonderer Bedeutung:

– Die Erarbeitung von Alternativen und deren zeichnerische Fixierung ist die Voraussetzung für eine rationale Reflexion des eigenen kreativen Prozesses. Das wiederum ist der Ansatzpunkt für neue Ideen und modifizierte Konzepte (mehrschichtiger Entwurfsprozeß oder »Entwurfsspirale«). Erst daraus ergibt sich die durchzuarbeitende Lösung, nicht etwa als mehr oder weniger zufällige intuitive »Idee«.

– Der Entwurfsprozeß beinhaltet einen Wechsel in den Maßstäben und damit einen »Entwurfs-Dialog« zwischen Struktur und Detail. Die detaillierte Ausarbeitung ist deshalb nicht die »Vergrößerung« einer festgelegten Konzeption, sondern eine mehr oder weniger neue

Entwurfsaufgabe, die nicht selten eine Änderung oder Modifizierung der Grundkonzeption zur Folge hat. Bei diesem Prozeß ist die Arbeit am Modell und mit »räumlichen« Darstellungen (Perspektiven, Isometrien) von größter Bedeutung.

Als Grundlage für die Entwurfsübungen werden Informationen zu verschiedenen Themenbereichen gegeben und durch Beispiele illustriert:

Aufzeigen unterschiedlicher Entwurfstechniken und Darlegen von Schritten bei Entwurfsprozessen, »Theorien« und »Philosophien« des Entwerfens, Gestaltungsprinzipien und räumliche Wirkungen als Grundelemente kreativen Vorgehens, Vermittlung von »Handwerkszeug« beim Entwerfen, Darstellungsteile als »Entwurfsmittel« und »Kommunikationsträger«, Analyse von beispielhaften Entwurfsprozessen, verschiedene Planungsebenen und deren inhaltliche Aussagen usw.

Konkrete Planungsaufgaben – Entwurfs- und Projektarbeit

Die Entwurfs- und Projektarbeiten (Studienarbeiten) sind konkrete Aufgaben der Planungspraxis, die als Teilaufgaben im Rahmen der Seminare »Entwurfstraining« entwerferisch vorbereitet werden. Diese kleineren Übungen können auch separat bearbeitet werden, so daß kein Zwang besteht, ein Ergebnis zu »produzieren«. Ergibt sich aber im Seminar eine tragfähige Konzeption, so kann diese zu einem Entwurf oder auch zu einem »Stegreifentwurf« ausgearbeitet werden.

Beim Stegreifentwerfen wird in etwa sechs Wochen ein Planungsthema in mehreren Maßstabsebenen bearbeitet. Das Entwurfsergebnis soll dabei in Inhalt und Ausarbeitung den Stegreifcharakter erkennen lassen. Die Ausarbeitung soll so als Grundlage für eine weitergehende

Diskussion dienen können, wie es in der Planungspraxis häufig im Sinne eines »Testentwurfs« erforderlich ist. Bei der Erstellung dieser »Zwischenergebnisse« ist das Aufzeigen und Dokumentieren von Alternativen ein wichtiger Aspekt.

10. Beispiel – Gebiet »An der Mauer«

Für die studentische Seminar- und Entwurfsarbeit wurde als realistische Aufgabe ein kleiner »Baublock« am Rande der Altstadt von Schorndorf ausgewählt (siehe nachfolgende Beschreibung). Die vorhandenen Gebäude sollten wegen schlechter Bausubstanz und »baulicher Enge« weitgehend durch Neubauten ersetzt werden. Die Erhaltenswürdigkeit einzelner Häuser, besonders der denkmalgeschützten, sollte unter architektonischen und städtebaulichen Gesichtspunkten überprüft werden.

Die Entwurfsarbeit sollte dabei besonders zwei Aufgabefelder umfassen:

– Konzeptionelle »Neuformulierung« dieses Teils des Altstadtrandes, wobei die Baulinie bis zur Rosenstraße vorgezogen werden kann (aber nicht muß). In einem Plan sind noch die Standorte einer früheren, den bestehenden Randgebäuden vorgelagerten Bebauung angegeben. Die Stadtmauer-Rekonstruktion sollte möglichst berücksichtigt, eventuell in eine Neubebauung einbezogen werden. Das Konzept des »neuen Altstadtrandes« sollte auch angrenzende Bereiche einbeziehen. Parkplätze sind ausreichend vorzusehen.

– Durcharbeitung der Baukörper nach Form und Funktion. Geschäfte, Büros, Gaststätten, eventuell auch öffentliche Einrichtungen und – in den oberen

Geschossen – Wohnungen sind denkbare Nutzungen. Die Gestaltung der Gebäude sollte eine zeitgemäße »Architektursprache« nicht unterdrücken, aber trotzdem in Struktur und Gliederung das Vorhandene berücksichtigen. »Gewagte« Lösungen sind nicht verboten.

Die städtebauliche Einbindung als Lageplan mit Dachaufsicht sollte im Maßstab 1:500 sowie wesentliche Grundrisse, Schnitte, Ansichten und das Modell im Maßstab 1:200 erfolgen.

Situation und Bedingungen für eine Neuordnung

Text und Abbildungen sind einer Strukturuntersuchung des Büros »WerkStadt, Stuttgart« entnommen.

Bedingungen aus der historischen Entwicklung

Prägend für diesen Randbereich der Altstadt (Abb. 10.1) ist das Aufeinandertreffen von Gebäuden unterschiedlicher Zeitabschnitte. Außerdem sind diese Einzelemente nach verschiedenen Stadtgrundrißmustern angeordnet. Neben klaren Strukturteilen, z. B. Neue Straße, sind Bereiche vorhanden, bei denen ein Ordnungsmuster schwer erkennbar ist, z. B. Bebauung um die Hetzelgasse.

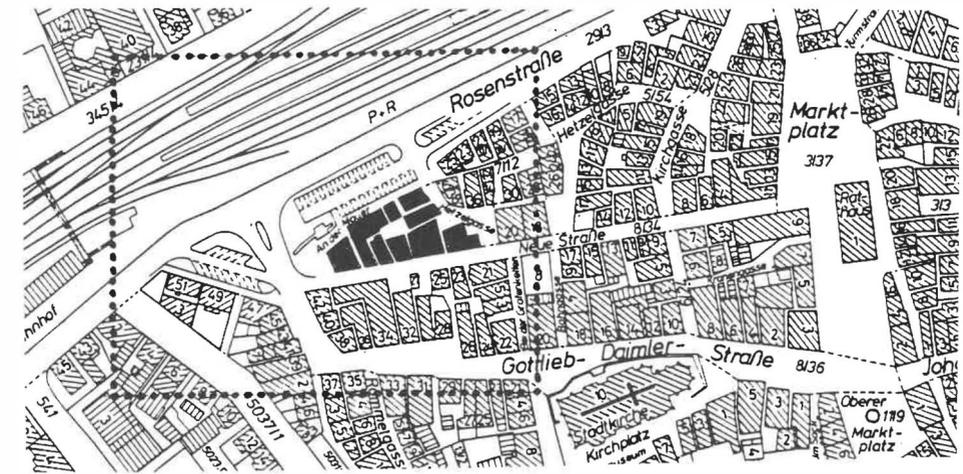


Abb. 10.1 Übersichtsplan Gebiet »An der Mauer«



Abb. 10.2 Stadtgrundriß von 1867

Weiter sind neben den Resten der alten Stadtmauer, als Relikt der mittelalterlichen Zeit, auch große, überwiegend verkehrlich genutzte Stadtflächen aus relativ neuer (Bahnanlagen) und neuester Zeit (Straßen- und Parkierungsflächen südlich der Rosenstraße) vorhanden. Deshalb ist ein kurzes Eingehen auf die Entstehungszeiten und -bedingungen einzelner Teilbereiche erforderlich.

Die Konzeption der Neuen Straße nach dem Stadtbrand in der Weststadt von 1743 brachte in den mittelalterlichen Stadtgrundriß ein völlig neues Strukturelement hinein. Die barocke Straßenachse hat zwar mit der Ausrichtung auf das Rathaus (genauer: auf eines der Fenster des Rathauses) einen Endpunkt, läuft aber ansonsten bei der Gottlieb-Daimler-Straße ohne adäquaten gestalterischen Abschluß aus (siehe Stadtgrundrisse von 1743 und 1843, Abb. 2.6 und 2.7).

Die Geradlinigkeit der Neuen Straße mußte außerdem als isoliertes Element in einem auch weiterhin mittelalterlich strukturierten Stadtgrundriß zu Schwierigkeiten bei der baulichen Anbindung an die angrenzende Bebauung führen. Dies wird besonders im Bereich nördlich der Neuen Straße deutlich.

Weitere Zwänge für eine bauliche Strukturierung ergaben sich durch den Bau der Bahnanlagen in den Jahren nach 1860 (Abb. 10.2). Zwischen den Bahngleisen mit der südlich vorgelagerten Rosenstraße und der Bebauung An der Mauer verblieb ein schmaler Streifen, auf dem wohl nie eine Überbauung vorhanden war, die einen baulichen Übergang

zur Altstadt in befriedigender Weise vermitteln konnte. Lediglich mit den ehemaligen Gebäuden Gottlieb-Daimler-Straße 44 und 46 (Abb. 10.7) wurde zumindest für diese Straße ein geschlossenes Straßenprofil geschaffen.

Die Neue Straße dagegen war nur unzureichend an die Gottlieb-Daimler-Straße angeschlossen. Weder war eine baulich gefaßte Straßengabelung noch eine Platzbildung zu erkennen. Auch der Anschluß der Bebauung an die Rosenstraße war nicht ausgestaltet, was nicht verwundert, da in diesem Bereich die Stadtmauer verlief und sich hier das innere Westtor der Drei-Tor-Anlage befand. Ähnlich ungestaltet und städtebaulich unbefriedigend ist die Einmündung der Urbanstraße in die Rosenstraße.

Die städtebaulich unausgesprochene Situation der ehemaligen Bebauung südlich der Rosenstraße hat es sicherlich erleichtert, diese zugunsten einer komfortablen Straßenerschließung für den angrenzenden Teil der Altstadt aufzugeben. Die dadurch entstandene große Fläche, überwiegend für den fließenden und ruhenden Verkehr genutzt, verdeutlicht sehr kraß eine noch immer städtebaulich, sowohl baulich als auch funktionell, ungeklärte Situation.

Außerdem scheint die nicht sehr anspruchsvolle und, im Verhältnis zu anderen Bereichen der Altstadt, sehr niedrige sowie kleinteilige Bebauung darauf hinzudeuten, daß dieses Gebiet nie großes Ansehen genossen hat.

Von besonderer Bedeutung für das Gebiet An der Mauer und auch für die gesamte Schorndorfer Altstadt ist die in ih-



Abb. 10.3 Stadtmauer des Plans von 1743 auf dem Grundriß von 1950

rer ursprünglichen Form weitgehend erhaltene Randbebauung parallel zur ehemaligen Stadtmauer. Der erhaltene Mauerverlauf mit dem mindestens zwei Meter breiten Wehgang zwischen Mauer und Bebauung (Abb. 10.3).

Eine Neuordnung dieses Stadtgebietes sollte deshalb vorhandene historische Elemente des Stadtgrundrisses aufnehmen und mit gegenwärtigen Strukturteilen verknüpfen.

Stadträumliche Situation

Die knappe Betrachtung der historischen Entwicklung als Erklärungsansatz für die

gegenwärtige stadträumliche Situation kann in zwei Punkten zusammengefaßt werden:

- Einen städtebaulich befriedigenden Abschluß der Altstadt in diesem Bereich hat es wohl zu keiner Zeit gegeben. Bestrebungen, die unterschiedlichen baulichen Strukturelemente zu verknüpfen und diesen Bereich auch funktionell aufzuwerten, sind nicht ablesbar.
- Damit kann sich eine Neuordnung lediglich auf Einzelemente des vorhandenen Stadtgrundrisses stützen. Ein zusammenhängendes Strukturmuster, z. B. als Grundlage für eine Rekonstruktion des Stadtgrundrisses mit

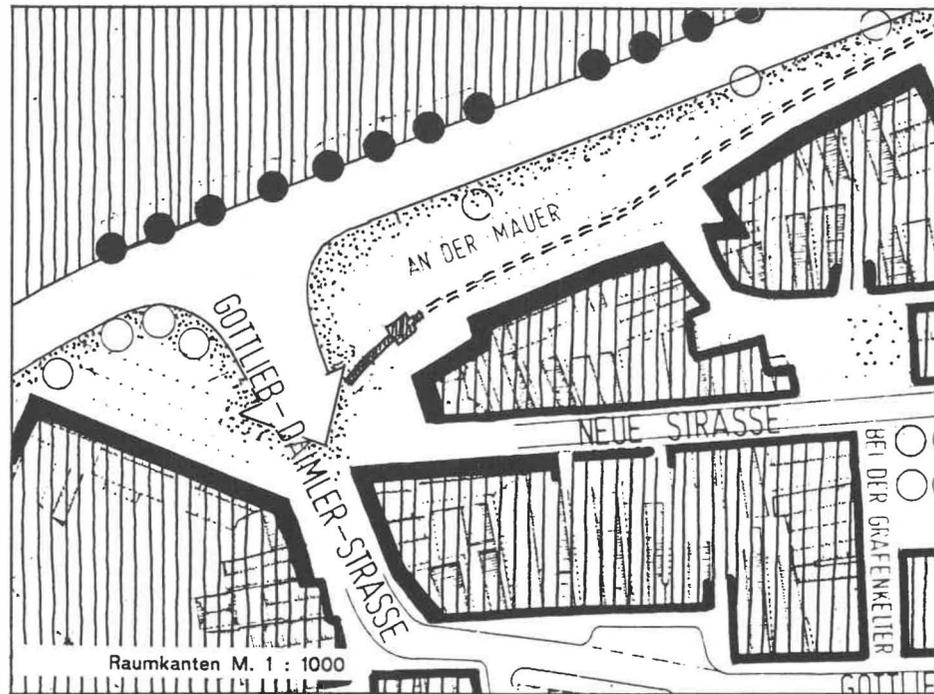


Abb. 10.4 Raumkanten des Gebiets »An der Mauer«

zeitgemäßen Mitteln, ist nicht vorhanden.

Zwischen der Baumreihe entlang der Nordseite der Rosenstraße, die eine geeignete Abgrenzung der Bahnanlagen darstellt, und der Bebauung An der Mauer besteht ein undefinierter Stauraum, was durch eine ungeordnete, sich lediglich an der Zweckmäßigkeit orientierende Freiflächennutzung negativ unterstrichen wird. Die Raumkanten laufen trichterartig, von dem großzügigen Ausbau der Straßeneinmündung an der Rosenstraße unterstützt, auf die Gottlieb-Daimler-Straße zu (Abb. 10.4).

Damit wird einerseits der falsche Eindruck erweckt, hier befände sich eine

Haupteinfahrt zur Altstadt, und andererseits wird dadurch der Grundriß der Altstadt an ungeeigneter Stelle aufgerissen. Die sonst vorhandene Abfolge von Straße und Platz in der Innenstadt findet hier keinen Endpunkt.

Der Einmündungsbereich von Neue Straße und Gottlieb-Daimler-Straße ist räumlich nicht gefaßt und wird lediglich durch die Fahrbahnbegrenzungen erkennbar. Die Bebauung der Südwestseite der Gottlieb-Daimler-Straße bildet eine weitgehend einheitliche Raumkante, die allerdings keine Entsprechung in einer gegenüberliegenden Gebäudereihe oder einem in der Größenordnung angemessenen Platz findet.

Die Reste der mittelalterlichen Stadtmauer stehen derzeit räumlich isoliert. Sie verlangen nach einer baulichen oder räumlichen Einbindung.

Funktionelle Verknüpfungen

Die Altstadt von Schorndorf weist bezüglich des Geschäfts- und Dienstleistungsbesatzes eine sehr ungleiche räumliche Verteilung auf. Im östlichen Teil, besonders entlang der Johann-Philipp-Palm-Straße und im Bereich der Schulstraße, wird der Geschäftsbereich des Marktplatzes publikumswirksam ergänzt und weitergeführt. Unterstützend wirkt sich

dabei die »Magnetfunktion« eines Kaufhauses und des Parkhauses in der Karl-/Schulstraße am östlichen Rand der Altstadt aus.

Der westliche Teil der Altstadt weist dagegen einen wesentlich geringeren Geschäfts- und Dienstleistungsbesatz auf. Die Geschäftszone des Marktplatzbereiches zieht sich zwar in die Gottlieb-Daimler-Straße hinein, findet aber schon vor der Neuen Straße ein Ende. Eine Steigerung der Attraktivität dieses Altstadtteils kann nur erreicht werden, wenn die »Sackgassensituation« nur einer Geschäftsstraße überwunden wird. Dazu ist es erforderlich, als »Kristallisations-

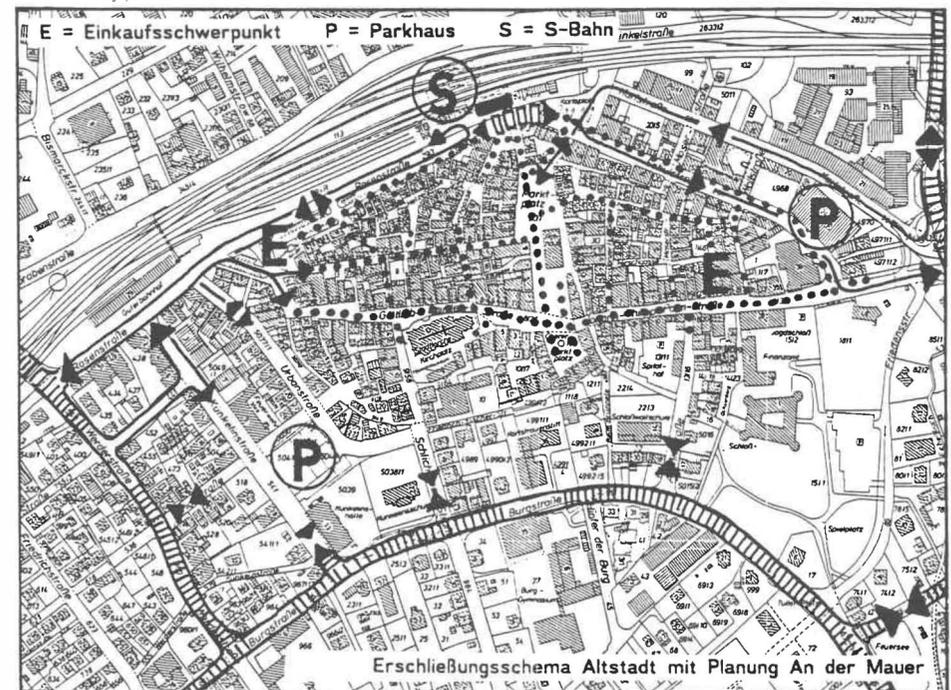


Abb. 10.5 Erschließungsschema der Altstadt mit Planung »An der Mauer«, Stand 1989

punkt« auch hier einen »Einkaufs-Magneten« (E) zu lokalisieren (Abb. 10.5).

Dabei können schon jetzt vorhandene positive Ansatzpunkte genutzt werden. So wurde erst kürzlich das bestehende öffentliche Parkplatzangebot in der Urban- und Künkelinstraße um weitere 402 Parkplätze durch das Parkhaus auf dem Künkelinareal ergänzt. Die geringe Akzeptanz dieser Parkierungsmöglichkeiten ist hier eindeutig auf ein geringeres Geschäftsangebot im Gegensatz zur Oststadt zurückzuführen. Positive Entwicklungschancen in dieser Hinsicht liegen im Bereich Rosenstraße / An der Mauer / Neue Straße. Durch ein attraktives Geschäfts- und Dienstleistungsangebot an dieser Stelle kann die Gottlieb-Daimler-Straße und auch das Hetzelstraßen-Gebiet mit seinen typischen Geschäften und Gaststätten sinnvoll ergänzt werden.

Dadurch würde ein weitgehend geschlossenes Wegenetz mit Ladenfronten und Schaufensterzonen entstehen können, das sowohl die Parkierungsflächen als auch den öffentlichen Personenverkehr anbindet. Neben einer größeren Geschäftseinheit (Einkaufsmarkt/Kaufhaus) und weiteren ergänzenden Ladengeschäften sind publikumsintensive Einrichtungen anzustreben, die den besonderen Charakter dieses Altstadtteils sinnvoll unterstreichen. In dieser Hinsicht ist eine ansprechende Gestaltung der Gebäude und besonders des öffentlichen Raumes von großer Bedeutung.

Bei diesen Bestrebungen ist immer auch zu berücksichtigen, daß die Wohnfunktion durch geeignete Maßnahmen nachhaltig gestützt wird. Die Verbesse-

rung der Wohnbedingungen sind ein wesentlicher Beitrag zur Revitalisierung von Altstadtgebieten.

Bauliche Gegebenheiten

Eine kleinteilige Baustruktur mit verwinkelten Gassen und Wegen kennzeichnet den Bereich zwischen Rosen- und Neue Straße (Abb. 10.6). Während im Inneren des Hetzelgassen-Gebiets die Gebäude weitgehend durch Eigeninitiative der Eigentümer renoviert und modernisiert wurden, sind die Häuser im Randbereich zur Rosenstraße / An der Mauer und am westlichen Ende der Neuen Straße in einem schlechten baulichen Zustand. Dies ist sicherlich zu großen Teilen auf die bereits vorher beschriebenen funktionellen Mängel in diesem Altstadtgebiet zurückzuführen.

Darüber hinaus muß aber auch festgestellt werden, daß bei vielen Gebäuden die bauliche Grundsubstanz (Konstruktion, Geschosshöhen usw.) nie von besonderer Qualität war. In diesen Fällen ist nur eine Neubebauung möglich, die sich aber an der städtebaulichen Struktur mit ihrer Kleinteiligkeit und den Gebäudehöhen orientieren sollte.

In dem Areal An der Mauer / Hetzelgasse / Neue Straße haben die Gebäude überwiegend Satteldächer mit einer Neigung von 50–60 Grad. An der Mauer sind die Häuser meistens traufständig und an der Neuen Straße giebelständig. Mit einer Traufhöhe zwischen 7–9 Metern und einer Firsthöhe von 13–16, in einem Fall sogar von 18 Metern ist die Randbebauung der Neuen Straße höher

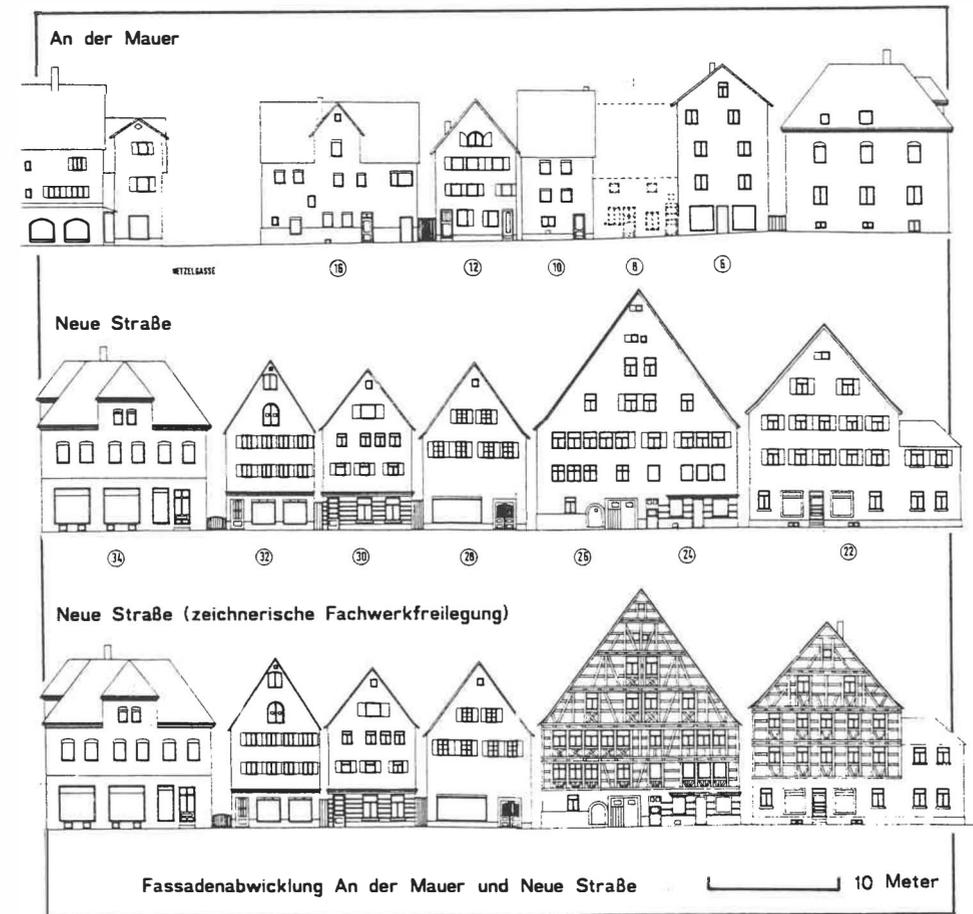


Abb. 10.6 Fassadenabwicklung der Gebäude An der Mauer und Neue Straße

als die An der Mauer (Traufhöhe 6–8, Firsthöhe 11–13 Meter).

Meistens sind in den Gebäuden sogar drei Vollgeschosse untergebracht, woraus wesentlich zu niedrige Geschosshöhen resultieren. Eine Neubebauung kann deshalb, bei Berücksichtigung der jetzigen Gesamthöhen, nur zweigeschossige Gebäude, teilweise mit Kniestock, und vereinzelt Häuser mit drei Stockwerken

vorsehen. Dabei sollte das Ansteigen der Gebäudehöhen nach Süden, in Richtung Altstadt berücksichtigt werden.

Im Zuge einer funktionellen Aufwertung und einer Verbesserung des öffentlichen Raumes in diesem Gebiet können positive Anreize für eine äußere und innere Erneuerung zahlreicher Gebäude geschaffen werden. Besonders im Bereich zwischen Rosenstraße und Gottlieb-

Daimler-Straße / An der Mauer ist eine bauliche Ergänzung in Anlehnung an den historischen Stadtgrundriß denkbar und möglich.

Verkehrssituation

Die Straßenerschließung dieses Teils der westlichen Altstadt wird von der tangierenden Rosenstraße und den Straßenzügen Gottlieb-Daimler- und Neue Straße geprägt. Die Dimensionierung der Rosenstraße stammt noch aus der Zeit, als der Bahnhofsbereich und die nördliche Altstadt direkt durch den schienengleichen Bahnübergang am Karlsplatz erschlossen wurden.

Die Aufhebung des Bahnüberganges und die verkehrliche Anbindung der Altstadt im Osten und Westen mit einer verbindenden »Südspange« haben die Bedeutung der Rosenstraße erheblich reduziert. Sie ist weiterhin die Verknüpfungsstraße der öffentlichen Buslinien aus dem Umland mit der S-Bahn und Zubringerstraße für die Park-und-Reise-Parkplätze sowie für den Lieferverkehr des Bahnhofs. Darüber hinaus ist die Erschließungsfunktion der Rosenstraße für die nördliche Altstadt von geringerer Bedeutung, da der östliche Teil, besonders auch der Marktplatzbereich, von der Karl-/Schulstraße angefahren werden kann.

Das doch recht hohe Verkehrsaufkommen in der Rosenstraße deutet allerdings darauf hin, daß wie früher diese Trasse als Ost-West-Verbindung benutzt wird. Dieser »Schleichverkehr« sollte durch einen funktionsgerechten Rückbau der Rosenstraße und durch eine restriktive

Handhabung der Überquerung des Bahnhofsvorplatzes mit entsprechender baulicher Gestaltung reduziert werden. Diese Maßnahmen würden sich auch positiv auf den Bereich An der Mauer auswirken.

Der großzügige Ausbau des Einmündungsbereichs der Gottlieb-Daimler- in die Rosenstraße, der jetzt bereits teilweise rückgebaut ist, widersprach der Erschließungsfunktion der nordwestlichen Altstadt und hatte dadurch eher unerwünschten Verkehr angezogen. Außerdem ist diese Straßenanknüpfung nicht mit dem historischen Stadtgrundriß in Einklang zu bringen. Auch hier würde eine Neuordnung der Straßenerschließung neue Möglichkeiten für eine bauliche Korrektur der städtebaulichen und funktionellen Bedingungen ergeben.

Die Umkehrung der Einbahnstraßenregelung der Neuen Straße in Richtung Kirchgasse wirkte sich für den Bahnhofsvorplatz und damit auch für die Rosenstraße entlastend aus. Zusätzlich könnte noch der westlichste Teil der Gottlieb-Daimler-Straße zur Einbahnstraße altstadteinwärts gemacht werden, was eine geringere Dimensionierung ermöglichen würde.

Freiraumgestaltung

Neben den geschilderten funktionellen und städtebaulichen Mängeln zeigt die nordwestliche Altstadt auch geringe Freiraumqualitäten (Abb. 10.7). Dabei ist nicht nur die Gestaltung sondern auch die bauliche Fassung der öffentlichen Räume in diesem Stadtgebiet zu bemän-

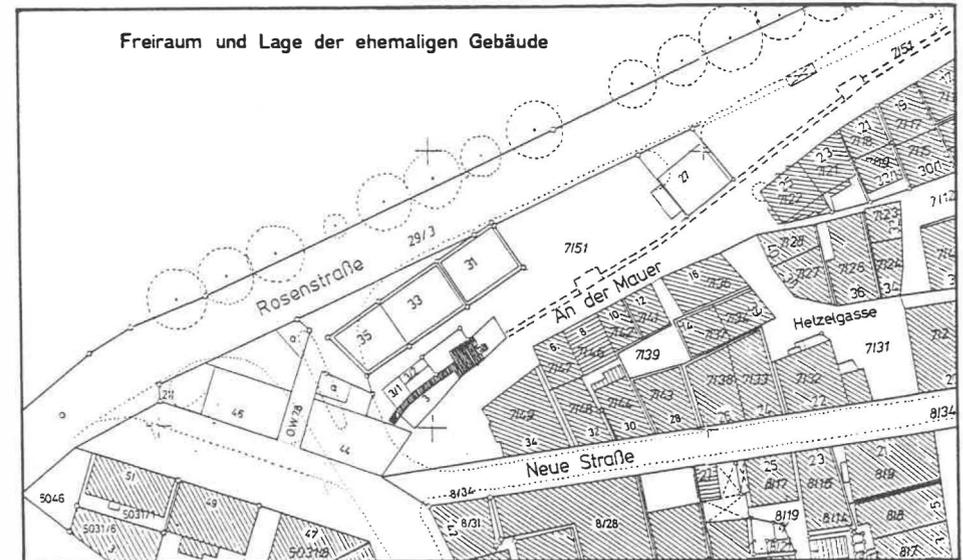


Abb. 10.7 Freiräume und Lage der ehemaligen Gebäude

geln. Deshalb sollten die stadträumlichen Bedingungen (nördlicher Altstadtrand, Bahnlinie mit Bahnhof usw.) sowohl baulich als auch gestalterisch herausgearbeitet und mit vorhandenen positiven Ansatzpunkten zu einem Gesamtkonzept verknüpft werden.

In dieser Hinsicht ist die alte Baumreihe an der Bahn als zu ergänzendes Element einer vegetationsgeprägten Altstadtrandzone zu nennen. Ferner könn-

ten die vorhandenen Straßen- und Gasenräume, die jetzt in den gestalterisch unbefriedigenden Freiraum zwischen Rosenstraße und An der Mauer ungefaßt auslaufen, durch architekturgeprägte neue Straßen- und Platzräume in Anlehnung an den historischen Stadtgrundriß eingebunden werden. Gestalterisch und funktionell sollte dieses Gebiet mit dem Bahnhofsbereich verknüpft werden.

11. Entwurfstraining »An der Mauer« – Alternativen und Varianten

Für das Entwurfstraining im Gebiet »An der Mauer« in Schorndorf (siehe Bestandsplan mit Dachaufsicht, Abb. 11.1) wurden folgende Hinweise auf zu erbringende Leistungen gegeben: Mehrere Vortort-Skizzen als Perspektiven vom Bestand, in die auch später konzeptionelle Überlegungen eingetragen werden könnten. Einige Konzeptalternativen und »dreidimensionale« Skizzen sowie Arbeitsmodelle zum Aufzeigen verschiedener Lösungsmöglichkeiten. Ferner Strukturskizzen in verschiedenen Darstellungsarten zur grafischen Verdeutlichung der Entwurfsideen. Dokumentation eines Entwurfsprozesses in Einzelschritten und Gegenüberstellung eines Konzeptes in mehreren Maßstäben. Weiter unterschiedliche Darstellungsübungen vom

Lageplan über Perspektive und Isometrie bis hin zum Darstellungs-»Experiment«.

Auszüge der Arbeitsergebnisse von Diana Patzak, Anton Rubisoier und Michael Siegle werden nachfolgend vorgestellt. Hierbei muß beachtet werden, daß nicht die Ausführungsgenauigkeit, sondern die konzeptionelle Vielfalt das vorrangige Ziel der Übungsarbeiten war. Die einzelnen Abbildungen sind nicht namentlich gekennzeichnet.

Bestand – Impressionen und Einstieg

Das Erfassen der Gegebenheiten eines Planungsgebiets ist der erste Einstieg in die Problematik des Raumes und der Beginn des kreativen Prozesses. Eine wichtige Möglichkeit, das Betrachten und



Abb. 11.1 Gebäudebestand mit Dachformen im Gebiet »An der Mauer«

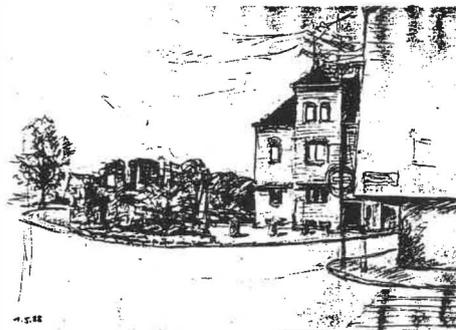


Abb. 11.2 Ecke An der Mauer / Neue Straße mit Stadtmauerrest

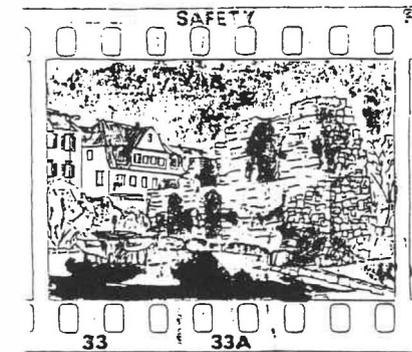


Abb. 11.3 Zeichnerische Impressionen vom Planungsgebiet



Aufnahmen des Vorhandenen zu intensivieren, ist die zeichnerische Umsetzung. Momentane Impressionen verfestigen sich und sind als abrufbare Informationen geistig gespeichert und stehen so oder als Zeichnung zu mehrmaliger Betrachtung zur Verfügung (Abb. 11.2 und 11.3).

Anders als ein Foto wird die Zeichnung Strich für Strich erlebt und bewußt festgehalten, auch wenn ein Foto nachgezeichnet wird, was aus Zeitgründen häufig getan wird. Anders als eine »klassische« Bestandsaufnahme, die sicherlich in den meisten Fällen auch erforderlich sein wird, vermittelt die perspektivische Vorort-Zeichnung einen bleibenden Raumeindruck, der den Entwurfsprozeß positiv beeinflusst.

Skizzieren – Leeres Blatt und voller Kopf

Die Anfangsphase des Entwerfens ist gekennzeichnet von Unsicherheit und Unordnung der Gedanken über mögliche Lösungsansätze. In dieser Situation wird häufig der Fehler gemacht, Lösungen im Kopf zu strukturieren und dann erst die geistig vorproduzierten Ideen zeichnerisch aufzutragen. Dadurch werden aber unter Umständen wichtige Ansätze unterdrückt und Möglichkeiten ohne hinreichende Überprüfung ausgeschieden. Es ist deshalb besser, das Skizzieren unmittelbar an den Anfang des Entwerfens zu stellen, auch wenn noch ganz unklar ist, ob eine Idee oder ein Lösungsansatz überhaupt tragfähig ist. Das ist vergleichbar mit der Übertragung von Daten aus

dem Arbeitsbereich eines Computers in den Speicher, wodurch die Informationen erhalten und abrufbereit bleiben, aber neue Kapazität für das Weiterarbeiten geschaffen wird.

Durch das Skizzieren wird der »volle Kopf« entlastet und kann weiter entwerfen, ohne daß Ideen verlorengehen. Außerdem können die Skizzen aus einer geistigen Distanz heraus betrachtet und auf neue Lösungsansätze hin überprüft werden. In dieser Phase kommen isometrische Skizzen in Betracht, die gleichzeitig auch einen räumlichen Eindruck vermitteln (Abb. 11.4). Wenn zweidimensionale Darstellungen gewählt werden, ist eine Ergänzung durch Arbeitsmodelle sehr hilfreich (Abb. 11.5 und 11.6).

Alternativen – Probieren gehört zum Studieren

Das Entwickeln von Alternativen und Varianten ist ein ganz wichtiger Moment des Entwerfens. Dabei sollte das Spektrum der Möglichkeiten, auch wenn sie zunächst nicht erfolgversprechend erscheinen, breit aufgefächert werden. Und es sollte zwischendurch immer wieder eine Sortierung der gefundenen Lösungsansätze erfolgen, damit der Überblick erhalten bleibt und eine erste Vorauswahl stattfinden kann. Fotos von den Arbeitsmodellen (Abb. 11.7) sind für diesen Zweck sehr geeignet. Sie können durch Schemaskizzen, mit oder ohne Maßstab (Abb. 11.8), ergänzt werden, wodurch eine Systematisierung erleichtert wird. Nicht selten ergeben sich in diesem Stadium durch Kombinationen von Elementen

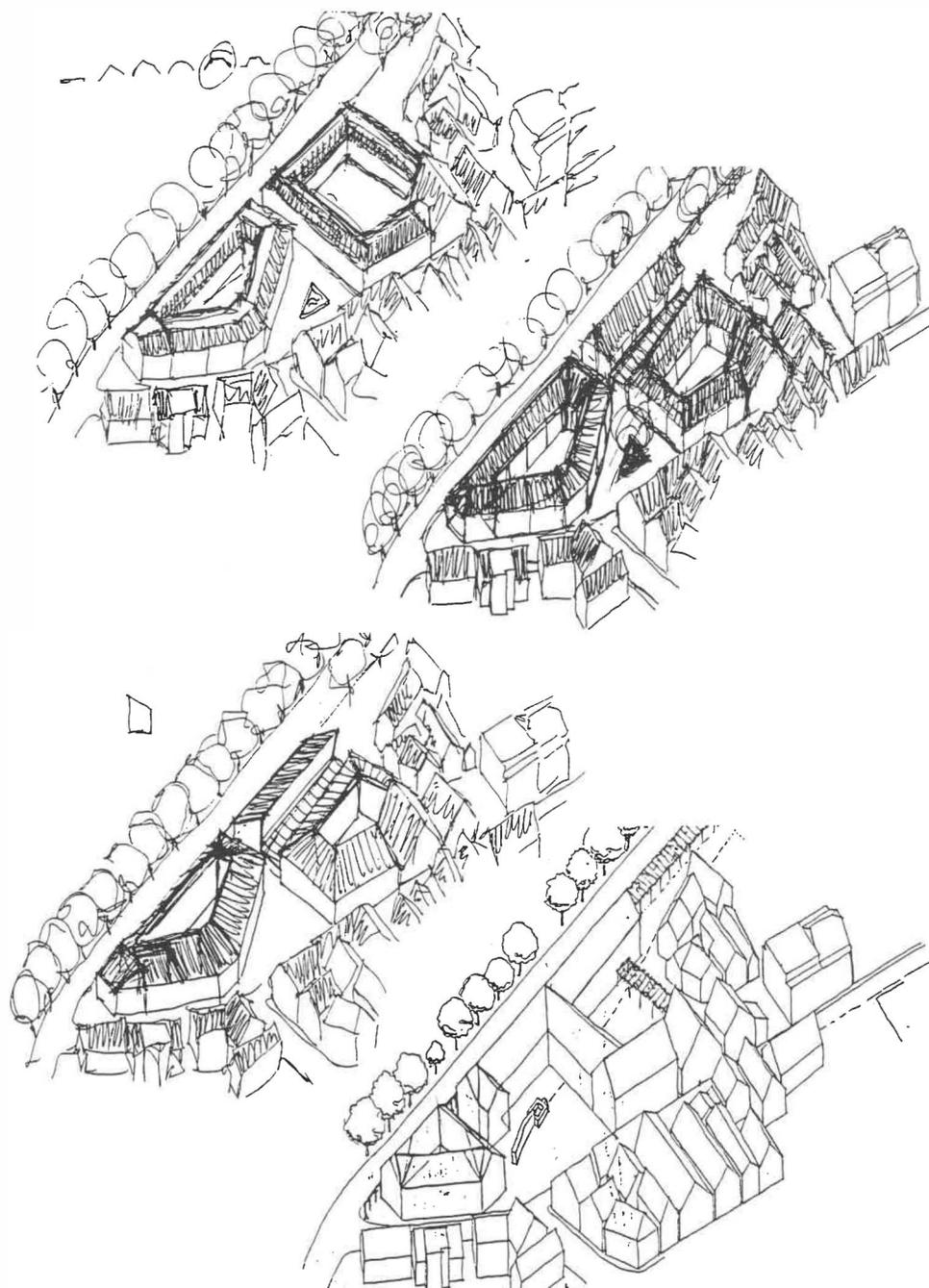


Abb. 11.4 Verschiedene isometrische Entwurfsskizzen

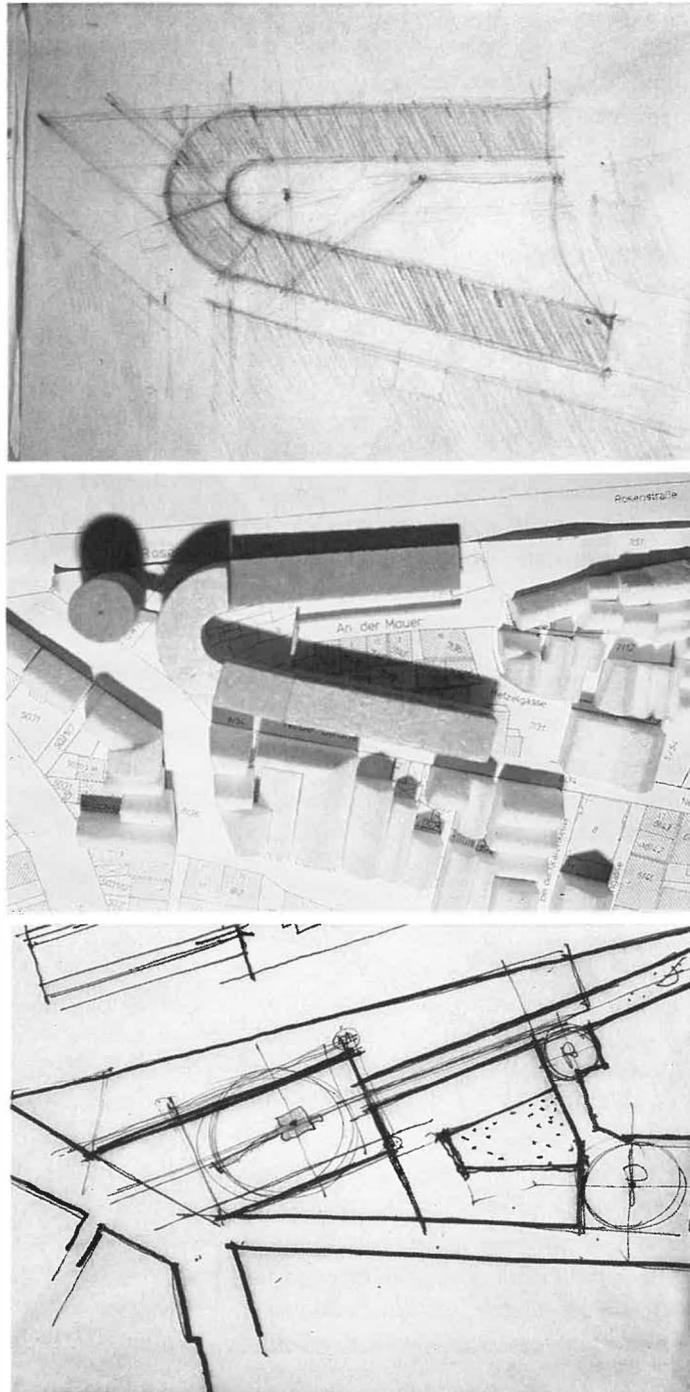


Abb. 11.5
Skizzen und
Arbeitsmodell

Die alte Stadt 1/90

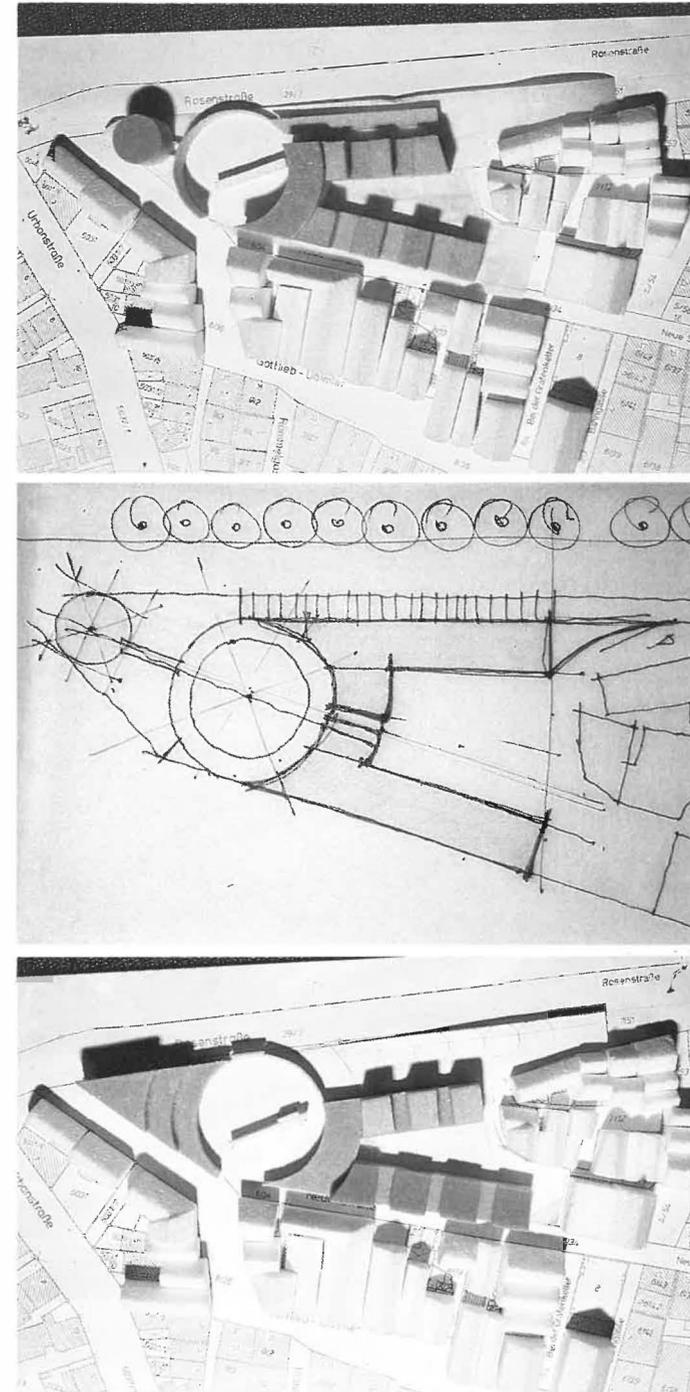


Abb. 11.6
Skizze und
Arbeitsmodelle

Die alte Stadt 1/90

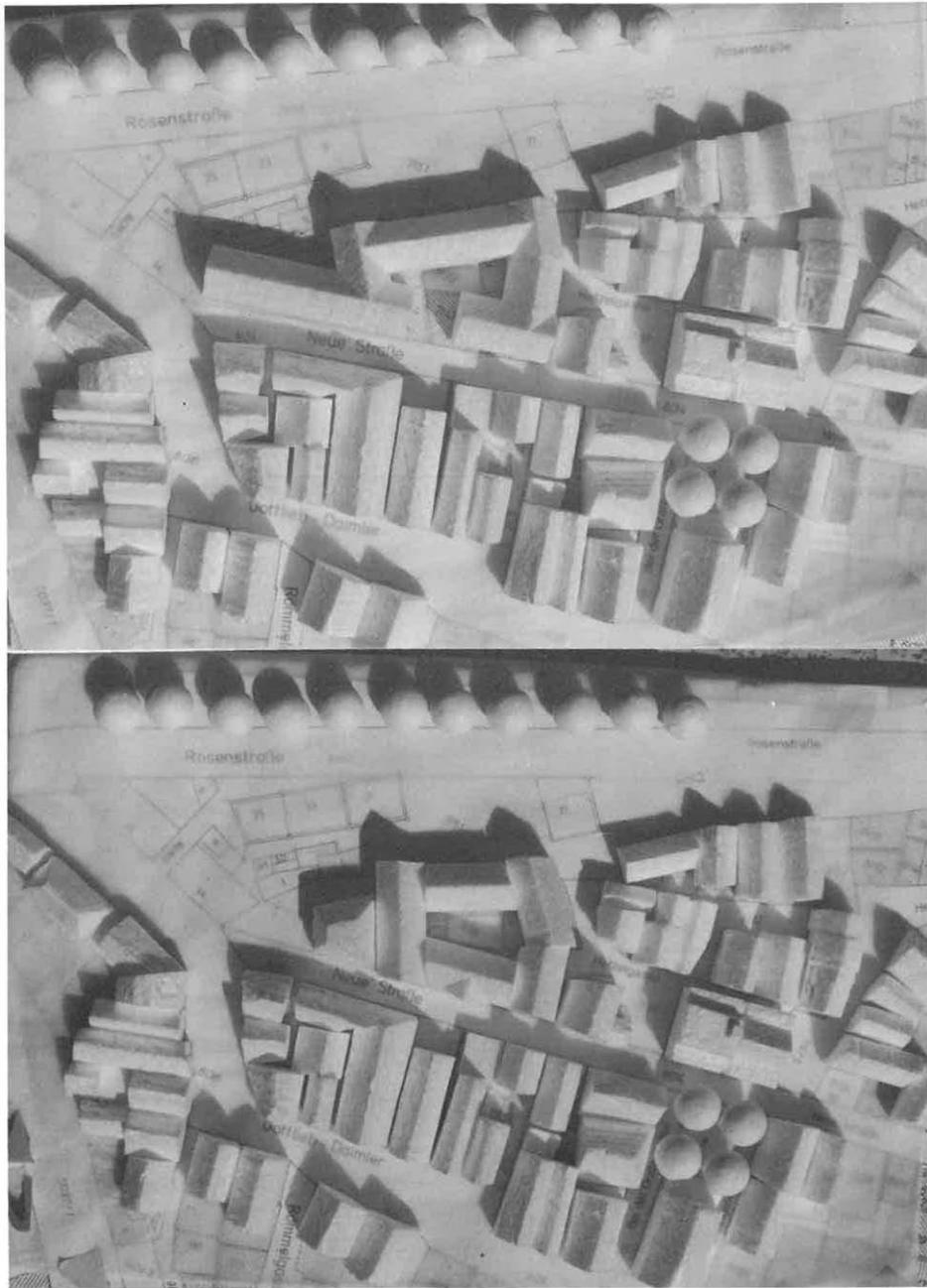


Abb. 11.7 Alternative Konzepte als Arbeitsmodelle

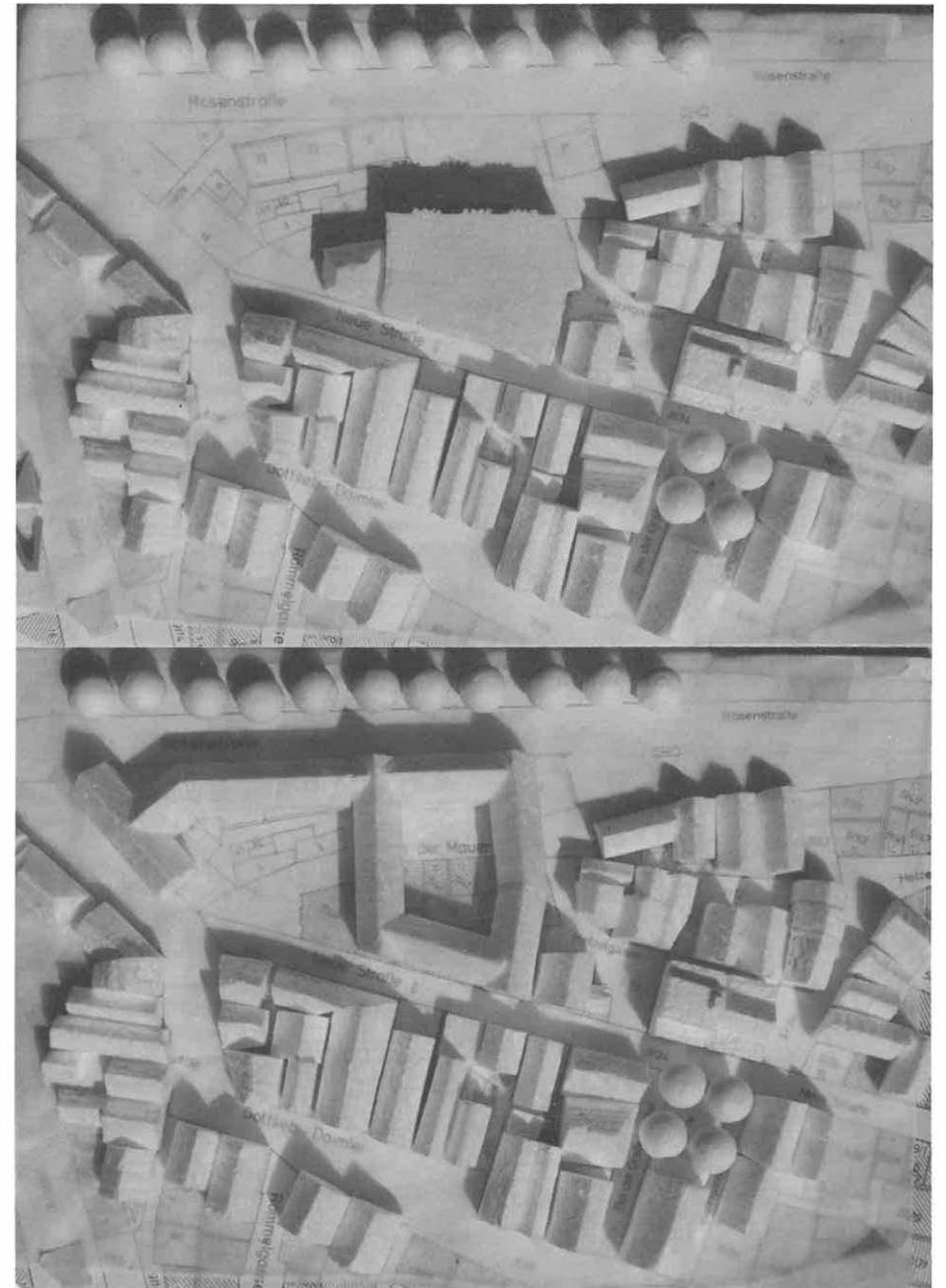


Abb. 11.7 Alternative Konzepte als Arbeitsmodelle

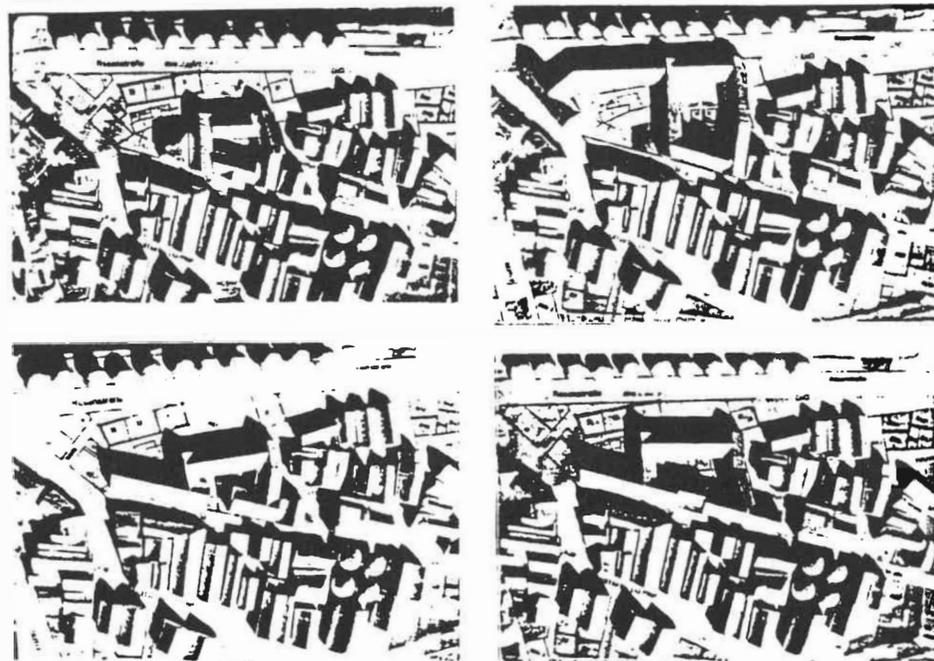
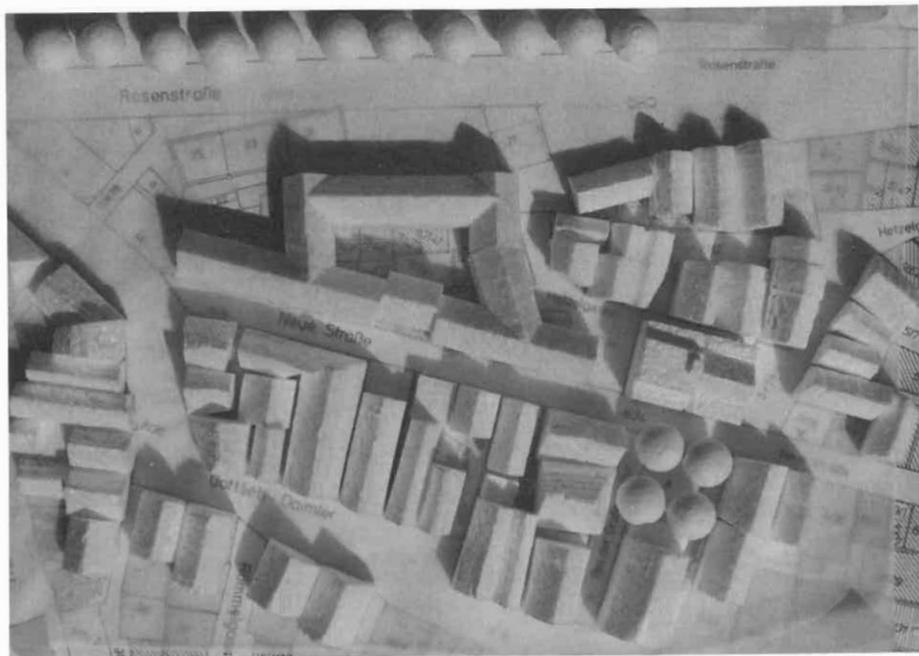


Abb. 11.7 Alternative Konzepte als Arbeitsmodelle

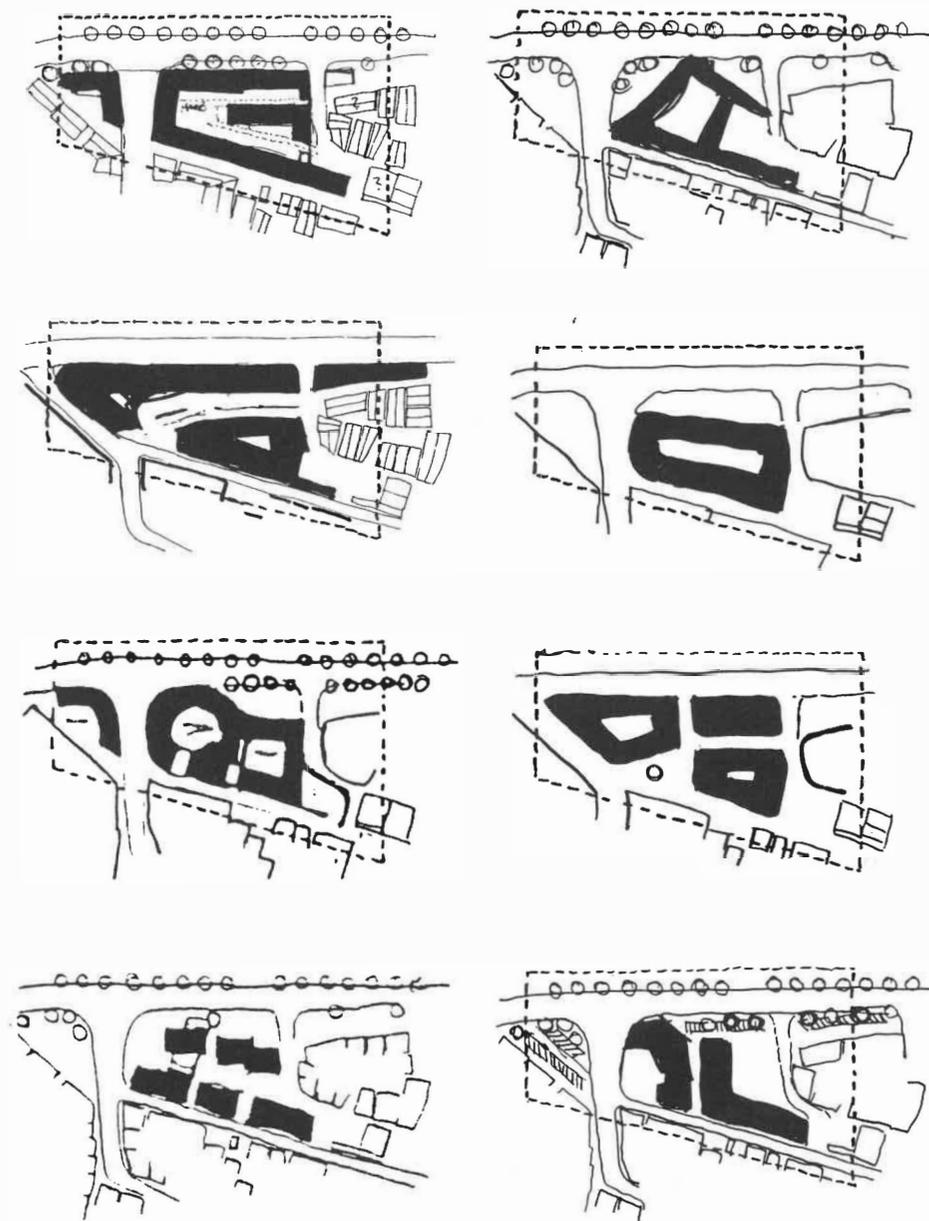


Abb. 11.8 Schemaskizzen von Alternativen

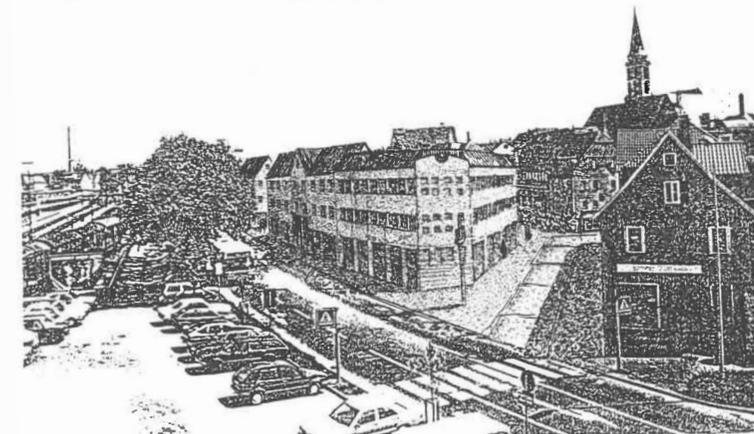
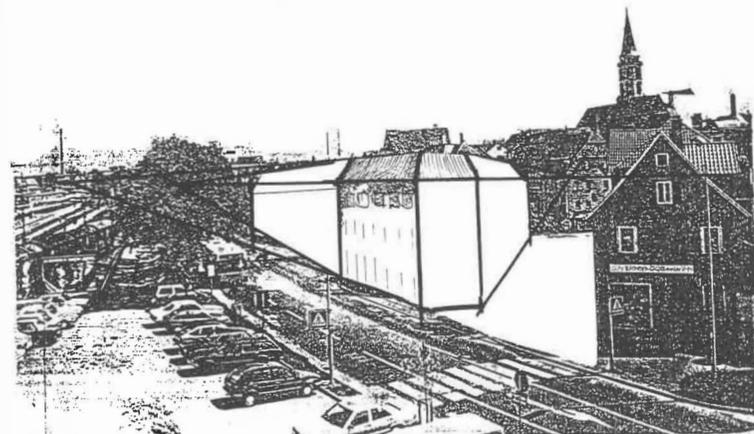
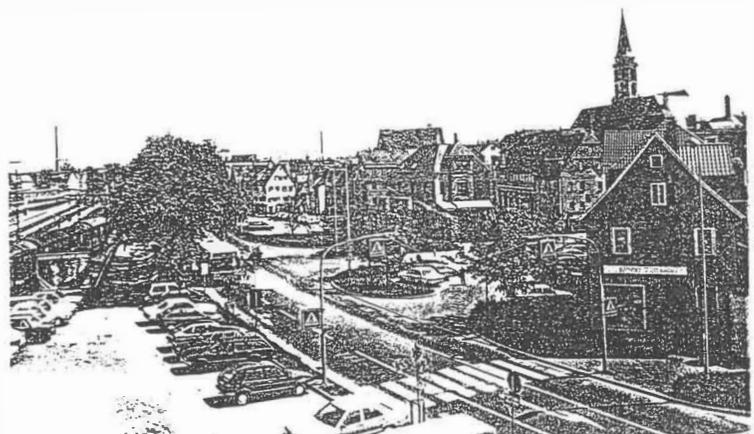


Abb. 11.9 Montage einer Alternative in ein Bestandsfoto

Die alte Stadt 1/90

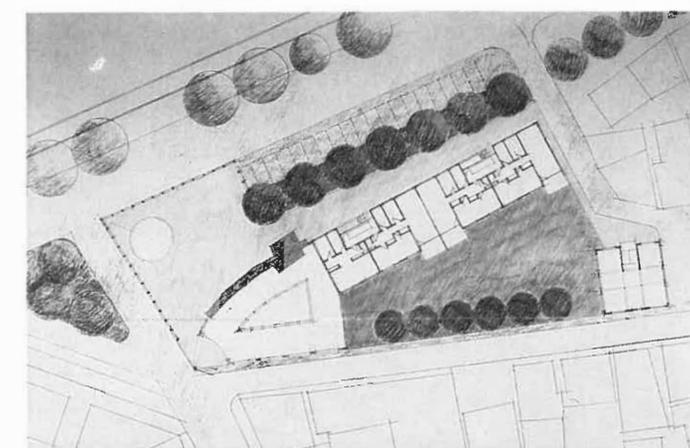
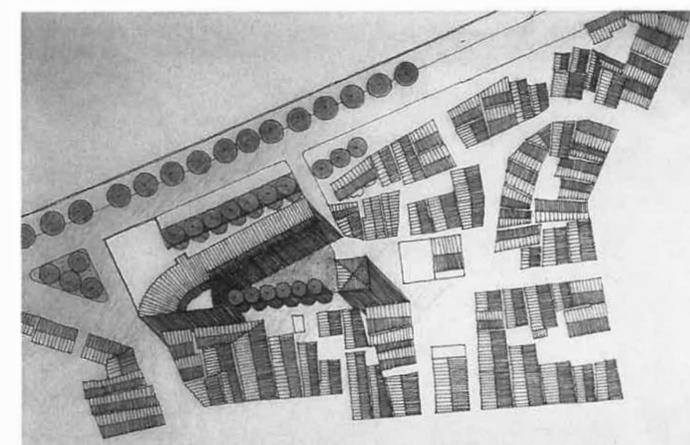
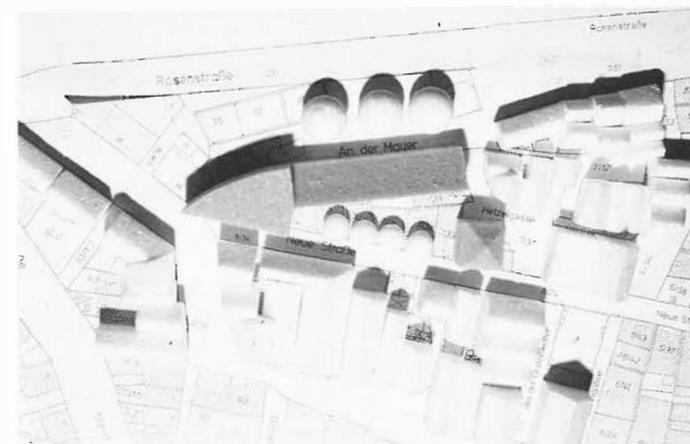
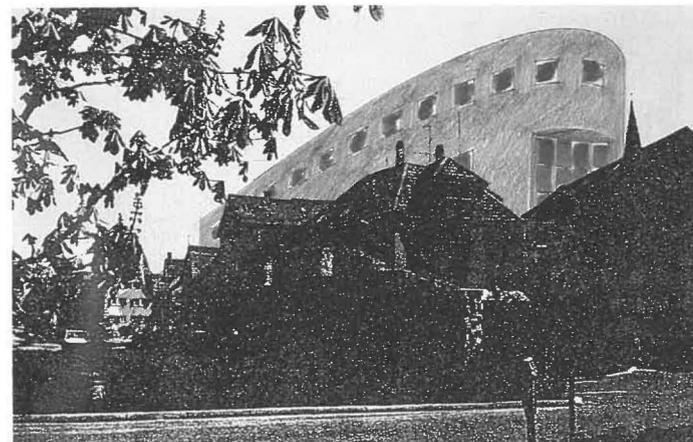
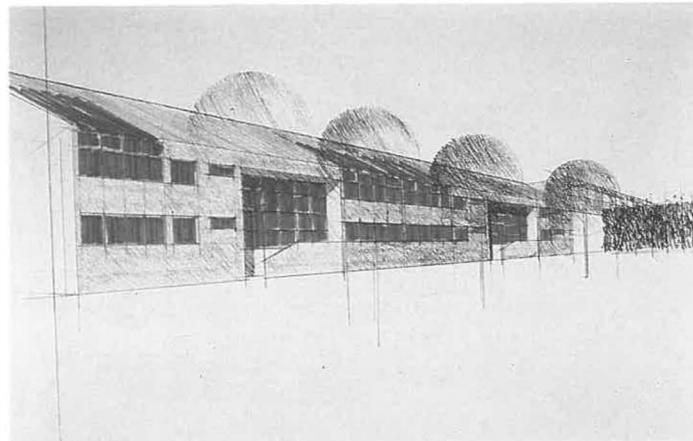
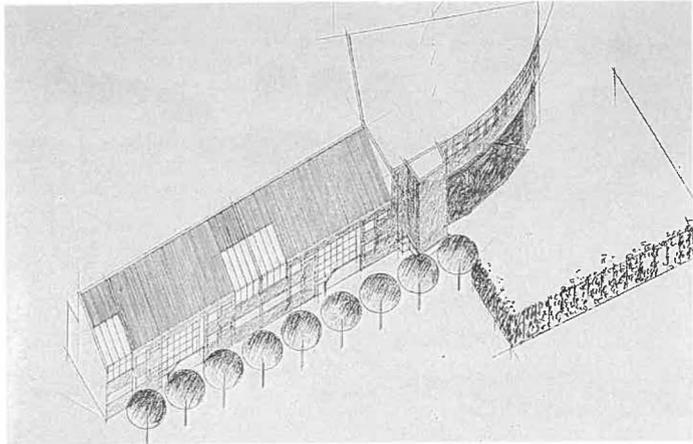


Abb. 11.10 Arbeitsmodell, Dachaufsichtsplan und Grundriß eines Konzepts

Die alte Stadt 1/90



Die alte Stadt 1/90

Abb. 11.11
Perspektivische
Detailskizzen von
Lösungsansätzen

ten verschiedener Alternativen wiederum neue Varianten.

Erscheinen einige Alternativen besonders für einen Planungsansatz geeignet, sollten diese näher untersucht werden, um dadurch aus der Vielfalt möglicher Lösungen diejenige herauszufiltern, die schließlich ausgearbeitet werden kann. Das kann zum Beispiel in Form einer Fotomontage oder einer zeichnerischen Überarbeitung eines Fotos geschehen (Abb. 11.9). Die räumlichen Auswirkungen können dadurch recht anschaulich simuliert werden. Auch ein genaueres

Aufzeichnen und erste Grundrißüberlegungen (Abb. 11.10) oder perspektivische Detailuntersuchungen (Abb. 11.11 und 11.12) sind bei diesem Bewertungs- und Auswahlprozeß sehr zweckmäßig.

Bei der Lehrveranstaltung »Entwurfstraining« zeigen sich am Anfang immer wieder Schwierigkeiten bei der »Produktion« von Lösungsansätzen, die mit den beispielhaft aufgezeigten Methoden der jeweiligen Entwurfsphase ebenso überwunden werden können, wie die Probleme am Schluß des Entwurfsprozesses mit der Bewältigung der Lösungsvielfalt.

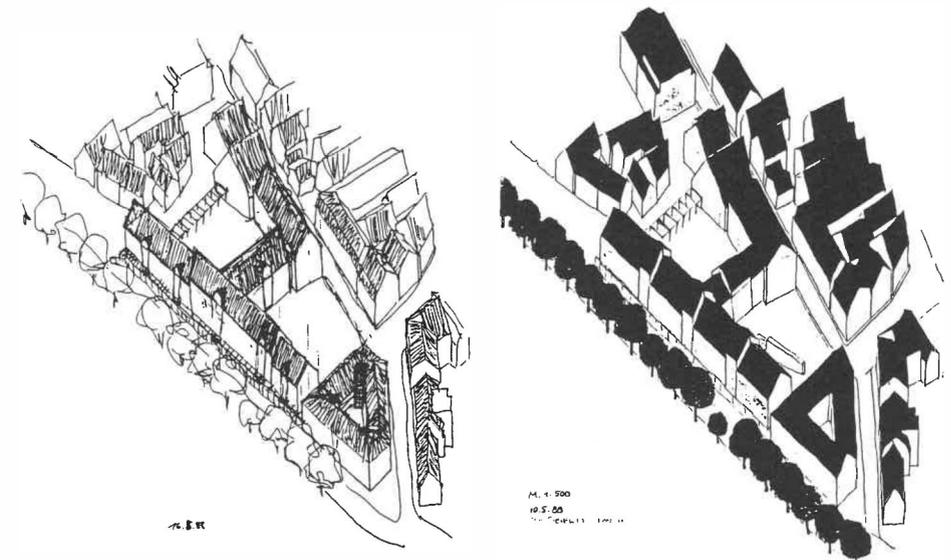


Abb. 11.12 Isometrie in unterschiedlicher Darstellung

12. Konzepte »An der Mauer« – Neue Ideen für die alte Stadt

Die Ausarbeitung der jeweils gewählten Konzepte erfolgte als Stegreifentwurf (Herbert Baur, Sigrid Ebers, Ute Oehring, Diana Patzak, Michael Siegle, Barbara Wohn) oder als umfangreichere Entwurfs- und Projektarbeit (Harald Gebhardt, Wolfgang Görl, Anton Rubisoier, Peter Widmaier). Teile davon werden nachfolgend vorgestellt.

Als Abschluß der Altstadtbebauung zur Bahnlinie hin wurde in allen Fällen ein Vorziehen der Baulinie bis zur Rosenstraße gewählt. Grundsätzlich lassen sich dabei zwei Alternativen, für die es wiederum verschiedene Varianten gibt, unterscheiden. Einmal die Vergrößerung des vorhandenen dreieckigen »Blocks«, der dann die »Bresche« in die Altstadt als Gesamtkomplex schließt. Dabei entstehen nicht unerhebliche Schwierigkeiten bei der Berücksichtigung der alten Reste und des Verlaufs der Stadtmauer. Zum anderen wird dem vorhandenen und mit neuen Gebäuden versehenen »Block« ein langgestreckter Gebäudekomplex vorgelegt. In der Zwischenzone bleibt Raum für den Stadtmauerverlauf frei. Beide Ansätze sollten bei der geforderten Dokumentation von Alternativen enthalten sein (Abb. 12.1).

Bei den »Großblock-Lösungen«, zwei Beispiele zeigt die Abbildung 12.2, entsteht am Ende der Neuen Straße jeweils

ein großer Platz, der teilweise durch Gebäude umfaßt wird, so daß eher ein Hof-Charakter geschaffen wird. Die Platzbildung bei den Lösungen mit einem vorgelegerten Gebäudekomplex ist mit einer öffentlichen Wegverbindung parallel zur Rosenstraße in Richtung Bahnhof verbunden (Abb. 12.3). Bei den zuvor genannten Lösungen ist diese Verbindung nur durch Gebäude hindurch möglich. Andererseits besteht teilweise die Notwendigkeit der seitlichen Öffnung des neuerstellten »Kleinblocks«, um ausreichende Belichtungsverhältnisse zu bekommen.

Der Lösungsansatz bei der Abbildung 12.4 geht von einer Öffnung zur Neuen Straße hin aus und verbindet die gegenüberliegende Straßenrandbebauung zu einem neuen »Großblock«. Dadurch entstehen erhebliche Schwierigkeiten mit ausreichenden Gebäudeabständen. Außerdem dürfte diese Konzeption durch das Aufgeben eines Teils der Neuen Straße auf erhebliche Widerstände beim Denkmalschutz stoßen. Bei der Konzeption der Abbildung 12.5 werden die wesentlichen Randbedingungen, ungestörter Verlauf der Stadtmauer und Erhalt von zwei denkmalgeschützten Gebäuden in der Neuen Straße, optimal erfüllt. Gleichzeitig gelingt die Wiederherstellung des vorhandenen kleinen »Blocks«

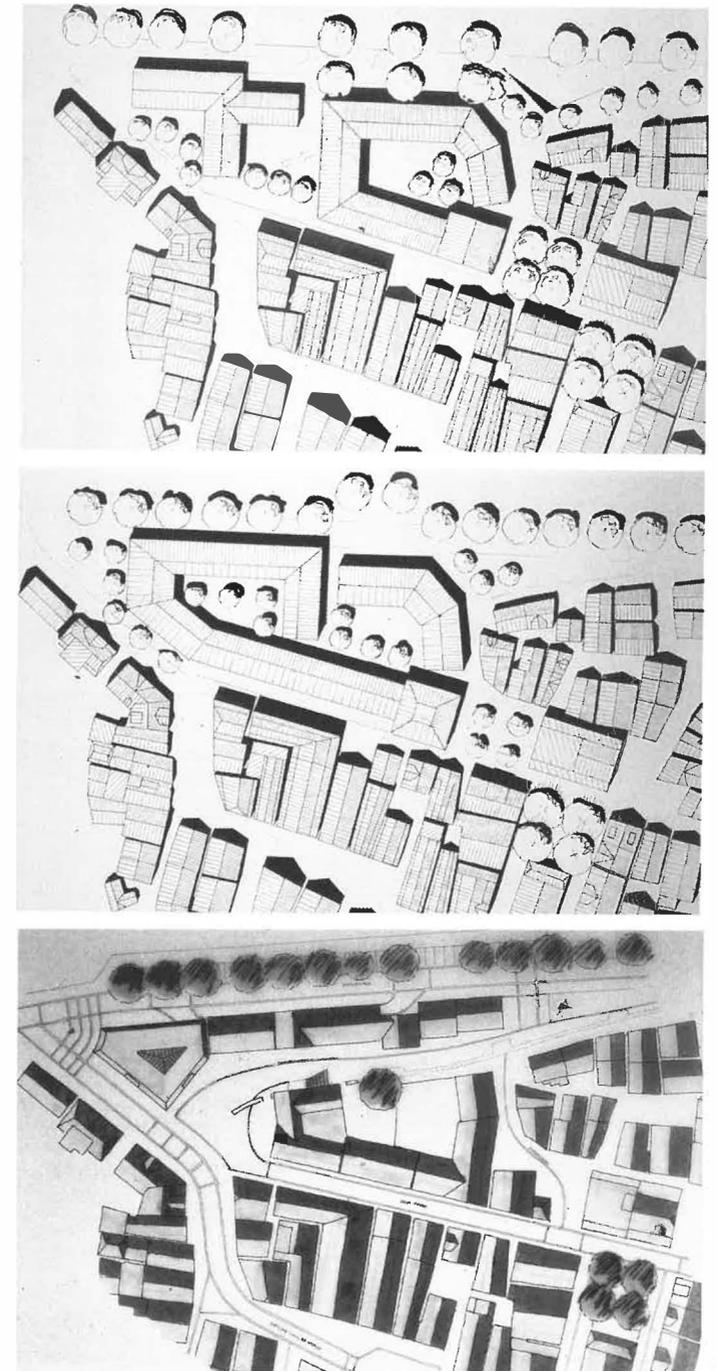


Abb. 12.1
Lösungsansätze
»Großblock« und
vorgelegter
Gebäudekomplex
(unten)

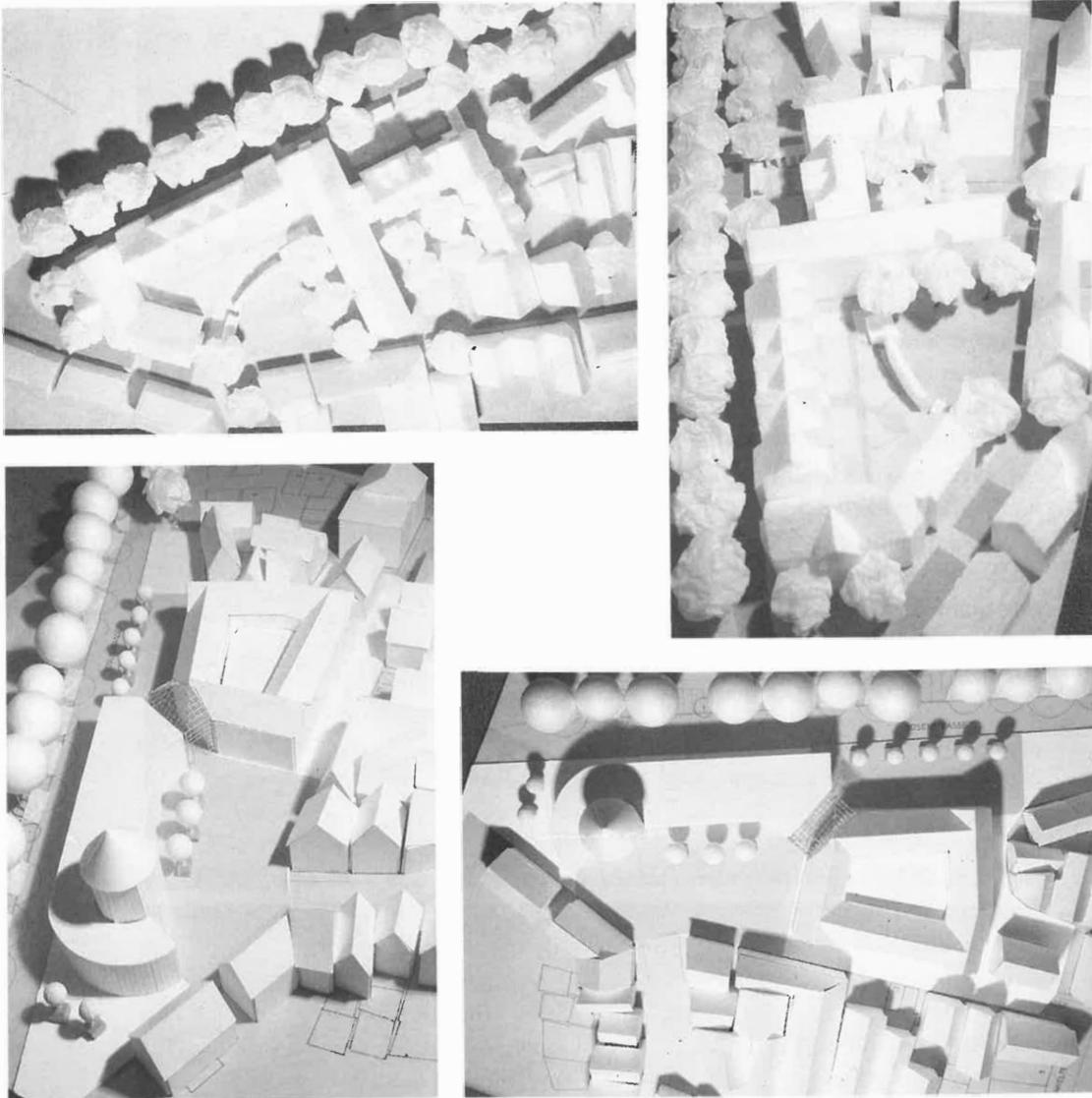


Abb. 12.2 Zwei »Großblock«-Lösungen

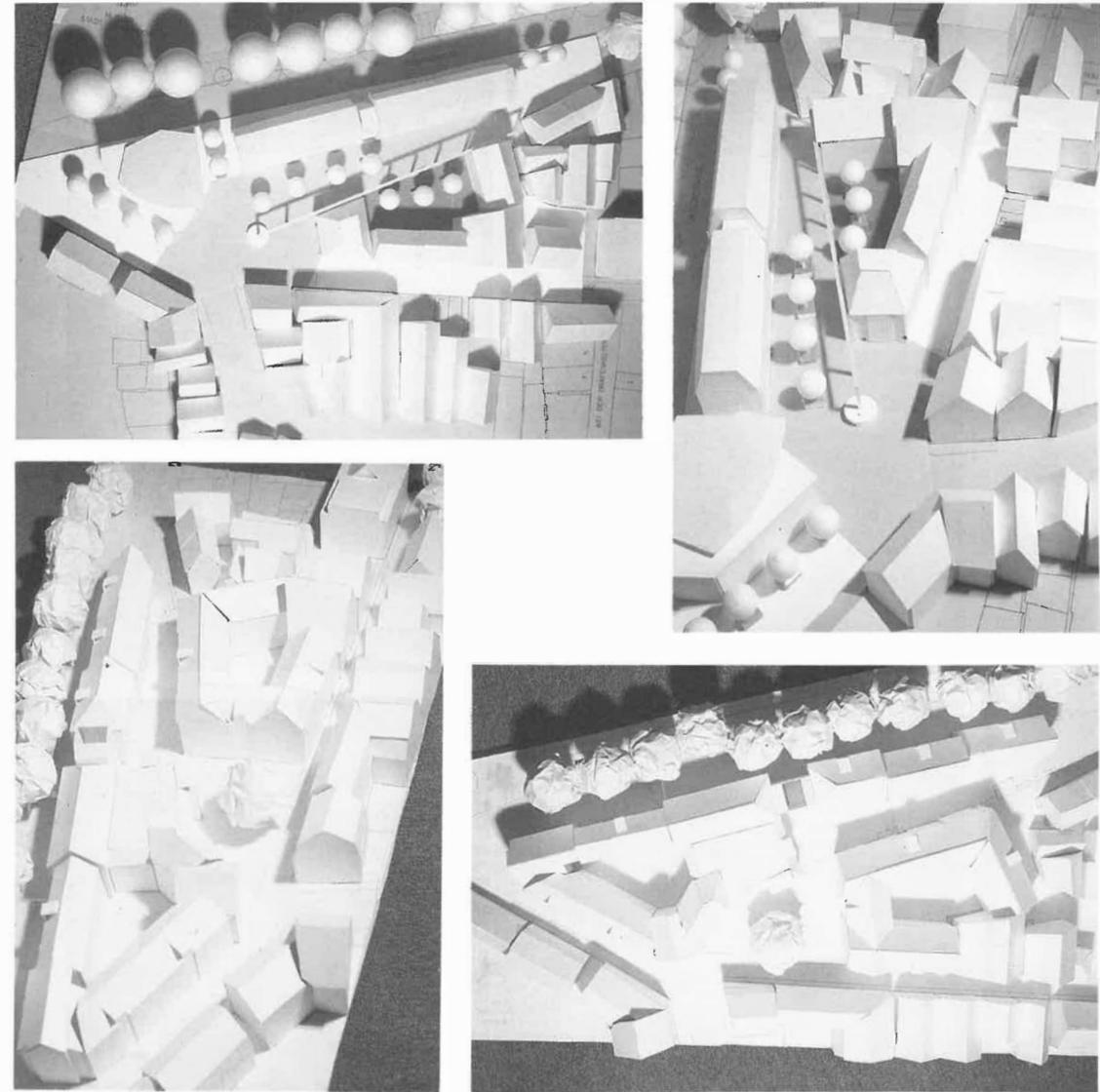


Abb. 12.3 Zwei Lösungen mit vorgelagertem Gebäudekomplex

Abb. 12.4 Dachaufichtsplan, Grundriß und Modell eines Konzepts

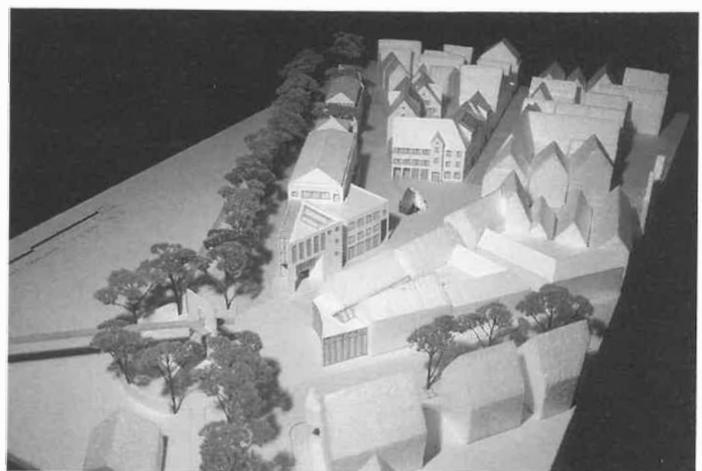
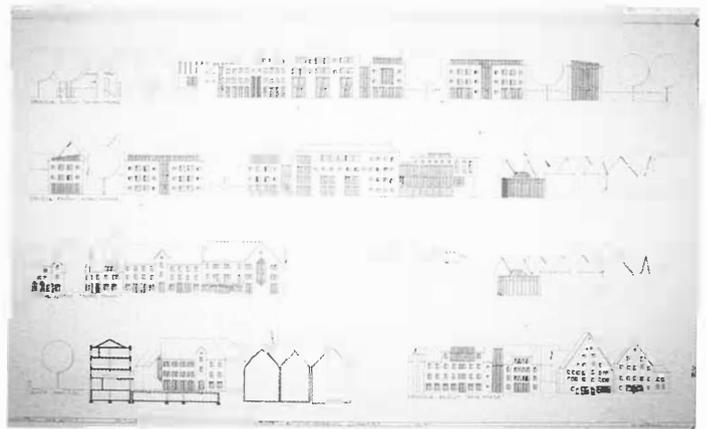
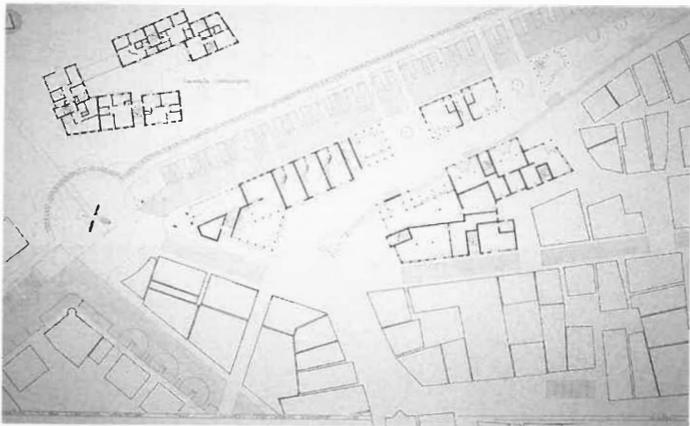
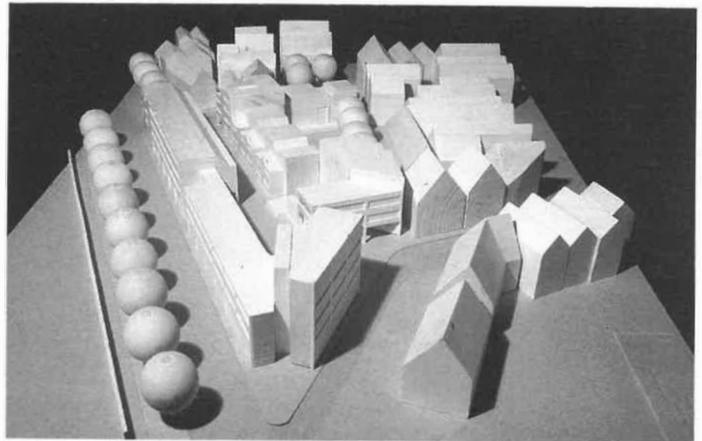
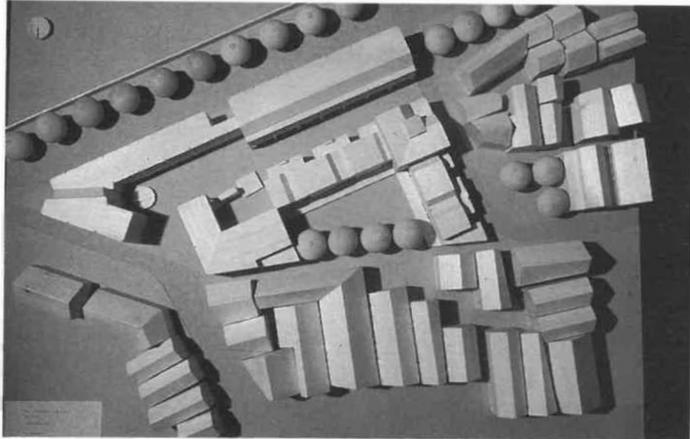
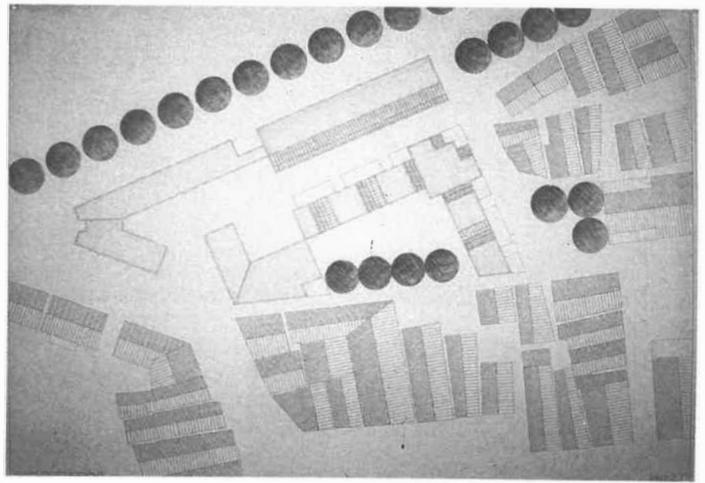
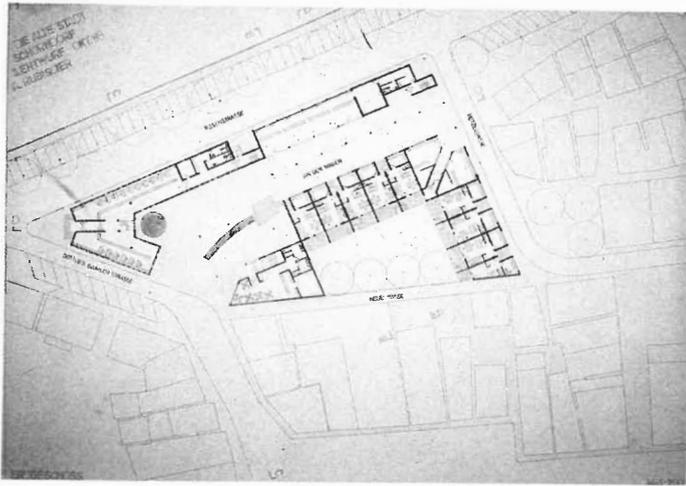


Abb. 12.5 Erdgeschoßgrundriß, Ansichtsskizzen und Modell einer Arbeit

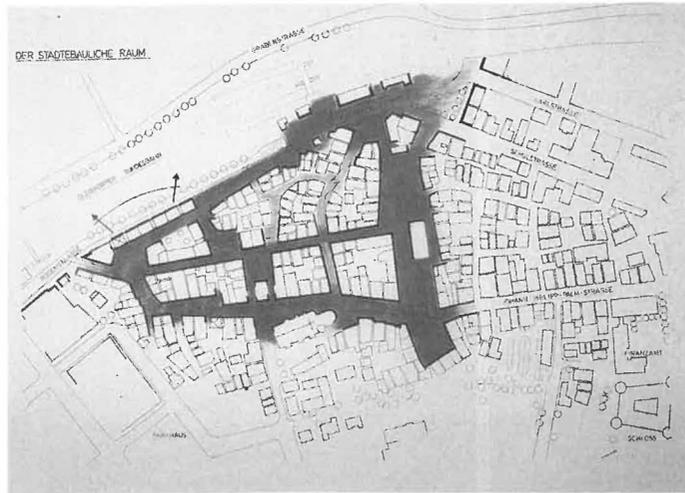


Abb. 12.6
 Stadträume (oben),
 erster Bauabschnitt
 (Mitte) und zweiter
 Bauabschnitt eines
 Planungskonzepts
 im Bereich
 An der Mauer
 bis zum Bahnhof

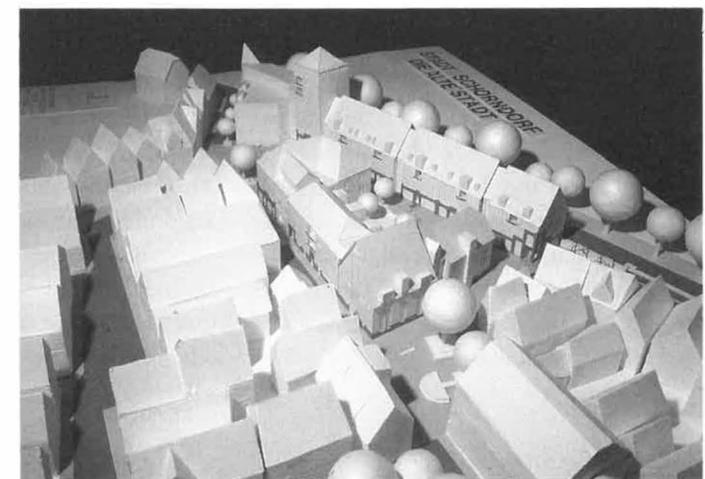
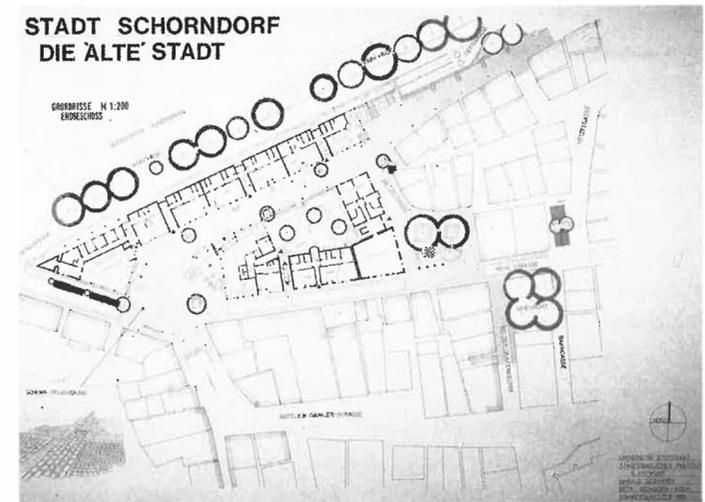
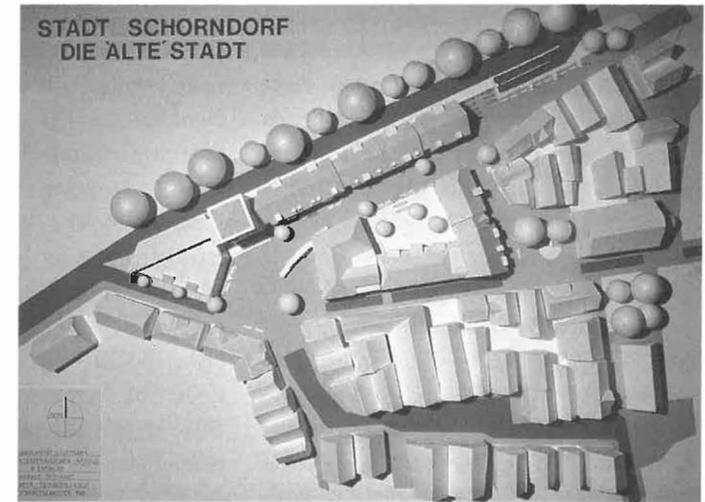


Abb. 12.7
 Konkretisierung
 des Planungskonzepts
 im Bereich
 An der Mauer

und eine Verknüpfung verschiedener Wegführungen über einen neuen Platz am Ende der Neuen Straße. Die neuen Gebäude sind in ihrer Architektursprache zeitgemäß, fügen sich aber durch ihre Differenzierung und Maßstäblichkeit in die gegebene Struktur ein.

Abschließend wird eine Arbeit mit verschiedenen Maßstabebenen gezeigt (Abb. 12.6 und 12.7). Nach einer Darstellung der öffentlichen Straßen- und Platzräume, wie sie durch die gewählte Konzeption ermöglicht werden, wird ein Vorschlag zur Neuordnung des gesamten

Bereiches entlang der Rosenstraße bis hin zum Bahnhof in zwei Baustufen gemacht. Dem Bereich »An der Mauer« wird auch hier ein Gebäudekomplex als Altstadtab-schluß vorgelagert. Der neugestaltete kleine »Block« öffnet sich zu diesem und ermöglicht eine Integration des Stadt-mauerverfalls und eines der beiden denk-malgeschützten Häuser. Auch das zweite Haus könnte bei dieser Konzeption er-halten bleiben. Ein höheres, turmartiges Gebäudeteil akzentuiert den neu geschaf-fenen Platz und markiert gleichzeitig dies ergänzte Stück Altstadt.

13. Bedingungen des Entwurfsprozesses in einer alten Stadt

Beim »Entwerfen im historischen Kon-text«, besonders in einer Altstadt, sind vielfältige Rahmenbedingungen zu be-rücksichtigen. Das ist einerseits schwieri-ger als das Entwerfen »auf der grünen Wiese«, aber andererseits auch wegen der aufgreifbaren räumlichen und bauli-chen Bezüge herausfordernder. Gerade dieser Bezug auf vorhandene Gegeben-heiten und Situationen macht eine an-fängliche Beschäftigung mit dem Bestehenden zu einer wichtigen Vorausset-zung.

Historische Entwicklungsprozesse als Ansatz für gestalterische Projektion

Die dargestellten Beispiele aus der Alt-stadt von Schorndorf haben gezeigt, daß erst nach einer eingehenden Beschäfti-gung mit einer städtebaulichen Situation die tatsächlichen Zusammenhänge er-kenner und erfahrbar werden. Der Rückblick auf die historische Entwick-lung ist dabei nicht nur ein äußerst wich-tiger Aspekt, sondern er ergibt sich wie von selbst als zwingende Konsequenz, wenn man das Vorhandene in Hinblick auf eine planerische Veränderung beur-teilen will. Dabei geht es aber keineswegs nur darum, einen historischen Zustand zu rekonstruieren. Es gilt vielmehr, die

Plausibilitäten, aber auch Zufälligkeiten eines Entwicklungsprozesses zu erken-nen, um daraus eine gestalterische Pro-jektion in die Gegenwart und Zukunft zu »entwerfen«. Eine restaurative Grund-haltung würde dem Geist einer alten Stadt widersprechen, der immer von einer Auseinandersetzung sich reibender formaler und funktionaler Auffassungen geprägt war. Die jeweilige Rückbesin-nung auf den Grundkonsens einer städte-baulichen Einheit war das Verbindende.

In der meist wechselhaften Geschichte von Altstädten hat es immer wieder ge-stalterische und nutzungsmäßige »Aus-reißer« gegeben, die von dem jeweiligen Zeitgeist oder auch von Zweckmäßig-keitserwägungen geprägt waren. Da ist es immer eine Gratwanderung, sich für eine Erhaltung der vorhandenen Situa-tion oder für eine Veränderung zu ent-scheiden. Gegenwärtig ist man schnell geneigt, einem Gebäude mit gestuftem Flachdach der 60er Jahre ein »angemes-senes« Satteldach zu verpassen. Ein-fachstbauten des 19. Jahrhunderts dage-gen stehen nicht zur Disposition, haben sie nur ein schräges Dach und Holzbal-ken an der Fassade. Eine Abwägung kann deshalb nur in einem politischen Prozeß zu einer Entscheidung führen, die erst wieder im Rückblick auf ihre Quali-tät hin beurteilt werden kann.

Die Altstadt als »dreidimensionales Geschichtsbuch«

Die Neue Straße zum Beispiel ignorierte nach dem Stadtbrand ganz sicherlich die ehemalige Struktur und war von daher »unpassend«. Gleichzeitig markierte sie aber auch einen neuen historischen Abschnitt in der Altstadt, so daß sie heute als strukturbildend bezeichnet werden kann. In ähnlicher Weise lassen sich viele kleine und große Elemente in einem historischen Stadtgefüge als »dreidimensionales Geschichtsbuch« identifizieren. Dies zu erkennen, überhaupt erst einmal zu »sehen«, bedarf eingehender Erkundung. Gerade während des Studiums ist diese Schärfung der Wahrnehmungsfähigkeit von großer Bedeutung.

Die daraus abzuleitenden Veränderungsmaßnahmen dürfen aber nicht zu einem Identifikationsverlust der Altstadt führen. In vielen Städten, in denen nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg die alten Kernstädte mit einer neuen Identität des »Neuen Bauens« ohne historische Bezüge versehen wurden, ist jetzt ein Restaurationsprozeß mit nicht selten über großen Fehlentwicklungen in Richtung eines »Puppenhaus-Städtebaus« in Gang gekommen. Kulissenartig werden alte Häuser völlig neu aufgebaut, wie in Frankfurt die Römerberg-Bebauung. Dabei scheut man sogar nicht davor zurück, Häuser an einem ganz anderen als dem historischen Standort aufzustellen, wie in Hannover mit dem Leibniz-Haus geschehen. Es hätte auch dort einmal gestanden

haben können, scheint die wenig plausible Erklärung dafür zu sein.

»Unfertige Altstädte« erfordern Veränderungsprozesse

Was ist eigentlich, wenn die Altstädte »fertig« sind, wenn das letzte Haus modernisiert und wenn die letzte Straße neu gepflastert ist? Diese bange Frage lassen manchmal die Förderprogramme zur Altstadterneuerung aufkommen, zielen sie doch letztlich darauf ab, auch einmal Bilanz zu ziehen, am besten in Form einer Erfolgsbilanz. Zum Glück sind es meistens nur Zwischenergebnisse, die für andere Teile einer Altstadt auch beispielgebend sein können, es muß ja nicht gerade ein abschreckendes Beispiel sein.

Außerdem sollte immer auch berücksichtigt werden, daß erst die Vergänglichkeit der Ansatzpunkt für eine Entwicklung ist. Wie in der Tier- und Pflanzenwelt sowie bei den Menschen der Tod des Individuums eine entscheidende Voraussetzung für die Evolution der Arten ist, muß auch bei den alten Städten akzeptiert werden, daß auch ein altes Haus in Würde sterben können muß. Dieser Würde müssen wir dadurch gerecht werden, daß der Ersatz dafür ein Beitrag zu einer positiven Entwicklung der alten Stadt ist. Dabei darf auch einmal ein »Ausrutscher« vorkommen, denn wer weiß, vielleicht läßt eine historische Betrachtung ein gnädigeres Licht darauf fallen als es die Gegenwartsbeurteilung tut.

Autoren

DIETRICH KAUTT, geb. 1939, hat an der TU Berlin Architektur, Städtebau und Wirtschaftswissenschaften studiert und war nach Abschluß des Referendariats als Regierungsbaumeister in Bietigheim und Biberach mit Planungsaufgaben betraut. Von 1982 bis 1984 Leiter des Stadtplanungsamtes in Bremerhaven. Promotion mit einer Arbeit über »Wolfsburg im Wandel städtebaulicher Leitbilder«. Seit 1984 Bürgermeister in Schorndorf. Zahlreiche Veröffentlichungen in den Bereichen Städtebau(ideologie) und Altstadgestaltung.

DIETMAR REINBORN, geb. 1943. Städtebau-Vertiefung während des Architekturstudiums in Hannover und Karlsruhe. Nach einer Tätigkeit im Planungsbüro ab 1970 Lehre und Forschung an den Universitäten Hannover, Oldenburg und Stuttgart sowie Bearbeitung von Stadtplanungsprogrammen und Wettbewerben. 1974 Dissertation »Kommunale Gesamtplanung«. Seit 1978 Akademischer Oberrat am Städtebaulichen Institut der Universität Stuttgart. Planungsaufgaben im Bereich Stadterneuerung, Verkehrsberuhigung und Wohnumfeldverbesserung. Kommunalpolitik im Gemeinderat Stuttgart.

Stefan Fisch

Von der Stadt- zur Raumplanung (Tagungsbericht)

Deutschland war eines der ersten Länder der Welt, in dem sich im späten 19. Jahrhundert ein Bewußtsein von der Dynamik und Problematik des neuen, noch ungeordneten städtischen Wachstums entwickelte. Daraus entstand dann bald ein differenziertes Instrumentarium der Stadtplanung, durch städtische Verwaltungen ebenso wie durch private Bodenverwerter. Da die alten Stadtgrenzen dabei bald überschritten wurden, erscheint es überaus lohnend und spannend, zu verfolgen, wie die zunehmende Kontrolle und Lenkung der Raumnutzung über die Grenzen der Städte auszugreifen begann.

Anhand beispielhafter Fallstudien versuchte vom 15. 11. bis 18. 11. 1989 das 5. (und letzte) Planungsgeschichtliche Kolloquium der Bad Homburger Werner-Reimers-Stiftung eine Bestandsaufnahme des Bekannten mit dem Ziel einer vergleichenden Vermessung der offenen Fragen in diesem Feld. Das Treffen stand unter der Leitung der Planungshistoriker Gerhard Fehl und Juan Rodriguez-Lores (beide RWTH Aachen) und konnte von der gewohnt gastfreundlichen Atmosphäre des Bad Homburger Hauses gerade bei den informellen Abenddiskussionen Nutzen ziehen.

Gerhard Fehl leitete in das Tagungsthema »Von der Stadtplanung zur regionalen Planung – Zu den ersten Ansätzen eines planerischen Übergriffs der Großstädte auf ihr Umland vor 1914« ein, indem er Charakteristika der »Sub-Urbanisierung« um 1900 und Konzepte zur Ordnung von Stadt und Stadtregion vorstellte: Wenn man nicht überhaupt das Bevölkerungswachstum mit Hilfe der »Inneren Kolonisation« aufs Land umleiten wollte, so sollten Städte nicht wuchern, sondern wachsen. Die Ordnung dieser Dynamik durch Städte und Unternehmer jedoch stieß auf territoriale Grenzen ebenso wie auf be-

schränkte Kompetenzen und Möglichkeiten; die »planologische Diskrepanz« zwischen Ansprüchen und Mitteln zu ihrer Durchsetzung nahm zu.

Als dynamisches Wachstumskonzept mit dem Ziel einer engen Verbindung von Stadt und Land stellte Juan Rodriguez-Lores die Ciudad Lineal in Madrid von Soria y Mata (seit 1882) vor. Diese Bandstadt-Idee wurde in Deutschland – strukturell sehr ähnlich – variiert als Verbindung von Arbeitersiedlung und Fabrikgelände im weniger bekannten Projekt einer »Industrie-Wohnstraße« im Frankfurter Hafengelände von Latscha und Teudt (1898). Auf eine erfolgreich bandartig organisierte Stadt- und Raumplanung wies schließlich Otto Kastorff (Denkmalpflege Lübeck) hin: die vom Wasserbaudirektor der Hansestadt Lübeck geplante Verbindung von Hafens-, Verkehrs-, Industrie- und (Arbeiter-) Wohngeländen entlang der Trave bis Travemünde, die freilich auf das lübische Staatsgebiet beschränkt war. Otto Wagner in Wien dagegen, dessen Ordnungskonzept für die »unbegrenzt wachsende Stadt« Renate Banik-Schweitzer (Wiener Stadt- und Landesarchiv) vorstellte, ging von einem spinnwebartigen Wachstum aus, wobei Städtisches immer wieder Ländliches aufsaugen sollte. Außen sollen sich immer wieder neue Bezirke an die Stadt anlagern können, die dezentral jeder für sich die wichtigsten städtischen Funktionen erfüllen, dabei aber in ein Netzwerk zentraler gesamtstädtischer Funktionen (Friedhof, Universität) eingebunden bleiben sollen. Harald Kegler (Bauhaus Dessau) stellte die vor allem von den Praktikern getragene Dezentralisierungsdebatte im deutschen Städtebau zwischen 1900 und 1918 vor und versuchte sie in den Rahmen seines größeren, an der praktischen Tätigkeit orientierten Phasenmodells der Genese

der wissenschaftlichen Disziplin Stadtplanung einzuordnen.

Segregation und Spezialisierungen, aber auch funktionale Verknüpfungen erwiesen sich so schon in der Theoriediskussion über städtisches Wachstum wichtig – nicht nur für die Problem-Achse Stadt und Land, sondern auch für die ganz andersartige Achse Bürger und Arbeiter. Das wurde an den sorgfältig untersuchten »Gemeingelagen« vielfältigster Interessen in den Fallstudien zu den größten deutschen Städten deutlich. Gerade die private Bodenspekulation, schon bald großbetrieblich organisiert im Terraingeschäft anonymer Gesellschaften, griff schnell – nicht behindert durch Stadtgrenzen – auf das Umland aus. Karl Czok (Sächsische Akademie der Wissenschaften Leipzig) analysierte die Schrittmacher für die Entwicklung der Leipziger Arbeitervororte. Waren es zunächst Eisenbahnlinien und Industriestandorte, so trat dann die gezielte Initiative einzelner Unternehmer (Arbeiterwohnungsbaue, dann Erschließung künftiger Industrieviertel durch Infrastruktur-Investitionen) hinzu, bis schließlich das Eingreifen der Stadtverwaltung unter Oberbürgermeister Georgi zu seinerzeit (1888–1891) sehr weitreichenden Eingemeindungen führte. Jürgen Wenneemann (RWTH Aachen) sah im Münchener Stadterweiterungswettbewerb von 1891 den »Startschuß« für Baulanderschließung, aber auch private Gewinnaneignung in zwei Vorortgebieten (Westend und Laim), in Übereinstimmung mit gewissen Planungsbefugnissen der Hauptstadt über ihr Umland. Harald Bodenschatz (TU Berlin) erläuterte, wie virtuos der Terrain-Unternehmer Georg Haberland die Anlage der »Gartenterrassenstadt Rheinisches Viertel« in Berlin-Wilmersdorf (1910–1914) beherrschte, bevor seit 1918, nach Wahlrechtsänderung und wirtschaftlicher Umwälzung, die Ära eines stärker sozialstaatlich orientierten Wohnungs- und Städtebaus anbrach. Einengende Strukturen ganz anderer Art stellte Dirk Schubert (TU Hamburg-Harburg) dar, als er die geringe Veränderbarkeit der Arbeitsstrukturen der Hamburger Hafenarbeit (Tagelohn und Notwendigkeit nahegelegener Wohnung) als Problem für die Stadtplanung herausarbeitete. Die

Innenstadtsanierung nach der Cholera-Epidemie von 1891 mit ihrer Wohnraum-Verknappung erscheint aus dieser Sicht nicht ganz so erfolgreich.

Einen besonderen Block bildeten drei Referate zur Kölner Entwicklung. Zu den Besonderheiten dieser Stadtregion und ihrer Eingemeindungsgeschichte, die Horst Matzerath (Historisches Archiv der Stadt Köln) zusammenfassend vortrug, gehört als Ausgangspunkt das späte Aufbrechen des Festungsrings um die alte Stadt, der – wegen der Bauverbote im Rayonbezirk – auch dazu beitrug, die Vororte in Distanz zur City zu halten. Erst die Verwirklichung der Stübbenschen Neustadt seit 1881 ließ Köln an seine Vororte heranrücken. Der neue, viel weiter außen liegende Festungsgürtel markierte nun das Ausmaß der Stadtregion; innerhalb dieser Grenze kam es 1888 zu einer ersten Welle von Eingemeindungen bevölkerungsreicher Vorortgemeinden. Nach der Jahrhundertwende verlagerte sich der Schwerpunkt zur Eingemeindung von Flächen, etwa für Industriegelände (auch die späteren Ford-Werke) oder für Freiland- und Erholungsgebiete. Die Integration einer so selbstbewußt mit Forderungen, z. B. nach kostspieligen Brückenbauten, hervortretenden Vorstadt wie Mülheim erwies sich dagegen als schwierig und beschäftigte schließlich sogar den Preussischen Landtag in Berlin. Nach dem eingemeindenden Zugriff der Stadt auf die Flächenreserven der Vororte mußte stadtplanerische Gestaltung agieren – und reagieren, etwa auf Vorgaben aus einem gewachsenen, nicht auf diese Situation hin geplanten Verkehrsnetz. Eberhard Illner (Historisches Archiv der Stadt Köln) erörterte die schon vor der Eingemeindung entstandene Spezialisierung im Vorortestystem, bei der ein Eisenbahnanschluß Industriestandorte begünstigen und sein Fehlen das Entstehen bürgerlicher Wohngebiete fördern konnte. Größeren Handlungsspielraum hatte die Stadt Köln bei der Straßenbahn, besonders nach ihrer Kommunalisierung 1900, und bei der Bebauungsplanung (Zonenbauordnung 1896/1901). Henriette Meynen (Stadtkonservator Köln) schließlich verglich u. a. die unterschiedlichen Erschließungs-Taktiken zweier Bauunternehmer im Vorort Ehrenfeld und lenkte so den Blick wieder auf die Markt-

kräfte, besonders die veränderliche Nachfrage nach bestimmten Typen (Massenwohnhaus vs. Einfamilienhaus) von Wohnhäusern.

Einen Sonderfall regionaler Planung durch private Interessen stellte die gegen Ende des 19. Jahrhunderts vollends sichtbar gewordene dezentralisierende Wirkung des belgischen Nahverkehrssystem dar, die *Pieter Uyttenhove* (E.H.E.S.S. Paris) erläuterte. Ein dichtes, zentral koordiniertes Netz von Lokalbahnen und Überlandstraßenbahnen ermöglichte dank schneller Erreichbarkeit von Wohnung und Arbeitsplatz dezentrale Siedlungsstrukturen im ganzen Königreich und ebnete so bis hin zum Lohnniveau Unterschiede zwischen Stadt und Land immer stärker ein.

In Deutschland ist Berlin das immer wieder zitierte Musterbeispiel für die vielen Schwierigkeiten beim Übergang zu regionaler Planung. *Wolfgang Hofmann* (TU Berlin) stellte in den Mittelpunkt seiner fast die ganze Zeit des Kaiserreichs umfassenden Synthese die Beibehaltung dezentraler Organisation trotz zunehmender wirtschaftlicher, sozialer und infrastruktureller Verflechtung der Region. Statt zentralisierender Eingemeindungen in ein »Groß-Berlin« kam es wegen der ablehnenden Haltung des preußischen Innenministeriums zu einer spannungsreichen Mischung von interkommunaler Konkurrenz (unter Beteiligung auch der Landkreise, gerade im Bereich der Verkehrsinfrastruktur) und fallweiser Kooperation durch begrenzte Zweckverbände. Auch der umfassendere, 1911 durch das Zweckverbandsgesetz geschaffene Verwaltungsverbund blieb aber auf einen der anstehenden Problemkreise (städtebauliche Leitplanung) beschränkt; niemand sorgte für eine Koordination im Bereich der technischen Infrastrukturen (keine Zuständigkeit für die – staatliche – S-Bahn z. B.) oder der Schulen und Armenpflege, und einen Finanzausgleich zwischen den Gebietskörperschaften gab es nur in Ansätzen (Schulkostenzuschuß der Arbeitsplatz-Gemeinden an die Wohn-Gemeinden). Erst in der Weimarer Republik lösten sich diese Probleme – durch Rückgriff auf das mittlerweile »klassische« Verfahren der Eingemeindung.

Für die Anfänge regionaler Planung im Groß-

raum Hamburg zeigte *Elke Pahl-Weber* (Planungsbüro Baumgart – Pahl-Weber Hamburg), daß nach zwei Eingemeindungswellen 1913 das gesamte Landgebiet der Freien Hansestadt eingemeindet war. Ein weiteres Ausgreifen, besonders zur bislang wegen des damit verbundenen Anwachsens der Arbeiterbevölkerung eher vermiedenen Ansiedlung großer Industrie mußte mit dem Überschreiten der Ländergrenze zu Preußen die ganz neuartige »Groß-Hamburg-Frage« stellen. Der Altonaer Bürgermeister Carl Sieveking hatte sich zwar schon 1907 in einem programmatischen Zeitungsbeitrag mit »der großen Elbmétropole« beschäftigt, doch konnte sich der Hamburger Senat erst 1915 im Zuge der Kriegszieldiskussion zu Gebietsforderungen an Preußen entschließen – für den künftigen Welthandelshafen. Aus diesem weit gehenden Integrationsmodell entwickelte Fritz Schumacher dann in der Praxis der Weimarer Republik eine stärker auf Kooperation ausgerichtete Strategie. Sie mündete schon vor dem nationalsozialistischen Groß-Hamburg-Gesetz (1937) in einen Hamburgisch-Preußischen Landesplanungsausschuß (1928) und eine Hafengemeinschaft (1929) mit effektiven Planungsbefugnissen.

Heinz Wilhelm Hoffacker (Ruhruniversität Bochum) schließlich verfolgte, wie man sich des Zusammenwachsens der Ruhr-Städte zur Ruhr-Stadt bewußt wurde. Im Gefolge der Düsseldorfer Städtebau-Ausstellung 1910 gründeten Oberbürgermeister und Landräte aus dem rechtsrheinischen Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf eine Art »Grünflächensicherungs-Kommission«. Auf eigene Faust hat Robert Schmidt, damals Beigeordneter in Essen, 1912 mit einer Denkschrift ihre erstmals kommunale Grenzen überschreitende Perspektive auf die Erstellung eines »General-Siedlungsplanes« für die »Großsiedlung im Maschinenzeitalter« ausgeweitet. Der 1920 geschaffene »Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk«, dessen Direktor Schmidt bis 1932 war, wurde freilich noch mit ganz anderen Absichten gegründet. Der Essener Oberbürgermeister Hans Luther sah in ihm nicht nur ein Werkzeug zur Aufwertung seiner Stadt Essen, sondern vor allem den damals durchsetzbaren Kern einer einheitlichen preußischen »Ruhr-Provinz«, die

auch von industriellen Interessenvertretern erstrebt wurde. Wegen der erwachenden Konkurrenz anderer großer Städte, aber auch wegen des vielfachen Fehlens von Planungsvorstellungen bei den kleineren Gemeinden erwies sich dann selbst die beschränkte Aufgabe, einen einheitlichen Verkehrsplan für diese Region zu erstellen, als überaus schwierig.

Insgesamt erbrachte diese Tagung auf Grund der vielfachen und jeweils anderen Perspektiven in den einzelnen vorgetragenen Fallstudien einen Überblick über wichtige, den Zugriff operationalisierende Teilfragen, die zur Erfassung des Entstehens regionaler Raumplanung gestellt werden müssen. Dem interdisziplinär zusammengesetzten Kreis eröffneten die historisch interessierten Planer stärker den Blick auf wichtige Plankonzeptionen, dann auf die Diskussionen und Auseinandersetzungen innerhalb der Disziplin im Zuge ihrer Verwissenschaftlichung und Etablierung und schließlich auf die Entwicklung arbeitsteiliger Planungsstufen. Dabei wurde offenbar mit dem Ausgreifen in die Region der zweistufigen

Stadtplanung (allgemeinere Flächennutzungs- und konkrete Bebauungsplanung) eine allgemeinste Nutzungsplanung in Gestalt der Raumplanung vorgeschaltet. Die planerisch interessierten Historiker dagegen stellten stärker das Umfeld dieser Planer-Diskussionen dar, ihre vorgegebenen Strukturbedingungen (wie Urbanisierung und Bodenvermarktung) und die vielfältigen Bestimmungsgründe für die meist beschränkte praktische Verwirklichung von Planungskonzepten (von der Kommunalpolitik bis zur Landespolitik, von Industrielobbyismus bis zu Industrie Feindschaft, und von finanziellen Begrenzungen bis zu territorialen Grenzen).

Die sehr dichte Tagung stand am Ende einer Reihe von Kolloquien, für die eine Annäherung an die andersartigen Themen und Interessen der Nachbardisziplinen überaus wichtig war. Interessierte Leser werden hoffentlich bald die überarbeiteten Beiträge in einem weiteren Band der von den Tagungsleitern herausgegebenen Reihe »Stadt – Planung – Geschichte« vorfinden können.

Scalalogie

Scalalogie ist ein neues Stichwort in dem sich ständig ausweitenden Spektrum wissenschaftlicher Aufgaben. Ihre Existenz bedarf der Erklärung. Es sind deshalb folgende Fragen zu beantworten:

1. Was ist Scalalogie?
2. Wie arbeiten Scalalogen?
3. Wen betrifft und wem nützt die Scalalogie?
4. Wer befaßt sich mit Scalalogie?

1. Definition

Scalalogie ist die »Wissenschaft von der Eigenart und Wirkung der Treppen«, oder kurz die »Treppenkunde«. Sie ging aus der Treppenforschung hervor, die in mannigfacher Weise sowohl dem praktischen Treppenbau als auch der Architekturgeschichte dient. Gegenstand der Forschung ist die Art der Überwindung von Höhenunterschieden durch immobile Konstruktionen mit Stufen.

Der Praktiker will wissen, welche Bauweisen geeignet sind, verschiedene Ebenen stufenweise zu erreichen. Bei seinen Überlegungen sind die Methoden der Fertigung, der Stabilität der Konstruktion und der Preis entscheidende Faktoren.

Der Historiker ermittelt Treppen der Vergangenheit, die für das technische und künstlerische Schaffen eines Ortes oder eines Landes symptomatisch sind.

Da das technische und künstlerische Schaffen stets Ausdruck menschlichen Könnens und Willens ist, genügt es nicht, allein die Objekte zu erfassen und zu studieren. Es ist nötig, sich auch für die Subjekte zu interessieren, welche die Treppen schufen und nutzten, für die über Stufen steigenden Menschen.

Grundlegend ist die an sich simple Erkenntnis, daß niemand eine Treppe steigen kann, ohne sie

mit seinen Füßen zu betreten. Zwischen den Mäßen der Stufen und dem menschlichen Schritt besteht eine Korrelation, eine Abhängigkeit des einen vom anderen.

Die größte mögliche Höhe von Stufen dürfte bei etwa 50 cm liegen. An norwegischen Steigebäumen der Zeit um 1700 lassen sich Stufenhöhen bis 45 cm messen. An den Maya-Treppen in Copan (Honduras) konnte ein Maximum von 48 cm festgestellt werden. In Palenque (Mexiko) gibt es einige Stufen von 49 cm Höhe. In diesen, zum Teil weit voneinander entfernten Gegenden sind die Grenzen menschlicher Leistungsfähigkeit beansprucht worden. In anderen Ländern hat man weniger extreme Stufen-Größen bevorzugt. Immer jedoch richten sich die Maße nach den Gewohnheiten ihrer Benutzer. Weil diese Gewohnheiten in den einzelnen Territorien unserer Erde durch Lebensbedingungen und durch Tradition sehr unterschiedlich ausgebildet worden sind, mußten auch die Abmessungen der Treppen unterschiedlich werden.

Die Zusammenhänge sind offenkundig: Jede Treppe reflektiert die Gewohnheiten ihres Herstellers. Dieser kann jedoch nichts konstruieren und verkaufen, was der Käufer und Nutzer seiner Ware nicht zu akzeptieren bereit ist. Deshalb reflektieren die Treppen indirekt auch die Gewohnheiten der Benutzer. Also spiegelt sich ganz allgemein in der Bauweise und Ausstattung von Treppen auch die Kultur der Menschen, welche sie so und nicht anders haben wollen.

Für den Wissenschaftler, der mit kontrollierbaren Größen zu arbeiten hat, ist der Begriff »Gewohnheit« üblicherweise zu unscharf, als daß man mit ihm operieren könnte. Gewohnheiten scheinen subjektiven Lebensäußerungen zu unterliegen, mehr vom Gefühl als von der Ratio erfaßbar. In dem besonderen Fall der Treppen

jedoch werden Gewohnheiten meßbar, meßbar an den Mäßen der Stufen und an den Spuren der auf ihnen steigenden Menschen. Das heißt, Gewohnheiten sind hier quantifizierbar. Mit der Meßbarkeit menschlicher Eigenheiten durch die Eigenheiten der Treppen erhält die Scalalogie ihre wissenschaftliche Basis.

2. Arbeitsweise

Die enge Bindung des menschlichen Steigevorgangs an die Steigungsverhältnisse der Stufen verpflichtet den Scalalogen, jede Treppe in allen ihren Teilen genau zu erfassen. Dabei ist es wichtig, nicht nur die Treppe selbst, sondern auch ihre Umgebung, den Treppen-Flur und den Grundriß des Hauses zu registrieren. Flur und Haus-Grundriß hängen mit der Funktionsfähigkeit der Treppe zusammen und beeinflussen das Steigeverhalten des Treppenbenutzers.

Es ist also ein genaues Aufmaß der Treppe anzufertigen. Die Sorgfalt muß sich auf alle Details erstrecken, auch auf die Profile der Stufen-Vorderkante (Stufenstirn), der Wangen, der Handlauf-Querschnitte und der Geländerstäbe. Jede Kurve kann aussagefähig sein, je nachdem sie mehr oder weniger stark gekrümmt ist.

Bei älteren Treppen mit ungleich hohen Stufen ist es wichtig, jede Steigung einzeln zu messen. Ein Mittelmaß, das sich aus der Division der Geschoßhöhe durch die Zahl der Stufen ergibt, genügt nicht. Wichtiger als Mittelmaße sind die Differenzen. Man unterscheidet absolute und relative Differenzen. Absolut ist die Differenz zwischen der höchsten und der flachsten Stufe im gesamten Treppenlauf. Relativ ist der Abstand zwischen zwei aufeinander folgenden Stufen. Während es bei den absoluten Differenzen jeweils nur ein Maximum und ein Minimum geben kann, gibt es ebensoviele relative Maße wie Stufenauftitte vorhanden sind. Absolute und relative Differenzen sind spezielle Charakteristika, die zeittypische, regionaltypische und subjekttypische Eigenheiten ihres Herstellers erkennen lassen.

Die Korrelation zum treppensteigenden Menschen wird auch in dem Abrieb der Stufen deutlich und meßbar. Es lassen sich Spurpunkte, Stei-

gespuren, Steigelinien, Steigefelder und Steigebereiche unterscheiden. Ihre Entstehung wurde beeinflusst durch die Lauffigur der Treppe, durch Zugänge und Abgänge, Türen und Fenster, sowie durch farbige und plastische Gestaltungen.

Das genaue Messen der Treppen, ihrer Lage im Grundriß, ihrer Konstruktion, ihre Details und der von den Benutzern im Laufe längerer Zeiträume verursachten Steigespuren, ist die Voraussetzung jeder wissenschaftlichen Arbeit in der Scalalogie. Zur Auswertung der Messungen bedarf es einer größeren Zahl von Vergleichsbeispielen, deren Entstehungsort und Entstehungszeit bekannt sein sollten. Erst sehr viele Beispiele lassen erkennen, was Durchschnitt ist und was darunter oder darüber liegt.

Der Kräfteverbrauch von Treppenbenutzern ist bereits 1929–1931 untersucht worden. Damals standen lediglich 4 Versuchspersonen zur Verfügung. Die Ergebnisse sind also nur mit Einschränkungen akzeptabel. Auch dürften die Menschen inzwischen eine andere Relation zum Treppensteigen bekommen haben. Die nachgewachsenen Generationen sind allgemein größer als ihre Eltern, und die motorisierte Fortbewegung ist ihnen alltäglicher als das Gehen. Rolltreppen nehmen ihnen die Mühe des Steigens ab. Arbeitsphysiologische Untersuchungen werden heute vermutlich zu anderen Ergebnissen führen als ein halbes Jahrhundert zuvor. Sollte sich diese Vermutung bestätigen, würde es bedeuten, daß die Wirkung der Treppen auf Treppenbenutzer – den Einflußkomponenten entsprechend – relativiert werden muß. Zugleich wird verständlich, weshalb die aus der Vergangenheit bekannten topographischen und temporären Unterschiede in den Mäßen der Treppen entstanden sind.

Mit der Relation von Steigungsverhältnis und Schritt ist die Beziehung zwischen Handlauf und Hand vergleichbar. Hier gilt es zunächst, die Art der Greiffähigkeit menschlicher Hände zu studieren. Es dürfte zum Beispiel noch nicht untersucht worden sein, mit welchem Teil der Hand der stärkste Haltegriff ausgeübt wird. Sind es die Finger-Spitzen, die Finger-Glieder, ist es der Daumen oder der Ballen? Wenn alle Teile der Hand zusammenwirken, erhebt sich die Frage, auf welche Weise dies geschieht, damit die be-

treffende Person an einem Geländer Halt finden kann. Auch wenn die Ergebnisse solcher Untersuchungen bei Frauen, Männern und Kindern unterschiedlich sein werden, haben sie doch grundlegende Bedeutung für die Praxis des Geländerbaues. Nach dem Griff der Hand sollte sich das Profil des Handlaufes richten. Die Vielfalt der historischen Handlauf-Querschnitte beweist, wie sehr sich ihre Hersteller bemüht haben, ein der Hand angemessenes Profil zu finden. Ob unter den vielen Querschnitten bereits der richtige gefunden wurde, ob es den optimalen Querschnitt für alle Nutzer überhaupt gibt, oder ob mehrere brauchbare Lösungen möglich sind, gilt es zu untersuchen.

Die mehrfache erwähnte Korrelation zwischen Objekten und Subjekten legt es nahe, die technisch-physiologischen Aufgaben durch ästhetisch-psychologische Untersuchungen zu ergänzen. Allerdings sind die auf eine optische Wahrnehmung wirkenden Erscheinungsformen der Geländer und der künstlerischen Ausstattung im Treppen-Haus nicht meßbar, nur registrierbar. Sie unterliegen sowohl dem allgemeinen Zeitgeschmack als den individuellen Vorlieben der Bauherren. Immerhin läßt sich ermitteln, ob man auf viel, auf eine maßvolle Menge, auf wenig oder auf gar keinen Schmuck Wert legte. Die Menge des Dekors ist quantifizierbar, nicht die Qualität. De gustibus non est disputandum. Beim Geschmack stoßen die exakten Wissenschaften an ihre Grenzen. Hier sind Ästhetiker und Kunsthistoriker gefragt, ihre persönliche und zeitbedingte Meinung darzulegen.

3. Nutzen

Die Ergebnisse scalalogischer Untersuchungen können für viele Disziplinen von nicht zu unterschätzendem Nutzen sein.

Unter den historischen Disziplinen dürfte die Denkmalpflege vorrangig profitieren. Sie hat die Aufgabe, das kulturelle Erbe in neue Lebensbedingungen zu integrieren. Die Erfüllung dieser Aufgabe setzt voraus, daß das kulturelle Erbe bekannt ist. Deshalb haben die Denkmalämter in etwa hundertjähriger Forschertätigkeit die »Inventare der Bau- und Kunstdenkmäler« geschaf-

fen. Von ihnen gibt es jetzt in Deutschland mehr als 700 Bände. In diesem Inventarisationswerk ist jedes Objekt so genau wie möglich beschrieben, die größten Lücken klaffen jedoch bei den Treppen. Dem Text folgend, muß man annehmen, daß die meisten mehrgeschossigen Gebäude keine Treppen haben. Das ist selbstverständlich nicht der Fall. Aber die Darstellung der Objekte offenbart, daß die betreffenden Inventarisatoren keine Vorstellung davon hatten und heute noch haben, was an Treppen bemerkenswert ist. Die verbreitete Wertskala ist bezeichnend. Treppen werden in der Regel nur dann gewürdigt, wenn der Treppen-Raum dominiert, wie zum Beispiel in der Würzburger Residenz (B. Neumann 1720–1744), oder wenn die Dekoration überwiegt, wie zum Beispiel im Salzburger Schloß Mirabell (J. L. v. Hildebrandt 1721–1727). Auch die 1578 entstandene sogenannte Narrentreppe der Burg Trausnitz, oberhalb von Landshut an der Isar, ist nicht wegen ihres Typs und nicht wegen der praktischen Einrichtung eines Aufzugs im Treppen-Auge berühmt geworden, sondern einzig wegen ihrer Wandmalereien mit Darstellungen aus der Commedia dell'arte. Daß die Treppe selbst für kulturhistorische Aussagen geeignet ist, haben Bau- und Kunsthistoriker noch von den Scalalogen zu lernen. Der Nutzen liegt unzweifelhaft bei der Denkmalpflege, bei ihren Beauftragten und den von ihnen zu betreuenden Objekten. Die jährlich in großer Zahl zu beklagenden Verluste an historisch wertvollen Treppen würden geringer sein können, wenn man ihren Wert erkannt hätte.

Die Ergebnisse scalalogischer Forschungen kommen in großem Umfange ebenfalls der modernen Baupraxis zugute. Wenn die ethnologischen und topologischen Unterschiede auch nicht zu leugnen sind, die Polarität von Mensch und Treppe verliert ihren Aussagewert nicht. Sie vermittelt allgemeingültige Erkenntnis und läßt sich deshalb auf künftige Aufgaben projizieren. So haben die aus dem Studium historischer Treppen zu gewinnenden meßbaren Größen einen besonderen Nutzen für die Planung und Ausführung neuer Treppen. Dies gilt vor allem dann, wenn spezielle Aufgaben zu erfüllen sind, wie zum Beispiel das Verlangen nach Repräsentation

oder die Anlage von Fluchtwegen. In beiden Fällen ist es wichtig, die Gewohnheiten der Treppensteigenden genau zu kennen und die menschlichen Eigenheiten, die Vorzüge ebenso wie die Unzulänglichkeiten, in Rechnung zu setzen.

Aber auch das alte Problem der Treppenbauer, die Folge der Stufen und Podeste mit dem menschlichen Schritt so in Einklang zu bringen, daß eine Harmonie zwischen dem Maß der Stufen und der Bewegung des Benutzers entsteht, ist nur zu lösen, wenn man weiß, wie und wo Menschen zu steigen pflegen.

Darüber hinaus sind in der Vergangenheit sehr viele Treppen-Arten und Treppen-Typen entstanden, die später in Vergessenheit gerieten, weil die Anforderungen sich geändert hatten und weil die zunehmende Rationalisierung im Bauwesen die Fantasie der Treppenbauer einengte. Dieser Verlust an Typen-Kennntnis macht sich vor allem dann bemerkbar, wenn gelegentlich doch eine besondere Lösung für Treppen verlangt wird. Dann möchten Architekten und Treppenbauer gern etwas Neuartiges bieten. Doch bleiben ihre Bemühungen meistens dem Alltäglichen verhaftet. Es fehlt eben jene Fülle von Anregungen, die in früheren Jahrhunderten überall vorhanden gewesen ist. Durch die Erfassung und Darstellung historischer Vorbilder kann die Scalalogie jene in der Realität nicht mehr existierende Vielfalt an Treppen bekanntmachen. Sie kann Impulse bieten, die sonst nicht mehr geboten werden. Zum Beispiel haben die für islamische Minarette erdachten und im 13. Jahrhundert nach Mitteleuropa eingeführten monozentrisch isoradialen Doppelwendeltreppen eine moderne Nachfolge in den Doppelwendelrampen der Parkhäuser gefunden. Aber die monozentrisch disparradialen Doppelwendeltreppen und die duozentrischen Zwillingwendeltreppen sind in Vergessenheit geraten. Das gleiche geschah mit den tri- und quattrozentrischen Wendelanlagen, die ebenfalls für heutige Bauten zweckdienlich sein könnten. Der Schatz an Erfahrungen einer zweitausendjährigen Geschichte der Treppe ist nur zu einem Teil gehoben. Als Schatzgräber betrachten sich die Scalalogen. Ihre Funde jedoch würden totes Museumsgut bleiben, wenn es nicht Praktiker gäbe,

die es verstehen, Erfahrungen der Vergangenheit in die Aufgaben ihrer Gegenwart zu transponieren.

4. Vertreter der Scalalogie

Die Treppen-Fachliteratur begann vor zwei Jahrtausenden mit dem römischen Architekturschriftsteller Vitruv (geb. ca. 84 v. Chr.). Er hat zwar über Treppen nicht viel geschrieben, aber er hat diesen Teil der Architektur auch nicht übersehen. Für das ihm gut erscheinende Steigungsverhältnis gab er Maße an. Gut war jedoch für ihn nicht die Relation zum menschlichen Schritt, sondern die rechte Proportion des Stufen-Querschnitts. Er war in abstrakten Denkschemata befangen.

Die Berücksichtigung harmonischer Proportionen beherrschte noch eineinhalb Jahrtausende nach Vitruv das Schaffen Andrea Palladio's (1508–1580). Doch verlangte dieser bereits, die Treppen sollen »commode al salire«, bequem zu steigen, sein.

Der eigentliche Wegbereiter einer scalalogischen Wissenschaft war der französische Ingenieur, Mathematiker und Architekt François Blondel (1617–1686). Ein Jahrhundert nach Palladio beschäftigte er sich im 3. Buch seines »Cours d'architecture« ausführlich mit dem menschlichen Schreit- und Steigevermögen und leitete daraus die bekannte Formel für das Stufenmaß $2s + a = 65 \text{ cm}$ ab. 65 cm entsprechen zwei französischen Fuß, s bezeichnet die Stufenhöhe, a steht für den Auftritt. Diese Formel wird heute noch verwendet.

In Architekturtraktaten und in Lehrbüchern für Handwerker sind seit dem Barock die Treppen fester Bestandteil der Fachliteratur geworden. Kaum jemals aber hat man an den Menschen gedacht und seine Möglichkeiten des Steigens untersucht, wie Blondel es getan hatte. Erst um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert veröffentlichte der Budapester Professor Ernst Jendrassik seine »Beiträge zur Lehre vom Gehen«.

In den Jahren 1929 bis 1931 folgten die schon erwähnten arbeitsphysiologischen »Untersuchungen über den Bau bequemer Treppen...«,

die im Kaiser-Wilhelm-Institut Dortmund-Münster durchgeführt worden sind.

In den siebziger Jahren hatte sich Lennart Kvarnström, Professor an der Technischen Hochschule in Lund (Schweden), durch methodische Untersuchungen über das Verhalten von Menschen auf Treppen, über Transporte auf Treppen und über Unfallgefahren verdient gemacht. Seine Arbeiten werden gegenwärtig von Lars Ericson weitergeführt.

Im Jahre 1980 wurde bei Pappenheim in Bayern die erste internationale »Arbeitsstelle für Treppenforschung« eingerichtet. Es handelt sich um eine private Institution, welche die von Professor Dr.-Ing. Friedrich Mielke in mehr als sechs- unddreißigjähriger Tätigkeit gewonnenen Forschungsergebnisse einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich machen soll. Die Arbeitsstelle enthält eine Treppen-Fachbibliothek in- und ausländischer Autoren mit über 400 Titeln, Sammlungen der Daten, Bilder und Zeichnungen von mehr als 10000 Treppen vieler Länder und eine Diathek mit ca. 35000 Aufnahmen.

Im Rahmen eines Kurses, der 1983 stattfand, gründeten die Teilnehmer die »Gesellschaft für

Treppenforschung (Scalalogie) e.V.«. Innerhalb von vier Jahren fanden sich in dieser Gesellschaft Fachleute aus 10 Ländern zusammen und schufen ein Forum, auf dem die vielfältigen Belange der Scalalogie diskutiert, bearbeitet und publiziert werden können.

1985 erschien der erste Band einer fachspezifischen Publikationsreihe, die unter dem Namen »Scalalogia« firmiert. Ein Jahr darauf konnte bereits ein zweiter Band verlegt werden.

Ebenfalls im Jahr 1986 wurde die Arbeitsstelle für Treppenforschung nach Konstein bei Eichstätt (Oberbayern), verlegt.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Scalalogie eine Forschungsrichtung ist, welche sich mit der Polarität von Mensch und Treppe befaßt. Von den Ergebnissen der Arbeit profitieren Bauherren ebenso wie Architekten, Treppen-Hersteller ebenso wie Treppen-Nutzer. Schöpferische Künstler und Kunst-Historiker, Physiologen und Psychologen, Anthropologen und Mediziner, Lehrer und Schüler – alle haben in irgendeiner Weise mit Treppen zu tun und allen kann die Treppenkunde nützlich sein.

Notizen

Verzeichnis der 133 Mitgliedstädte der AG Die alte Stadt e.V.

<i>Deutschland</i>	Gerolzhofen	Mengen	Vaihingen/Enz
Aalen	Giengen/Brenz	Meßkirch	Verden/Aller
Albstadt	Glückstadt	Miltenberg	Waiblingen
Alsfeld	Haan	Minden	Waldenburg
Arnis/Holstein	Hadamar	Mosbach	Waldkirch
Backnang	Hameln	Murrhardt	Walldürn
Bad Buchau	Hann. Münden	Neckargemünd	Wangen/Allgäu
Bad Oldesloe	Herrenberg	Neckarsteinach	Weil der Stadt
Bad Säckingen	Herzogenaurach	Neuburg a. d. Donau	Weilheim/Obb.
Bad Urach	Hillesheim	Neustadt a. d. Aisch	Weinsberg
Bad Wimpfen	Höxter	Nördlingen	Weißenburg/Bayern
Bad Windsheim	Homburg/Saar	Oberkirch	Wertheim a. Main
Bad Wurzach	Hügelsheim	Pfullendorf	Wetzlar
Biberach/Riß	Idstein/Taunus	Plochingen	Zell a. Harmersbach
Bietigheim-Bissingen	Isny/Allgäu	Radolfzell	Zülpich
Bingen/Rhein	Kalkar	Rastatt	
Blieskastel/Saarl.	Kappeln	Ravensburg	<i>Italien/Südtirol</i>
Bonndorf	Karlstadt	Rinteln	Glurns
Bopfingen	Konstanz	Rottenburg	Meran
Buchen i. Odenwald	Korbach	Rottweil	Sterzing
Burghausen	Krautheim	St. Wendel/Saar	
Buxtehude	Ladenburg	Schluden-Hornburg	<i>Österreich</i>
Celle	Landsberg a. Lech	Schongau	Bludenz
Edenkoben	Langenburg	Schorndorf	Braunau am Inn
Einbeck	Lauenburg	Seligenstadt	Bregenz
Endingen	Laufenburg	Soltau	Feldkirch
Engen i. Hegau	Leutkirch	Stade	Hallein
Esslingen am Neckar	Limburg a. d. Lahn	Stolberg	Krems
Ettenheim	Lindau i. Bodensee	Stühlingen	St. Pölten
Ettlingen	Ludwigsburg	Tauberbischofsheim	Vöcklabruck
Fellbach	Lügde	Trier	
Frankenberg/Eder	Lüneburg	Trochtelfingen	<i>Schweiz</i>
Freinsheim	Mainz	Tübingen	Allschwil
Friedrichshafen	Markdorf	Überlingen	Solothurn
Gengenbach	Meersburg	Uslar	Zug

Notizen aus Mitgliedsstädten

Neue Mitgliedsstädte

Edenkoben, Kreis Südliche Weinstraße, Rheinland-Pfalz, rd. 6000 Einwohner, Luftkurort. Erste urkundliche Erwähnung 769. Um 1100 bischöflich-speyrisch, 1262 Gründung des Zisterzienserinnenklosters Heilsbruck (heute Weingut mit großem Holzfaßkeller), nach Auflösung des Klosters 1560 kurpfälzische Oberschultheißerei. 1846–52 Erbauung von Schloß Villa Ludwigshöhe durch Ludwig I. von Bayern (heute Slevogt-Galerie). Zahlreiche Bauten des Barock (Amtssitz des Oberschultheißen, heute Heimat- und Weinbaumuseum, Herrenhaus, protest. Pfarrkirche) und des Historismus. Heute ist Edenkoben eine der größten Weinbaugemeinden Deutschlands, gewerblicher Ausbauort. Fachhochschule Finanzen.

1983 Beginn der vorbereitenden Sanierungsuntersuchungen für das Gebiet des alten Ortskerns, seit 1984 im Förderungsprogramm, zwei förmlich festgelegte Sanierungsgebiete, 1988 Abschluß der ersten größeren Sanierungsmaßnahme: Objektsanierung Alte Berufsschule (früher Amtssitz des Oberschultheißen), Bau aus dem Jahr 1716 mit erhaltener Originalausstattung (mit Landschaften bemalte Lambris), Kosten 2,5 Mill., Platzgestaltung Goldenes Eck u. a. (Korrektur Kurzportrait aus Heft 1/89, d. R.).

Zug, Hauptstadt des gleichnamigen Schweizer Kantons, rd. 22000 Einwohner. Der Ort Zug, 1092 urkundlich erstmals erwähnt, entwickelte sich unter den Grafengeschlechtern von Lenzburg, Kyburg und Habsburg zu einem wichtigen Handels- und Umschlagplatz an der Gotthardroute. Um 1200 erfolgte die Stadtgründung durch die Kyburger. Zug wurde 1352 in den eidgenössischen Bund aufgenommen und erhielt 1415 durch König Sigmund die Reichsfreiheit. Zwei schwere See- und Uferbrüche in den Jahren 1435 und 1887, die auch Menschenleben forderten, hemmten und veränderten die Stadtentwicklung.

Die bedeutendsten Bauten der Altstadt, darunter das Rathaus und die Kirche St. Oswald, sind in spätgotischem Stil gehalten. Zu den besonde-

ren Sehenswürdigkeiten Zugs gehören auch der Zytturm, die Kapelle Unserer Lieben Frau, die Burg, die heute das Museum des Kantons Zug beherbergt, sowie die Überreste der alten Stadtbefestigung.

Seit dem 19. Jahrhundert erlebte Zug dank seiner günstigen Lage eine stürmische Entwicklung zur modernen Industriestadt und in den letzten Jahren zu einem wichtigen Dienstleistungs- und Handelszentrum.

Das 1983 in Kraft getretene Altstadtreglement enthält besondere Vorschriften über den Schutz und die Substanzerhaltung der Zuger Altstadt.

Kehrseite einer Partnerstadt

Fellbach. Ungeschminkt dokumentiert eine Fotoausstellung in Fellbach den Verfall der mittelalterlichen Bausubstanz in der sächsischen Partnerstadt Meißen und läßt die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte sichtbar werden. Die Ausstellung ist vom 5. bis 23. Februar im Rathaus zu sehen. Außerdem sind in Fellbach verschiedene Aktionen zur Erhaltung wertvoller Meißener Baudenkmäler angelaufen, wie etwa der Albrechtsburg oder des Doms.

Stadt und Staufer

Göppingen. Am 23. und 24. März 1990 finden in der Göppinger Stadthalle unter dem Themenschwerpunkt »Stadt in der Stauferzeit« die 13. Göppinger Staufertage statt.

Vorträge halten Prof. Dr. Harry Kühnel über »Lebensverhältnisse um 1200« (23. 3.; 20 Uhr), Prof. Dr. Cord Meckseper zur »Typologie und Verbreitung stauferzeitlicher Stadtgrundrisse«, Prof. Dr. Heinz Stob über »Zeitstufen stauferzeitlicher Ortschaften in der hochmittelalterlichen Stadt« und Prof. Dr. Barbara Scholkmann über den »Beitrag der Archäologie zur Erforschung der stauferzeitlichen Stadt« (alle 24. 3.; 15–20 Uhr).

Altengerechte Wohnungen

Leutkirch im Allgäu. Nach dreijähriger Bauzeit wurde das »Alte Kloster« in Leutkirch seiner

neuen Bestimmung übergeben. Neben 18 alten-gerechten Wohnungen mit einem Aufenthaltsraum im ehemaligen Kloster-Refektorium sind im Untergeschoß Begegnungsräume für ältere Mitbürger eingebaut worden. Die Baumaßnahme mit Kosten von 4,3 Mio. DM wurde durch das Sanierungsprogramm des Landes Baden-Württemberg und des Bundes mit 1,9 Mio. DM bezuschußt, außerdem vom Landkreis Ravensburg mit 180000 DM. Bei der Planung durch das Stadtbauamt wurde besonders Wert auf die Wiederherstellung des barocken Baukörpers der Bregenzer Baumeister Josef und Franz Beer gelegt. Spätere Anbauten wurden abgerissen und die Zugänge und innere Erschließung den Bedürfnissen der Bewohner angepaßt.

Die einzelnen Abschnitte des Umbaus dokumentiert die Broschüre »Das alte Kloster in Leutkirch«, hrsg. von der Stadt Leutkirch im Allgäu.

Gengenbacher Jahreshefte

Gengenbach. Das neue Jahresheft 1989 »Gengenbacher Blätter« liegt vor (21. Jahrgang, 72 S.). Zum Abonnementspreis von DM 5,- können die »Blätter« bestellt werden bei: Stadtverwaltung Gengenbach, Postfach 1165, 7614 Gengenbach.

Stadtbaumeister Bruchner 70

Am 25. 1. 1990 konnte in Weißenburg bei bester körperlicher und geistiger Frische Hermann Bruchner sein 70. Lebensjahr vollenden. Seine Liebe galt von jeher der »Alten Stadt«, ist er doch ein typischer »Reichsstädler«: geboren in der früheren Reichsstadt Bad Windsheim (1920), war er nach dem Studium (Stuttgart) in den ehemaligen Reichsstädten Rothenburg o. T., Nürnberg und ab 1959 in Weißenburg tätig.

Nachdem er bereits in den 1960er Jahren das Gotische Rathaus vorbildlich saniert und zum Mittelpunkt der Bürgerschaft hatte werden lassen, kam seine große Zeit mit der Aufnahme Weißenburgs ins Städtebauförderungsprogramm. Zusammen mit dem damaligen Oberbürgermeister und langjährigen Hauptausschuß-

mitglied unserer Arbeitsgemeinschaft Dr. Günther W. Zwanzig legte er die wesentlichen Fundamente für das Altstadtsanierungskonzept sowie für Landschaftsplan und Flächennutzungsplan unter Einbeziehung von 15 Ortsteilen ab 1972 zu einer Gesamtfläche der Stadt von 97 km². Trotz der aufreibenden Arbeit eines Stadtbaumeisters in einer Mittelstadt gelang es ihm, eine Baugestaltungssatzung mit Farbleitplan in Kraft zu setzen sowie die Sanierung zahlreicher Bauten durchzuführen; aus dem städtischen Besitz seien hier vor allem die Renaissancefestung Wälzburg, das Ellinger Tor und das Kulturzentrum Karmeliterkirche erwähnt.

Weißenburg ist mit der ersten internationalen Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt (1974 und ebenso der internationalen Stadtbaumeistertagung 1976) besonders verbunden. Seit damals ist Hermann Bruchner ein regelmäßiger und stets gern gesehener Gast aller Tagungen, dessen fachlicher Rat sich großer Wertschätzung erfreut.

Besucherrekord in deutschen Museen

Nach Mitteilung des Deutschen Städtetages in Bonn hat der Museumsboom in der Bundesrepublik Deutschland 1988 mit 52 Mio. Besuchern eine neue Rekordmarke erreicht. Dabei verteilten sich die Besucher auf 1,4 Mio. Quadratmeter Ausstellungsfläche in 1326 Museen der Städte und Gemeinden. Neben den ständigen Ausstellungen waren rund 3300 Sonderausstellungen zu sehen. Spitzenreiter bleibt nach wie vor das Deutsche Museum in München gefolgt vom Wallraff-Richartz-Museum/Museum Ludwig in Köln und dem Ägyptischen Museum in West-Berlin.

Steigende Kulturetats

Die Kulturetats der Großstädte steigen weiter. In den Städten der Bundesrepublik über 100000 Einwohner (ohne Stadtstaaten Hamburg und Bremen) belaufen sie sich zur Zeit insg. auf 3,6 Mrd. DM jährlich oder auf 228 DM je Einwoh-

ner. Vor 10 Jahren waren es noch knapp 1,9 Mrd. DM bzw. 109 DM je Einwohner. Mehr als ein Drittel der Gesamtkulturausgaben dienen dem Unterhalt der Theater (1,4 Mrd.). Es folgen: Orchester, Musikschulen, Laienspiele, Festwochen, Musikfeste u. ä. (426,5 Mio.), Museen und Ausstellungen (365,7 Mio.), öffentliche Bibliotheken (312,4 Mio.), Volkshochschulen (231,7 Mio.) und die Förderung von Wissenschaft und Forschung (195,7 Mio.). Quelle: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, hrsg. vom Deutschen Städtetag, Köln 1989.

Datenspeicher für Denkmalschutz

»Monufakt« heißt ein neues bundesweit abrufbares Datenbanksystem des Umweltbundesamtes, das Denkmalschützern künftig bei der Substanzerhaltung der rund 500000 Baudenkmäler in der Bundesrepublik helfen soll. Das in der Berliner Behörde untergebrachte Info-System und die neue »Kordinierungs- und Beratungsstelle für Umweltschäden an Denkmälern« (KUD) verfügt derzeit über Informationen von 1500 denkmalgeschützten Gebäuden sowie den dort angewandten Sanierungs- und Konservierungstechniken. Die Kosten für einen Anschluß an das Informationsnetz, dessen Datenbestand schon in Kürze auf bis zu 100000 Einzelobjekte ausgebaut werden soll, liegen derzeit bei rund 600 DM. Aufgabe der KUD wird es in Zukunft sein, Experten maßgeschneiderte Vorschläge für fachgerechten Denkmalschutz im konkreten Fall zu unterbreiten.

Mit 1,5 Millionen Einzelgebäuden sind 15% der gesamten Bausubstanz der Bundesrepublik KUD-Erkenntnissen zufolge heute denkmalgeschützt. Schätzungen nach müßten jährlich 40 bis 60 Mrd. DM für den Erhalt aller in der Bundesrepublik vorhandenen Bauten aufgewandt werden, davon allein 4 Mrd. DM für durch Umwelteinflüsse entstandene Bauschäden.

20 Jahre Altstadtsanierung Lübeck

Für die Dauer von drei Monaten wird im Mai

1990 in Lübeck die Ausstellung »20 Jahre Altstadtsanierung« eröffnet werden. Dem Ausstellungsprojekt liegt die Idee zugrunde, nach 20 Jahren Sanierungspraxis in der Lübecker Altstadt einen kritischen Rückblick zu halten und die Auswirkungen der verschiedenen Sanierungsansätze und -methoden im Ablauf zweier Jahrzehnte festzustellen. Die Ausstellung will Rechenschaft geben über sozioökonomische, architektonische, stadtplanerische und kulturelle Auffassungen sowie deren Handlungsabläufe, die sich prägend auf eine ganze Generation von Einwohnern, Architekten, Baufirmen, Banken, Stadtplanern, Denkmalpflegern und genehmigende Behörden des Landes ausgewirkt haben.

Der Gesamtbedarf zur Sanierung des Lübecker Altstadt wurde 1975 auf etwa 1,2 Mrd. DM geschätzt. Rund 200 Mio. DM sind seitdem in die Sanierung investiert worden, pro Jahr im Durchschnitt etwa 10 Mio. DM.

»Abbruch« Potsdams?

Eines der ganz wenigen fast geschlossen erhaltenen barocken Bürgerquartiere in Deutschland, ein Großteil der barocken »zweiten Stadterneuerung« in Potsdam, ist weiterhin vom Abriß bedroht. Die für Potsdam so charakteristischen Wohnhäuser wurden 1979 in die zentrale Denkmalliste der DDR, in die höchste Kategorie, aufgenommen. Dennoch ist eine »Sanierung made in DDR« solcherart möglich: Neue Häuser aus Fertigteilen haben an einigen Stellen die alten schon ersetzt, und die tote Plattenbauweise dringt immer mehr ein in das Viertel.

Deutscher Preis für Denkmalschutz

Bei der Verleihung des Deutschen Preises für Denkmalschutz 1989 wurden in Münster ausgezeichnet: Mit dem Karl-Friedrich-Schinkel-Ring Prof. Dr. Ing. Hardt-Waltherr Hämer, Berlin, und Dr. Ing. Gerhard Rabeler, Münster. Die Silberne Halbkugel wurde Franz Schned, Bischofswiesen, der Gesellschaft der Freunde und Förderer des Alten Friedhofs in Bonn e.V., der Bürger-

initiative Erbach/Odenwald e.V. sowie der Waldgenossenschaft und Verein der ehemaligen Rechtler der Gemeinde Oberstdorf zuerkannt. Die vier Journalistenpreise gingen an Karin Alles, Freie Mitarbeiterin beim Hessischen Rundfunk, Sybille Maus, Freie Mitarbeiterin beim Süddeutschen Rundfunk, Dieter Robert Frank, Freier Mitarbeiter beim Sender Freies Berlin und an Klaus Deinaß, Rheinzeitung, Koblenz.

Veranstaltungen

Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Internationale Städtetagung unter dem Thema »Stadt als Markt – Vermarktete Stadt« vom 17.–20. Mai 1990 in Ravensburg.

Anmeldungen und Informationen: Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V., Postfach 269, 7300 Esslingen. Tel. (0711) 357670.

Deutsches Institut für Urbanistik

Seminarprogramm des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin:

- »Parken in der Stadt. Sind die Probleme des ruhenden Verkehrs in den Städten noch zu lösen?«, vom 26. 3.–30. 3. 1990;
- »Lokale Initiativen in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik«, vom 23. 4.–26. 4. 1990;
- »Sozialer Wandel und neue Lebensstile«, vom 14. 5.–17. 5. 1990;
- »Standort Gemeinde. Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt«, vom 27. 5.–29. 5. 1990.

Die Seminare finden in den Tagungsräumen des Deutschen Instituts für Urbanistik statt. Anfragen und Anmeldungen: Deutsches Institut für Urbanistik, Straße des 17. Juni 110, Postfach 126244, 1000 Berlin 12. Tel. (030) 39001-258/259.

Institut für Städtebau und Wohnungswesen

Fachtagungen des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen (isw) München:

8. Fachtagung: »Aktuelle Probleme der Orts- und Regionalplanung im ländlichen Raum«, vom 26.–28. 3. 1990 in Landshut;

9. Fachtagung: »Raumplanung, Stadtentwicklung, Denkmalpflege: historische Dimension und aktuelle Perspektiven«, vom 24.–26. 9. 1990 in München;

10. Fachtagung: »Regionalplanung, Stadtplanung, Landschaftsplanung: ihre Beiträge zur »Ökologischen Stadtentwicklung«, am 27. und 28. September 1990 in München;

11. Fachtagung: »Aktuelle Planungsprobleme in Klein- und Mittelstädten«, vom 1.–3. 10. 1990 in Marburg;

12. Fachseminar: »Erschließungsbeitragsrecht«, vom 8.–10. 10. 1990 in München;

13. Fachseminar: »Abrechnung von Sanierungsmaßnahmen«, vom 10.–12. 10. 1990 in München;

14. Fachtagung: »Aktuelle Fragen des Planungsrechts«, am 15. und 16. 10. 1990 in München;

15. Fachtagung: »Entscheidungsverfahren in der Stadtplanung: Wettbewerbe, Gutachterverfahren und politische Willensbildung«, vom 17.–19. 10. 1990 in München;

16. Fachtagung: »Stadtplanung und elektronische Datenverarbeitung: Was leistet »computer-aided-planning?«, am 22. und 23. 10. 1990 in München.

Nähere Informationen können angefordert werden beim Institut für Städtebau und Wohnungswesen München (isw), Steinheilstraße 1, 8000 München 2. Tel. (089) 521061.

Besprechungen

KATHARINA SIEH-BURENS, *Oligarchie, Konfession und Politik im 16. Jahrhundert. Zur sozialen Verflechtung der Augsburger Bürgermeister und Stadtpfleger 1518–1618 (Schriften der Phil. Fakultäten der Universität Augsburg, Hist.-Sozialwiss. Reihe 29)*, München: Vögel 1986, 248 S., DM 48,-.

Das hier anzuzeigende Buch erweist, welche Fortschritte die sozialwissenschaftlich arbeitende Stadtgeschichtsforschung in den letzten Jahren gemacht hat. Die Arbeit bietet einen sehr detaillierten Einblick in die Feinstruktur der sozialen Gruppen, der die für die Stadtpolitik verantwortlichen Persönlichkeiten entstammten. Die Autorin wandte in ihrer Dissertation die Kategorien zur Analyse von Führungsgruppen, die Wolfgang Reinhard an der römischen Oligarchie um 1600 entwickelt hat, auf die zwischen 1518 und 1618 amtierenden Stadtpfleger und Bürgermeister an und kam dabei zu beachtenswerten Ergebnissen. Sie untersuchte Verwandtschaft, rechtliche Interaktionen (z. B. Vormundschaften, Wirtschaftsbeziehungen und Nachbarschaft) der 73 Amtsträger dieser 100 Jahre. Die reiche Augsburger Überlieferung, die nicht nur objektive Daten, sondern auch subjektive Äußerungen der untersuchten Personen enthält, erlaubt es, vier große Familienverbände (»Netze«) herauszuarbeiten, die die Stadtpolitik bestimmten: Welser, Fugger, Herbrodt, Seitz. Daß man sich bei solchen Untersuchungen und ihren Ergebnissen oft mit Zuordnungen etwa auf Grund bekannter Verwandtschaft begnügen muß, liegt in der Natur solcher Gruppen. Es sind ja keine politischen Parteien mit Mitgliederlisten usw. Durch die Einführung der Reformation und die Verfassungsreform Karls V. verminderte sich die Zahl dieser

»Netze« auf drei, nämlich das katholische Netz der Fugger und das evangelische der Seitz und das gemischtkonfessionelle der Welser. Jedes hatte auch seinen politischen und sozialen Rückhalt innerhalb und außerhalb der Stadt – etwa die Fugger bei ihren einflußreichen hoch- und niederadeligen Verwandten am Hof in München oder Wien oder die Seitz beim städtischen Handwerk. Zu den wichtigen Ergebnissen der Arbeit gehört die Bestätigung der Erkenntnis, daß die Reformation für die Machtverteilung innerhalb der Ratsoligarchie zwar wichtig wurde, daß sie aber deren weiteren Machtzuwachs nicht minderte.

Die Hauptursache für diese bis zum Ende des Alten Reiches in allen Städten zu beobachtende Entwicklung ist nicht die Reformation, sondern die Verfassungsreform Karls V., die die reichstädtische Politik einigen wenigen »Netzwerken« überantwortete. Die Verf. hat gutes Material kenntnisreich und umsichtig ausgewertet. Die Arbeit ruft nach ähnlichen Untersuchungen in kleineren Reichsstädten.

Esslingen

Rainer Jooß

WOLFGANG KLÖTZER, »Wahrlich eine schöne und lebendige Stadt...«. *Kleine Schriften zur Frankfurter Kulturgeschichte (Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 60)*, Frankfurt: Kramer 1985, zahlr. Abb., 340 S.

Seinen 60. Geburtstag nahmen die Mitarbeiter des Verfassers im Frankfurter Stadtarchiv zum Anlaß, dessen kleine Schriften – leider ohne Register – zu sammeln und herauszugeben. Immer zu einem bestimmten Anlaß entstanden, spiegeln diese Arbeiten die breiten Interessen des Verfas-

sers wieder und zeigen dessen Fähigkeit, Geschichte für ein breiteres Publikum darzustellen. Ob städtische Verfassungsgeschichte, Archivgeschichte, Heraldik oder Biographien, Bau- und Institutionengeschichte oder Hinweise auf Beziehungen Frankfurts nach Straßburg und Antwerpen, ob Geschichte von Sport und Freizeit – immer vermag der Verfasser Originelles beizutragen und auch scheinbar Abliegendes in größere Zusammenhänge einzuordnen.

Die Lektüre dieser kulturgeschichtlichen Miniaturen bereitet Vergnügen, belehrt und leitet zum Nachdenken an – alles wichtige Aufgaben der Geschichtsschreibung in einer so großen Stadt wie Frankfurt.

Esslingen

Rainer Jooß

T. H. ELKINS mit B. HOFMEISTER, *Berlin. The Spatial Structure of a Divided City*, London / New York: Methuen 1988, XVIII u. 274 S., DM 40,-.

Das 750jährige Jubiläum Berlins ist auch im benachbarten Ausland beachtet worden und hat dort verstärktes Interesse auf die ehemalige Reichshauptstadt gelenkt. Unterstützt durch Burkhard Hofmeister, einen der besten Kenner der Geographie Berlins und ihrer Entwicklung, hat T. H. Elkins von der University of Sussex einen Überblick über die räumliche Struktur beider Hälften der geteilten Stadt vorgelegt, der alle wichtigen Themenkomplexe abdeckt. In zwei Kapiteln wird die Stadtgeschichte Berlins skizziert, mit dem Schwerpunkt auf der Entwicklung nach 1945. Im Mittelpunkt steht dann die Analyse von Bevölkerung, Wirtschaft, Verkehr und Stadtentwicklung. Elkins bemüht sich dabei immer, knapp die historischen Voraussetzungen aufzuzeigen und die Herausforderungen zu beschreiben, die die seit 1961 vollständige Teilung der Stadt für diese gewachsenen Strukturen bedeutet; er macht klar, welche sozialräumlichen Veränderungen durch die politischen Rahmenbedingungen bewirkt oder beschleunigt wurden. Die Abschnitte über West- und über Ost-Berlin sind dabei, vielleicht unvermeidlich, eher addi-

tiv: »Die« räumliche Struktur Berlins existiert eben in erster Linie noch in ihren historischen Überresten. Elkins Buch ist klar geschrieben und informativ, wozu auch eine ganze Reihe von Illustrationen beitragen, andererseits aber eindeutig als Einführung für englischsprachige Leser konzipiert, die die Stadt nicht aus eigener Anschauung kennen. Die Darstellung geht von einem sehr elementaren Niveau aus und bleibt auch oft auf diesem stehen. Wer einigermaßen mit der Stadtgeschichte Berlins und seiner gegenwärtigen Struktur vertraut ist, wird hier kaum etwas Neues finden. Für wen das nicht gilt, der findet hier eine nützliche und anschauliche Einführung und Zusammenfassung.

Bielefeld

Paul Nolte

CHRISTOPH BRAUMANN, *Stadtplanung in Österreich 1918–1945 unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Salzburg (Schriftenreihe des Instituts für Städtebau, Raumplanung und Raumordnung der TU Wien 21)*, Wien: Institut für Städtebau, Raumplanung und Raumordnung 1986, 2 Pläne, 115 Abb., 187 S.

Hier liegt eines der wenigen Bücher zur Geschichte der Stadtplanung vor. Der Verfasser beschreibt am Beispiel Österreichs »die Zeit der vergessenen Planungen« (S. 138) zwischen den Weltkriegen mit den Schwerpunkten »Zeit der Republik 1918–1938« und »NS-Zeit 1938–1945«. Im einzelnen werden dargestellt – nach der Schilderung der allgemeinen Voraussetzungen für die Entwicklung der österreichischen Städte nach 1918 – die Rechtsgrundlagen und Instrumente der Stadtplanung zwischen 1918 und 1938, so etwa mehrstufige Ansätze wie Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan und deren konkrete Ausformungen. Zur Verdeutlichung dienen ausgewählte Planungsbeispiele der österreichischen Landeshauptstädte mit dem Schwerpunkt Salzburg.

Die Darstellung zeigt, wie schwierig und vor allem langwierig die Entwicklung neuer Planungsinstrumente und moderner Planungsme-

thoden in der Praxis tatsächlich war vor dem Hintergrund des starken deutschen Einflusses in der Planungsgesetzgebung, der schwierigen wirtschaftlichen Lage des Landes nach dem verlorenen Krieg und der Abtretung großer Gebietsteile sowie der katastrophalen Wohnungsnot. Gerade der letzte Punkt führte zunächst dazu, neue Baugebiete ganz pragmatisch zur Förderung des Wohnungsbaues punktuell auszuweisen, Gesamtplanungen kamen erst Ende der 20er Jahre in Gang.

Im einzelnen ist die Darstellung der Beispiele hochinteressant, vor allem deshalb, weil gezeigt wird, wie bei grundsätzlich gleichen wirtschaftlichen und sozialen Grundbedingungen und -nöten Planungen ganz unterschiedlicher Ansätze und Qualitäten – oft bestimmt durch Einzelpersönlichkeiten – verfolgt wurden. Das reicht vom traditionellen Bebauungsplan (Eisenstadt) bis zum modernen mehrstufigen »modernen« Ansatz (Linz), der von Doblhamer wie folgt charakterisiert wird: »Er (der Flächenwidmungsplan) kommt in seinen Aussagen durchaus den Anforderungen, die auch heute an einen Flächenwidmungsplan gestellt werden müssen, nahe. Seine klare Abgrenzung vom Wohnen und Arbeiten und die ausreichende Zuordnung von Erholungsflächen, die teilweise als Grünkeile die Wohnflächen durchziehen und gliedern, stellen die größte Fortschrittlichkeit dieser Arbeit für die damaligen Jahre unter Beweis« (S. 33).

Der Nutzungsplan von St. Pölten 1930/31 (R. Wondracek) nimmt die CIAM Forderungen von 1933 fast vorweg: »Wohnen, Industrie, Verkehr, sanitäres Grün (Freiflächen), vier Faktoren, die in folgerichtiger, gegenseitiger Auswirkung die Form der Stadt als lebendigen Organismus ergeben: Das Gerüst des Verkehrs, klare Trennung der Wohngebiete von den Industriegebieten, planmäßige Abstufung der Bebauung nach Hochbau- und Flachbaugebieten, planmäßige Entwicklung und Sicherung von Kleingärten und sanitären Grünflächen...« (S. 34). Die Salzburger Planungen werden besonders gründlich dargestellt, vor allem die Entwicklung einer fortschrittlichen Bauordnung. Interessant sind auch viele Einzelansätze, genannt sei davon nur der grenzüberschreitende Bauzonenplan von 1925,

der in Zone 4 die Ausweisung »feines Wohngebiet (Villen)« enthält. Die spezielle Problematik für Salzburg ist die bis 1938 nicht gelöste Frage der Gebietserweiterung, deshalb kam es zu keiner gründlichen Gesamtplanung.

Als Fazit des ersten Hauptteils kann man – trotz vieler interessanter Einzelansätze – der Wertung des Verfassers für die Jahre 1920–1938 durchaus zustimmen: »Insgesamt bestand bei der Entwicklung der Stadtplanung in Österreich in der Zwischenkriegszeit zweifellos ein gewisser Rückstand gegenüber anderen mittel- und westeuropäischen Staaten. Die Einbeziehung von Statistik, Volkswirtschaftslehre, Soziologie, Verkehrstechnik und Rechtswissenschaft, wie sie sich zu dieser Zeit besonders in Holland, den angelsächsischen und nordischen Ländern, sowie Deutschland vollzog, kam in Österreich bis 1938 kaum zum Tragen« (S. 12).

Der zweite Teil des Buches macht einen ungeheuren Maßstabsbruch deutlich: Die meist kleinteilige Vielfalt der bisherigen Planungsansätze weicht großteiliger, oft einförmiger Monumentalität. Im Grunde bedeutet die NS-Machtübernahme das Ende einer gerade begonnenen planerischen Eigenentwicklung in Österreich durch die Einführung der reichsdeutschen Planungsgesetze, -instrumente und -methodik, die vom Verf. in einem konzentrierten Überblick zusammen mit den Grundsätzen zur Stadtplanung und Stadtgestaltung im Spiegel parteiamtlicher Richtlinien dargestellt werden. Einheitliche Planungsansätze dabei sind: Gliederung der Städte in einzelne Funktionsgebiete (Industrie-, Geschäfts- und Wohngebiete) mit hervorragender Bedeutung der Verkehrslinien, Gliederung der Wohngebiete in Untereinheiten: Zellen – Ortsgruppen – Kreise sowie städtebaulicher Vorrang für die Bauten der Gemeinschaft. »Die angestrebte totale Raumordnung – von der »organischen Zuordnung von Stadt und Land« bis zur »Ortsgruppe« und zur einzelnen »Zelle« im Ausmaß eines Baublocks – bedeutet einen grundlegenden politischen Anspruch an die Stadtplanung« (S. 89). Wichtige Instrumente zur Durchführung sind das Wohnsiedlungsgesetz, der Wirtschaftsplan und das Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte.

Vor diesem Hintergrund werden die Einzelplanungen beschrieben und illustriert am Beispiel der »Neugestaltungsstädte« Linz, Graz, Innsbruck, Klagenfurt und vor allem Salzburg: realisiert wurde fast nichts, lediglich große Erweiterungen der Stadtgebiete wurden überall sofort durchgeführt und damit die kommunalpolitische Grundlage für Großplanungen geschaffen. Auch das Instrumentarium hat das Kriegsende überdauert und ist dann modifiziert und weiterentwickelt worden. Interessant scheint mir dabei die These des Verfassers von der »Zeit der vergessenen Planungen« (S. 138). – Hier besteht ja wohl ein eindeutiger Gegensatz zur Bundesrepublik: »Da die Planungen damals (1918–1945) in noch weit höherem Maße als heute von der Tätigkeit Einzelner bestimmt waren, ging mit der Unterbrechung der Kontinuität in personeller Hinsicht auch vielfach das Wissen über die Planungen der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg verloren. Gerade für die Stadt Salzburg trifft ... weitgehend zu, daß die Entwicklung der Stadtplanung in der Zeit vor 1945 weitgehend der Vergessenheit anheim gefallen ist« (S. 138).

Hier liegt ein Hauptverdienst der interessanten und materialreichen Arbeit: Widersichtbar machen der Entwicklungslinien und Brüche der österreichischen Stadtplanung zwischen 1918 und 1945. Besonders hinzuweisen ist noch auf die informativen Anhänge: I. Schwerpunkte der Stadtplanung in der Stadt Salzburg seit 1945. II. Instrumente der Stadtplanung in den österreichischen Landes- und Stadtbauordnungen bis 1938. III. Richtlinien für die Gestaltung der Städte in den eingegliederten deutschen Ostgebieten. IV. Bedeutsame Persönlichkeiten für die Stadtplanung von 1918–1945.

Aachen

Hans Schmalscheidt

GÜNTER MADER / LAILA NEUBERT-MADER, *Italienische Gärten, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1987, 215 größtenteils farbige Abb., 214 S., DM 184,-*.

Dieses kultivierte Buch zeichnet sich durch Klarheit und Feingefühl im Text und in den Photo-

graphien aus. Keinerlei »Auffüllen« des einen mit dem anderen, sondern in strenger Auswahl werden Beschreibungen und Bildmaterial aufeinander bezogen. Kleine Zeichnungen zum Text (Grundrisse, Ansichten) bieten sich unaufdringlich als Erläuterung und Merkmittel an. Weder wird der Blick durch zu reichliche historische Dokumentation verstellt, noch gerät die untergründige Begeisterung der Autoren ins Schwärmerische – eine Diszipliniertheit, die in der Literatur zur Gartenkunst keineswegs eine Selbstverständlichkeit ist.

Einem systematischen Teil über die Gestaltungsmerkmale der italienischen Gartenkunst folgen die Beschreibungen ausgewählter Gärten aus der Toskana, in und um Rom, aus Venetien und der Lombardei von der Renaissance bis zum 20. Jahrhundert. Der dritte Teil enthält einen etwas kursorischen Ausblick auf die Verbreitung des italienischen Gartenstils in Europa; im Anhang finden sich ein nützlicher Wegweiser zu 100 sehenswerten Gärten in Italien sowie Anmerkungen und eine Auswahlbibliographie.

Unterschiedliche Tendenzen stellen die Autoren zwischen der den Garten, das Landgut und die Landschaft miteinander verbindenden toskanischen Gartenkunst (Villa Gamberaia, Settignano) und der eher »steinernen« römischen Gartenkunst (Villa Giulia, Rom) fest, die mit ihren Versatzstücken, Skulpturen und aufwendigen Wasserspielen (Villa d'Este Tivoli) eine Neigung zum Monumentalen aufweist, die sich in der barocken Gartenkunst fortsetzt. Immer ist es in der italienischen Gartenkunst ein Gefüge fest umgrenzter Räume, die auf die zentrale Architektur bezogen sind. Das schließt Gegensätze nicht aus, zum Beispiel zwischen den Renaissancegärten des Palazzino Farnese (oberhalb des Palazzo Farnese in Caprarola) mit einer strengen, geschlossenen Raumfolge über drei Ebenen und denen der Villa d'Este mit den weitläufigen und vielfältig gestalteten Gartenräumen und Wasserspielen, das durch Dupéracs Stich von 1573 wohl am bekanntesten gewordene italienische Gartenbeispiel; oder die Verselbständigung des Gartens als Kunstwerk ohne den zentralen Bezugspunkt des Wohngebäudes wie der Garten der Villa Lante in Bagnaia.

Die einzelnen Gestaltungsmotive des Renaissancegartens werden mit Hilfe der Texte von Boccaccio, Colonna und Alberti in ihrem Zusammenhang dargestellt und nach ihrem historischen Hintergrund in der Antike befragt. Die Gemälde der Medicigärten von Giusto Utens 1598, sind als eine der wichtigsten Quellen zur italienischen Renaissancegartenkunst anschaulich reproduziert.

Die italienische Gartenkunst ist in ihren Stilmmerkmalen bis heute von der Renaissancegartenkunst geprägt. Eine wichtige Rolle spielt die Terrassen- und Treppenarchitektur, die als Verbindungsglied zwischen Garten und Landschaft wohl am deutlichsten auf die Abkehr vom mittelalterlichen Garten weist. Ihre ästhetischen Unterschiede reichen von der streng und ohne jedes Pathos gegliederten Gartentreppe und Terrasse der Villa Torrigiani bei Camigliano (Anfang 17. Jh.) bis zur bühenhaften Treppeninszenierung im Garten der Villa Bettoni in Bogliaco am Gardasee (18. Jh.). Eine eigene raumbildende Funktion erhielt auch die Pergola wie Giusto Utens sie auf einem Gemälde des Pretaiagartens als runde Anlage im Parterre darstellte; oder wie sie mit ungewöhnlicher künstlerischer Ausstattung (Majolikamalereien von 1740 als Verzierung der Säulen) im Klostergarten von Santa Chiara in Neapel erhalten sind.

Skulpturen, Wasser und Grotten stehen mit ihrem naturmythologischen Inhalt in engem Zusammenhang. Statuen sind seit Bramantes Cortile delle Statue im Vatikan prägendes Motiv im italienischen Garten; sie markieren Zentren oder Endpunkte im Garten, gelten seiner Rahmung oder der Weiterführung des Blicks und betonen Hell-Dunkel-Kontraste vor Mauern oder Laubwänden.

Das Wasser spielt auch dank orientalischer Kultureinflüsse im Spätmittelalter in seiner symbolischen, farblichen und formbildenden Qualität eine wichtige Rolle. Der Zusammenhang von Stein und Wasser, die mythologische Bedeutung zum Beispiel des Isolottomotivs aus Colonnas Hypnerotomachia wird an mehreren Beispielen erläutert (Villa Lante, Bagnaia; Boboligärten, Florenz). Aber auch dem ästhetischen Reiz zwischen dem ruhenden, dem sprudelnden und dem

springenden Wasser, den Wasserautomaten und der Kaskadenkunst, wie Montaigne sie 1580 in der Villa Lante bewunderte, gilt die Beobachtung.

Die Grottenkunst hat die Gartenkunst nördlich der Alpen als Gartenmotiv von der Renaissance und dem Manierismus bis in das 19. Jahrhundert wohl am meisten beeinflusst. Die Grotta Pavese und die Fonte Doria in Genua (16. Jh.) gehören zu den berühmtesten Reiseeindrücken nördlicher Gartenliebhaber (Furtenbach, 17. Jh.).

Nur ein Bruchteil der in Colonnas Hypnerotomachia enzyklopädisch aufgelisteten Pflanzenarten werden in den Renaissancegärten wirklich verwendet worden sein. Ein prägender Unterschied zur nördlichen Gartenkunst ist die Topfpflanzenkultur im italienischen Garten, vor allem die Zitronen- und Orangenbäume mit ihren auch mythologisch gedeuteten »goldenen Äpfeln«. Die Farbigkeit eines Renaissancegartens bestand im unterschiedlichen Grün der Hecken und Bäume (Buchs, Zypressen, Steineiche, Obstbäume in den Parterres) und geformtem, verwitternden Stein. Die Farbigkeit durch Blumenpflanzungen ist erst eine Entwicklung des 18. Jahrhunderts, als viele Engländer italienische Villen kauften und ihren an neuen, importierten Pflanzen geschulten Geschmack einbrachten.

Alle diese Gestaltungsmittel sind von Licht und Schatten, Luft und Wasser, Erde, Verwitterung, Tages- und Jahreszeit abhängig und in ihrer wechselnden Wirkung berechnet. Die Autoren haben sie sorgsam in ihre Beobachtungen einbezogen.

Ein ausführlicher Teil des Buches ist den Gärten all'italiana gewidmet, die seit dem 18. Jahrhundert Abweichungen von den »klassischen« Regeln zeigen und zu neuen Stilformen führten; etwa der Garten der Villa Carlotta in Tremezzo am Comer See mit der etwas engen Treppenanlage aus dem 18. Jahrhundert und den dichten, teils tropischen Pflanzungen aus dem 19. Jahrhundert als Einfluß der englischen Gartenkunst; oder der Garten der Villa I Tatti in Settignano, dessen damaliger Besitzer, der Kunsthistoriker Bernard Berenson, 1908 britische Gartenarchitekten für die Gartengestaltung beauftragte. Mit dem »walk« und der »viale«, mit spitz zuge-

schnittenen Buchswänden kehrten ursprünglich aus der italienischen Gartenkunst bezogene und in der englischen Gartenkunst verarbeitete Stilmittel nach Italien zurück.

In ihre Betrachtung italienischer Gartenkunst schließen die Autoren auch Gärten zweier bedeutender moderner Gartenarchitekten ein. Sie zeigen den Bogen, der von der Schulung am Renaissancegarten bis zum abstrakten Raum- und Zeichenspiel (Garten der Villa Granaiole von Gae Aulenti, Granaiole südlich vom Emoli) oder über die Verarbeitung asiatischer Einflüsse (Garten des Gästehauses Palmieri von Pietro Porcinai, Fiesole) ohne jede postmoderne Verlegenheit zu neuen Formen führen kann, in denen die Maßstäblichkeit des Gartens als Wohn- und Lebensraum grundsätzlich gewahrt bleibt.

Die Übereinstimmung von Inhalt und Form ist es auch, die dieses Gartenkunstbuch nicht nur inhaltlich so anregend, sondern auch in seiner ästhetischen Aufmachung zu einem Vergnügen für den Gartenliebhaber und für den Fachmann macht.

München

Dorothee Nehring

BUNDESMINISTER FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU, *Städtebaulicher Bericht, Neubausiedlungen der 60er und 70er Jahre. Probleme und Lösungswege.* – Bonn 1988, 124 S., kostenlos.

Die randstädtischen Großsiedlungen aus den 60er und 70er Jahren und die dort ablaufenden Maßnahmen zur Nachbesserung sind nach relativ kurzer Anlaufphase seit inzwischen rund fünf Jahren thematisch ständig en vogue. Es beginnt im Frühjahr 1985 mit zahlreichen Fachtagungen – hier sei nur an die grundlegende Veranstaltung des Instituts für Städtebau Berlin zur »Neubausiedlung der 20er und 60er Jahre« erinnert – und Veröffentlichungen über die Entstehung und Entwicklung dieser Wohngebiete und die schon seit 1984 im Rahmen des staatlich geförderten Experimentellen Wohnungsbaus laufenden ersten Pilotverfahren zur Nachbesserung der ins Gerede geratenen Wohnanlagen, z. B. zur Wohn-

umfeldverbesserung im Märkischen Viertel oder in Kirchdorf-Süd.

Der im Deutschen Bundestag von den Parteien eingeforderte »Städtebauliche Bericht« der Bundesregierung liegt seit Sommer 1988 vor; er steht unter der zentralen Zielsetzung, die pauschale Verurteilung der Großsiedlungen in sachliche, ausgewogenere Bahnen zu lenken und dabei die wohnpolitische Bedeutung dieses zahlenmäßig für den sozialen Mietwohnungsmarkt relevanten Bestandes stärker herauszuarbeiten.

Die unbestrittene Notwendigkeit zur Nachbesserung der Großsiedlungen »aufgrund der vielfältig unterlassenen Instandhaltung« durch die Eigentümergesellschaften wird hinreichend belegt und es werden im einzelnen auch schon exemplarisch ausprobierte Lösungsansätze zur Veränderung aufgezeigt. Dabei greift das Bundesministerium natürlich inhaltlich auf die zuvor in Auftrag gegebenen Forschungsprojekte und Expertisen zurück und verarbeitet die Erfahrungen mit den seit 1983 finanziell geförderten Pilotprojekten aus dem Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (18 Siedlungen; 23,8 Mio DM) und dem Bund-Länder-Programm zur Städtebauförderung (11 Siedlungen; 17 Mio. DM). Durch diesen Rückgriff auf die zuvor geförderten Pilotprojekte lassen sich auch schon erste Erfolge bei der Nachbesserung aufzeigen.

Vorrangiges Ziel der Pilotprojekte ist die Beseitigung der Gestaltungs- und funktionalen Mängel; die Veränderung der Erschließungsfunktion und der Eingangsbereiche durch vor die Gebäude gestellte Eingangshallen, durch die Verglasung offener Laubgänge oder sogar durch den völligen Neubau zusätzlicher Treppenhäuser bietet sich dabei an.

Bei der Nachbesserung sind aber darüber hinaus komplexe, auch die städtebauliche Weiterentwicklung der Siedlungen mit einschließende Handlungsansätze gefragt: Die Ergänzung der Infrastruktur z. B. durch ein Stadtteilcafé (Steilshoop) oder einen Bewohnertreffpunkt (Mettenhof) und die Verbesserung des Wohnumfeldes wie z. B. im Märkischen Viertel ist dabei nur ein thematischer Ansatz; wichtiger erscheint die Durchmischung der monofunktionalen Bereiche mit unterschiedlichen Nutzungen.

Von politisch zentraler Bedeutung ist die Feststellung, daß es kein generelles Konzept für »die Großsiedlung« geben kann, sondern nur ein jeweils »maßgeschneidertes Konzept« zur Verbesserung der speziellen Situation. Bei der Durchführung der Maßnahmen ist die Kooperation zwischen Privaten und Öffentlicher Hand notwendig; gefordert sind dann die Eigentümer, der Staat und die Bewohner gleichermaßen. Staatsknete und Mieterbeteiligung sind folglich die Eckpunkte jeder komplexen Strategie zur Veränderung der Lebenssituation in den Neubausiedlungen.

Kassel

Ronald Kunze

BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ,
Umwelt-Bilanz. Die ökologische Lage der Bundesrepublik, Hamburg: Rasch & Röhring 1988, 208 S., DM 26,-.

Der Satz »Wer wissen will, wie es mit unserer Umwelt aussieht und wie wir sie retten können, braucht dieses Buch« trifft nur bedingt zu. Als Zielgruppen werben politisch interessierte Bürger, Umweltschützer und Lehrer genannt. Bei den Umweltschützern muß man eigentlich davon ausgehen, daß der Inhalt dieses Buches schon allgemein bekannt ist. Wirklich interessierte Umweltschützer finden hier nichts Neues.

Das Wort Bilanz im Titel täuscht konkrete Zahlen vor. Zahlen finden sich jedoch nur für das gesamte Bundesgebiet. Die »Umweltbilanz« geht lange nicht so ins Detail, wie dies zum Beispiel »Die Lage der Nation« von GEO getan hat.

Umfassend ist das Buch jedoch trotzdem. An umweltpolitischen Themen wird keines ausgelassen: Atomkraft, Energie-Alternativen, Luftverschmutzung, Chemiepolitik, Altlasten, Abfall und Recycling, Landwirtschaft, Bio- und Gentechnik, Arten- und Biotopschutz, Waldsterben, Wasserwirtschaft und Gewässerschutz, Verschmutzung der Nordsee, Raumordnung, Ver-

kehr, Umweltrecht sowie Ökonomie und Ökologie. In jedem Kapitel werden gangbare Wege aufgezeigt, die Umweltbelastung in den Griff zu bekommen. Ins einzelne Detail kann dabei natürlich im Rahmen dieses Buches nicht gegangen werden.

Das Buch vermittelt den Eindruck, man wisse schon, wie man der Umweltverschmutzung und -zerstörung Herr werden könne, es fehle ja »nur« noch die Umsetzung in die Praxis. Das könnte Hoffnung geben, wenn man nicht aus der Erfahrung kennen würde, daß gegen Industrie- und der Wirtschaftslobbies so leicht nicht ankommen ist. Die Forderungen und Vorstellungen die hier genannt werden, entsprechen eigentlich dem vernünftigen Menschenverstand. Um so mehr wird deutlich, daß in der heutigen Politik nicht diese langfristig denkende Vernunft das Sagen hat. Es herrscht das Prinzip der Gewinnmaximierung.

In einem Glossar werden die wichtigsten Umweltschutzbegriffe kurz, verständlich und präzise erklärt. Die BUND-Altstoffliste bringt die chemischen Kürzel der Altstoffe in Verbindung zu Produktionsmengen und Anwendungsgebieten. Außerdem informiert sie über einige bekannte toxologische Wirkungen dieser Altstoffe. Im Anhang befindet sich auch die Stoffliste des Beratergremiums für umweltrelevante Altstoffe (BUA). Die Adressen der Landesverbände des BUND, der Bundes-Arbeitskreise des BUND und zu jedem der angesprochenen Themen mehrere Adressen runden das Buch als Nachschlagewerk ab. Bei der Handhabung ist das Sachregister sehr hilfreich.

Zum Eindenken in die Umweltproblematik mit all ihren Kreisläufen, und um die Hintergründe der heutigen Zustände zu erfahren, ist dieses Buch sehr zu empfehlen. Wer sich auf diesem Gebiet schon sehr gut auskennt, findet wahrscheinlich nur noch die Altstoffliste als Neuigkeit ganz brauchbar.

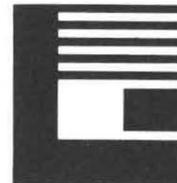
Tübingen

Daniela Parenzan

Seit 1981 sind wir für die Stadt Schorndorf als Sanierungsbeauftragter tätig.

Im engen Einvernehmen mit Gemeinderat und Verwaltung entwickelten wir Vorstellungen darüber, wie der städtebauliche Erneuerungsprozeß in die Wege geleitet und Maßnahmen umgesetzt werden können. Wir informieren Eigentümer und Bürger über die Ziele der Sanierung und beraten und unterstützen die Eigentümer bei Baumaßnahmen.

Wir beglückwünschen die Stadt Schorndorf und ihre Bürger zu den bisher gut und einvernehmlich gelungenen Sanierungsmaßnahmen und danken für die gute Zusammenarbeit.



Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH

Das gemeinnützige Siedlungsunternehmen
des Landes Baden-Württemberg
Organ der staatlichen Agrar- und
Strukturpolitik
Sanierungsträger nach dem
Baugesetzbuch

**Weimarstraße 25, Postfach 10 29 61
7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 66 77 0**